

Zeitschrift: Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich
Herausgeber: Antiquarische Gesellschaft in Zürich
Band: 79 (2012)

Artikel: Geplante Altstadt : Zürich, 1920-1960
Autor: Fischli, Melchior
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1045713>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Melchior Fischli

Geplante Altstadt

Zürich, 1920–1960



Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Band 79

Geplante Altstadt

Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich
Band 79 (176. Neujahrsblatt)

Melchior Fischli

Geplante Altstadt

Zürich, 1920–1960

CHRONOS

Der Druck des vorliegenden Buches wurde ermöglicht durch die grosszügige Unterstützung von:

Familien-Vontobel-Stiftung, Zürich

Baugarten Stiftung, Zürich

Grütli Stiftung, Zürich

Hochbaudepartement der Stadt Zürich

Tiefbau- und Entsorgungsdepartement der Stadt Zürich

Roesle Frick & Partner, Zürich

Zürcher Kantonalbank

Umschlagbild:

Das Modell zum «Richtprojekt» des Büros für Altstadtanierung, Aufnahme 1949

© 2012 Chronos Verlag, Zürich

ISBN 978-3-0340-1108-2

Inhalt

	Dölf Wild: Zürcher Stadtplanung und die Antiquarische Gesellschaft	7
1	Einleitung	11
	Dank	15
2	Die Altstadt im 19. Jahrhundert und um 1900	17
2.1	Die Modernisierung der Stadt seit 1850	17
2.2	Gustav Gulls Amtshäuser und der «malerische Städtebau» in der Altstadt	27
2.3	Die Altstadt im Wettbewerb «Gross-Zürich», 1915–1918	33
2.4	Zwei städtebauliche Wettbewerbe in der Altstadt, 1915–1919	40
3	Wohnungshygiene und Verkehr: die Altstadt um 1930	47
3.1	Die Zürcher Stadtplanung in den zwanziger Jahren	47
3.2	Das «farbige Zürich»	49
3.3	«Gässchenelend»: Altstadt und Wohnungshygiene um 1930	50
3.4	Die ersten «Auskernungen» in der Altstadt	56
3.5	Projekte für den Zähringerdurchbruch und das Niederdorf	59
4	Die Entdeckung des «Stadtbildes» in den späten 1930er Jahren	67
4.1	Der Sanierungsplan von 1935 und die Fortsetzung der «Auskernungen»	67
4.2	Drei Ersatzneubauten in der Altstadt, 1937–1939	75
4.3	Die Formulierung einer neuen Sanierungspraxis durch die Stadtverwaltung, 1937/38	85
4.4	Die «Bauordnung für die Altstadt» von 1940 und das letzte Projekt für den Zähringerdurchbruch	87
4.5	Die Restaurierung von Altstadthäusern um 1940	92
5	Die Institutionalisierung der Altstadtsanierung im Zweiten Weltkrieg	99
5.1	Die Eidgenössische Expertenkommission für Altstadtsanierung zwischen Arbeitsbeschaffung und «geistiger Landesverteidigung»	99
5.2	Altstadtsanierung als Thema der Lokalpolitik	107
5.3	Die Studienaufträge des Bebauungsplanbüros, 1942–1944	110
5.4	Der Weg zur Gründung des Büros für Altstadtsanierung	114

6	Das Büro für Altstadtsanierung unter Stadtbaumeister Albert Heinrich Steiner	119
6.1	Programm und Organisation des Büros für Altstadtsanierung	119
6.2	Die Planungskampagnen von 1944 bis 1951 und das «Richtprojekt» für die Altstadtsanierung	123
6.3	Die Umsetzung der Sanierungsprojekte	138
6.4	Die Konzepte einer «stadtbilderhaltenden» Sanierung und die zeitgenössische Debatte	155
7	«Denkmalpflege» statt «Altstadtsanierung»: das Ende der Sanierungskampagnen in den 1950er Jahren	176
7.1	Die Opposition gegen die Altstadtsanierung ab 1950	176
7.2	Ein «Büro für Altstadtsanierung und Denkmalpflege»	181
8	Zusammenfassung	185
	Anmerkungen	187
	Quellen- und Literaturverzeichnis	203
	Abbildungsnachweis	215
	Namenregister	217

Zürcher Stadtplanung und die Antiquarische Gesellschaft

Sie scheinen gegensätzlichen Welten anzugehören, die Stadtplanung und die Antiquarische Gesellschaft. Dort eine technische, zukunftsorientierte Disziplin, bevölkert von ETH-Abgängern der Fachrichtungen Planung und Architektur, hier eine der Vergangenheit, dem Bewahren und Erinnern verpflichtete Vereinigung, deren Mitglieder sich beruflich oft im Bereich der Philosophischen Fakultät der Universität verorten lassen. Manchen wird es denn auch merkwürdig erscheinen, dass nun im Jahrbuch dieser Gesellschaft ein Werk über ein Kapitel relativ junger Zürcher Stadtentwicklung publiziert wird. Aus zwei Gründen lassen sich allfällige Bedenken aber leicht zerstreuen. Da ist einmal die Haltung moderner Geschichtsforschung allgemein, die mit der Beobachtung scheinbar rein technisch-rationaler Vorgänge in der historischen Perspektive aufzeigen kann, wie sich diese als Kind des jeweiligen Zeitgeistes innerhalb weniger Jahrzehnte zum Teil massiv verändern. Es sind geistesgeschichtlich geprägte Haltungen, welche technisches Handeln leiten. Wie anders liesse sich erklären, dass, wenige Jahrzehnte nachdem man mit Überzeugung daran gegangen war, den Abbruch weiter Teile der Zürcher Altstadt zu planen, dies heute kaum mehr nachvollziehbar ist? Es ist dieser Prozess, der in der vorliegenden Arbeit von Melchior Fischli nachgezeichnet wird. Dass er damit Pionierarbeit leistet, sei sogleich vorausgeschickt, und dass diese dank der Antiquarischen Gesellschaft veröffentlicht werden kann, ist ein Glücksfall.

Noch aus einem anderen Grund drängt sich aber die Publikation dieser Arbeit in den Jahrbüchern der Antiquarischen Gesellschaft geradezu auf. Die Arbeit beschreibt eine Entwicklung, an der die Antiquarische Gesellschaft selber als Handelnde nicht unerheblich beteiligt war. Sie ist Teil ihrer eigenen jüngeren Geschichte. Zudem ist sie die Vorgeschichte der Fachstellen von Archäologie und Denkmalpflege in Stadt und Kanton Zürich. Um diese Zusammenhänge zu zeigen, muss hier etwas weiter ausgeholt werden, sie erschliessen sich aus der Vorgeschichte dieser Publikation.

Im Jahr 2008 begingen die Institutionen der Archäologie und Denkmalpflege von Stadt und Kanton Zürich ihr fünfzigjähriges Bestehen. Beim Herannahen dieses Jubiläums war es mir als Leiter der Zürcher Stadtarchäologie ein Anliegen, Genaueres über die Vorgeschichte dieser Institution in Erfahrung zu bringen. In der mündlichen Tradition der Stadtarchäologie wurde die vage Vorstellung weitergereicht, dass diese mit der Altstadtsanierung der Zeit vor und nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden war. Erste Suchbewegungen in den Bibliotheken verliefen jedoch ernüchternd negativ. Das Thema Altstadtsanierung schien kein Thema gewesen zu sein, das zu Publikationen geführt und damit Eingang in die Bibliotheken gefunden hat. Hingegen stiess ich im hauseigenen Archiv von Denkmalpflege, Archäologie und Baugeschichtlichem Archiv auf umfangreiche Dossiers voller interessanter Pläne, Broschüren, Briefe und Zeitungsartikel. An dieser Stelle hätten dann wohl meine Recherchen ihr Ende gefunden, denn eine eigentliche Grundlagenforschung, die hier offensichtlich notwendig war, lag ausserhalb des zeitlich Möglichen. Da übergab mir Urs Baur, Leiter der Praktischen Denkmalpflege der Stadt,

die Lizenziatsarbeit des Kunsthistorikers Melchior Fischli, der zu meiner Überraschung und Freude diese Grundlagenforschung eben zu einem schönen Stück geleistet hatte. Melchior Fischli hatte sie im November 2007 am Kunsthistorischen Institut der Universität Zürich bei Stanislaus von Moos mit dem Titel *Eine Planungs- und Baugeschichte der Zürcher Altstadt 1855–1962* eingereicht – im Kern die nun hier in diesem Jahrbuch publizierte Arbeit.

Der Fokus von Melchior Fischlis Recherchen lag (und liegt) auf der Geschichte des Büros für Altstadtsanierung des Stadtbaumeisters Albert Heinrich Steiner in den Jahren 1946 bis 1958. Seine Forschungen setzten aber früher, bei den grossen Tabula-rasa-Projekten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, ein. Im Rahmen dieser bis in die 1940er Jahre verfolgten Strategie wäre die Altstadt fast vollständig niedergelegt und über verändertem Grundriss als moderne Innenstadt neu errichtet worden. Bekannt ist etwa das futuristisch anmutende, der Moderne verpflichtete Projekt von Karl Moser aus den 1930er Jahren, das anstelle der Altstadt eine moderne City mit einer Aufreihung kubischer Blöcke entlang der Limmat vorgeschlagen hatte.

Die Tätigkeit des 1946 gegründeten Büros für Altstadtsanierung bedeutete eine Abkehr von solch radikalen Projekten und stellt eine Neuorientierung dar, deren Vorläufer bereits in den 1930er Jahren fassbar werden. Nun ging es um die «Erhaltung» der Altstadt und deren «Sanierung». Dass dies allerdings weit gefasste Begriffe sind, macht eindrücklich Fischlis Arbeit klar. Es ging hier vor allem um die «Konstruktion» eines gewissen Bildes von Altstadt und keineswegs um eine Substanzerhaltung. Der Abbruch ganzer Häusergevierte, um Freiflächen in der dicht bebauten Altstadt zu gewinnen, sowie das Auswechseln eines Gutteils der baufälligen Altstadthäuser durch «altstadtkonforme» Neubauten war nun das Ziel. Wie bei der Tabula rasa wäre auch bei diesem Ansatz nicht viel von der historischen Bausubstanz der Altstadt übriggeblieben, hätte er vollständig umgesetzt werden können. Höhepunkt und Ende dieser Bestrebungen lagen in den 1950er Jahren und mit diesen endete Melchior Fischlis Arbeit. Dort aber setzte mein Interesse ein: Wie kam es dann relativ rasch zur Gründung der staatlichen Archäologie und Denkmalpflege? Hier schien mir noch ein Glied zu fehlen. Und schnell stiess ich zu meiner eigenen Überraschung auf die Antiquarische Gesellschaft. Es war sehr ausgeprägt diese Gesellschaft, die sich für einen sorgfältigeren Umgang mit der historischen Bausubstanz einsetzte und Substanzerhaltung ins Zentrum ihres Bemühens stellte. Ihren Exponenten war klar, dass sich hinter den baufälligen Fassaden viel Schutzwürdiges verbarg, das nur durch methodisch durchgeführte Inventarisierung, unter anderem mit den Mitteln der Bau- und Bodenarchäologie, erfasst werden konnte. Und die Gesellschaft machte sich selber konkret ans Umsetzen dieser Anliegen. 1922 wurde innerhalb der Antiquarischen Gesellschaft eine «Kommission für die Erhaltung Zürcherischer Alterthümer» gegründet, die sich seit 1926 «Kommission für Zürcherische Denkmalpflege» nannte. In dieser Kommission sassen neben Vertretern der Geschichts- und Kunstgeschichtswissenschaft sowie der Architektur bemerkenswerterweise auch der Stadt- und der Kantonsbaumeister Zürichs. Neben der politischen Einflussnahme und der bauarchäologischen Erforschung der Baudenkmäler war auch die Inventarisierung eine wichtige Aufgabe der Kommission. Publiziert wurden die Ergebnisse im Kanton Zürich seit 1938 in der Reihe *Die Kunstdenkmäler des Kantons Zürich*. Die Bände zur Stadt erschienen 1939, 1949 und 1952. Büro und Archiv dieser Inventarisierung waren im Landesmuseum angesiedelt, dessen Konservatoren Emil Vogt

und Hugo Schneider engagierte Mitglieder der Antiquarischen Gesellschaft waren und der Kommission für Zürcherische Denkmalpflege angehörten. Die schwarzen Bände waren auch als Entscheidungshilfen für die städtischen Bauämter bei der Bestimmung der schutzwürdigen Teile der Altstadt gedacht.

1946 wurde Hugo Schneider Präsident der Kommission für Zürcherische Denkmalpflege. Erklärtes Ziel seines Engagements war es von Beginn weg, sich dafür einzusetzen, dass die «private Denkmalpflege der Antiquarischen Gesellschaft», wie sie auch von offiziellen Stellen genannt wurde, in neu zu gründende staatliche Institutionen übergehen müsse. Nur so hätten diese Bestrebungen eine Chance.

Ein erster Erfolg zeigte sich 1954. Nun wurde eine städtische Kommission für Denkmalpflege ins Leben gerufen, deren personelle Zusammensetzung weitgehend jener gleich, welche bisher in der Antiquarischen Gesellschaft angesiedelt war. Am Ziel war man 1958, als es in der Stadtzürcher Verwaltung zu einer tiefgreifenden Reorganisation kam, indem hier – und etwa zeitgleich im Kanton – die staatlichen Institutionen von Denkmalpflege und Archäologie gegründet wurden. Die Kommission für Zürcherische Denkmalpflege in der Antiquarischen Gesellschaft löste sich dann folgerichtig auf. Bei der Stadt geschah die Reorganisation, indem man einerseits die Aufgaben des Büros für Altstadtanierung neu ausrichtete und dessen Namen mit dem programmatischen Zusatz «und Denkmalpflege» ergänzte. Gleichzeitig wurde das seit 1943 bestehende und offenbar schlecht geführte Baugeschichtliche Museum liquidiert und als Baugeschichtliches Archiv neu definiert und darin die neue Stelle eines «Wissenschaftlichen Denkmalpflegers» geschaffen. Erster Inhaber dieser Stelle wurde der damalige Präsident der Antiquarischen Gesellschaft, Paul Kläui. Sein Nachfolger Ulrich Ruoff durfte sich ab 1967 «Stadtarchäologe» nennen und aus dieser Stelle hat sich in der Folge direkt die heutige Stadtarchäologie entwickelt.

Das Geschilderte belegt, dass die Bestrebungen der Antiquarischen Gesellschaft in den Jahren 1922 bis 1958 wohl kaum überschätzt werden können. Sie gehören zu den Höhepunkten in der langen Geschichte dieser Gesellschaft, aber auch zu den bisher am wenigsten bekannten, beinahe vergessenen Aktivitäten. Es zeigt sich hier ein weit gespannter Bogen, welcher 1832 mit der Gründung der Gesellschaft ansetzt, als es darum ging, einen wissenschaftlich fundierten Umgang mit den «vaterländischen Alterthümern» zu begründen, und der bis in dieses Jahr 1958 reicht, in welchem in Zürich für die inzwischen etablierten Fachdisziplinen Denkmalpflege und Archäologie entsprechende Fachstellen geschaffen wurden. Diese Vorgeschichte der staatlichen Stellen ist als Aufsatz im *Bericht Archäologie & Denkmalpflege 2006–2008* unter dem Titel *Vor 50 Jahren ein Politikum. Die Gründung der Stadtzürcher Archäologie und Denkmalpflege 1958* publiziert.¹

Melchior Fischli hat diese Weiterführung seiner ursprünglichen Arbeit nun wiederum in diese Publikation aufnehmen können, wenn auch aus Zeitgründen nur noch am Rande. Weitere Forschungen werden aber mit Sicherheit folgen. So wäre es interessant, das Engagement des Heimatschutzes in dieser Zeit näher zu betrachten und auf Unterschiede zu demjenigen der Kommission für Zürcherische Denkmalpflege in der Antiquarischen Gesellschaft zu untersuchen. Es scheint wesentlich stärker der Haltung des Büros für Altstadtanierung und dessen «Konstruktion» des Bildes der Altstadt entsprochen zu haben und weniger auf Substanzerhaltung ausgerichtet gewesen zu sein. Interessant wäre es

auch, die Rolle von Stadtbaumeister Hermann Herter in dieser Frage auszuleuchten, gehen doch auf ihn erste Ansätze von sanfter Renovation in der Altstadt zurück.

Dass wir aber überhaupt an weitergehende Arbeiten denken können, ist das Verdienst der nun hier bei der Antiquarischen Gesellschaft publizierten Arbeit von Melchior Fischli.

Dölf Wild, Oktober 2011

1 Einleitung

«Was die Erhaltung wichtiger bedeutungsvoller historischer Gebäude betrifft, so halte ich dafür, dass man bei einer in die Zukunft gerichteten Lösung des Bebauungsplanes darauf keine Rücksicht nehmen sollte. Wir haben nicht die alte Kultur zu erhalten, sondern eine neue zu schaffen.»²

Karl Moser, 1930

«In der sanierten Altstadt muss der typische Charakter und der feingliedrige Masstab erhalten bleiben. Das bedeutet nicht unbedingt den Fortbestand aller alten Häuser.»³

Albert Heinrich Steiner, 1949

Auf den ersten Blick werden Altstädte meist als Hort der Tradition und Rückzugsort angehaltener Geschichte verstanden, als «authentischer» Überrest vergangener Zeiten, deren Spuren anderswo längst getilgt sind. Gleichzeitig gibt es in Westeuropa wohl kaum mehr ein zusammenhängendes Altstadtquartier, das während der letzten hundert Jahre nicht Ziel von Sanierungskampagnen gewesen, in dem nicht Ersatzneubauten errichtet oder eingreifende Restaurierungen durchgeführt worden wären. Auch die Zürcher Altstadt war seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert und noch bis in die 1950er Jahre hinein Ziel von Planungen, Sanierungskampagnen und baulichen Eingriffen, welche jeweils in unterschiedlicher Form eine weitgehende Erneuerung der alten Stadtteile vorsahen. Die Etappen dieser im Zusammenhang heute weitgehend vergessenen Entwicklungen sind Thema dieses Buches.

Als einzelne sind viele der Bauten und Projekte, auf die im Verlauf des Textes einzugehen ist, in Zürich allerdings auch heute nicht unbekannt. Dies gilt etwa für das Projekt, das Karl Moser 1933 erarbeitete. Als Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) und dann als Vorsitzender der Congrès internationaux pour l'architecture moderne (CIAM) zu einem Gründervater der modernen Architektur in der Schweiz und zur Bezugsfigur für die junge Generation unter den hiesigen Architekten geworden, legte Moser Zeichnungen, Pläne und Fotomontagen vor, welche an der Stelle der Zürcher Altstadt eine Zeilenbebauung mit modernen Geschäftshäusern zeigten. Die utopischen Vorschläge, die Le Corbusier einige Jahre zuvor an Paris vorgeführt hatte, fanden damit ihren Reflex an der Limmat. Mosers Projekt aber geriet in Vergessenheit, bis es in den 1970er Jahren zum architekturgeschichtlichen Sinnbild eines «imaginären Zürich» wurde; jüngst war es wieder und sogar gleichzeitig im Zürcher Stadthaus und im Kunsthaus zu sehen – einmal zusammen mit weiteren «verpassten» Projekten für die Stadt, im anderen Fall mit dem Œuvre des Architekten.⁴ Weniger wegen ihres Stellenwerts im kollektiven Imaginären der Zürcher Stadtentwicklung sind die Amtshäuser zu beiden Seiten der Uraniastrasse bekannt; vielmehr bleiben sie wegen ihrer realen baulichen Präsenz kaum einem

Bewohner oder einer Besucherin der Stadt verborgen: Hier hatte der um 1900 in Zürich vielbeschäftigte Architekt Gustav Gull Eingriffe in die Altstadt geplant, die sich in ihrem Ausmass nur graduell von Mosers späteren Projekten unterschieden, im Unterschied zu diesen aber in wesentlichen Teilen tatsächlich realisiert wurden.⁵ Ein geläufiger Bestandteil des Zürcher Stadtbilds ist auch das Hotel «Storchen», das 1939 gegenüber dem Rathaus erbaut wurde und seither das Bild des linken Limmatufers bestimmt. Nicht unbekannt dürften den meisten Zürcherinnen und Zürichern sodann die Hofräume sein, die sich da und dort an die engen Gässchen der rechtsufrigen Altstadt anschliessen und oft von erstaunlich kahlen Brandmauern begrenzt werden – oder die Freifläche, die sich im auffälligen Unterschied zu den übrigen Plätzen der Altstadt weit, aber vergleichsweise wenig belebt entlang der Spiegelgasse öffnet. Wenig überraschend ist schliesslich die Feststellung, dass es in der Zürcher Altstadt Häuser gibt, die, weder ganz «modern» noch wirklich «alt» in den Formen, nicht mittelalterlichen oder frühneuzeitlichen Ursprungs sind, sondern im 20. Jahrhundert in die Fluchten der bestehenden Strassen und Gassen eingepasst wurden. Will man die in mehr oder weniger unauffälligen Heimatstilformen der dreissiger bis fünfziger Jahre erbauten Häuser aus der Erinnerung aufrufen, muss man sie aber wohl einzeln aufzählen: das ehemalige Kino «Wellenberg» etwa, das mit seinem grossen Volumen den Hirschenplatz auf dessen Südseite begrenzt; dessen Gegenüber an der Ecke zwischen Niederdorfstrasse und Rosengasse; das Haus, das an der Stüssihofstatt den Blick zur Limmat schliesst; die ehemalige Post, die mit ihrem massigen Volumen den Knick der Mühlegasse nachvollzieht und gegen die Limmat hin einen auffälligen Erker zur Schau stellt; oder der Eckbau, der am Münsterhof die Einmündung der Poststrasse verdeckt.

Nur wenig bekannt ist, dass sich diese Planungen und baulichen Eingriffe als Etappen einer Geschichte der gezielten und geplanten baulichen Erneuerung und Umgestaltung der Altstadt darstellen lassen. Nachdem die mittelalterlich geprägten Stadtteile durch die Entfestigung zur alten Stadt geworden waren, setzte diese Geschichte vielleicht Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Anlage des Limmatquais, spätestens aber mit dem Neubau des heutigen Stadthausquartiers ein, das, zur neuen Stadt der Belle Époque gewandelt, seither gar nicht mehr als Teil der Altstadt wahrgenommen wird.⁶ Sie fand ihre Fortsetzung nach der Wende zum 20. Jahrhundert zunächst in den von Gustav Gull entworfenen Verwaltungsbauten, dann aber während rund zweier Jahrzehnte in Planungen, die sämtlich unrealisiert blieben. Mosers Projekt erweist sich dabei als Teil einer sehr viel breiteren Debatte über die verkehrstechnische Modernisierung und hygienische Sanierung der Altstadt. Eine nächste Etappe dieser Geschichte bildet der gezielte Abbruch von Alstadthäusern, mit dem man seit den späten zwanziger Jahren an Nebengassen und in Hinterhöfen Zutritt für «Licht und Luft» schaffen wollte. Zunächst im Interesse einer raschen Abhilfe für das «Gässchenelend» verfolgt, wurde die Abkehr von Tabula-rasa-Planungen im Lauf der dreissiger Jahre zunehmend auch mit Verweis auf den historischen und ästhetischen Wert der Altstadt propagiert. Einen Wendepunkt dieser Entwicklungen markieren das Hotel «Storchen» und das erwähnte Eckhaus am Münsterhof: Sie zeigten in den späten dreissiger Jahren erstmals, wie man sich zeitgenössisch eine bauliche Erneuerung vorstellte, welche das «Stadtbild» ausdrücklich bewahren wollte, die einzelnen Häuser der Altstadt in ihrer Substanz aber als ersetzbar betrachtete. Eine solche auf «Erhaltung» des «Stadtbildes» zielende Sanierungspraxis verfolgte das Büro für Altstadtsanierung, mit dem die Sanierung der Altstadt 1946 in einer eigenen kommunalen Amtsstelle institutionalisiert wurde.

So zeigt sich, dass die zahlreichen in jenen Jahren entstandenen Neubauten in der Altstadt gezielt gefördert wurden und ihre architektonische Unauffälligkeit den zeitgenössischen Intentionen keineswegs widersprach.

Eine Geschichte dieser Planungen und baulichen Eingriffe versucht das vorliegende Buch zu leisten. Gegenstand der Untersuchung ist jenes Gebiet der Stadt, für das sich seit dem 19. Jahrhundert der Begriff der «Altstadt» eingebürgert hat und das mit der Ausdehnung der mittelalterlichen Ummauerung in etwa zusammenfällt. Nie mitgemeint waren in Zürich mit diesem Begriff die barocken Vorstädte, die im Lauf des 20. Jahrhunderts – und parallel zu den im vorliegenden Buch dokumentierten Planungen in der Altstadt – durch die Citybildung praktisch restlos ersetzt wurden. Die Darstellung setzt zeitlich mit der Entfestigung der Stadt im frühen 19. Jahrhundert ein und stellt zunächst im Sinn einer Vorgeschichte die Planungen und baulichen Eingriffe dar, mit denen die Erneuerung der Altstadt von der Jahrhundertmitte an allmählich zu einem festen Aufgabengebiet der städtischen Baupolitik wurde. Ihr Schwerpunkt liegt auf den Jahrzehnten zwischen 1920 und 1960, bevor sie mit der Einrichtung der städtischen Denkmalpflege schliesst, die im Jahr 1958 aus dem Büro für Altstadtsanierung hervorging und das Ende der Sanierungskampagnen in der Altstadt markiert. Eine Geschichte der Restaurierungspraxis der 1960er, 70er und 80er Jahre und ihre Fortschreibung bis in die Gegenwart könnte diese Darstellung fortsetzen, bleibt aber anderen Untersuchungen vorbehalten.

Bislang waren die Planungen und Sanierungskampagnen in der Zürcher Altstadt vor allem in einer Untersuchung von Ruedi Weidmann über den Zürcher Stadtbaumeister Albert Heinrich Steiner dargestellt, nachdem sie erstmals in den 1960er Jahren in einer Begleitpublikation zu einer Ausstellung im Helmhaus und später in einem Beitrag zur Geschichte der städtischen Denkmalpflege berührt worden waren.⁷ Vor allem für die frühen Etappen des Themas bildet nun die umfassende Darstellung von Daniel Kurz zum Zürcher Städtebau zwischen 1900 und 1940 einen wertvollen Hintergrund.⁸ Im Übrigen bilden Handbücher wie die *Kunstdenkmäler* oder das *Inventar der neueren Schweizer Architektur* (INSA) wichtige Grundlagen für das Thema; auch wird es nun in dem der Innenstadt gewidmeten Band der Reihe *Baukultur in Zürich* berücksichtigt.⁹ Der bisherige Forschungsstand machte damit die Auswertung einer grossen Anzahl bisweilen heterogener Quellen nötig. Die benutzten Bestände im Zürcher Stadtarchiv, im Baugeschichtlichen Archiv sowie im Archiv der städtischen Denkmalpflege sind im Anhang dokumentiert. Dasselbe gilt für die gedruckten Quellen, wobei besonders Artikel aus den Zürcher Tageszeitungen, den Fachzeitschriften *Schweizerische Bauzeitung* (SBZ) und *Werk* sowie der Vereinszeitschrift des Schweizer Heimatschutzes und schliesslich zahlreiche einzelne Fachpublikationen von zentraler Bedeutung waren. Der vorliegende Text ist die streckenweise überarbeitete Fassung einer Lizentiatsarbeit, die im Frühjahrssemester 2008 von der Universität Zürich auf Antrag von Prof. em. Dr. Stanislaus von Moos angenommen wurde. Seither erschienene Literatur wurde so weit als möglich eingearbeitet.¹⁰

Einmal sind die hier darzustellenden Entwicklungen ein Beitrag zur Städtebaugeschichte der Stadt Zürich.¹¹ Zwar wurde die bauliche Entwicklung der Stadt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wohl sichtbarer von anderen Aufgaben dominiert: von der Anlage neuer Wohnquartiere und Erholungsgebiete in den 1893 und 1934 eingemeindeten Vororten, von der Modernisierung bestehender Quartiere für den wachsenden und zunehmend automobilen Verkehr oder schliesslich von der Anlage weiterer städtischer

Infrastrukturen. Gleichwohl dürfte die Sanierung der Altstadt in der zeitgenössischen Wahrnehmung einen grösseren Stellenwert eingenommen haben, als man ihr in der Rückschau vielleicht zubilligt. So war die Aufgabe, wie andere Themen des Städtebaus auch, ein Gegenstand der öffentlichen Debatte, und sie wurde von der kommunalen Baupolitik über die erste Jahrhunderthälfte hinweg kontinuierlich verfolgt.

In dieser Hinsicht handelte es sich um einen politischen Aushandlungsprozess, in dem sich sehr unterschiedliche Interessen kreuzten – oder trafen. In der lokalpolitischen Debatte engagierten sich dabei vor allem Vertreter der Sozialdemokratie im Zusammenhang wohnbaupolitischer Forderungen für das Thema; wichtige Akteure waren hier aber auch der Heimatschutz und – mehr im Hintergrund – die Berufsverbände der Architekten. Von ganz unterschiedlicher Seite erhielten die Sanierungskampagnen wesentliche Impulse. So spielte in den späten dreissiger Jahren die Kantonale Natur- und Heimatschutzkommission eine wichtige Rolle in den Diskussionen um das konkrete Vorgehen. Im Zweiten Weltkrieg erfuhren die Sanierungskampagnen eine massive Förderung durch Arbeitsbeschaffungsprogramme des Bundes, auf die in einem eigenen Exkurs einzugehen ist. Auf der Seite der Stadtverwaltung sind einige Persönlichkeiten zu erwähnen, welche aus anderen Themenfeldern der Stadtpolitik und des Städtebaus besser bekannt sind: in politischer Hinsicht war von den späten zwanziger bis in die vierziger Jahre hinein der langjährige Stadtrat und Stadtpräsident Emil Klöti ein wichtiger Protagonist der Sanierungskampagnen, innerhalb der städtischen Bauverwaltung in jenen Jahren vor allem Konrad Hippenmeier als Leiter des Bebauungsplanbüros, ab 1943 der neue Stadtbaumeister Albert Heinrich Steiner. Gerade Steiner, der vor allem als bemerkenswert durchsetzungsfähiger Planer der Zürcher Aussenquartiere in die Geschichte der Stadt eingegangen ist, wird hier im Kontext eines Themas darzustellen sein, das seinen besser bekannten übrigen Tätigkeiten einen vielleicht nicht unwesentlichen Aspekt hinzufügt. Indem die Sanierungskampagnen buchstäblich durch die Einrichtung der städtischen Denkmalpflege abgelöst wurden, bilden sie in institutioneller Hinsicht auch ein Kapitel aus der Geschichte – respektive Vorgeschichte – dieser Amtsstelle. Gleichzeitig tangieren sie, wie Dölf Wild in seinem Vorwort darstellt, die Geschichte der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, die hier in gewisser Hinsicht als Vorgängerin einer institutionalisierten kommunalen Denkmalpflege darzustellen sein wird.

Neben ihrer Rolle in diesen stadtgeschichtlichen Zusammenhängen steht die darzustellende Geschichte auch als Beispiel für den baulichen Umgang mit Altstadtquartieren und damit für ein breites Phänomen im Städtebau der Moderne. Zunächst in den europäischen Metropolen, bald aber auch in Städten mittlerer Grösse wie Zürich galten die alten Stadtteile im Lauf des 19. Jahrhunderts zunehmend als sanierungsbedürftig. Forderungen des Verkehrs, der Hygiene, der Sicherheit oder der Repräsentation, aber auch das Bedürfnis nach grossflächigen Bauplätzen und die Interessen der Bauspekulation waren ausschlaggebend dafür, dass die in ihrer Anlage und Bausubstanz mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Stadtviertel in den Fokus städtebaulicher Planungen gerieten. Ging es darum, sie zu modernisieren, ersetzte man die bisherige Bebauung durch eine möglichst weitgehende und regelmässige Neubebauung, die Eigenheiten oder Unregelmässigkeiten des Stadtplans nur da berücksichtigte, wo dies aus meist praktischen Gründen nicht zu vermeiden war. Auch die einzelnen Neubauten nahmen in ihrer Architektur keinen besonderen Bezug auf den Ort; vielmehr wählte man für sie Formen, die als modern und zeitgenössisch emp-

funden wurden – was im 19. Jahrhundert in der Regel einer historistischen Architektur entsprach. Sollten bei der Erneuerung einzelne Bauten erhalten werden, wurden sie oft aus der umgebenden Bebauung freigelegt und möglichst allansichtig als isoliertes Objekt in eine nach zeitgenössischen Prinzipien gestaltete Neubebauung einbezogen.¹²

Kurz nach der Wende zum 20. Jahrhundert ist in der Städtebaudiskussion im Hinblick auf den baulichen Umgang mit den alten Städten ein tiefgreifender Wandel zu konstatieren. Hatte man zuvor lediglich Einzelbauten einen Denkmalswert zugesprochen, mehrten sich nun im Zeichen eines wachsenden Interesses für die historische Bedeutung und die ästhetischen Qualitäten zusammenhängender, meist mittelalterlich geprägter Ensembles und Stadtviertel die Bemühungen um deren Erhaltung. Gleichzeitig wurde aber weiterhin vor allem mit Verweis auf Verkehr und Hygiene die Sanierung und bauliche Erneuerung der Altstädte gefordert. Bezeichnend für die Debatten ist der Glaube an – oder jedenfalls die Berufung auf – eine Vereinbarkeit dieser Forderungen, indem nicht etwa die einzelnen Bauten, sondern das «Stadtbild» und der städtebauliche Zusammenhang der alten Stadtviertel als erhaltenswert galten. Aus diesen Positionen heraus entwickelte sich in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine Sanierungs- und Restaurierungspraxis, welche eine Erneuerung der Bausubstanz bei gleichzeitiger Bewahrung gewisser bildhafter Qualitäten des Stadtgefüges propagierte. Die einzelnen Häuser liessen sich dabei nach zeitgenössischer Auffassung durch Neubauten ersetzen, die durch ihre Gestaltung der Altstadt «angepasst» waren und für die sich in der Architekturgeschichte der Begriff des traditionalistisch gestalteten Anpassungsneubaus etabliert hat. Ihrem eigenen Selbstverständnis folgend, wird eine solche Praxis der Erneuerung hier als «stadtbilderhaltende» Sanierung bezeichnet werden. Gerade die Bemühungen, «Stadtbild» oder «Charakter» von Altstadtquartieren zu bewahren, zogen aber oft massive Eingriffe in Bild und Substanz der alten Städte nach sich. Indem sich Sanierungskampagnen, restauratorische Eingriffe und Ersatzneubauten an idealisierten Vorstellungen der jeweiligen Stadt und ihrer städtebaulichen Struktur orientierten, vereinheitlichten sie, wie jüngst Gerhard Vinken in seiner exemplarischen Untersuchung der Altstädte von Basel und Köln gezeigt hat, nicht selten tatsächliche Eigenheiten und überformten Brüche zugunsten eines homogenen Bildes von architektonischer «Tradition».¹³

Entsprechende Sanierungskampagnen wurden vor allem seit den 1930er Jahren in verschiedenen schweizerischen Städten, gerade aber auch in den beiden totalitären Nachbarländern Deutschland und Italien umgesetzt.¹⁴ Auch an den Zürcher Projekten wird sich zeigen, wie gerade mit dem emphatischen Bezug auf die Tradition eine Sanierungspraxis verfolgt wurde, welche zu umso weitreichenderen Verlusten an tatsächlichen Zeugen aus der Baugeschichte der Stadt führte.

Dank

Ohne Mithilfe, Rat und Unterstützung durch viele Menschen wären dieses Buch und die zugrunde liegende Lizenziatsarbeit nicht entstanden. Ihren Ausgang hatte die Beschäftigung mit dem Thema ursprünglich in einem Gespräch mit Prof. Stanislaus von Moos genommen, der die Arbeit später auch mit viel Interesse und guten Ratschlägen – und mit Geduld! – begleitete. An ihn geht an dieser Stelle ein sehr umfassender und sehr herzlicher

Dank. Genau dasselbe gilt für meine Eltern Verena und Klaus Fischli-Maag und meine Partnerin Maarit Felicitas Ströbele, die mich bei der Arbeit an dem Thema immer unterstützt und ermuntert haben, Letztere beide zudem mit der kritischen Lektüre des Buchmanuskripts respektive der Lizenziatsarbeit.

Von meinen StudienkollegInnen und FreundInnen möchte ich ausdrücklich Cornelius Krell, Geraldine Ramphal und Michael Wagner in diesen Dank einschliessen. Ebenso geht mein sehr herzlicher Dank an alle Personen, welche auf den verschiedenen Etappen meiner Arbeit ihr Fachwissen mit mir teilten und sich für das Thema engagierten. Urs Baur und Thomas Meyer waren erste Gesprächspartner bei meinen Recherchen und haben mir den Zugang zu den Planschränken des ehemaligen Büros für Altstadtanierung im Keller der städtischen Denkmalpflege geöffnet. Im Baugeschichtlichen Archiv unterstützte Esther Fuchs meine Recherchen, im Stadtarchiv Dr. Max Schultheiss wie auch die hilfsbereiten LesesaalmitarbeiterInnen, im gta-Archiv Daniel Weiss. Dr. Dölf Wild setzte sich sehr für das Thema ein, zwischenzeitlich sorgte aber auch Dr. Sonja Hildebrand dafür, dass die Beschäftigung mit der Zürcher Altstadt aktuell blieb. Dem Kunsthistorischen Institut in Florenz verdanke ich die Möglichkeit, auch über das vorgesehene Ende meines Aufenthalts hinaus noch einen Arbeitsplatz zu benutzen. Zur Hauptsache dort entstand aus der Lizenziatsarbeit allmählich ein Buchmanuskript. Der Vorstand der Antiquarischen Gesellschaft hat dieses nicht nur in die Reihe der Vereinigung aufgenommen, Dr. Roland Böhmer und Martin Leonhard haben es auch aufmerksam gelesen. Schliesslich haben die Sponsoren mit grosszügigen Beiträgen überhaupt erst möglich gemacht, dass dieses Buch nun gedruckt vorliegt.

2 Die Altstadt im 19. Jahrhundert und um 1900

Nachdem die Zürcher Altstadt seit dem mittleren 19. Jahrhundert schon verschiedentlich in den Blick der Stadtplanung geraten war, setzte ihre planmässige Umgestaltung in den 1870er Jahren mit der Modernisierung des Kratz- und des Spitalquartiers ein. Wurden diese beiden Stadtviertel in Übereinstimmung mit der Stadtumbaupraxis des ausgehenden 19. Jahrhunderts noch durch eine Neubebauung auf einem annähernd rechtwinkligen Strassenraster ersetzt, kündigte sich kurz nach 1900 mit dem Bau der Amtshäuser auf dem Oetenbachareal eine neue städtebauliche Haltung an: gleichfalls auf der Tabula rasa errichtet, sollte die vom Architekten Gustav Gull entworfene Neubebauung entsprechend den Vorstellungen des «malerischen Städtebaus» nun ausdrücklich gewisse Eigenheiten der bestehenden Stadt betonen. Drei in den Jahren des Ersten Weltkriegs durchgeführte städtebauliche Wettbewerbe mündeten zwar nicht unmittelbar in bauliche Umsetzungen, setzten aber die Themen, die noch bis in die 1940er Jahre hinein die Debatte um die Zürcher Altstadt in wesentlichem Mass bestimmen sollten. So waren in dem unter dem Namen «Gross-Zürich» bekannt gewordenen Bebauungsplanwettbewerb neben zahlreichen anderen Themen auch Vorschläge für die Umgestaltung der Altstadt zu formulieren. In denselben Jahren wurden zwei weitere Wettbewerbe veranstaltet, die spezifischere städtebauliche Aufgaben im Gebiet der Altstadt zum Thema hatten.

2.1 Die Modernisierung der Stadt seit 1850

Nachdem die Stadt Zürich 1780–1784, vor allem aber 1832–1850 durch Abbruch der mittelalterlichen Mauern und Schleifung der barocken Schanzen entfestigt worden war, wurden die auf das Mittelalter zurückgehenden Stadtviertel im Lauf des 19. Jahrhunderts allmählich zur Altstadt, die den ausserhalb entstehenden Neuquartieren gegenüberstand.¹⁵ In der zweiten Jahrhunderthälfte rückten sie sukzessive in den Fokus von Planungen und baulichen Eingriffen, wobei zunächst der Wunsch nach einer Öffnung der Stadt zum Fluss und zum See wie auch allgemeinere Repräsentationsbedürfnisse im Hintergrund standen, bevor die hygienischen Missstände und schliesslich auch der zunehmende Verkehr zu zentralen Themen des Stadtumbaus wurden. Die städtebaulichen Eingriffe in die Altstadt setzten in den 1850er Jahren mit der Anlage des Limmatquais ein; rund zwanzig Jahre später entstanden mit dem Zähringer- und dem Stadthausquartier gar zwei neue Stadtviertel. Ohne Rücksicht auf die vorhandene Bebauung auf der Tabula rasa konzipiert, stellten diese Stadtumbaukampagnen ein Beispiel dar, von dem man sich in späteren Projekten für die Altstadt mehr oder weniger ausdrücklich absetzen wollte. In denselben Jahrzehnten wurden zudem mehrere Projekte für Strassendurchbrüche und Strassenverbreiterungen entwickelt, die in der Folge mehrfach wieder aufgegriffen werden sollten. Gleichzeitig zeigte sich in zeitgenössischen Bildern und Beschreibungen ein gewisses Interesse für den Reiz der alten Stadtquartiere; einen Denkmalswert räumte man der Altstadt aber noch

nicht ein, und wenn ihre Modernisierung bisweilen auch bedauert wurde, sah man diese doch durchwegs als eine Notwendigkeit.

Eines der ersten grossen städtebaulichen Projekte im Zürich des 19. Jahrhunderts und jedenfalls den ersten grossmassstäblichen Eingriff im Innern der Altstadt bildete die Anlage des Limmatquais. War die Bebauung der rechtsufrigen Altstadt zuvor direkt an das noch unregelmässige Ufer der Limmat gestossen, wurde in den Jahren 1855–1859 zwischen den heutigen Plätzen Bellevue und Central ein durchgehender Quai erbaut, der in der Folge 1866 und 1890/91 verbreitert werden sollte.¹⁶ Indem der Quai als neue Strassenverbindung die Altstadt auf ihrer gesamten Länge durchquerte, übernahm er nicht nur die Rolle der hauptsächlichen Verkehrsader, sondern veränderte auch ihre bauliche Struktur. Hatte sich die rechtsufrige Altstadt zuvor sehr viel stärker auf ihren schmalen und geschlossenen Hauptstrassenzug (Niederdorfstrasse–Marktgasse–Münstergasse–Oberdorfstrasse) ausgerichtet, wurden die Häuser an der Limmat nun zur durchgehenden Fluss- und Strassenfront zusammengefasst, über die sich die Stadt zum Flussraum öffnete. An der dadurch aufgewerteten Lage entstanden in den darauffolgenden Jahren mehrere aufwendige Neubauten in den für die Zeit typischen Formen von Spätklassizismus und Neorenaissance, wie etwa die «Münsterhäuser» am Grossmünster (1858–1860), das Gesellschaftshaus «zum Schneggen» (1864–1866 von Leonhard Zeugheer und Georg Lasius) oder der Neubau der Museumsgeellschaft (1866/67 von Ferdinand Stadler). Als wichtige öffentliche Einrichtung entstand beim Rathaus 1864–1866 die 1962 abgebrochene Fleischhalle.¹⁷

Mit einem 1858 durchgeführten Wettbewerb für die Neubebauung des Kratzquartiers wurde wenig später erstmals die grossflächige Umgestaltung eines ganzen Altstadtquartiers geplant. Das vor der Stadt gegen den See hin gelegene Quartier war schon 1848 und 1857 als Bauplatz für ein Bundesratshaus respektive für den Sitz des Polytechnikums in die Debatte eingebracht worden, als sich Zürich um den Sitz dieser beiden eidgenössischen Institutionen bewarb. Der Wettbewerb von 1858 definierte das Gebiet nun umso deutlicher als städtebauliche Schlüsselstelle und bildet damit eine entscheidende Etappe in der Öffnung der Stadt zum See hin, die rund zwanzig Jahre später an dieser Stelle denn auch umgesetzt werden sollte. Das geforderte Bauprogramm umfasste neben weiteren öffentlichen Bauten vor allem ein neues Rathaus für die Stadtgemeinde. Diese hatte sich seit 1803 in dem hier gelegenen ehemaligen «Bauhaus» eingerichtet, nachdem das Rathaus im Zug der Auflösung des alten Stadtstaates dem Kanton überlassen worden war. Unter den eingeladenen Architekten befand sich neben anderen Gottfried Semper, der mit seiner Anwesenheit in Zürich in jenen Jahren das lokale Baugeschehen prägte. Sein Projekt für einen in Neorenaissanceformen gehaltenen, grosszügigen Stadthauskomplex integrierte gleichzeitig den alten Kratzturm und den «Baugarten», eine beliebte Gartenwirtschaft, die ebenso wie der Turm einen Überrest der in den 1830er Jahren geschleiften Stadtbefestigung bildete (Abb. 1). Wenn der Entwurf auch allgemeines Gefallen fand, dachte offenbar niemand ernstlich an seine Verwirklichung.¹⁸

Knapp zehn Jahre nach dem Wettbewerb für das Kratzquartier liess die Stadt in den Jahren 1866/67 Pläne für eine «Correction und Vervollständigung des ganzen städtischen Strassennetzes» ausarbeiten, wobei mit Gottfried Semper und Johann Jakob Breitingen zwei Architekten parallel mit Studien beauftragt wurden. Die Planungen, welche die Umgestaltung und Erweiterung der bestehenden Stadtgebiete erstmals als Aufgabe im gesamtstädtischen Massstab formulierten, waren nicht zur unmittelbaren Umsetzung

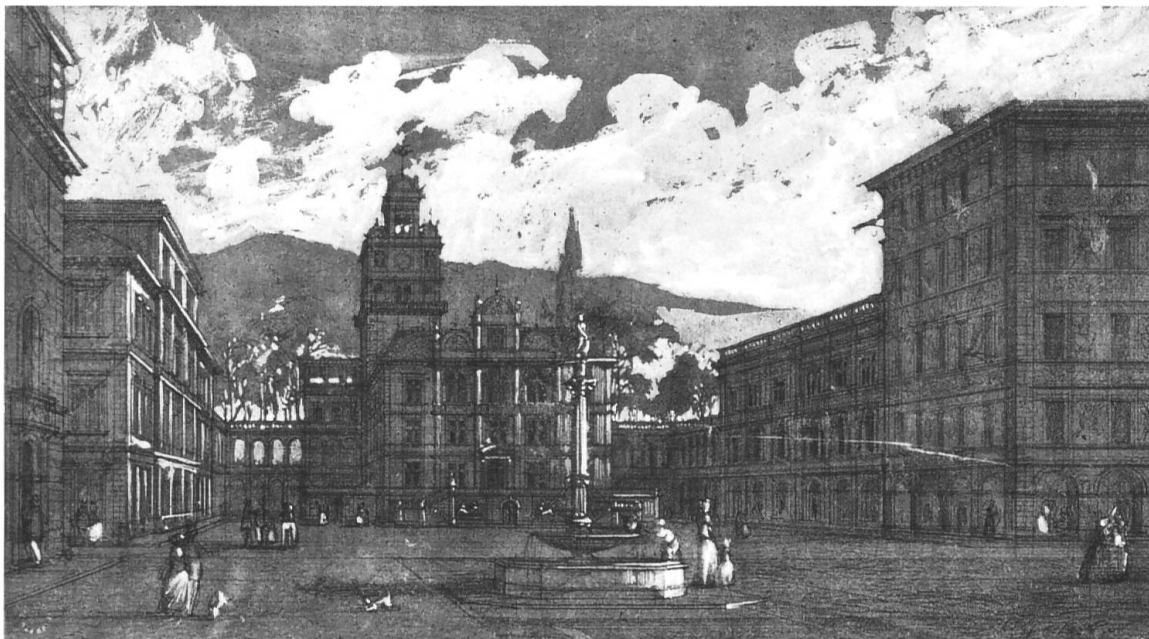


Abb. 1: Gottfried Semper, Projekt für ein Stadthaus unter Einbezug des alten Kratzturms, 1858.

vorgesehen, sondern sollten als eine Art städtebaulicher Richtplan dienen; sie enthielten unter anderem Vorschläge für die Altstadt. Hier schlugen sowohl Semper als auch Breitinger vor, den untersten Bereich des Niederdorfs durch einen neuen Stadtteil zu ersetzen und analog dem rechtsufrigen Limmatquai auch am linken Flussufer eine durchgehende Quaistrasse anzulegen. Während Semper im Übrigen aber offenbar keine grösseren Umgestaltungen im Innern der Altstadt vorsah, zeigten Breitingers Pläne hier mehrere Vorschläge für neue Strassenverbindungen und Platzanlagen: Unter anderem war ein Strassendurchbruch eingezeichnet, der vom Predigerplatz quer über den Neumarkt bis zum Hirschengraben führte und etwa beim heutigen Heimplatz in einer halbkreisförmig abgeschlossenen Platzanlage endete (Abb. 2).¹⁹ Gut dreissig Jahre später sollte der Architekt Gustav Gull diesen Vorschlag wieder aufgreifen, worauf er in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als «Zähringerdurchbruch» ein festes Thema der Debatten um die Zürcher Altstadt blieb (vgl. Kap. 2.2).

In denselben Jahren schuf sich die Stadt auch bessere institutionelle Grundlagen für einen modernen Städtebau. Eine massgebliche Rolle kam dabei dem Ingenieur Arnold Bürkli (1833–1894) zu, der seit 1860 bei der Stadt tätig war und von 1866 bis 1882 auf der neu eingerichteten Stelle des Stadtingenieurs die städtebauliche Entwicklung Zürichs wesentlich mitbestimmen konnte. 1882–1887 war er für die Anlage der Quaibauten am See zuständig, mit denen er zu einiger Bekanntheit gelangte. Die Bedeutung, die man Bürklis Tätigkeit für die Stadt zumass, kommt darin zum Ausdruck, dass ihm die Universität Zürich 1883 wegen seiner Verdienste um die Stadtsanierung den Titel eines Ehrendoktors der Medizin zusprach.²⁰

Mit der Neubebauung des Kratzquartiers und des Spitalquartiers nahm die Stadt unter der Leitung Bürklis in den späten 1870er Jahren praktisch gleichzeitig weitreichende Eingriffe in zwei verschiedenen Randzonen der Altstadt in Angriff. Für die Umgestal-



Abb. 2: Johann Jakob Breitingen, «Erweiterung & Correction des städtischen Strassennetzes», Detailplan der rechtsufrigen Stadt, 1866/67.

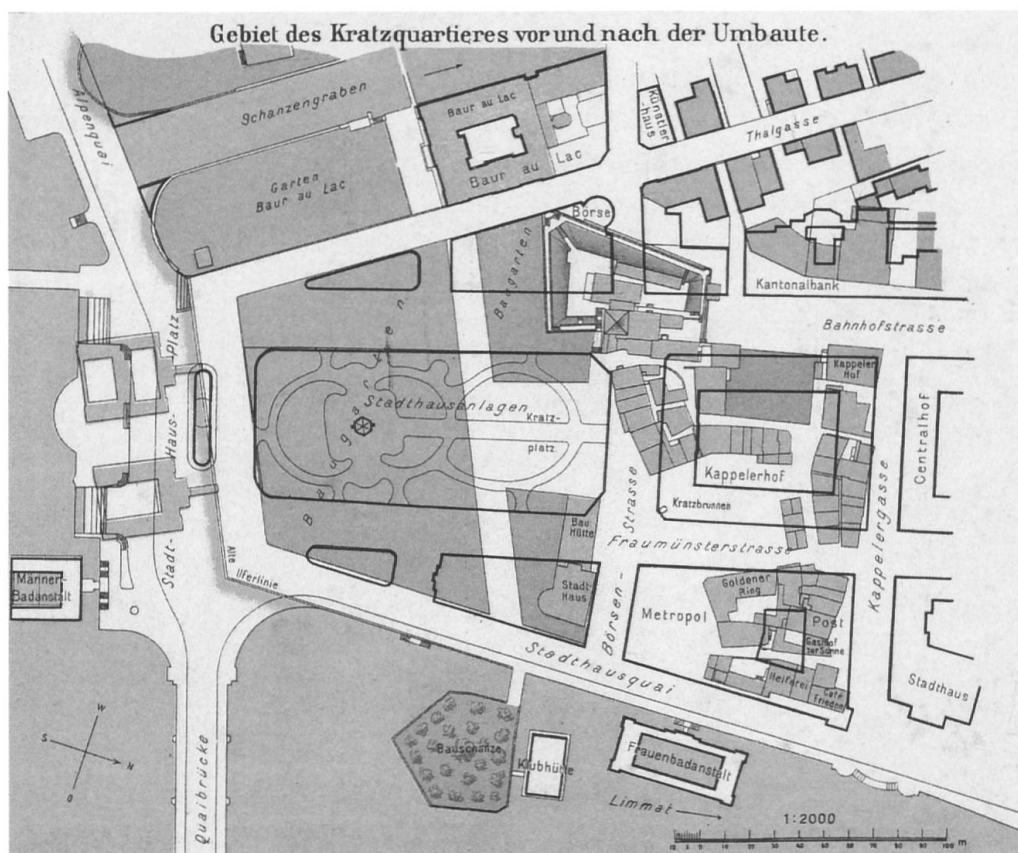


Abb. 3: Stadthausquartier, Plan der ab 1877 realisierten Neubebauung über dem Grundriss des vorherigen Kratzquartiers.

tung des Kratzquartiers wurden 1877 Baulinien festgelegt, worauf der sukzessive, erst 1891 ganz abgeschlossene Abbruch der bisherigen, verhältnismässig locker zum See hin ausgedehnten Bebauung begann. Die neuen Strassen teilten das entstehende Quartier in einen Raster von Baublöcken, die zum See hin spitz zuliefen; ihren Abschluss fanden sie in den 1881–1887 realisierten Quaianlagen mit dem später nach Bürkli benannten Platz (Abb. 3).²¹ Die Grundstücke wurden in ihrer Mehrzahl zur Überbauung mit repräsentativen Geschäfts- und Wohnhäusern an Private verkauft.²² Mit Bauplätzen für ein Stadthaus und eine Hauptpost erlaubte der Neubau des Quartiers aber auch die Realisierung zweier wichtiger öffentlicher Bauaufgaben.²³ Die Anlage von Baublöcken zwischen rechtwinklig oder annähernd rechtwinklig aufeinanderstossenden Strassen und der parzellenweise Verkauf der Grundstücke an private Bauinteressenten entsprachen dabei einer im 19. Jahrhundert üblichen Praxis des Stadtumbaus. Ein solches Vorgehen war immer auch von rechtlichen Voraussetzungen motiviert: Weil die Enteignung privater Grundstücke in der Schweiz wie auch in vielen anderen Ländern nur dann möglich waren, wenn Land für den Strassenbau benötigt wurde, bildeten die Neuanlage von Strassen oder die Ausführung einzelner Strassendurchbrüche ganz allgemein eines der verbreitetsten Mittel des Stadtumbaus im 19. Jahrhundert.²⁴ In städtebaulicher und architektonischer Gestaltung wie auch mit seiner Geschäftsnutzung richtete sich das neue Stadtviertel nach grossstädtischen Modellen, die für Zürich zu diesem Zeitpunkt noch neu waren. Während im Hintergrund wie oft im 19. Jahrhundert das unerreichte Ideal Paris stand, dürfte man konkrete Vorbilder vor allem in deutschen Metropolen wie etwa Frankfurt am Main gefunden haben.²⁵ Mit dem Neubau des zum See hin gelegenen Stadtquartiers war aber auch der Anfang einer See-front gemacht, mit der sich die zuvor sehr viel eindeutiger dem Fluss zugewandte Stadt erst gegen See und Alpenpanorama öffnete – ein Phänomen, das etwas früher bereits in Genf und Luzern zu beobachten ist und dort auch eine Antwort auf die Bedürfnisse des aufkommenden Tourismus war.²⁶

Schliesslich brachte die Neubebauung eine teilweise Freilegung des Fraumünsters aus seiner bisherigen baulichen Umgebung mit sich (Abb. 4, 5). Die durchaus beabsichtigte Umgestaltung war das Resultat mehrerer Abbrüche und Neubauten. So errichtete Stadtbaumeister Arnold Geiser 1883–1885 neben der Kirche den ersten Trakt eines neuen Stadthauses. 1898 erhielt dieses durch den Architekten Gustav Gull eine wesentliche Erweiterung, die ursprünglich nur als Provisorium dienen sollte, während man zu diesem Zeitpunkt längerfristig an eine Zusammenfassung der Stadtverwaltung in den ebenfalls von Gull geplanten Verwaltungsbauten auf dem Oetenbachareal (vgl. Kap. 2.2) dachte.²⁷ Damit war das ehemalige «Fraumünsteramt» praktisch vollständig durch Neubauten ersetzt, die sich im Unterschied zum vorherigen Zustand nicht mehr an die Kirche anschlossen, sondern in ähnlichem Volumen neben diese stellten. Schon bei der Ausarbeitung des Stadtplans für das neue Quartier war der Abbruch des ehemaligen Kornhauses beschlossen worden, das dem Fraumünster an der Ostseite gegen die Limmat hin vorgelagert war; beim Verkauf des Bauplatzes für die neue Hauptpost an den Bund hatte die Stadt diese Absicht zudem vertraglich bekräftigt. Obwohl sich 1891 ein gewisser Widerstand formierte, wurde der Bau 1897 abgebrochen, um entsprechend den ursprünglichen Plänen freie Sicht auf die Kirche, das neue Stadthaus und die damals noch im Bau befindliche Fraumünsterpost zu gewinnen.²⁸ War die Kirche zuvor in die deutlich kleinteiligere Bebauung der ehemaligen Konventsbauten integriert, trat sie damit nach der



Abb.5: Das Fraumünster nach seiner teilweisen Freilegung, links anschliessend das Stadthaus (Architekt Gustav Gull, 1898), Aufnahme 1901.



Abb.4: Das Fraumünster vor der Freilegung: seitlich an die Kirche anschliessend die ehemaligen Konventsbauten, im Vordergrund das ehemalige Kornhaus, Aufnahme vor 1897.

Neugestaltung sehr viel stärker als freistehender Monumentalbau in Erscheinung. Eine solche Umgestaltung entsprach dabei der im Städtebau des 19. Jahrhunderts verbreiteten Tendenz, Monumentalbauten aus ihrer Umgebung gleichsam herauszuschälen, um sie möglichst allansichtig zeigen zu können.²⁹ Dass dieser Wunsch nach der Freilegung eines nun als Baudenkmal empfundenen Kirchenbaus auch in Zürich kein Einzelfall war, zeigt sich an einem unrealisiert gebliebenen Vorschlag des Kunsthistorikers Johann Rudolf Rahn, der 1874 die damals als Stadtbibliothek genutzte Wasserkirche durch den Abbruch des Helmhauses freilegen wollte.³⁰

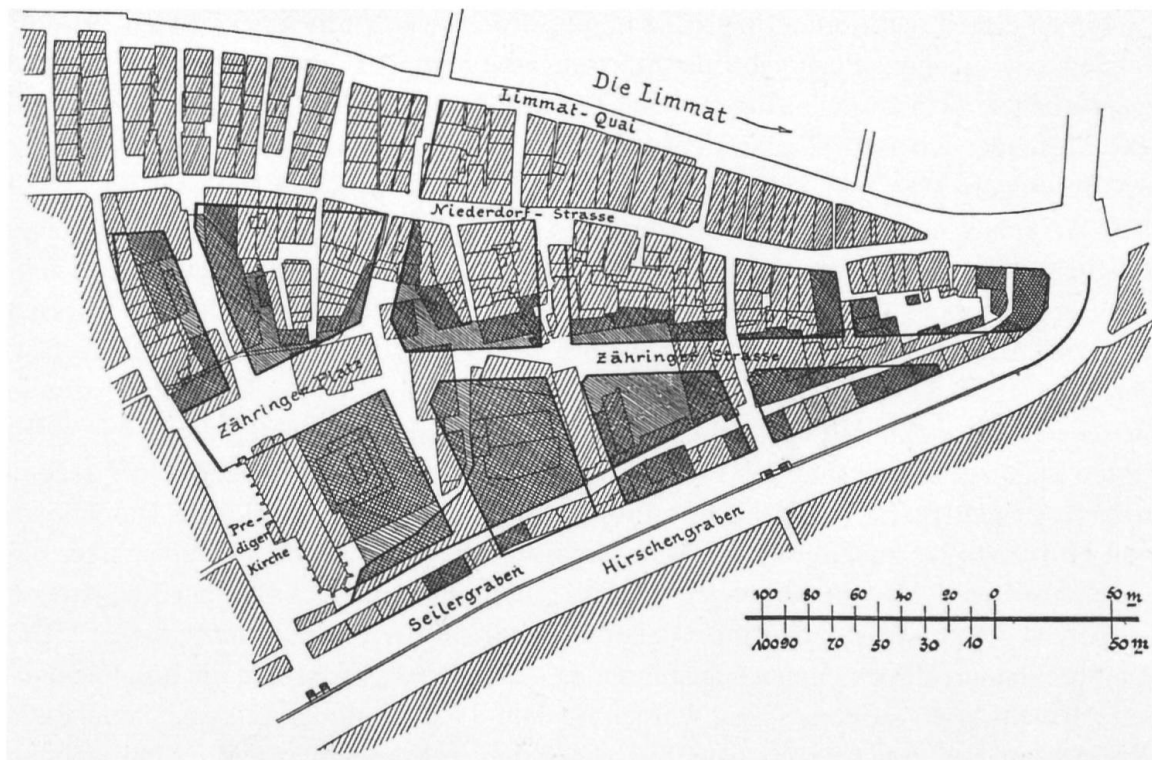


Abb.6: Ehemaliges Spital- und späteres Zähringerquartier, Plan der 1878–1883 angelegten Strassen und Blockrandgevierte über dem Grundriss der vorherigen Bebauung; dunkel schraffiert die für die Neubebauung enteigneten Grundstücke (Zeichnung 1907).

Ebenfalls aufgrund von Planungen Bürklis wurde der Neubau des Spitalquartiers am nördlichen Ende des Niederdorfs in Angriff genommen. Als «unregelmässiges winkliges Konglomerat von Häusern, Höfen und Gärten zwischen Niederdorfstrasse und Hirschengraben» gehörte dieses zu den schlechtesten Wohnvierteln der Stadt.³¹ Entsprechend bestand ein Hauptziel der städtebaulichen Eingriffe darin, im Sinn einer «Assanierung» des Viertels die im Vorfeld untersuchten und als mangelhaft empfundenen hygienischen Verhältnisse zu verbessern.³² Möglich geworden war die Umgestaltung auch dadurch, dass die für das Quartier namengebenden ehemaligen Spitalbauten um die Predigerkirche durch den Bau des neuen Kantonsspitals an der Rämistrasse ihre bisherige Funktion verloren hatten und somit ersetzt werden konnten.³³ 1877, zur gleichen Zeit wie im Kratzquartier, wurden hier Baulinien für die Neubebauung festgelegt, worauf die bisherigen Häuser von der Stadt aufgekauft respektive enteignet und ab 1878 abgetragen wurden; das Abbruchmaterial verwendete man zur Aufschüttung der Quaianlagen in der Enge und in Riesbach. Nach dem Verkauf der einzelnen Parzellen an private Bauherren entstand bis 1883 eine regelmässige Blockrandbebauung (Abb.6): Hauptstrassenzug des Neubauquartiers war die neu angelegte Zähringerstrasse, die ihren Abschluss im gleichfalls neuen Zähringerplatz vor der Predigerkirche fand. Mehrere Querstrassen führten auf der einen Seite zum Seilergraben, auf der anderen zur relativ engen Niederdorfstrasse, an der gleichzeitig der neue Hirschenplatz angelegt wurde; als Verbindung zur Limmat wurde zudem die Mühle-gasse auf ihrem oberen Teilstück verbreitert.³⁴

Neben diesen realisierten Eingriffen in die Altstadt wurden im ausgehenden 19. Jahrhundert noch weitere Planungen für Strassenverbreiterungen und Strassendurchbrüche ausgearbeitet, die allerdings zum grössten Teil Projekt blieben. So propagierte der Architekt Alexander Koch 1881 eine «Peterstrasse», welche entsprechend einem Vorschlag aus Breitingers Plan von 1866/67 die damals eben neu angelegte Bahnhofstrasse mit dem Weinplatz und dem Rathaus verbinden sollte.³⁵ Realisiert wurde von der Strasse lediglich ein kurzes Stück an der Bahnhofstrasse; die für den Strassendurchbruch notwendige Abgrabung des Hügels um die Kirche St. Peter wurde zwar in späteren Projekten vereinzelt wieder aufgenommen, aber bereits Anfang des 20. Jahrhunderts aufgegeben. Ebenfalls 1881 legte der Architekt Heinrich Ernst Pläne für eine Verbindungsstrasse zwischen Oberdorfstrasse und Zeltweg vor, die als Rämistrasse in den darauffolgenden Jahren angelegt wurde und zur baulichen Erneuerung in dieser Randzone der rechtsufrigen Altstadt führte.³⁶ Nach Ernsts Projekt sollte die Strasse über einen Durchbruch zum Grossmünster zudem mit der Münstergasse, das heisst mit dem Hauptstrassenzug der rechtsufrigen Altstadt verbunden werden. Zusammen mit dem Bau der Rämistrasse wurde von dieser «Waldmannstrasse» allerdings nur ein kurzer Abschnitt realisiert.³⁷ Um den Strassendurchbruch dennoch ausführen zu können und gleichzeitig die anschliessenden Altstadtgassen zu verbreitern, wurden im Jahr 1900 Baulinien erlassen, welche die Waldmannstrasse zum Grossmünster fortsetzten und an Neustadtgasse, der Münstergasse und der Kirchgasse jeweils wesentlich hinter den bestehenden Baufluchten lagen. 1903 folgten nach demselben Muster Baulinien für die Obere Zäune und die Blaufahnenstrasse.³⁸ Entsprechend einer zeitgenössisch verbreiteten Praxis sollte damit eine allmähliche Verbreiterung der Strassen erreicht werden, indem die einzelnen Hausbesitzer jeweils bei baulichen Erneuerungsarbeiten zur Einhaltung der neuen Baulinie gezwungen worden wären.³⁹ Allerdings führten die Baulinien über die darauffolgenden Jahrzehnte nicht zum gewünschten Resultat, und als absehbar geworden war, dass die Verbreiterung kurzfristig nicht durchsetzbar war, erlaubte die Stadt den Hausbesitzern in den 1930er Jahren, vor die Baulinie auf die bestehende Flucht vorzubauen.⁴⁰ Eine Umsetzung der Strassenverbreiterungen am Hauptstrassenzug der rechtsufrigen Altstadt sollte schliesslich erst das Büro für Altstadtsanierung unter Stadtbaumeister Albert Heinrich Steiner in den 1940er und 50er Jahren betreiben (vgl. Kap. 6.3). Theoretisch rechtskräftig, bestanden alle Baulinien formell bis 1962, auch wenn längst klar geworden war, dass die Fragment gebliebenen Strassendurchbrüche nicht mehr realisiert würden (vgl. Kap. 7.2).⁴¹

Aus den städtebaulichen Eingriffen wird gleichzeitig klar, dass der Altstadt weder in der breiten Öffentlichkeit noch bei den mit dem Städtebau befassten Amtsstellen ein Denkmalswert zugeschrieben wurde. Ein gewisses Interesse für die alten Stadtviertel und ihre Architektur ist zwar in Literatur, Lokalgeschichtsschreibung wie auch in gemalten, gezeichneten, später auch fotografierten Stadtansichten zu fassen, doch äusserte sich dies bis zum Ende des Jahrhunderts praktisch nie in der konkreten Forderung nach der Erhaltung von einfachen Häusern oder ganzen Altstadtquartieren. Sehr früh manifestierte sich ein Interesse an der Altstadt in Salomon Vögels 1829 erschienenem Buch *Das alte Zürich*. Ein frühes Zeugnis für eine solche Sensibilität sind aber auch die illustrierten Darstellungen zu den Zürcher Stadttoren und zur Wasserkirche, die Vögelin zusammen mit dem Zeichner und Kupferstecher Franz Hegi in den 1840er Jahren bei der kurz zuvor gegründeten Antiquarischen Gesellschaft verlegte. Kurz nach der Jahrhundertmitte schil-

derte Gottfried Keller die Altstadt mit ihren Gassen und Häusern als Schauplatz seines *Grünen Heinrich*, thematisierte aber auch den Wandel, dem die Stadt in seiner Zeit mit der Schleifung der Stadtmauer und mit der Anlage von Limmatquai und Bahnhofstrasse ausgesetzt war.⁴² Dabei weinte er dem verschwindenden Stadtbild nicht nur eine gereimte Träne nach, sondern hielt der Modernisierung schon bemerkenswert früh das Argument entgegen, dass man die Altstadt auch als Touristenattraktion sehen könnte: «Die Ratzenburg will Grosstadt werden / Und schlägt die alten Linden um; / Die Türme macht sie gleich der Erden / Und streckt gerad, was traulich krumm. / Am Stadtbach wird ein Quai erbauet / Und einen Boulevard man schauet. / [...] / So ist gelungen jeder Plan / Doch niemand sieht das Nest mehr an!»⁴³

Auch der französische Zeichner und Autor Albert Robida widmete sich in seinem Buch *Les vieilles villes de Suisse* vergleichsweise ausführlich der Zürcher Altstadt. Während er deren malerische Qualitäten in Text und Bild lobte, gab ihm die Architektur der damals neuen Bahnhofstrasse Gelegenheit, über den Verlust der lokalen Eigenarten und die internationale Nivellierung im Allgemeinen zu klagen: «Se trouve-t-on à Paris, à Londres, sur le Ring de Vienne, ou à Saint-Pétersbourg, on ne pourrait le dire, mais c'est le grand style du dix-neuvième siècle qui règnera un jour partout, à Constantinople comme à Tombouctou.»⁴⁴

Wenn in dieser Form auch bisweilen das Verschwinden der alten Stadt beklagt wurde, sah man die Modernisierung offenbar doch als notwendig und jedenfalls als unabwendbare Entwicklung. So handelte es sich denn auch eher um den Ausdruck des Bedauerns als um einen Akt des Protests, wenn 1877 eine kleine Gedenkschrift «Abschied vom Kratzturm» (Abb. 7) nahm, der in jenem Jahr fiel, um für das neue Quartier Platz zu machen. Dasselbe Interesse für die alten Stadtviertel bei gleichzeitigem Einverständnis mit deren Zerstörung zeigt sich im ebenfalls 1877 gefällten Beschluss des Stadtrats, das Kratzquartier vor seiner Zerstörung fotografisch zu dokumentieren – eine Kampagne, die übrigens die Grundlage für das heutige Baugeschichtliche Archiv schuf.⁴⁵ Erst spät wurde neben dem blossen Bedauern über den Verlust des alten Stadtbilds die konkrete Forderung nach dem Verzicht auf geplante Abbrüche laut. Ein frühes Beispiel bilden in dieser Hinsicht die Diskussionen um das ehemalige Kornhaus an der Limmat, das wie erwähnt nach dem Gesamtprojekt für das Kratzquartier zum Abbruch vorgesehen war. Um 1890 erhob sich gegen das Vorhaben Protest. Dieser war durch die Gesellschaft zur Erhaltung historischer Kunstdenkmäler (heute GSK), der Künstlergesellschaft, dem Gewerbeverein und dem Zürcher Ingenieur- und Architektenverein (ZIA) breit abgestützt, blieb aber erfolglos. Aufmerksamkeit zog vor allem Gustav Gull auf sich, der nicht nur den Verzicht auf den Abbruch forderte; als Vertreter der Künstlergesellschaft legte er auch eigene Umgestaltungsvorschläge für den Bau vor, der nach Auffassung der Zeitgenossen «in seinem jetzigen, verlotterten Zustand von der heutigen Generation wenig beachtet» werde. So demonstrierte er anhand Situationsskizzen, wie das Kornhaus erhalten, die Verkehrsbedürfnisse aber dennoch befriedigt werden könnten, während ein Restaurierungsprojekt zeigte, wie der Bau historisierend aufgewertet werden sollte (Abb. 8).⁴⁶

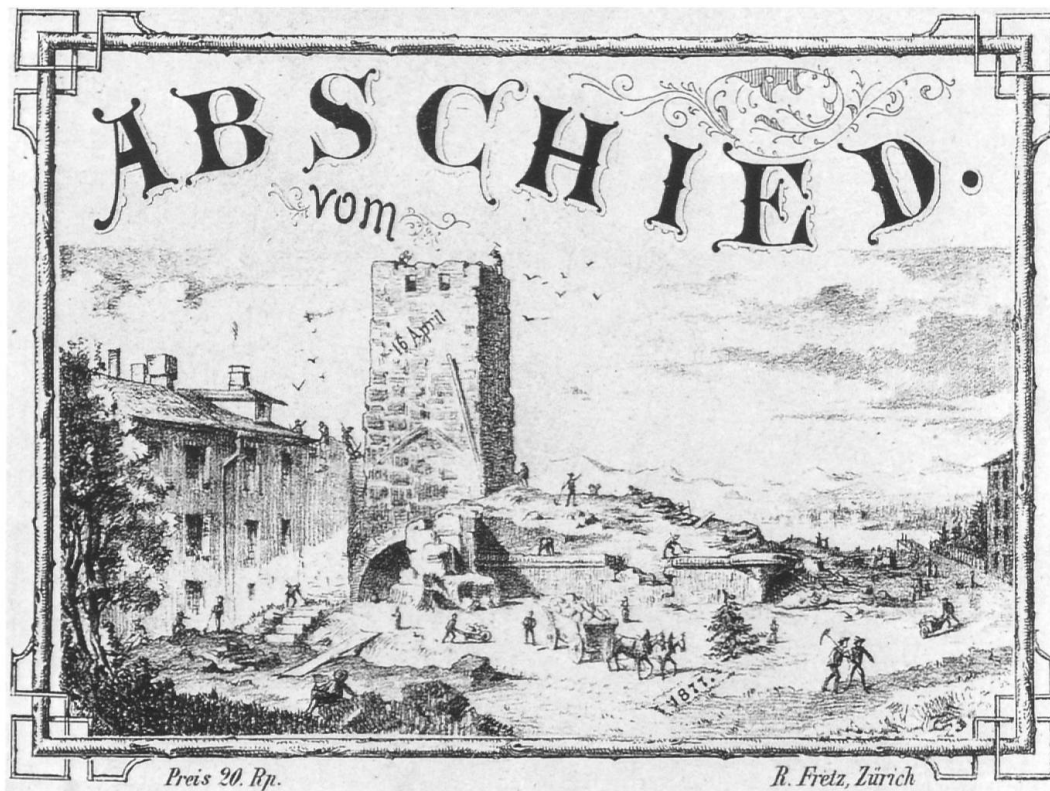


Abb. 7: Gedenkpublikation zum Abbruch des Krattsturms, 1877.

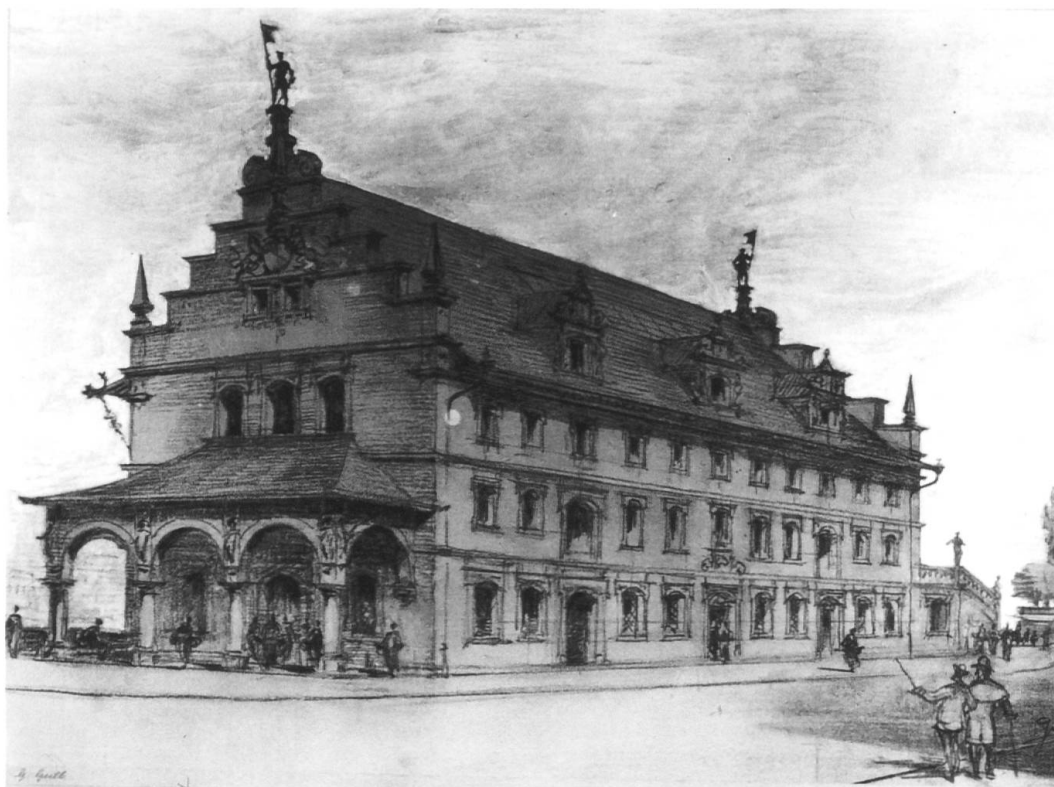


Abb. 8: Gustav Gull, Restaurierungsprojekt für das Kornhaus, 1892.

2.2 Gustav Gulls Amtshäuser und der «malerische Städtebau» in der Altstadt

Von entscheidender Bedeutung für die weitere bauliche Entwicklung der Altstadt waren Planung und Bau der städtischen Amtshäuser auf dem Areal des ehemaligen Klosters Oetenbach. Kurz vor 1900 erstmals diskutiert, umfasste das vom Architekten Gustav Gull ausgearbeitete Projekt einen ausgedehnten Komplex von Verwaltungsbauten, in dem alle Abteilungen der Stadtverwaltung zusammengefasst werden sollten. Gleichzeitig nutzte Gull seine Position, um in Zusammenhang mit den Verwaltungsbauten einen Gesamtplan für eine Reihe städtebaulicher Umgestaltungen vorzuschlagen, die im Bereich der Altstadt teilweise schon länger diskutiert worden waren, aber noch keine konkrete Ausformulierung gefunden hatten.⁴⁷ Auch wenn die in den Jahren 1902–1914 ausgeführten Verwaltungsbauten nur einen Teil des noch viel umfangreicheren Projekts ausmachen, handelt es sich um den weitaus grossmassstäblichsten Eingriff, der im Lauf des 20. Jahrhunderts in der Zürcher Altstadt überhaupt umgesetzt werden sollte. Gleichzeitig setzten die weiteren von Gull vorgeschlagenen städtebaulichen Eingriffe wichtige Themen, welche die Debatten der darauffolgenden Jahrzehnte in einem nicht unwesentlichen Mass prägten. Auf der Ebene der städtebaulichen Neugestaltung zeigt sich mit den Amtshäusern eine gewandelte Haltung gegenüber der Altstadt: Zwar galten die bestehenden Altstadtquartiere und ihre Häuser auch weiterhin nicht als erhaltenswert, und die Neubebauung erfolgte auch hier weitgehend auf der Tabula rasa, ja selbst die Stadtopografie erfuhr durch die Abgrabung des Oetenbachhügels wesentliche Veränderungen; gleichzeitig versuchten die Projekte aber bewusst, gewisse Eigenheiten von Stadtopografie und Stadtstruktur aufzunehmen und diese im Sinn des «malerischen Städtebaus» zu überformen.

Die Planungen hatten ihren Anfang in den 1890er Jahren mit den Diskussionen um den Bau eines Stadthauses genommen, in denen bald Gustav Gull (1858–1942) zu einer zentralen Figur wurde. Gull war 1895 neben Arnold Geiser zum zweiten, «entwerfenden» Stadtbaumeister ernannt worden, nachdem er zuvor mit dem Projekt für das Schweizerische Landesmuseum zu einiger Bekanntheit gelangt war. Diese Funktion sollte er noch bis zu seiner Berufung auf eine Professur des Polytechnikums (der heutigen ETH) im Jahr 1900 innehaben, während er gleichzeitig als Jurymitglied bei zahlreichen Architekturwettbewerben eine ausserordentlich wichtige Rolle im Baugeschehen der Stadt Zürich spielte.⁴⁸ Von 1895 an erarbeitete Gull mehrere Projekte für ein Stadthaus, das nach dem Wunsch der Stadt alle Abteilungen der nach der Eingemeindung von 1893 umso rascher wachsenden Verwaltung umfassen sollte. Als mögliche Bauplätze standen dabei zunächst die Stadthausanlage im zuvor erneuerten Fraumünsterquartier und das ehemalige Tonhalleareal auf dem rechten Seeufer (die heutige Sechseläutenwiese) zur Diskussion, bevor im Winter 1897/98 das Areal des ehemaligen Klosters Oetenbach als Standort in die Debatte eingebracht wurde. Dieses nahm mit dem nördlichen Ausläufer des Lindenhofhügels ebenfalls eine zentrale, zwischen Altstadt und Bahnhof gelegene Stelle der Stadt ein; auch sollte die in den Konventsgebäuden untergebrachte kantonale Strafanstalt in absehbarer Zeit in einen Neubau nach Regensdorf verlegt werden, womit das Areal zur Disposition stand. Die Möglichkeit war zum ersten Mal in den Diskussionen des Baukollegiums angesprochen worden, einer hauptsächlich aus externen Fachleuten zusammengesetzten Kommission, die als beratendes Organ des Stadtrates in Baufragen diente

und in den Planungen für die Zürcher Altstadt auch später eine wesentliche Rolle spielen sollte. Gull machte sich den Vorschlag zu eigen und entwickelte in den darauffolgenden Jahren ein ausgedehntes Projekt für die Neubebauung des Gebiets. Dabei gelang es ihm nicht nur, für die von ihm vorgeschlagenen, sehr weitreichenden Umgestaltungen sowohl die Unterstützung des Baukollegiums als auch der Stadtregierung zu gewinnen. Als das Projekt 1900 in den Grundzügen festlag und Gull das Amt des zweiten Stadtbaumeisters aufgab, konnte er sich auch die Weiterführung des Auftrags und damit die Realisierung der Stadthausbauten als freier Architekt sichern.⁴⁹

Durch die Entscheidung für das Oetenbachareal wurde das Bauvorhaben eines Stadthauses mit weiterreichenden städtebaulichen Planungen in Zusammenhang gebracht. Das Gebiet war auch von den Studien des Stadttingenieurs Victor Wenner betroffen, der sich in denselben Jahren mit der Ausarbeitung eines städtischen Bebauungsplans befasste. Indem er mit seinen Planungen die künftigen Entwicklungsrichtungen für die Stadt mitbestimmen konnte, nahm Wenner beträchtlichen Einfluss auf die Zürcher Stadtplanung, auch wenn er im Unterschied zu den entwerfenden Architekten seiner Zeit heute weitgehend in Vergessenheit geraten ist.⁵⁰ Grundlage für eine Neuordnung der Stadt bildete in Wenners Planungen die Festlegung von Hauptverkehrsadern. Auch die Altstadt wollte Wenner in Übereinstimmung mit zeitgenössischen Auffassungen nicht etwa umgehen; vielmehr sollte sie als Zentrum und Ausgangspunkt der wichtigsten Strassen dienen, die vom «Kreise I, als Geschäfts- und Verkehrsplatz Zürichs [...] in radialer und Querrichtung die Anschlüsse und Hauptverkehrsrichtungen nach den übrigen Verkehrszentren» herstellten.⁵¹ Das Oetenbachareal war dabei als Kreuzungspunkt zweier neuer Verkehrsachsen durch die Innenstadt vorgesehen, die beide auch für Gulls Planungen bestimmend werden sollten. So sollte nach Wenners Plänen zum einen eine Verbindung von der Bahnhofstrasse durch den Oetenbachhügel zum rechtsufrigen Limmatquai, zum anderen ein «Schipfequai» angelegt werden. Ausserdem sahen seine Planungen im Bereich der Altstadt eine «Peterstrasse» mit Verlängerung durch die rechtsufrige Altstadt bis zur Unteren Zäune vor.⁵²

Gull nutzte die Möglichkeiten, die sich mit den geplanten neuen Strassenachsen ergaben, und entwickelte für das Areal nicht nur ein grossmassstäbliches Projekt, sondern nahm dieses auch als Ausgangspunkt für weitere, gleichfalls sehr weitreichende bauliche Umgestaltungen.⁵³ Nachdem man die Ausführung des Amtshauskomplexes bereits in Angriff genommen hatte, veröffentlichte Gull 1905 in der *Schweizerischen Bauzeitung* einen ausführlichen Beitrag, der die Entwürfe für die Verwaltungsbauten als Bestandteil eines Gesamtplans für bauliche Eingriffe an verschiedenen Stellen der Altstadt präsentierte. Ein Übersichtsplan der gesamten Innenstadt (Abb. 9) zeigte ungefähr im Zentrum das Oetenbachareal, das Gull mit dem Stadthaus «zur Anlage eines Zentrums des öffentlichen Lebens und des bisher noch nicht vorhandenen monumentalen Stadtzentrums» nutzen wollte. Seine städtebauliche Berechtigung erhielt dieser Vorschlag Gull zufolge durch die Lage an der «in Zukunft zweifellos sehr bedeutend werdenden Querverkehrsader» durch die Altstadt.⁵⁴ Der von der Bahnhofstrasse durch den Oetenbachhügel zur Limmat geführte Strassendurchbruch war im Projekt durch ein rittlings über der Strasse platziertes Stadthaus überbaut, das, wie ein Panoramabild zeigte, die Ansicht von der Limmat her dominierte (Abb. 10). Entlang der Schippe setzte sich der Baukomplex in mehrgeschossigen, überwölbten Terrassenanlagen fort, hinter denen sich die bis zum Lindenhof empor-

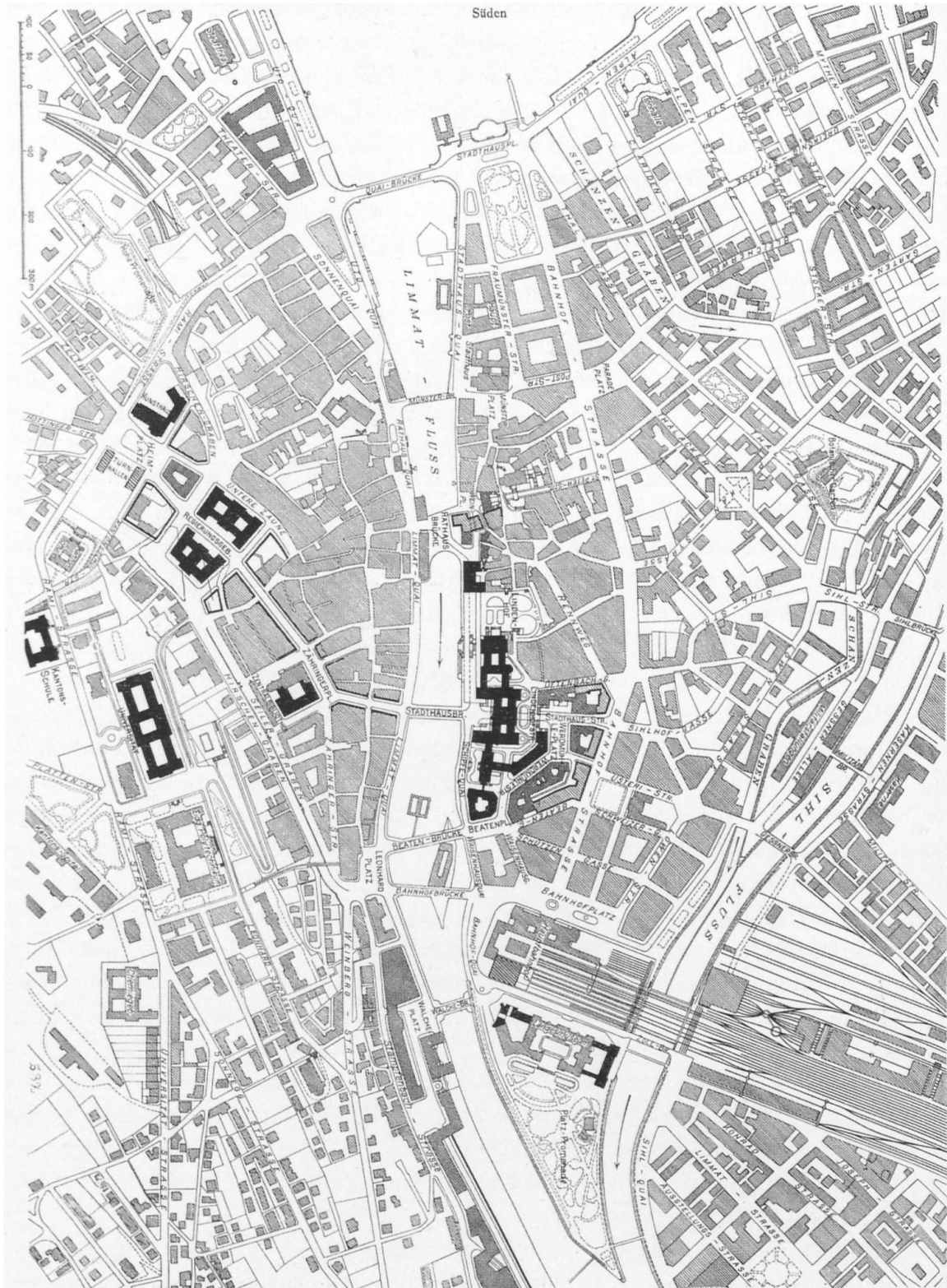


Abb.9: Gustav Gull, Projekte für die Zürcher Innenstadt im Zusammenhang mit dem Bau der Verwaltungsgebäude auf dem Oetenbachareal, publiziert in der *Schweizerischen Bauzeitung*, 1905.

getürmten Baumassen erhoben. Gegen die Bahnhofstrasse hin war eine zweite Reihe von Verwaltungsbauten vorgesehen, die mit zwei Kopfbauten – den in der Folge ausgeführten Amtshäusern III und IV (Abb. 11) – an den Strassendurchbruch stiessen; auf deren Westseite schloss eine allseitig gefasste Platzanlage an, der neue Werdmühleplatz. Die den Baukomplex unterquerende neue Strasse setzte sich auf Gulls Plan in gerader Fortsetzung über eine neue Brücke zum rechten Limmatufer fort, wo sie über die verbreiterte Mühlegasse den Zähringerplatz erreichte; dort sah Gull gleichzeitig «im Anschluss an die Predigerkirche eine passende Baustelle für die projektierte Zentralbibliothek». In ihrem weiteren Verlauf abgewinkelt, sollte die Strasse mit einem Durchbruch durch das Neumarkt-Quartier zum Heimplatz führen. Entlang der neuen Strassenverbindung wie auch an anderen Stellen der Innenstadt zeichnete Gull zudem nach eigenem Entwurf verschiedene Bauten ein, «durch welche die Physiognomie der Stadt künftig wesentlich umgestaltet wird», so etwa zwei auf dem Obmannamtareal vorgesehene Verwaltungsbauten, aber auch eine Erweiterung des von ihm selbst einige Jahre zuvor erbauten Landesmuseums.⁵⁵

In seiner städtebaulichen Konzeption schloss sich Gulls Entwurf an die aktuellsten Tendenzen des internationalen – und das heisst zu diesem Zeitpunkt im Wesentlichen deutschen – Städtebaus an. Ausdrücklich bezog sich Gull dabei auf Camillo Sitte und dessen schnell berühmt gewordenes Städtebaubuch von 1889.⁵⁶ So wollte er nach eigener Aussage beidseits des neuen Stadthauses «geschlossene Platzbilder» erzielen, womit er ein Hauptthema von Sittes Buch aufgriff, und in ähnlichem thematischem Zusammenhang sprach er von seiner Absicht, den Entwurf aus den «Eigentümlichkeiten des Terrains» zu entwickeln.⁵⁷ In dieser Hinsicht ist Gulls Entwurf Teil einer relativ breiten Reformströmung im zeitgenössischen Städtebau: Die Anlehnung an die Stadttopografie, die krumm geführten Strassenzüge und die geschlossenen Platzanlagen wie auch die stark gegliederten Baumassen des Verwaltungskomplexes greifen Motive auf, wie sie im «malerischen Städtebau» seit den 1890er Jahren in der Nachfolge und oft mit direktem Rekurs auf Sittes Buch propagiert wurden.⁵⁸ Vor allem die Hauptvertreter der Debatte, die Architekten Karl Henrici und Theodor Fischer sowie der Städtebauer und Theoretiker Joseph Stübben, dürften direkte Referenzen für Gull gewesen sein. Bereits 1898 hatte Gull an einem internationalen Kongress der belgischen «Art public»-Bewegung in Brüssel teilgenommen, an dem Joseph Stübben die Aufnahme von Motiven mittelalterlicher Städte propagiert und gefordert hatte, Bebauungspläne aus dem Studium topografischer Eigenheiten zu entwickeln.⁵⁹ Von Henrici, der schon 1892 in einem sehr bekannt gewordenen Münchner Wettbewerbsbeitrag die malerische Gruppierung von Bauten vorgeschlagen hatte, besass Gull etwa die 1904 erschienenen gesammelten Aufsätze.⁶⁰ Theodor Fischers Planungen für München, die zum ersten Mal solche Konzeptionen im grösseren Massstab umsetzten, dürften ihm ebenfalls kaum entgangen sein.⁶¹

Auch mit seinen Vorschlägen für die übrige Altstadt konnte Gull die weitere bauliche Entwicklung wesentlich mitprägen, obwohl er die über das Oetenbachareal hinausgehenden Projekte ohne spezifischen Auftrag unterbreitet hatte und sie in ihrem Konkretionsgrad entsprechend unterschiedlich waren. Der Strassendurchbruch vom Zähringerplatz zum Heimplatz nahm den erwähnten Vorschlag auf, den erstmals Johann Jakob Breitingen in seinem «Corrections»-Plan von 1866/67 eingezeichnet hatte.⁶² Die Initiative für die Wiederaufnahme dieses Projekts ging wohl von Gull aus. So war der Strassendurchbruch in den gleichzeitigen Planungen des Stadtingenieurs nicht vorgesehen.⁶³ Gull hingegen



Abb. 10: Gustav Gull, Projekt für ein Stadthaus auf dem Oetenbachareal, Perspektive von der Limmat, 1905.

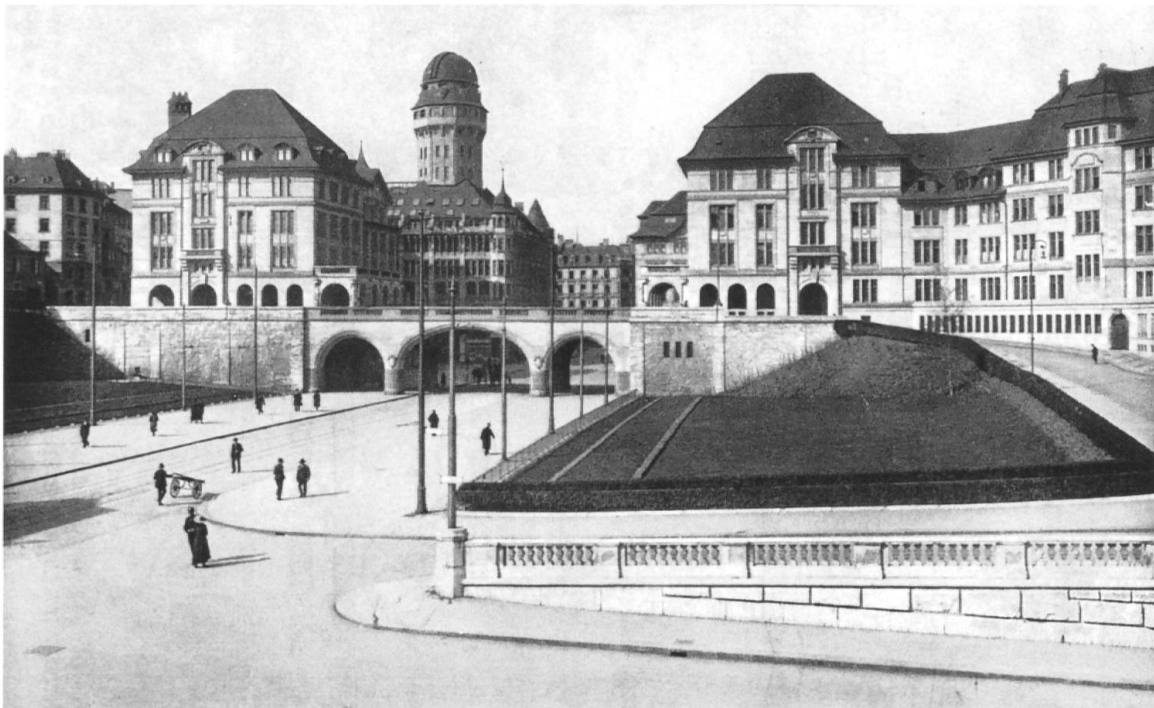


Abb. 11: Die Stadthausstrasse (angelegt ab 1904) mit den realisierten Bauten von Gustav Gulls Planungen für das Oetenbachareal: rechts der Brücke das Amtshaus III, links das Amtshaus IV (beide fertiggestellt), in der Bildmitte der Bauplatz für das nicht realisierte Stadthaus. Aufnahme wohl um 1914.

hatte den Vorschlag, vielleicht mit Bezug auf Breitingers Plan, erstmals einige Jahre zuvor aufgegriffen, als er sich im Jahr 1900 im Auftrag des Kantons mit dem Obmannamtareal beschäftigte. Für das zwischen Neumarktquartier und Hirschengraben gelegene Gebiet, auf dem Neubauten für die Kantonsverwaltung erstellt werden sollten, war 1898/99 ein Wettbewerb durchgeführt worden. Nachdem Gull als Preisrichter verhindert hatte, dass eines der eingereichten Projekte zur Ausführung empfohlen wurde, konnte er selbst einen Bebauungsplan für das Areal erarbeiten. Dabei schlug er vor, die geplanten Verwaltungsbauten zu beiden Seiten eines Strassendurchbruchs anzulegen, der quer durch das



Abb. 12: Uraniabrücke (1912/13) und Mosse-Haus (Bischoff & Weideli, 1911–1913), Aufnahme wohl kurz nach der Fertigstellung.

Neumarktquartier zum Zähringerplatz führen sollte. Auch wenn die kantonale Verwaltung später in die Neubauten entlang der Stampfenbachstrasse verlegt wurde und damit eine der Begründungen für das Vorhaben wegfiel, sollte Gulls Vorschlag als «Zähringerdurchbruch» bis in die 1940er Jahre hinein in den Planungen für die Altstadt aktuell bleiben.⁶⁴

Die städtischen Verwaltungsbauten und der Strassendurchbruch durch den Oetenbachhügel standen bereits in der Ausführung, als Gull 1905 seinen Plan publizierte. Schon in den Jahren 1902/03 war der Abbruch der ehemaligen Konventsgebäude begonnen worden, 1903/04 folgte mit dem Amtshaus II am Nordende der Gesamtanlage der erste Neubau, und in den Jahren 1904/05 wurden Teile des Hügels auf das Niveau der neuen Stadthausstrasse abgegraben. Mit der Sternwarte «Urania» und der Schweizerischen Bodenkreditanstalt wurden in den Jahren 1905–1910 zwei zum Baukomplex gehörende private Geschäftshäuser realisiert; Erstere gab dem Strassendurchbruch nach dem Verzicht auf den Bau des Stadthauses auch den bis heute bestehenden Namen. Erst 1911 fand eine Volksabstimmung statt, mit der die zweite Etappe des Gesamtprojekts angenommen wurde.⁶⁵ In deren Vorfeld hatte eine Gruppe von Architekten der jüngeren Generation allerdings vehementen Protest gegen das Projekt eingelegt, der in der Fachwelt einige Resonanz fand und zeigte, dass man Gulls Planungen hier nun als überholt betrachtete.⁶⁶ Zu den prominenten Unterzeichnern gehörten unter anderen Bischoff & Weideli, Pfleg-

hard & Haefeli, Knell & Hässig, die Gebrüder Bräm und Martin Risch. Diese monierten an Gulls Projekt nicht nur die «Unruhe, die in den vielen Vor- und Rücksprüngen, in dem Wechsel von flachen Dächern mit Mansardendächern, in dem Fehlen grosser, einheitlicher Linien begründet ist»; sondern warnten auch vor der Gefahr, «dass die jetzige Bedeutung des Lindenhofes als höchster Punkt des Berges durch das Projekt und besonders durch den gewaltigen Bauteil, der sich über der Stadthausstrasse erhebt, vollständig verwischt wird».⁶⁷

Nach der Abstimmung wurden bis 1914 der Umbau des Waisenhauses zum Amtshaus I und die beiden den Strassendurchbruch flankierenden Amtshäuser III und IV ausgeführt, während die übrigen Bauten auf dem Areal Projekt blieben. Realisiert wurde hingegen, wie von Gull vorgeschlagen, die Verbindung zum rechten Limmatufer: 1912/13 wurde in axialer Ausrichtung auf die neue Strasse die Stadthausbrücke (später Uraniabrücke, heute Rudolf-Brun-Brücke) über den Fluss gespannt, neben der für einige Jahrzehnte auch der Obere Mühlesteig mit seinen im Wasser stehenden ehemaligen Mühlenbauten weiterbestand.⁶⁸ Gleichzeitig wurde als Fortsetzung der Strassenachse auf dem gegenüberliegenden Ufer die Mühlegasse massiv verbreitert, die durch einen der zuvor am dichtesten besiedelten Teile der Altstadt führte. Den neuen Kopfbau gegen die Brücke bildete das von den Architekten Bischoff & Weideli erbaute Mosse-Haus, ein grossvolumiger Neubau in neobarocken Heimatstilformen (Abb. 12).⁶⁹ 1915–1917 folgte die Zentralbibliothek von Kantonsbaumeister Hermann Fietz, welche als Blickpunkt die Bebauung des neuen Strassenzugs abschloss.⁷⁰

2.3 Die Altstadt im Wettbewerb «Gross-Zürich», 1915–1918

Nach dem direkten Vorbild des 1909/10 veranstalteten Wettbewerbs für «Gross-Berlin» führte die Zürcher Stadtverwaltung in den Jahren 1915–1918 ebenfalls einen städtebaulichen Ideenwettbewerb durch.⁷¹ Offiziell als «Internationaler Wettbewerb für einen Bebauungsplan der Stadt Zürich und ihrer Vororte» bezeichnet, in Anlehnung an den in der Fachwelt breit diskutierten Vorgänger aber bald allgemein unter dem Namen «Gross-Zürich» bekannt, stellte der Wettbewerb den Zürcher Städtebau ganz allgemein auf eine neue Grundlage. So diente er zum einen der Verbreitung und Vermittlung aktueller Positionen des Städtebaus, wie sie in der deutschen Debatte kurz vor dem Ersten Weltkrieg diskutiert wurden: Zentrale Forderungen waren dabei etwa die Gliederung der Stadt in funktionsgetrennte Gebiete, die stärkere Berücksichtigung des Verkehrs oder die bauliche Auflockerung und Durchgrünung des Stadtgebiets. Auch manifestierte sich deutlich der Wunsch nach einer einheitlichen architektonischen Gestaltung des Stadtraums, wobei sich die Vorschläge zwischen den beiden Polen eines grossstädtischen Neoklassizismus einerseits, eines «malerischen Städtebaus» in der Nachfolge Camillo Sittes andererseits bewegten.⁷² Zum anderen wurden mit dem Wettbewerb konkrete Projekte vorgeschlagen, welche in der Folge auf der städtebaulichen Agenda blieben und so eine wesentliche Rolle für die bauliche Entwicklung der Stadt Zürich spielen konnten. Im Hinblick auf die weiteren Planungen für die Altstadt ist der Wettbewerb in verschiedener Hinsicht von Interesse. So unterbreiteten mehrere Wettbewerbsteilnehmer konkrete Vorschläge zur Umgestaltung der Altstadt. Nach dem Abschluss des Wettbewerbs formulierte der

Bericht des Preisgerichts aber auch allgemeine Vorgaben für den Umgang mit den alten Stadtteilen; mit der Forderung nach einer Bewahrung des Stadtbildes bei gleichzeitiger Erneuerung der einzelnen Bauten wurden dabei erstmals Konzepte ins Spiel gebracht, die in den 1930er Jahren wieder aufgegriffen werden sollten. Eine Folge des Wettbewerbs war schliesslich die Berufung beziehungsweise Beförderung von Konrad Hippenmeier und Hermann Herter auf wichtige Stellen der städtischen Bauverwaltung, worauf später zurückzukommen ist (Kap.3.1).

Die unmittelbare Vorgeschichte des Wettbewerbs bildete eine 1911 im Zürcher Kunstgewerbemuseum veranstaltete Städtebauausstellung. Diese ging hauptsächlich auf die Initiative von Carl Jegher, Redaktor der *Schweizerischen Bauzeitung*, und Architekt Max Haefeli zurück, die angeregt hatten, eine Wanderausstellung mit den Projekten des Wettbewerbs «Gross-Berlin» nach Stationen in Frankfurt und Düsseldorf auch in Zürich zu zeigen. Für ihr Vorhaben gewannen sie die engagierte Unterstützung des 1907 in den Stadtrat gewählten Sozialdemokraten Emil Klöti, der 1910 das Bauwesen I übernommen hatte und die Zürcher Städtebaupolitik in den darauffolgenden rund dreissig Jahren wesentlich prägen sollte.⁷³ Im Mittelpunkt der Ausstellung standen die Pläne des Berliner Wettbewerbs, die um weitere Beispiele ergänzt waren, darunter offenbar sowohl Darstellungen zur schweizerischen Städtebaugeschichte wie auch Projekte aus anderen deutschen Städten.⁷⁴ Unter anderem spielten offenbar Fragen des Umgangs mit Altstädten eine zentrale Rolle an der Ausstellung: «Recht interessant» waren nach der Ankündigung in der *Bauzeitung* etwa die «Pläne alter Städte und Strassendurchbrüche in der Nähe historischer Bauwerke, z.B. Nürnberg, Bremen, Salzburg u.a.»,⁷⁵ und in seinem Eröffnungsvortrag zur Ausstellung forderte der Architekturkritiker Albert Baur, dass «schöne Bauwerke und Gebäudegruppen inmitten alter Schweizerstädte nicht mehr durch Leichtsinn und Unverstand verdorben werden».⁷⁶

In einem Gastvortrag, der im Umfeld der Ausstellung vor dem Zürcher Ingenieur- und Architektenverein (ZIA) stattfand, schlug der deutsche Städtebauer Gustav Langen vor, entsprechend dem Berliner Vorbild auch in Zürich einen Bebauungsplanwettbewerb durchzuführen. In der Folge machte sich nicht nur der ZIA das Anliegen zu eigen, sondern auch Emil Klöti, und schon kurz nach der Ausstellung fasste die Stadt den Beschluss, einen internationalen städtebaulichen Ideenwettbewerb durchzuführen. Weil sich die zusammen mit den Vorortsgemeinden durchgeführten Vorbereitungen aufwendig gestalteten, konnte der Wettbewerb erst im Dezember 1915 ausgeschrieben werden. Der Abgabetermin wurde wegen des Kriegs mehrfach verschoben und schliesslich auf Januar 1918 festgelegt.⁷⁷ Dem Preisgericht gehörten mit Joseph Brix, Hermann Jansen und Karl Rehorst einige prominente Exponenten des Wettbewerbs «Gross-Berlin» und der deutschen Städtebaudiskussion an; zu den Mitgliedern zählte aber auch der Architekt Hans Bernoulli, der ebenfalls schon am Berliner Wettbewerb teilgenommen hatte und sich als Städtebaudozent an der ETH seit 1913 und Mitveranstalter der Städtebausektion an der Landesausstellung in Bern 1914 anschickte, zur zentralen Figur der schweizerischen Städtebaudiskussion zu werden. Des Weiteren waren als Preisrichter der Genfer Edmond Fatio – Architekt des «Village suisse» an der Genfer Landesausstellung von 1896 und Bruder des Heimatschutzpublizisten Guillaume Fatio – sowie aus Zürich Gustav Gull, Stadtbaumeister Friedrich Wilhelm Fissler und Stadtrat Emil Klöti beteiligt.⁷⁸ Aus dem Wettbewerb gingen zwei Siegerprojekte hervor, die ex aequo mit dem zweiten Rang aus-

gezeichnet wurden. Verfasser des einen Beitrags war der junge Architekt Hermann Herter, während der andere von Konrad Hippenmeier, einem technischen Beamten im städtischen Tiefbauamt, zusammen mit dem Ingenieurstudenten Albert Bodmer eingereicht worden war. Während auf Herter und Hippenmeier zurückzukommen ist, sollte Bodmer später als bekannter Stadtplaner in Biel, Winterthur und Genf tätig sein. Unter den weiteren Wettbewerbsteilnehmern waren mit Robert Rittmeyer und Walter Furrer, Karl Kündig und Heinrich Oetiker oder den Brüdern Adolf und Heinrich Bräm Architekten, die damals am Anfang ihrer Laufbahn standen und in den darauffolgenden Jahrzehnten bekannt werden sollten.⁷⁹ Damit die Wettbewerbsbeiträge als Anregungen in konkrete Projekte und Bauvorhaben einfließen konnten, wurde der Bericht des Preisgerichts eigens als üppig illustrierte Publikation verbreitet; diese sollte nach Klötis Willen «als Handbuch so lange benützt werden, bis alle brauchbaren Ideen verwertet sind».⁸⁰

Zu den zahlreichen städtebaulichen Aufgabenstellungen des Wettbewerbs gehörten auch Vorschläge «für die möglichen Verbesserungen in den schon bebauten Stadt- und Vorortsteilen».⁸¹ Dabei nannte das Wettbewerbsprogramm die «Sanierung eines Teiles der Altstadt» ausdrücklich als möglichen Gegenstand für eine von insgesamt zwei geforderten Detailstudien.⁸² Während das Vorgehen im Wettbewerbsprogramm noch weitgehend offengelassen worden war, forderte das Preisgericht in seinem Bericht, die Altstadt nicht nur zu sanieren, sondern auch deren Eigenart zu wahren. So sahen die Jurymitglieder die «Auflockerung mancher Wohnquartiere»⁸³ als Notwendigkeit, betonten aber ebenso den ästhetischen Wert der Altstadt: «Bei der Bearbeitung der Baulinienpläne für die Altstadtviertel, deren allmähliche Erneuerung sich ja nicht aufhalten lässt, ist sorgfältig darauf zu achten, dass der Gesamtcharakter des Stadtgebildes möglichst gewahrt wird.»⁸⁴ Mit der Erhaltung des «Gesamtcharakters» war dabei offensichtlich nur eine gewisse formale Anlehnung an den Bestand gemeint. So lehnte das Preisgericht sehr weitgehende Umgestaltungsvorschläge, wie sie einige Teilnehmer erarbeitet hatten, zwar ab, äusserte sich aber zustimmend zu Eingriffen, die nur geringfügig weniger Bausubstanz zerstört hätten.⁸⁵

Unter den Vorschlägen für die Sanierung der Altstadt lobte die Jury ausdrücklich das Projekt der Gebrüder Bräm, weil sie hier die Absicht sah, «die grundsätzliche Linienführung der Strassen und den Charakter des Strassenbildes zu erhalten».⁸⁶ Der Projektplan für den entsprechenden Teil der rechtsufrigen Altstadt zeigte abgesehen vom neu anzulegenden Zähringerdurchbruch die Beibehaltung der vorhandenen Strassenführung. Dies implizierte allerdings keineswegs die Erhaltung der einzelnen Bauten, wie aus der massiven Verbreiterung der einzelnen Gassen deutlich wird (Abb. 13). Hermann Herter hingegen fokussierte in seinem Projekt auf den sogenannten Peterdurchstich zum Weinplatz und den Zähringerdurchbruch, den er wie die meisten Teilnehmer als neue Hauptverkehrsachse durch die Altstadt vorsah. Hier schlug er gleichzeitig vor, die an den Strassendurchbruch angrenzenden Häuserblocks des Neumarktquartiers von ihrer kleinteiligen Bebauung freizuräumen und zu grossen Gartenhöfen umzugestalten (Abb. 14).⁸⁷ Deutlich kritisiert wurde vom Preisgericht der Umgestaltungsvorschlag von Rittmeyer & Furrer, «weil er zu starke Eingriffe in das geschichtlich Gewordene vorsieht».⁸⁸ Diese hatten vorgeschlagen, die Altstadt durch eine Blockrandbebauung entlang leicht gekrümmten Strassen zu ersetzen, wobei am rechten Limmatufer nur gerade das Grossmünster, der Komplex von Predigerkirche und Zentralbibliothek und das Mosse-Haus von der Neubebauung ausgenommen waren (Abb. 15). Mit fast gleicher Formulierung kritisierten die Preisrichter das

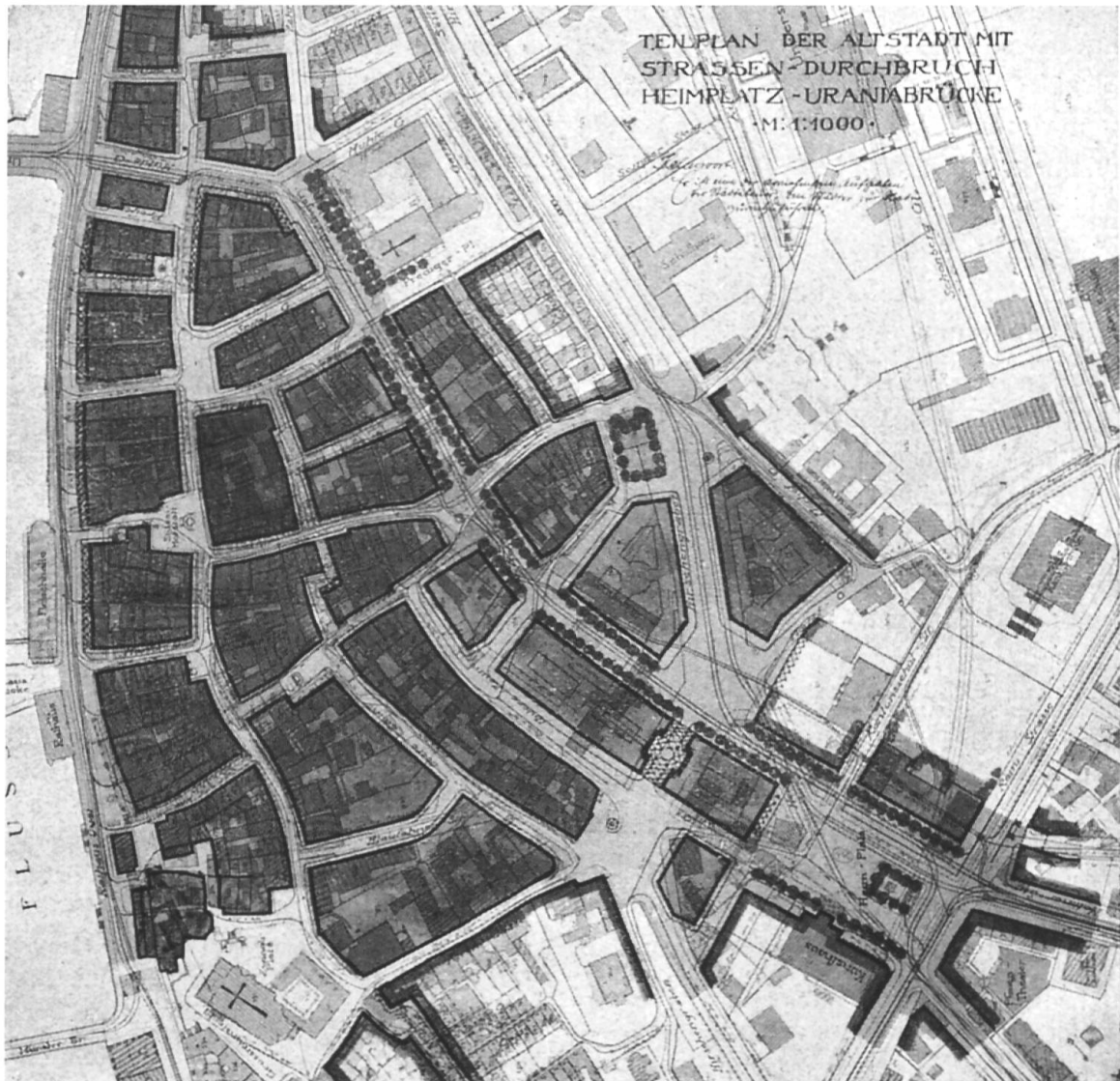


Abb. 13: Gebrüder Bräm, Wettbewerbsprojekt aus dem Bebauungsplanwettbewerb 1915–1918, «Teilplan der Altstadt mit Strassen-Durchbruch Heimplatz-Uraniabrücke».

Projekt von Konrad Hippenmeier und Albert Bodmer, die bei etwas kleinmassstäblicherer Gliederung Zerstörungen vergleichbaren Ausmasses projiziert hatten (Abb. 16).

Bei mehreren Beiträgen lobte das Preisgericht ausdrücklich die architektonische Gestaltung der Vorschläge, äusserte aber Reserven gegen die Eingriffe als solche. So erschien der Entwurf von Rittmeyer & Furrer trotz Kritik im Grundsätzlichen «in künstlerischer und städtebaulicher Hinsicht sehr beachtenswert», wobei das Preisgericht vor allem die in der Bildunterschrift als «Lindenhof-Bekrönung» bezeichnete Baugruppe «in Querschnittbildung und Masstabverhältnis feinfühlig» fand (Abb. 17).⁸⁹ Indem sie den Hügel zu einem monumentalen Sitz für die Stadtbehörden umgestalten wollten, bezogen sich die Architekten offensichtlich auf Gustav Gulls etwa fünfzehn Jahre älteres Stadthausprojekt, überformten die Kuppe des Lindenhofs aber noch stärker als dieses. Einen weiteren Bezugspunkt für solche Entwürfe dürfte das Kollegiengebäude der Universität gebildet haben, mit dem in denselben Jahren auf der gegenüberliegenden Seite der Altstadt

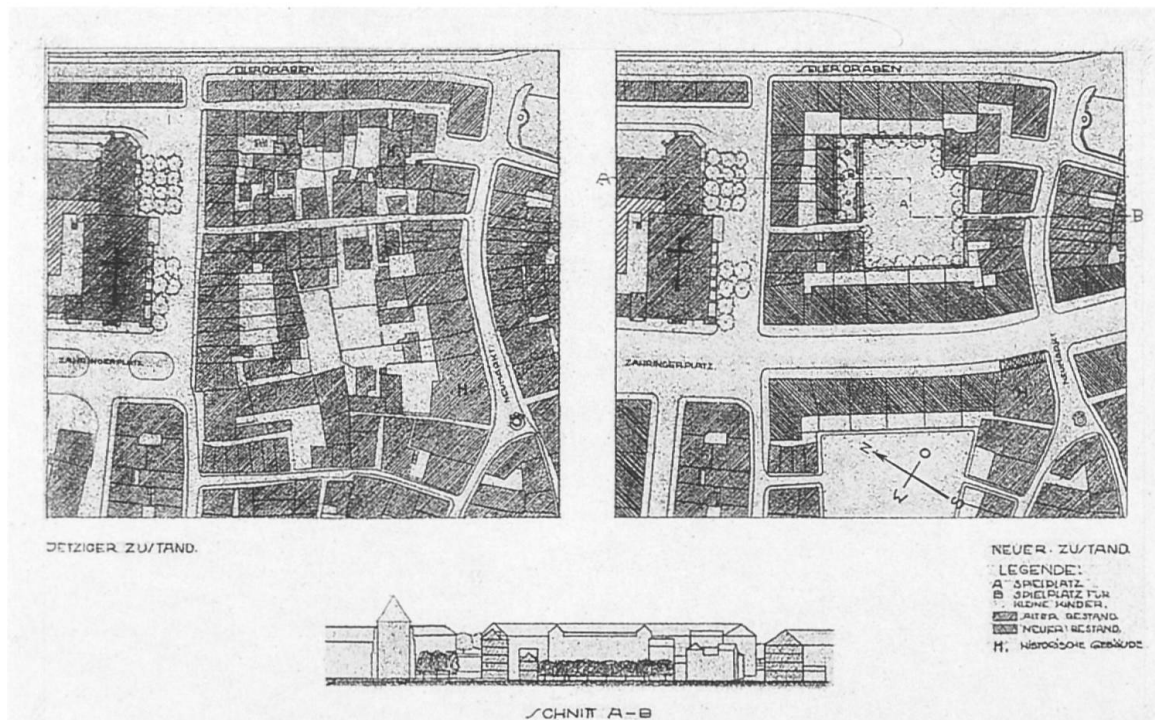


Abb. 14: Hermann Herter, Wettbewerbsprojekt aus dem Bebauungsplanwettbewerb 1915–1918, Vorschlag für den Zähringerdurchbruch und die Umgestaltung des Neumarktquartiers, Übersichtspläne Bestand (links) und Projekt (rechts).

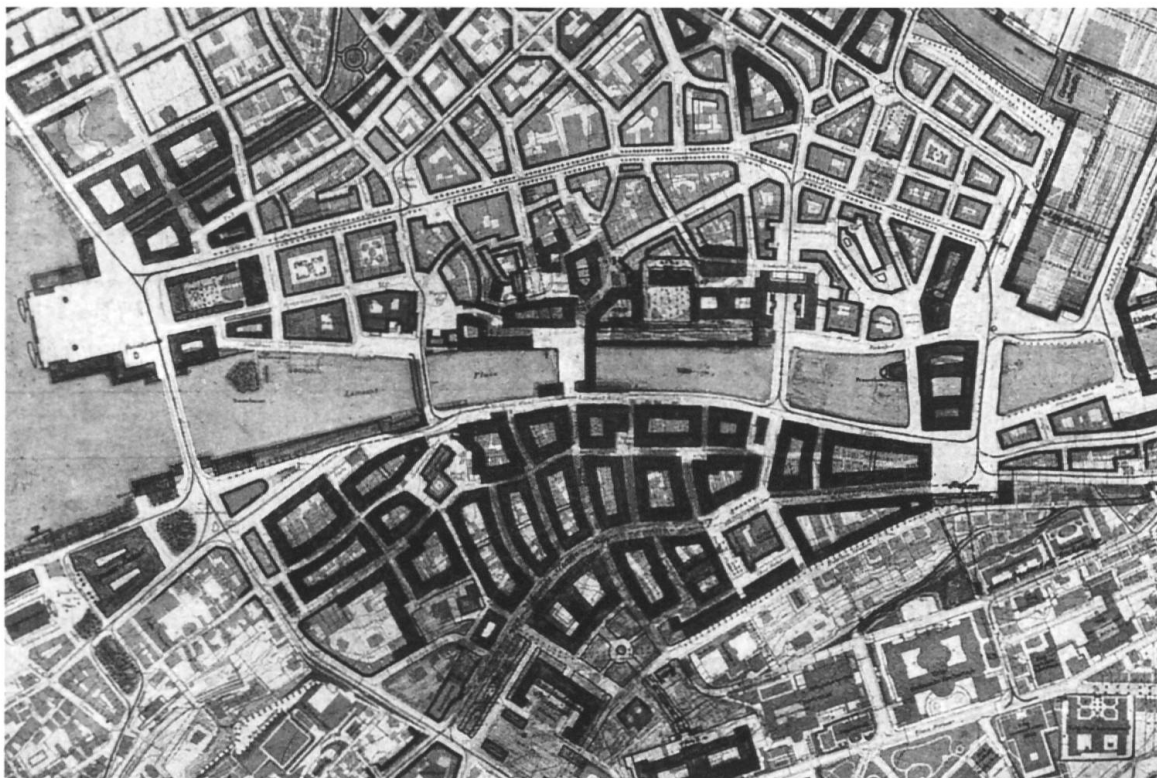


Abb. 15: Rittmeyer & Furrer, Wettbewerbsprojekt aus dem Bebauungsplanwettbewerb 1915–1918, Umgestaltungsprojekt für die Altstadt (Ausschnitt).

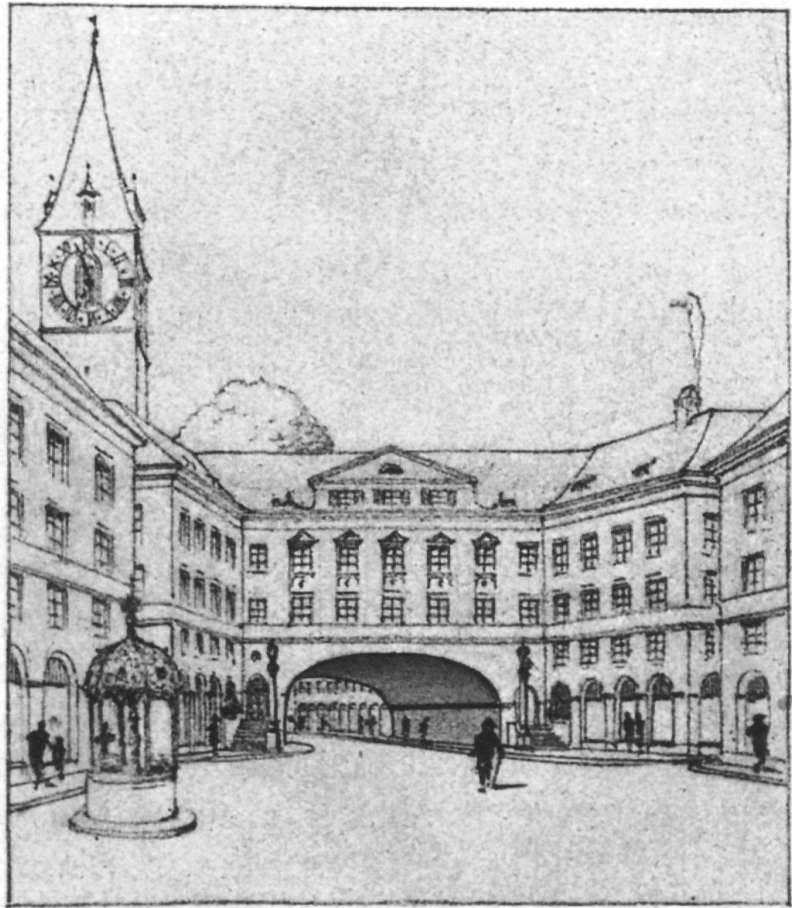


Abb. 18: Hermann Herter, Wettbewerbsprojekt aus dem Bebauungsplanwettbewerb 1915–1918, Perspektive des Peterdurchstichs, Blick vom Weinplatz nach Westen.

eine «Bekrönung» eines anderen Hügels entstand.⁹⁰ Der vom Preisgericht verwendete Begriff verweist dabei wohl auf das Umfeld des Architekten Theodor Fischer, der damit wohl erstmals in einem Vortrag von 1903 die Steigerung landschaftlicher Eigenheiten durch die Bebauung von Hügelkuppen propagiert hatte.⁹¹ Relativ detaillierte Vorschläge hatten sowohl Hippenmeier und Bodmer als auch Herter für den Peterdurchstich ausgearbeitet. Auch wenn das Preisgericht diesen seit den 1870er Jahren geplanten Strassendurchbruch nun ablehnte, wurden die Zeichnungen dennoch abgedruckt. Mit ihren Vorschlägen für geschlossene Platzanlagen und architektonisch gefasste Terrassierung bedienten sich beide Teilnehmer städtebaulicher Motive, wie sie im Umfeld des «malerischen Städtebaus» um 1900 in verschiedenen deutschen Städten verfolgt wurden (Abb. 18). Gerade der von Herter vorgeschlagene Platzabschluss scheint sich direkt auf ein Projekt zu beziehen, das der sehr bekannte Architekt Theodor Fischer einige Jahre zuvor für Würzburg ausgearbeitet hatte.⁹²

2.4 Zwei städtebauliche Wettbewerbe in der Altstadt, 1915–1919

Parallel zum Wettbewerb «Gross-Zürich» veranstaltete die Stadt zwei Wettbewerbe für spezifische städtebauliche Aufgaben im Gebiet der Altstadt. In den Jahren 1915/16 stand das Gebiet um den Leonhardplatz (das heutige Central) zur Bearbeitung; 1918/19 wurden Projekte für den Zähringerdurchbruch gesucht. Während das schon mehrfach angesprochene Vorhaben des Strassendurchbruchs an die Planungen von Gustav Gull anschloss, geriet die Umgebung des Leonhardplatzes in jenen Jahren neu in den Blick. In beiden Wettbewerben wurden Projekte vorgeschlagen, die bei weitgehenden Eingriffen in die Stadt den Anschluss an die bestehenden Stadtviertel suchten oder formale Eigenheiten der Stadt aufnehmen wollten. Obwohl letztendlich unrealisiert geblieben, wurden die beiden Vorhaben noch bis 1940 meist parallel weiterverfolgt.

Das Gebiet zwischen Hauptbahnhof, Leonhardplatz und Niederdorf lag im Schnittpunkt mehrerer städtebaulicher Vorhaben. So waren seit den Jahren um 1900 Umgestaltungen im Flussraum der Limmat diskutiert worden, in dem neben einem Freibad seit alters vor allem Mühlenbauten standen; auch lag vor dem linken Flussufer noch der «Papierwerd», eine Insel, die zur Hauptsache vom Warenhaus «Globus» überbaut war. Etwas später kam der Wunsch nach einer verkehrstechnischen Neuordnung des bahnhofnahen Gebiets hinzu, handelte es sich hier doch um den bereits damals wichtigsten Verkehrsknotenpunkt der Stadt. In mehr oder weniger engem Zusammenhang mit diesen beiden Fragen versuchte man nun die Sanierung des Altstadtgebiets auf dem unmittelbar benachbarten rechten Limmatufer anzugehen: seit dem Durchbruch der Mühlegasse räumlich in gewissem Mass von den übrigen Altstadtgebieten getrennt, galt dieser untere Teil des Niederdorfs aus hygienischer Sicht als besonders problematisch. Als die Stadt 1915 in dieser Situation einen «Ideen-Wettbewerb für einen Bebauungsplan Bahnhofquai bis Zähringerstrasse» ausschrieb, verlangte sie zum einen Entwürfe für den Flussraum der Limmat, wo nicht nur ein Warenhausneubau auf einer vergrösserten Flussinsel, sondern auch ein Wasserkraftwerk entstehen sollte. Zum anderen hatten die Teilnehmer Bebauungsvorschläge für den benachbarten unteren Abschnitt des Niederdorfs zwischen Leonhardplatz und Mühlegasse einzureichen. Dem Preisgericht des Wettbewerbs gehörten neben Gustav Gull als Vertreter der älteren Generation mehrere jüngere Architekten an, so Hans Bernoulli, der Berner Karl Indermühle, der den erkrankten Stadtbaumeister Friedrich Wilhelm Fissler vertrat, und der Stuttgarter Paul Bonatz; den Vorsitz hatte Stadtrat Emil Klöti inne.⁹³

Der mit dem ersten Rang ausgezeichnete Beitrag der Architekten Bischoff & Weideli sah für das Warenhaus auf der Flussinsel eine ähnliche Lösung vor wie das Projekt der kaum bekannten Architekten E. Hess und A. Rieder; dieses war nachträglich disqualifiziert worden, weil die Teilnehmer nicht wie verlangt aus Zürich stammten. Beide zeigten einen massiven, von hohem Dach abgeschlossenen Baukörper, der zusammen mit dem von Portiken und Kolonnaden gerahmten Kraftwerksbau limmatabwärts den Flussraum optisch geschlossen hätte (Abb. 19, 20). In ihren Vorschlägen für das Niederdorf und damit in ihrem Umgang mit der Altstadt unterschieden sich die Beiträge gleichzeitig stark. Der Entwurf von Bischoff & Weideli ersetzte das untere Niederdorf durch ein Blockraster, welches sich an das 1880 unter Stadttingenieur Bürkli erbaute Zähringerquartier anschloss, dem Preisgericht allerdings «hart und wenig erfreulich» schien (Abb. 21).⁹⁴ Die Strassenführung

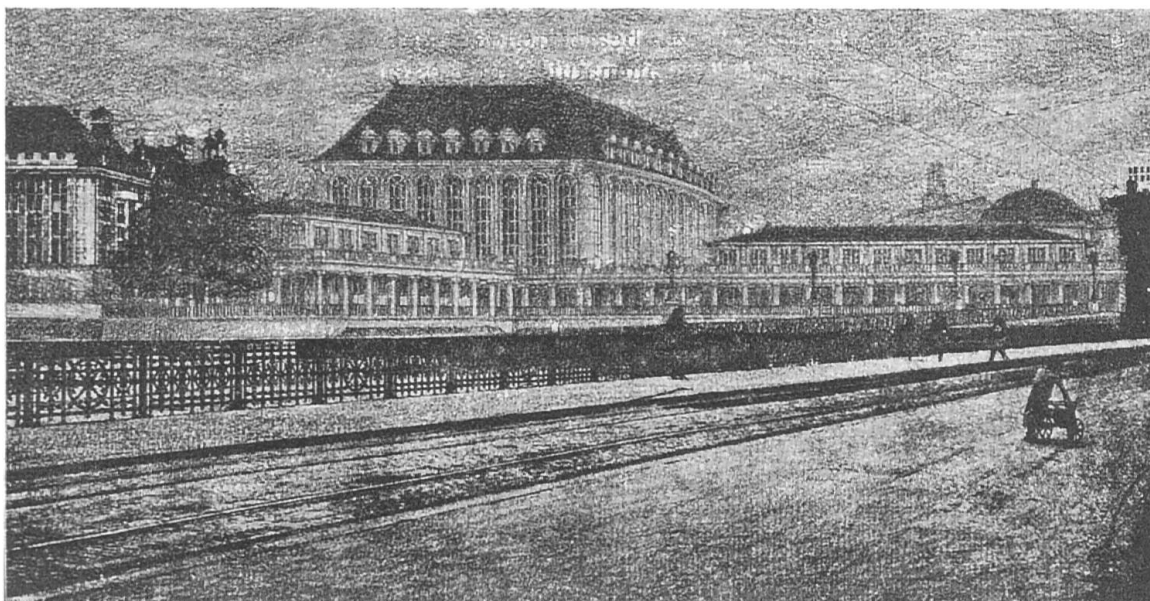


Abb. 19: Bischoff & Weideli, Projekt aus dem Ideenwettbewerb für einen Bebauungsplan Bahnhofquai bis Zähringerstrasse, 1915/16 (1. Rang), Perspektive mit Blick vom Limmatquai auf den «Globus»-Neubau auf dem Papierwerd.

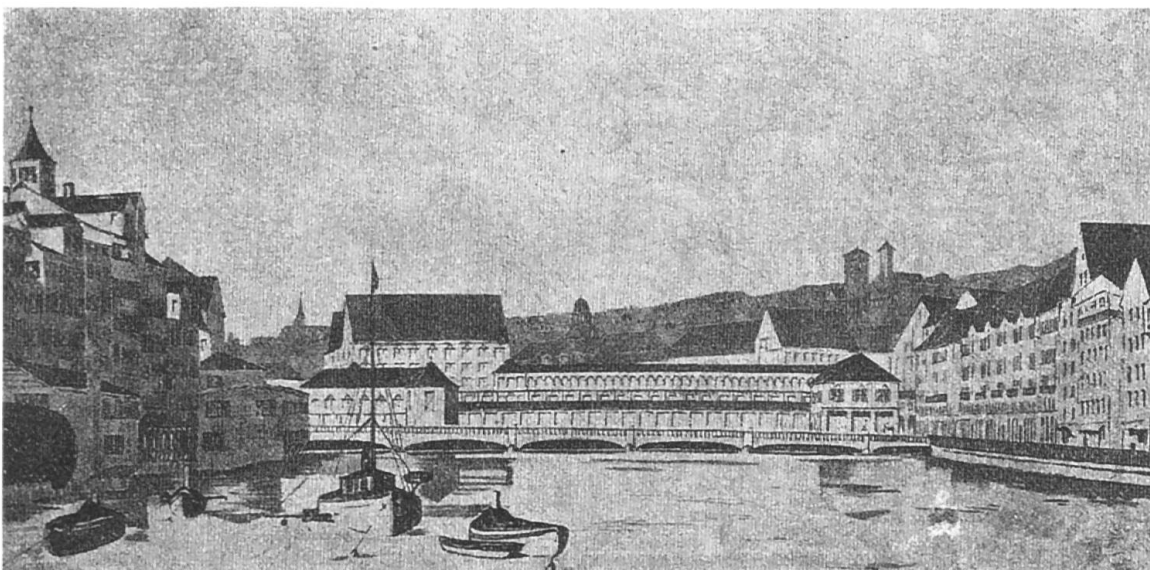


Abb. 20: E. Hess und A. Rieder, Projekt aus dem Ideenwettbewerb für einen Bebauungsplan Bahnhofquai bis Zähringerstrasse, 1915/16 (1. Rang, ohne Preis), Perspektive von der Rathausbrücke limmatabwärts mit dem «Globus»-Neubau auf dem Papierwerd.

und Blockeinteilung im disqualifizierten Entwurf von Hess und Rieder wurde vom Preisgericht hingegen gelobt, weil sie «sorgfältig und im Sinne einer schrittweisen Neuüberbauung angelegt» sei.⁹⁵ Wie die mit dem Entwurf eingereichten «Strassenbilder im umgestalteten Zähringerquartier» (Abb.22) zeigten, sollte die Anlehnung an die bestehenden, leicht gekrümmten Baufluchten nicht nur die sukzessive Umsetzung ermöglichen; vielmehr sollten damit auch optisch geschlossene Strassenräume entstehen, in denen sich der mit drei Beispielen dargestellte Wechsel verschiedener Perspektiven ergeben hätte.

Für das Vorhaben des Zähringerdurchbruchs hatte das städtische Tiefbauamt bereits 1910 auf der Grundlage eines Entwurfs von Gustav Gull ein erstes konkreteres Projekt erarbeitet. Dieses fand zwar zunächst die grundsätzliche Zustimmung der Kantonsregierung; nachdem es aber wenig später im städtischen Baukollegium in die Kritik geraten war, erarbeiteten verschiedene Architekten Varianten, so der damals bereits bejahrte Semperschüler Friedrich Bluntschli, Stadtbaumeister Friedrich Wilhelm Fissler wie auch die Gebrüder Pfister. Beratungen über diese unterschiedlichen Projekte führten kurz vor dem Ersten Weltkrieg zum Entschluss von Stadt und Kanton, für diese Aufgabe einen gemeinsamen Ideenwettbewerb durchzuführen, der wegen des Kriegsausbruchs allerdings hinausgeschoben wurde.⁹⁶ Als der Wettbewerb 1918 ausgeschrieben wurde, bestand die Aufgabe entsprechend den Interessen von Stadt und Kanton zum einen in der «Gewinnung eines Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Rämistrasse und Zähringerplatz, oberer Zäune und Florhofgasse» – das heisst für den Zähringerdurchbruch – zum anderen in einem Projekt für die «Ueberbauung des Obmannamt-Areals und die Errichtung eines neuen kantonalen Verwaltungsgebäudes und eines Obergerichtsgebäudes».⁹⁷ Ursprünglich war vorgesehen, die Projekte in zwei Wettbewerbsstufen zu konkretisieren. Die zweite Runde wurde aber nicht durchgeführt, weil das Preisgericht schon das von den Architekten Pflughard & Haefeli verfasste Siegerprojekt der ersten Runde von 1919 für eine «ohne weiteres durchführbare Lösung» hielt.⁹⁸ Der Beitrag (Abb. 23, 24) schlug an der Stelle des Obmannamtareals einen neuen Platz vor, an dem sich zwei grossvolumige Baukörper mit strengen neoklassizistischen Fronten – die kantonalen Verwaltungsbauten – gegenüberstehen sollten. In der Achse dieses Platzes sollte der in gerader Linie geplante Zähringerdurchbruch anschliessen, während eine seitliche Abzweigung zum Seilergraben führte. Die für Zürcher Verhältnisse zweifellos sehr monumentale Lösung wurde vom Preisgericht erstaunlicherweise gerade wegen ihrer Anbindung an die Gassen der Altstadt gelobt: «Namentlich die Anpassung an die bestehenden Bauten ist mit grossem Verständnis, mit Feinfühligkeit und einfachen Mitteln gefunden worden.»⁹⁹

Bereits die Zustimmung des Preisgerichts zeigt, wie ernsthaft in jenen Jahren Projekte für eine Umgestaltung der Stadt nach den Vorstellungen des neoklassizistischen Städtebaus verfolgt wurden – dies umso mehr, als es sich beim Strassendurchbruch im Unterschied zum Wettbewerb «Gross-Zürich» um ein konkretes, zur Ausführung vorgesehenes Bauvorhaben handelte. Verdeutlicht wird diese Haltung durch eine kurze Kontroverse, welcher die *Schweizerische Bauzeitung* im Anschluss an den Wettbewerb ihre Seiten zur Verfügung stellte. Hier kritisierte Hans Bernoulli das Siegerprojekt wie auch weitere Wettbewerbsbeiträge sogar deswegen, weil sie nach seiner Auffassung allzu vorsichtig mit der bestehenden Stadt umgingen. So warf er ihnen vor, aus der Grösse des städtebaulichen Eingriffs nicht die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und eine radikale Umgestaltung der Stadt zu planen: «Sie paktieren mit dem noch Vorhandenen,

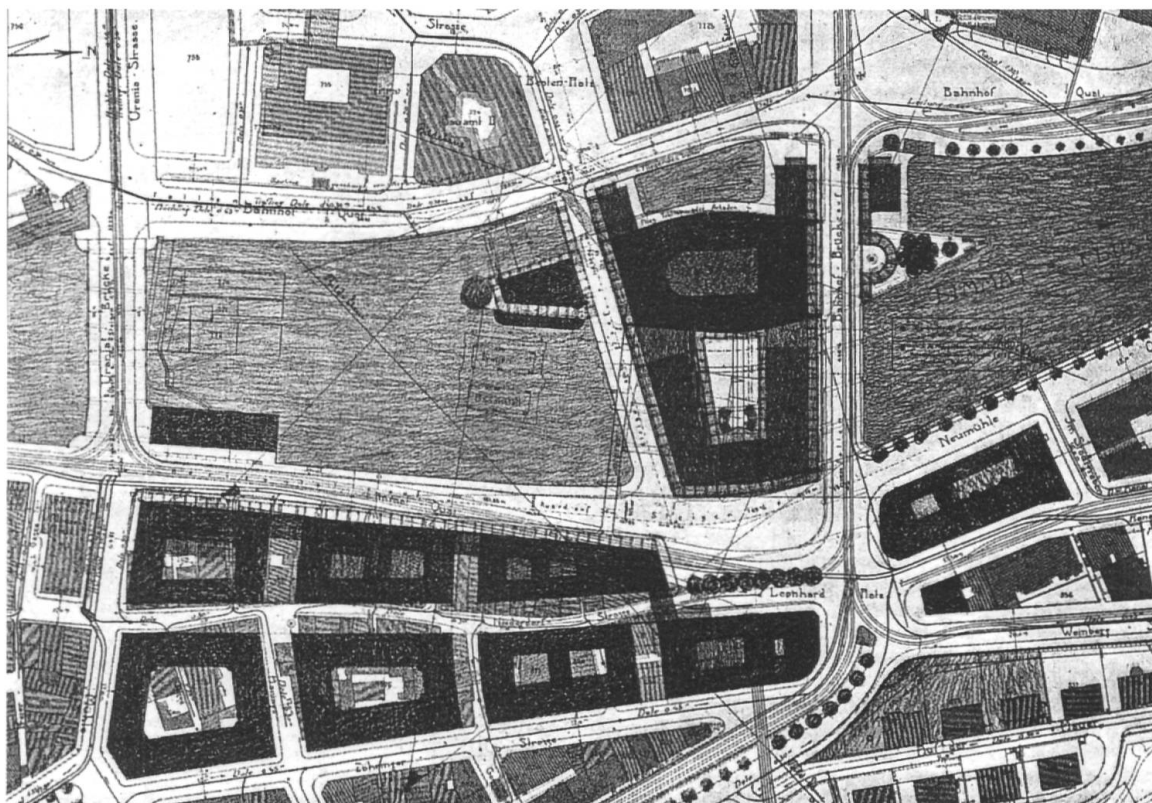
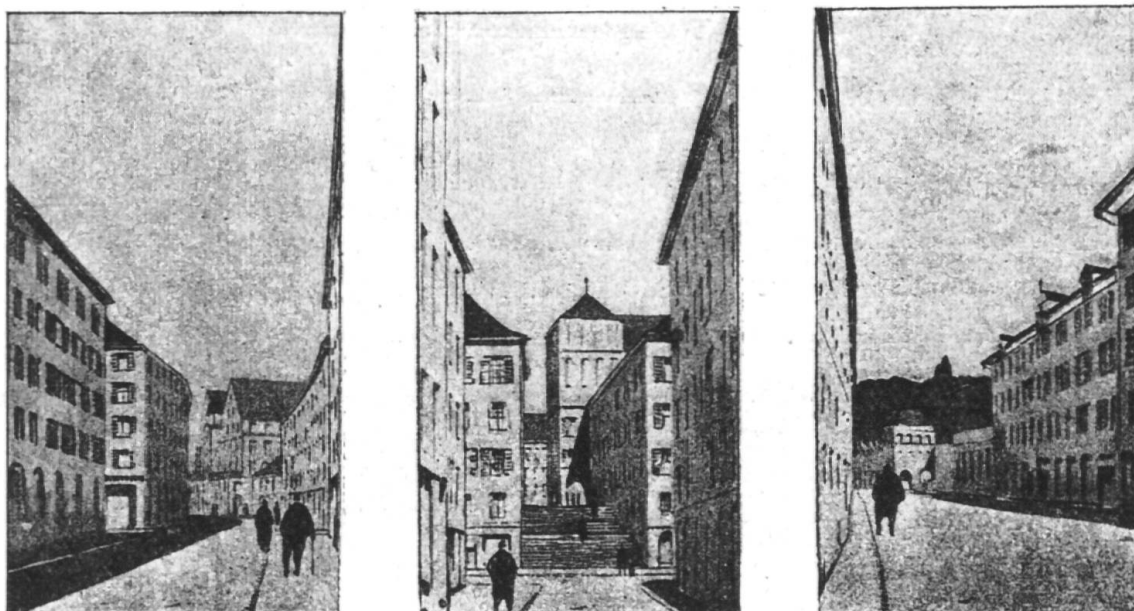


Abb.21: Bischoff & Weideli, Projekt aus dem Ideenwettbewerb für einen Bebauungsplan Bahnhofquai bis Zähringerstrasse, 1915/16 (1.Rang), Bebauungsplan mit Papierwerd und neuer Bebauung entlang dem Limmatquai (im Original 1:2500).



Entwurf Nr. 4. — Strassenbilder im umgestalteten Zähringerquartier.

Abb.22: E. Hess und A. Rieder, Projekt aus dem Ideenwettbewerb für einen Bebauungsplan Bahnhofquai bis Zähringerstrasse, 1915/16 (1.Rang, ohne Preis), Perspektiven.

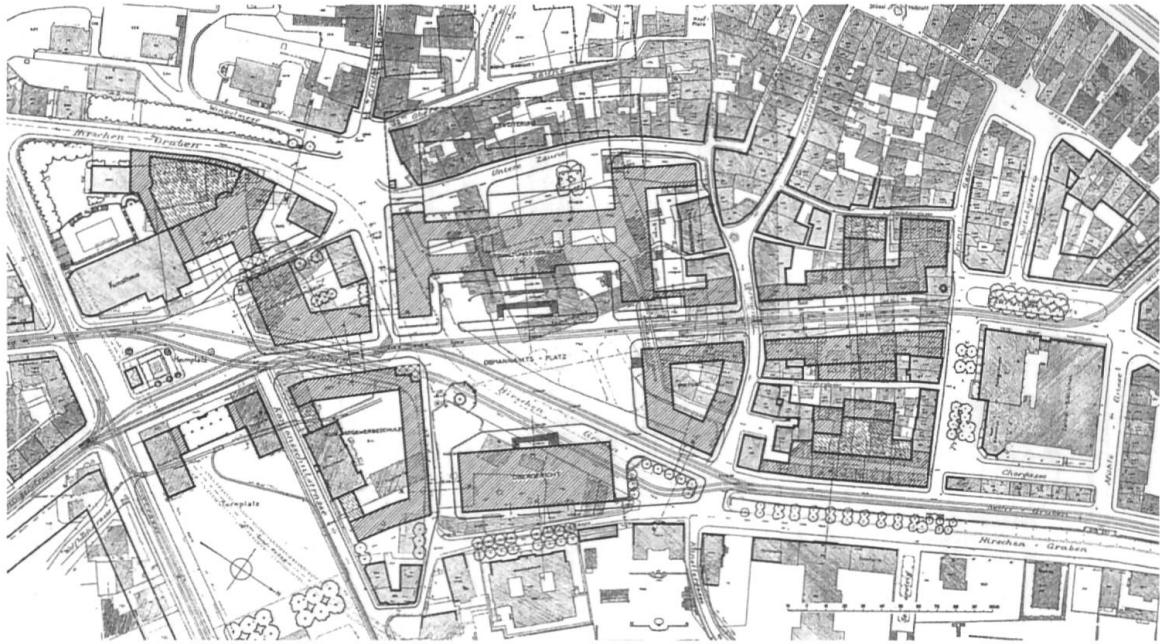


Abb.23: Pflegard & Haefeli, Projekt aus dem Ideenwettbewerb zur Überbauung des Obmannamt-areals, 1918/19, Bebauungsplan für den Zähringerdurchbruch.



Abb.24: Pflegard & Haefeli, Projekt aus dem Ideenwettbewerb zur Überbauung des Obmannamt-areals, 1918/19, Modell. Blick in südwestlicher Richtung durch den Zähringerdurchbruch auf den Obmannamtplatz, im Vordergrund der bestehende Zähringerplatz mit der Predigerkirche.

suchen zu retten, was noch zu retten ist, und verschütten dabei die köstlichen Möglichkeiten einer grossen Neuschöpfung.»¹⁰⁰ Die Redaktion der *Bauzeitung*, das heisst Carl Jegher, erkannte in der Kontroverse den Gegensatz zweier grundsätzlich verschiedener Architekturauffassungen: Während Bernoulli eine «Erneuerung der Stadt im Geiste der regelmässigen, einheitlich monumentalen Stadtarchitektur Ostendorfs» vorschwebte, hiess es von Pflughard & Haefeli, sie wollten mit ihrem Entwurf «die Stadterneuerung nicht durch Revolution, sondern durch Evolution der naturgegebenen Verhältnisse herbeiführen».¹⁰¹ In der Gegenüberstellung zwischen «Ostendorf» und den «naturgegebenen Verhältnissen», also zwischen «monumentalem» Klassizismus auf der einen Seite und «malerischem» Städtebau in Sitte'scher Tradition auf der anderen, wurde das Projekt von Pflughard & Haefeli somit klar letzterer Position zugerechnet. Die Einordnung, die aus heutiger Sicht erstaunen mag, verdeutlicht, wie stark die neoklassizistische Strömung im Städtebau jener Jahre geworden war.

Konkrete Schritte zur Umsetzung der städtebaulichen Vorhaben wurden nach den beiden Wettbewerben nicht unternommen, und nach dem Ersten Weltkrieg traten die Planungen zunächst in den Hintergrund. Dies ist zum einen wohl mit der allgemeinen Wirtschaftskrise der Nachkriegsjahre zu erklären. Zum anderen erwarb der Kanton für die Verwaltung im Jahr 1920 das Kaspar-Escher-Haus am Neumühlequai, womit die Bauabsichten auf dem Obmannamtareal ihre Dringlichkeit einbüssten.¹⁰² Als die Planungen rund zehn Jahre später wieder aktuell wurden, hielt die Stadt, wie später darzustellen ist, weiterhin am Zähringerdurchbruch fest, während der Kanton bald die gegenteilige Meinung vertreten sollte (vgl. Kap.3.5).

3 Wohnungshygiene und Verkehr: die Altstadt um 1930

Kurz nach dem Ersten Weltkrieg wurden mit der Neubesetzung zweier wichtiger Stellen in der städtischen Bauverwaltung zwar wichtige Grundlagen für die Zürcher Stadtplanung der Zwischenkriegszeit geschaffen, die Planungen für die Altstadt traten mit dem Einbruch der Bautätigkeit in der Wirtschaftskrise aber in den Hintergrund. Die einzige – bezeichnende, weil kostengünstige – Ausnahme bildeten in dieser Hinsicht die von Stadtbaumeister Hermann Herter Mitte der 1920er Jahre verfolgten Projekte für ein «farbiges Zürich». Neue Aktualität erhielt das Thema erst in den späten zwanziger Jahren, wobei der Akzent nun eindeutig auf den in der Altstadt wahrgenommenen hygienischen Missständen lag. Vor allem die Sozialdemokraten forderten dabei als treibende Kraft der politischen Debatte, energisch gegen das «Gässchenelend» vorzugehen, und entsprechend stand die Sanierung der Altstadt auf der politischen Agenda der ab 1928 erstmals mehrheitlich linken Stadtregierung. Um rasch eine Verbesserung der Wohnverhältnisse bewirken zu können, begann man zum einen, mit gezielten Abbrüchen die Bausubstanz der Altstadt auszulichten, zum anderen wurden fast gleichzeitig die Planungen für das untere Niederdorf und für den Zähringerdurchbruch wieder aufgenommen, die rund zehn Jahre zuvor mit den beiden Ideenwettbewerben erstmals konkretisiert worden waren. Über die ganzen dreissiger Jahre hinweg sollten die beiden Vorhaben mit zahlreichen Projekten weiterverfolgt werden, die im städtischen Baukollegium aber Anlass für engagierte Debatten über den Umgang mit der Altstadt waren, auch wenn sie sämtlich unrealisiert blieben.

3.1 Die Zürcher Stadtplanung in den zwanziger Jahren

Als mit Konrad Hippenmeier und Hermann Herter die beiden Sieger des Wettbewerbs «Gross-Zürich» kurz nach dessen Abschluss auf wichtige Stellen der städtischen Bauverwaltung berufen beziehungsweise befördert wurden, lag darin die vielleicht unmittelbarste Folge des dreijährigen Verfahrens. Damit wurden Voraussetzungen für die Zürcher Stadtplanung der Zwischenkriegszeit geschaffen, die sich etwas später auch in den Planungen für die Altstadt niederschlagen sollten. Als Leiter des Bebauungs- und Quartierplanbüros respektive als Stadtbaumeister sollten Hippenmeier und Herter in den beiden folgenden Jahrzehnten massgeblich die städtebauliche und architektonische Entwicklung Zürichs prägen, wobei sie sich nicht selten in der Rolle von Kontrahenten fanden.

Konrad Hippenmeier (1880–1940) hatte bereits seit dem Beginn einer Berufslehre im Jahr 1896 im städtischen Tiefbauamt gearbeitet, als er am Wettbewerb «Gross-Zürich» teilnahm.¹⁰³ Unmittelbar nach dessen Abschluss wurde er 1918 von Stadtrat Emil Klöti mit Verweis auf den Erfolg seines Wettbewerbsbeitrags zum zweiten Adjunkten des Stadtingenieurs befördert, womit er innerhalb des Tiefbauamts zum Verantwortlichen für die Stadtplanung aufstieg. Dies gab allerdings Anlass für Anfeindungen durch Ingenieure des

Tiefbauamts und durch den Berufsverband SIA, die Hippenmeier wegen seiner fehlenden akademischen Ausbildung angriffen und ihn damit zumindest anfänglich in seiner fachlichen Autorität in Frage stellten. Nur ein Jahr später wurde die Stelle des Stadtbaumeisters frei, nachdem der bisherige Amtsinhaber Friedrich Wilhelm Fissler – dies ein ungewöhnlicher Vorgang – abgewählt worden war, weil er sich in der Stadtverwaltung unbeliebt gemacht hatte. Bei der Neubesetzung der wichtigen Funktion fiel die Wahl mit Hermann Herter schliesslich auf den zweiten Sieger aus dem Wettbewerb «Gross-Zürich».¹⁰⁴ Dabei konnte sich Herter aber offenbar vor allem deswegen gegen seinen sehr viel prominenteren Konkurrenten Hans Bernoulli durchsetzen, weil dieser unerfüllbare Bedingungen für die Übernahme der Stelle formuliert hatte. Auch Herter fehlte zwar ein akademischer Abschluss, er war aber bereits als selbständiger Architekt erfolgreich tätig und konnte eine Mitgliedschaft im BSA vorweisen.

Im Hinblick auf den Städtebau waren die Kompetenzen zwischen Herter und Hippenmeier wie auch zwischen ihren Amtsstellen vor allem anfänglich unklar aufgeteilt, und so sollten sich gerade auf dem Gebiet der Altstadtsanierung Konflikte um die jeweiligen Aufgaben ergeben.¹⁰⁵ Zu einem Teil waren diese schon in der Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Amtsstellen der Stadtverwaltung angelegt, indem der Stadtbaumeister dem Hochbauamt vorstand, während die Zuständigkeit für die Stadtplanung zumindest teilweise beim Tiefbauamt lag. Von 1896 bis 1919 und nochmals von 1923 bis 1933 unterstanden die beiden Bauämter immerhin gemeinsam dem «Bauwesen I». In der Zwischenzeit und nach 1934 wurde ihre Trennung noch dadurch akzentuiert, dass sie zu den Ressorts verschiedener Stadträte gehörten.¹⁰⁶ Auf allgemeinerer Ebene spielte sich eine mehr oder minder klare Aufgabenteilung zwischen Herter und Hippenmeier etwa ab 1923 ein, indem Hippenmeier seither für die Erschliessung neuer Quartiere und für Verkehrsfragen zuständig war und damit die Stadtplanung wesentlich lenkte. Gefestigt wurde diese faktische Verantwortlichkeit dadurch, dass ihm 1926 das im Tiefbauamt angesiedelte Quartierplanbüro direkt unterstellt wurde. In Hippenmeiers Kompetenz fiel etwa die Ausarbeitung der Bebauungspläne für die 1934 eingemeindeten Vororte. Wenn sich hingegen Herter um Fragen des Städtebaus kümmerte, so handelte es sich um Projekte, bei denen die architektonische Gestaltung im Vordergrund stand. Etwas länger war offenbar die Zuständigkeit für die Altstadtsanierung umstritten. So hatte sich in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg zunächst Herter mit Planungen für den Zähringerdurchbruch befasst.¹⁰⁷ Als das Thema Ende der zwanziger Jahre wieder in den Fokus der Stadtplanung rückte, sollten Herter und Hippenmeier, wie im Folgenden darzustellen ist, zunächst beide mit eigenen Planungen und Projekten tätig werden, bevor sich Hippenmeiers Bebauungsplanbüro als zuständige Amtsstelle herauschälte.

Nach den anfänglichen Anfeindungen entwickelte sich Hippenmeier zu einem zunehmend respektierten Spezialisten auf seinem Fachgebiet. Erstmals zeigte sich dies 1928, als er an der Vorbereitung einer Städtebauausstellung im Zürcher Kunsthaus beteiligt war, die im Übrigen von zwei ausgewiesenen Spezialisten des Fachs, Hans Bernoulli und Camille Martin, eingerichtet wurde.¹⁰⁸ Einige Jahre später verfasste Hippenmeier den schweizerischen Beitrag zu einem internationalen Sammelwerk des Städtebaus,¹⁰⁹ 1937 wurde er erster Präsident der neugegründeten Eidgenössischen Kommission für Landesplanung, und 1939 organisierte er die Abteilung «Plan und Bau» der Landesausstellung. Schliesslich wurde er von den beiden Architektenverbänden BSA und SIA als Mitglied aufgenommen,

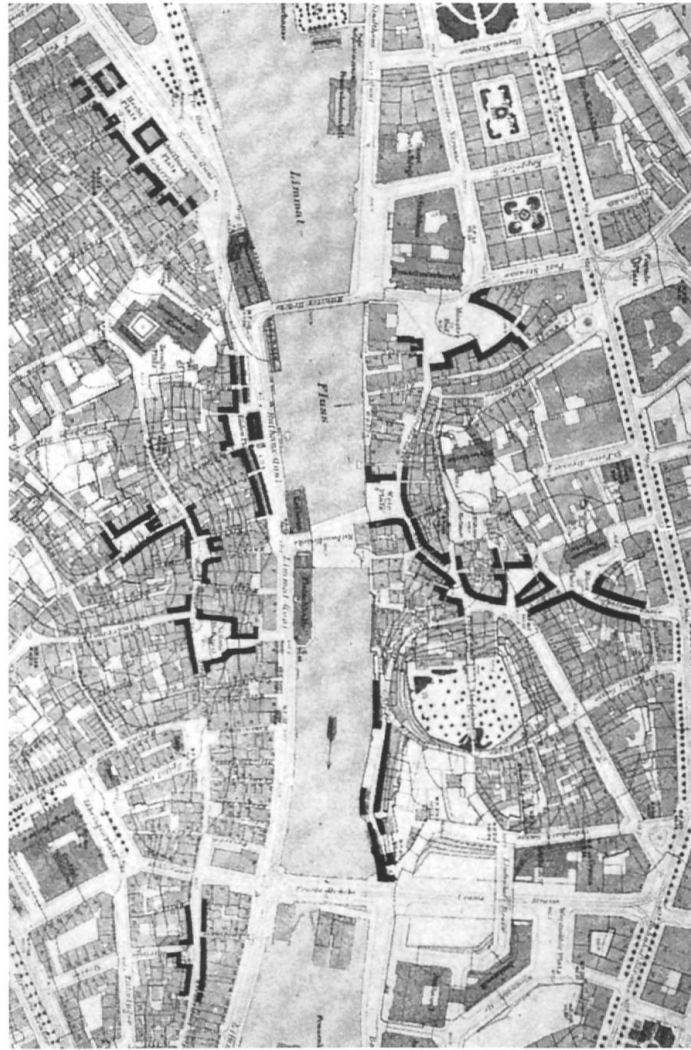


Abb.25: Hermann Herter, Übersichtsplan für die vorgesehenen Bemalungen im Rahmen der Aktion «Das farbige Zürich», 1927.

und nach seinem Tod druckten die beiden Architekturzeitschriften *Werk* und *Bauzeitung* ausführliche Nachrufe.¹¹⁰ Auf dem Gebiet der Altstadtsanierung galt Hippenmeier als anerkannter Fachmann, den man sogar mit Handbuchartikeln zum Thema betraute.¹¹¹

3.2 Das «farbige Zürich»

Eine eigene, kurze Episode in der Geschichte des Umgangs mit der Zürcher Altstadt bildet das «farbige Zürich». Unter diesem Titel betrieb Stadtbaumeister Hermann Herter in den Jahren 1925–1927 Kampagnen zur farbigen Gestaltung von Strassen und Plätzen der Altstadt, die denn auch in der Bemalung einiger Altstadthäuser resultierten. Sie sind im Zusammenhang mit ähnlichen Bestrebungen in deutschen Städten zu sehen, die nicht allein vor dem Hintergrund künstlerischer Ideen zu sehen sind, sondern auch von Entwicklungen in der Farbtechnologie und Interessen der Farbenindustrie motiviert waren.

Seit 1926 unter Beteiligung der Farbenindustrie im «Bund zur Förderung der Farbe im Stadtbild» zusammengeschlossen, handelte es sich um eine zwar kurzlebige, doch relativ breite, organisierte Bewegung, die ihre Ideen in Ausstellungen wie auch mit der eigenen Zeitschrift *Die farbige Stadt* propagierte. Das Ziel war nicht etwa eine Betonung vorhandener oder eine Wiederherstellung historischer Farbfassungen, sondern vielmehr das Interesse an einer künstlerischen Neugestaltung.¹¹²

Vorläufer von Herters Bemalungskampagnen waren drei Wettbewerbe, welche die Stadt Anfang der zwanziger Jahre mit Blick auf die schwierige Erwerbslage der Maler wie auch anderer bildender Künstler veranstaltet hatte. So fanden 1920 Wettbewerbe für die Bemalung des «Rüden» und für den Fraumünsterdurchgang statt, 1922 ein weiterer für die Vorhalle des Amtshauses I. Zu einer tatsächlichen Umsetzung kam es allerdings nur im letzteren Fall mit einem Entwurf von Augusto Giacometti.¹¹³ Einige Jahre später bemühte sich Stadtbaumeister Hermann Herter in grösserem Massstab um die farbige Gestaltung von Altstadt Häusern. Zunächst wurde 1925 nach einem Entwurf von Karl Hugin die untere Augustinergasse gesamthaft neu bemalt.¹¹⁴ Die Bemalungen sollten dabei zum ersten Teil eines Gesamtplans für das «farbige Zürich» (Abb.25) werden. Nach diesem wollte Herter jene Plätze und Strassen der Altstadt hervorheben, die, wie er meinte, «nach ihrer Lage und Einfügung im Stadtbild eine Betonung notwendig machen». Als Zentrum von Bemalungen entlang dem Limmatquai sah Herter dabei das Haus zum «Rüden», von dem aus die Intensität der Bemalungen in allen Richtungen abzunehmen hätte; ausserdem sollten geschlossene Plätze und Strassenzüge der rechts- wie auch der linksufrigen Altstadt bemalt werden.¹¹⁵ Als bekanntester unter den beteiligten Künstlern erarbeitete Augusto Giacometti einen Entwurf, nach dem der Münsterhof in intensiven, bunten Farbtönen gestrichen werden sollte (Abb.26). Grössere Aufmerksamkeit lenkten die Projekte auf sich, als das Kunstgewerbemuseum 1927 unter Herters Beteiligung eine Wanderausstellung zum Thema übernahm.¹¹⁶ Gleichzeitig veröffentlichte die Architekturzeitschrift *Werk* zwei aufwendige Farbtafeln, welche die von Herter zusammen mit Giacometti entwickelten Gestaltungsvorschläge bekannt machten.¹¹⁷

Dass die Projekte für das «farbige Zürich» nach 1927 nicht mehr weiterverfolgt wurden, ist wohl vor allem mit einer gewandelten Haltung gegenüber der Altstadt zu erklären. Schon 1926 hatte der Stadtrat bei Beratungen über die «Sehnsucht nach der Farbe» gemeint, die Bemalungen seien «indes nicht ohne Gefahr für das Stadtbild».¹¹⁸ Wenige Jahre später gewann die Forderung nach Erhaltung des Stadtbildes in seinen überkommenen und typischen Formen zunehmend an Breite; der Wunsch nach einer künstlerischen Neugestaltung musste demgegenüber in den Hintergrund treten. So meinte etwa Konrad Hippenmeier rund zehn Jahre später mit Blick auf das «farbige Zürich», es sei «sicher nicht zu bedauern, dass viel weniger als man hoffte, zur Ausführung kam».¹¹⁹

3.3 «Gässchenelend»: Altstadt und Wohnungshygiene um 1930

Gegen Ende der zwanziger Jahre wurden die hygienischen Zustände in der Altstadt in zunehmendem Mass als Problem wahrgenommen, dem man mit einer Sanierung begegnen wollte. Dies zeigte sich zum einen in Erhebungen des städtischen Gesundheitsamtes, welche die Wohnverhältnisse in der Altstadt dokumentierten. Zum anderen wurden die – sicherlich

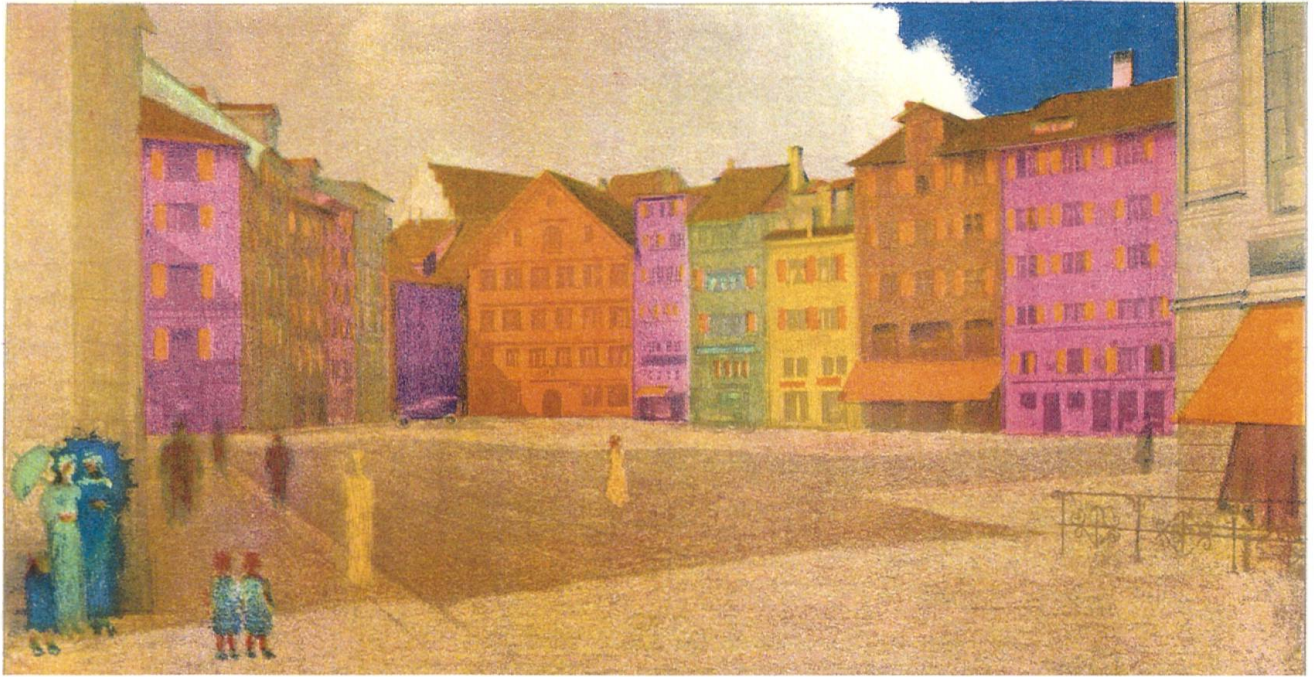


Abb. 26: Augusto Giacometti, Vorschlag für die Bemalung des Münsterhofs.

vorhandenen, wenn auch bisweilen etwas stark dramatisierten – Missstände von der Lokalpolitik aufgegriffen. Vor allem die Sozialdemokraten machten hier das «Gässchenelend» zu ihrem Thema, und entsprechend stand die Sanierung der Altstadt ab 1928 auf der wohnungsbaupolitischen Agenda der erstmals mehrheitlich links regierten Stadt.

Die Aufmerksamkeit für die hygienischen Missstände in der Altstadt hatte im Lauf der zwanziger Jahre sukzessive zugenommen. So hatte 1923 ein Bericht des städtischen Gesundheitsinspektorats die schlechten Wohnverhältnisse in der Altstadt wie auch in Teilen der Stadtkreise 3, 4 und 5 angeklagt. Eine eigentliche Debatte entwickelte sich aber erst einige Jahre später. 1928 forderte das Stadtparlament den Stadtrat in einer Interpellation auf, Auskunft über die Wohnungsinspektion zu erteilen und die Sanierung der Altstadt in Angriff zu nehmen, wobei man auf analoge Bestrebungen in Bern verwies.¹²⁰ Im selben Jahr stand das Thema auf der Tagesordnung des Kantonsrats: Hier hielt der Sozialdemokrat Edwin Manz eine leidenschaftliche Rede über das «Gässchenelend», die anschliessend in der sozialdemokratischen Tageszeitung *Volksrecht* im Wortlaut abgedruckt wurde, um der Forderung nach einer Sanierung der Altstadt Nachdruck zu verleihen (Abb. 27). Manz, der rund fünfzehn Jahre später nochmals im selben Zusammenhang von sich reden machen sollte (vgl. Kap. 5.2), prangerte die Zustände in den Altstadtwohnungen in schärfstem Ton an und warf der bürgerlichen Kantonsregierung absichtliche Untätigkeit vor: diese verschleppe die Ausarbeitung rechtlicher Grundlagen, die es erlauben würden, gegen Hausbesitzer vorzugehen.¹²¹ Vor allem das Stadtparlament – bis 1933 als Grosser Stadtrat, dann als Gemeinderat bezeichnet – blieb bis in die vierziger Jahre hinein ein hauptsächliches Forum für die Forderungen nach einer hygienischen Sanierung der Altstadt; aber auch das *Volksrecht* sollte weiterhin zu deren energischsten Verfechtern gehören.

Nachdem die linken Parteien 1925 eine Mehrheit im Stadtparlament errungen hatten, konnten sie diese 1928 auf die Stadtregierung ausdehnen, womit die bis in die vierziger Jahre dauernde Periode des «roten Zürich» begann. Damit konnte der Wohnungsbau als zentrales politisches Postulat der Linken zu einem wichtigen Tätigkeitsfeld der Stadtverwaltung werden.¹²² In diesem Zusammenhang wollte man nun auch Anstrengungen für eine Sanierung der Altstadt unternehmen.¹²³ Treibende Kraft war dabei Emil Klöti, der als Stadtrat schon seit 1910 das Bauwesen geleitet hatte (vgl. Kap. 2.3) und auch nach seiner Wahl zum Stadtpräsidenten 1928 die Städtebaupolitik des «roten Zürich» prägte. Für die Aufgabe der Altstadtsanierung setzte sich Klöti persönlich ein. So war er aktives Mitglied des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen und Städtebau (IVWS) und beteiligte sich 1935 mit einem Beitrag über Zürich an einem Handbuch, das der Verband im Rahmen eines in Prag veranstalteten, damals breit wahrgenommenen Kongresses über die «Beseitigung von Elendsvierteln und Verfallswohnungen» veröffentlichte. Einen weiteren Aufsatz zu dem Thema sollte er noch 1940 veröffentlichen.¹²⁴ Die neuen politischen Ziele wurden energisch verfolgt. Schon 1929 zeigte ein von der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich veröffentlichter *Rückblick auf anderthalb Jahre sozialdemokratischer Kommunalpolitik* die Bedeutung, die man nun den hygienischen Verhältnissen in der Altstadt beimass. So wurde hier neben anderen kommunalen Aufgaben der bevorstehende erste gezielte Abbruch eines Altstadthauses angekündigt, der «aus zahlreichen jetzt dunkeln und muffigen Wohnungen [...] sonnige und gesunde Heime» machen sollte.¹²⁵

Im Zentrum der Diskussion um die hygienischen Missstände stand in den zwanziger und dreissiger Jahren vor allem die rechtsufrige Altstadt, deren «unbefriedigende Luft- und Lichtverhältnisse» man bemängelte.¹²⁶ Nicht nur die engen Gassen galten in dieser Hinsicht als Problem, sondern noch mehr die sogenannten Ehgräben, schmale Zwischenräume zwischen den parallel angeordneten Häuserzeilen, wie sie vor allem in den limmatnahen Bereichen der Altstadt vorhanden waren und ursprünglich als Entsorgungsgräben zur Ableitung fester und flüssiger Stoffe gedient hatten. Immer wieder wurde die Häufigkeit von Tuberkulosefällen in der Altstadt betont, worin man eine der Hauptfolgen der hygienischen Missstände sah.¹²⁷ Mehrfach wurden die hygienischen Verhältnisse in der Altstadt in Veröffentlichungen wie auch in internen Berichten der Stadtverwaltung dargestellt. Stadtbaumeister Hermann Herter etwa schilderte 1929 in einer Propagandaschrift für die Abstimmung über die Eingemeindung die Wohnverhältnisse in der Altstadt in den düstersten Farben, um sie mit dem Anliegen der Stadterweiterung in Verbindung zu setzen: «In der Altstadt wohnen heute noch ca. 22 000 Menschen, zum grossen Teil zusammengepfercht in schlechten Räumen und Schlupfwinkeln in engen Gassen, wo weder Licht noch Sonne Zutritt haben.» Die einzige Lösung sah Herter in der «Umsiedlung von ca. 10 000 Menschen», wofür allerdings nur in den einzugemeindenden Vororten genügend Bauland zu finden sei.¹²⁸ Den eher knappen Ausführungen fügte Herter nicht weniger als sechs grossformatige Fotografien bei, welche die Wohnverhältnisse in der Altstadt mit Aufnahmen von Ehgräben, Küchen und Wohnräumen illustrierten (Abb. 28). Eine solche Darstellung hygienischer Missstände im Medium der Fotografie war in der Debatte um die Stadtsanierung ganz allgemein ein beliebtes Mittel: erstmals in den europäischen Grossstädten des späten 19. Jahrhunderts aufgekommen, um vor Entscheidungsträgern oder vor der Öffentlichkeit die Notwendigkeit von Sanierungen zu verdeutlichen, hatten ähnliche Fotografien seither schon in Handbücher des Städtebaus Eingang gefunden (Abb. 29).¹²⁹ Die von Herter gezeigten Abbildungen sollten in der Folge

Abb. 18
Altstadt
Küche mit Fenster
gegen Ehgraben



**Die Bautätigkeit
der letzten
Jahre bedeutet
einen Fort-
schritt der
Wohnkultur**

Richtlinien hierfür bildet in der Hauptsache das Ergebnis des von der Stadt Zürich durchgeführten internationalen Wettbewerbes zur Erlangung eines Bebauungsplanes für Zürich und seine Vororte. Der bedeutende Fortschritt der Wohnkultur, der mit berechtigter Befriedigung festgestellt werden darf, findet in allen Schichten der Bevölkerung volle Anerkennung. In ihm gipfelt ein grosses Stück Volkswohl, das der Stadt und nicht zuletzt auch dem ganzen Lande zugute kommt.

**Die Vororte
sollen unter
Beibehaltung
ihres Charak-
ters ausgebaut
werden**

In der Besiedlung an den Rändern der Stadt hat die Auflockerung der Bebauung bereits stark eingesetzt. Da, wo die bestehenden Bauvorschriften dies nicht zulassen, werden zu diesem Behufe neue Bauordnungen aufgestellt (Eierbrecht, Milchbuck). Die bauliche Abstufung im Anschluss an die Vororte ist überall vorgesehen. Es zeigt sich jedoch bereits, dass für ihre Anwendung, speziell im Limmattal, die Massnahmen nicht mehr auf dem Stadtgebiet erfolgen können, sondern, dass zu diesem Zwecke auf die Vorortgebiete (Altstetten und Albisrieden) übergegriffen werden muss. Die Vororte sollen ihre Individualität als gewachsene Siedlungen beibehalten und in der Ausdehnung beschränkt werden. Deren Ausbau hängt stark mit der Topographie des Geländes zusammen, so dass Gemeinden in der Ebene — wie Albisrieden, Altstetten usw. — mehr in radialer Richtung, die Vororte an einer Berglehne dagegen — wie Höngg, Oberengstringen usw. — mehr in Längsrichtung Ausdehnung und Gestaltung erhalten werden. Zwischen den ersteren Gemeinden sind zu ihrer Isolierung unter sich Grüngürtel vorgesehen, wogegen für die Gemeinden an Hängen die Freihaltung und Sicherung der Gebiete am Fusse der Anhöhen und auf den Höhen notwendig werden, Massnahmen, die die Stadt am Zürichberg und auf der Waid in vorsorglicher Weise fast restlos zur Anwendung bringen konnte. Damit sei in kurzen Zügen die zukünftige Struktur von Gross-Zürich geschildert, die nicht mehr die Großstadt nach altem System durch Untergehen der Vororte in eine kompakte Häusermasse, sondern massvolle Beschränkung der Mutterstadt und Pflege der Vororte als Siedlungen im Sinne von Gartenstädten anstreben will.

Je nach dem Grade der Wohndichte einer Stadt kann von einem mehr oder weniger gesunden Zustand der Wohnverhältnisse gesprochen werden. Wir rechnen mit der Behausungsziffer (Bewohner pro Haus) der Städte und nicht mit der Bevölkerungsdichtigkeit pro ha, bezogen auf das ganze Stadtgebiet, einschliesslich unbebauter Flächen und Waldungen, was in der Regel zu falschen Schlüssen führt. Die Be-

Abb. 28: Hermann Herter: *Für die Eingemeindung der Zürcher Vororte* (1929), Illustration zu den schlechten Wohnverhältnissen in der Altstadt.

immer wieder verwendet werden, wenn es darum ging, die Sanierungskampagnen zu begründen. So taucht eine bereits von Herter verwendete Fotografie eines Ehgrabens nicht nur in Emil Klötis Aufsatz von 1935 wieder auf; noch 1950 illustrierte Stadtbaumeister Albert Heinrich Steiner mit derselben Aufnahme einen Artikel in der *Neuen Zürcher Zeitung*.¹³⁰



Fig. 66 Hamburg. Hof (vgl. Fig. 63 → d).



Fig. 67. Hamburg. Innenraum (vgl. Fig. 63 → e).

Abb. 29: Otto Schilling: *Innere Stadt-Erweiterung* (1921), Fotografien zur Veranschaulichung hygienischer Missstände in einem Hamburger Altstadtquartier.

1931 erliess der Kanton eine «Verordnung über die Wohnungspflege und Wohnungsaufsicht», womit neue rechtliche Grundlagen für die Wohnungsinspektion in der Altstadt geschaffen waren. Die Verordnung ermöglichte es, ein Benutzungsverbot für einzelne Räume oder ganze Wohnungen auszusprechen, wenn diese «starke gesundheitliche Miss-

stände» zeigten und der Eigentümer nicht bereit war, die beanstandeten Mängel selbst zu beheben.¹³¹ Unter diesen Voraussetzungen intensivierte die Stadt die Wohnungsinspektionen. Das Ziel war es zum einen, mit Auflagen an die Hausbesitzer Forderungen der Wohnhygiene durchzusetzen, zum anderen sollten die Untersuchungen eine Grundlage für die späteren Sanierungsprojekte schaffen.¹³² In den Jahren 1932 und 1933 führte das städtische Gesundheitsamt eine breit angelegte Untersuchung der Wohnverhältnisse in der rechtsufrigen Altstadt durch, der später eine entsprechende Kampagne in der linksufrigen Altstadt folgte.¹³³ Beanstandet wurden vor allem innenliegende und damit schlecht belüftete Küchen und andere Räume, gemeinsam genutzte Toiletten, aber auch der Befall durch Ungeziefer.¹³⁴ Vermietungsverbote wurden hingegen nur selten ausgesprochen, weil man die konsequente Anwendung dieser Massnahme für aussichtslos hielt. So hätte nach der Auffassung des Gesundheitsamtes die Benutzung derart vieler Altstadtwohnungen verboten werden müssen, dass man als Konsequenz einen wirtschaftlichen und dann auch baulichen Verfall der Altstadt fürchtete.¹³⁵

In einer solchen Wahrnehmung der hygienischen Missstände spiegeln sich die Postulate der Wohnhygiene, wie sie seit dem mittleren 19. Jahrhundert zunächst in den europäischen Grossstädten entwickelt worden waren. Um 1930 waren diese Postulate längst zu einem ausdifferenzierten Set von Mindestanforderungen geworden, die sich im städtebaulichen Fachwissen niedergeschlagen hatten und in der zum Gemeinplatz gewordenen Forderung nach «Licht und Luft» zum Ausdruck kamen.¹³⁶ Die Verhältnisse in bestehenden Stadtvierteln wurden dabei unterschiedslos an den Kriterien gemessen, die für Neubauquartiere formuliert wurden. So forderte ein Bericht des Zürcher Gesundheitsamtes 1938 als Ziel der Sanierung ausdrücklich die «Anpassung der Altstadtverhältnisse an die derzeitigen Anforderungen der Bau-, Gewerbe- und Stadthygiene», indem er einen abstrakten Katalog hygienischer Lehrsätze referierte.¹³⁷ Auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Betonung wohnhygienischer Grundsätze ein zeittypisches Phänomen war, stellt sich aber die Frage, wieweit die Zustände in der Zürcher Altstadt im Vergleich zu anderen Städten ein tatsächliches Problem darstellten. Der deutsche Städtebauteoretiker Otto Schilling etwa relativierte in seinem verbreiteten, auch von der Zürcher Stadtverwaltung benutzten Handbuch zur Stadtsanierung die Situation stark, wenn er meinte, die Wohnverhältnisse seien in Zürich «auch in den engsten Gassen der Altstadt besser als in anderen Städten. [...] Auch in den engsten Gassen finden sich daher in den Obergeschossen Wohnungen, zu denen Luft und Sonne ungehinderten Zutritt haben.» Schlechte Wohnlagen sah Schilling lediglich in den Gassen unmittelbar hinter dem Limmatquai. Wenn er von diesen gleichzeitig schrieb, sie seien «der bevorzugte Sitz der in Zürich nicht reglementierten Prostitution», so taucht damit ein Thema auf, das in den Berichten der Stadtverwaltung bemerkenswerterweise nie Erwähnung findet.¹³⁸

3.4 Die ersten «Auskernungen» in der Altstadt

In dieser Situation suchte die Stadtverwaltung nach Möglichkeiten, die in der Altstadt festgestellten hygienischen Missstände durch Sanierungsmassnahmen zu verbessern. Weil man den Mangel an «Licht und Luft» vor allem in der hohen Wohndichte begründet sah, bildete deren Verringerung das Hauptziel. Zuerst erarbeitete Stadtbaumeister Hermann

Herter konkrete Vorschläge, aus denen sich in der Folge die Praxis der «Auskernungen» entwickelte: Durch den gezielten Abbruch einzelner Altstadt Häuser sollten Freiflächen innerhalb der Häusergevierte entstehen und damit eine Auflockerung der bestehenden, dichten Bebauung erreicht werden. Mit dem Vorteil, dass es verhältnismässig rasch umsetzbar war, wurde dieses Vorgehen bis in die vierziger Jahre hinein verfolgt. Wie wichtig bei diesen Eingriffen wohnhygienische Argumente waren, zeigt sich, wenn Emil Klöti 1940 im Rückblick auf die bis dahin durchgeführten Sanierungskampagnen feststellen konnte: «Der Hauptgewinn liegt in der Vernichtung von 105 ungesunden Wohnungen.»¹³⁹

Die ersten konkreten Überlegungen in dieser Hinsicht fallen in die späten zwanziger Jahre. 1927 legte Hermann Herter ein Verzeichnis von rund fünfzig Altstadt Häusern vor, die zur «Schaffung von öffentlichen Spielplatzanlagen und Innenhöfen in bestehenden Baublöcken» und damit im Hinblick auf ihren Abbruch aufgekauft werden sollten.¹⁴⁰ Zwei Jahre später erarbeitete er zudem einen Plan, mit dem er zeigen wollte, «wie die Sanierung der Altstadt unter Wahrung der Verkehrsinteressen, der privaten Besitzverhältnisse und Schonung der öffentlichen Finanzen durchgeführt werden kann».¹⁴¹ Parallel studierte man Möglichkeiten für eine weitergehende Sanierung der Altstadt, welche allerdings vorerst noch keine Resultate in konkreten Planungen fanden. Als sich Stadtrat Jakob Baumann, seit Klötis Wahl zum Stadtpräsidenten neuer Vorsteher des Bauwesens I, in diesem Sinn über «Sanierungen von Stadtteilen in grösserem Umfange in deutschen Städten» informieren wollte, zog er ebenfalls Herter bei.¹⁴² Schon bald aber kam es innerhalb der Stadtverwaltung zu Konflikten um die Zuständigkeit für die Aufgabe der Altstadtsanierung. So hatte Hermann Herter 1928 dem Tiefbauamt, das heisst sicherlich Konrad Hippenmeier, einen eigenen Sanierungsplan übergeben, worauf er bis 1934 mehrmals die offenbar unterbliebene Rückgabe einfordern musste.¹⁴³ Spätestens von 1930 an sollte denn auch nicht mehr Herter, sondern Hippenmeier Projekte für eine grossflächigere Sanierung von Altstadtgebieten ausarbeiten; diese sind im folgenden Kapitel darzustellen.

Den ersten Vorschlägen folgte sehr bald die Umsetzung einzelner Auskernungen; ein systematischeres Vorgehen schälte sich aber erst «nach zeitraubenden tastenden Versuchen» heraus, wie sich Stadtpräsident Klöti einige Jahre später erinnerte.¹⁴⁴ Als geeignete Massnahmen setzten sich die Beseitigung der vielfach dichten Hofbebauung und der Abbruch von Häusern an schmalen Gassen durch: «Gänzlich abbruchreife Gebiete befinden sich lediglich im Kern einzelner Gebäudeblöcke, während die Bauten längs den Hauptstrassen schon mit einer Instandsetzung zu sanieren sind.»¹⁴⁵ Um die geplanten Abbrüche überhaupt realisieren zu können, mussten die zur Auskernung vorgesehenen Häuser, wie von Herter vorgeschlagen, zunächst in den Besitz der Stadt gebracht werden. 1930 wurde deshalb ein fester Altstadtsanierungskredit von 500 000 Franken pro Jahr eingerichtet, mit dem die Stadt begann, parzellenweise Häuser im Hinblick auf den späteren Abbruch aufzukaufen.¹⁴⁶ Auch wenn die Stadt dabei ausschliesslich Häuser erwarb, die ohnehin zum Verkauf standen und somit auf freihändigem Weg aufgekauft werden konnten, gelangte sie im Lauf der Jahre zu einem ansehnlichen Liegenschaftenbesitz im Bereich der Altstadt.¹⁴⁷ Ein Enteignungsrecht für ganze Quartiere existierte, im Unterschied zur Situation in einigen anderen europäischen Staaten, nicht.¹⁴⁸ Möglich war, neben der Enteignung von Grundstücken zum Strassenbau, zumindest theoretisch die Enteignung einzelner Hofgrundstücke. Davon machte die Stadt aber offenbar keinen Gebrauch, wohl um Rechtsstreitigkeiten zu entgehen und die in der Regel hohen Entschädigungen für

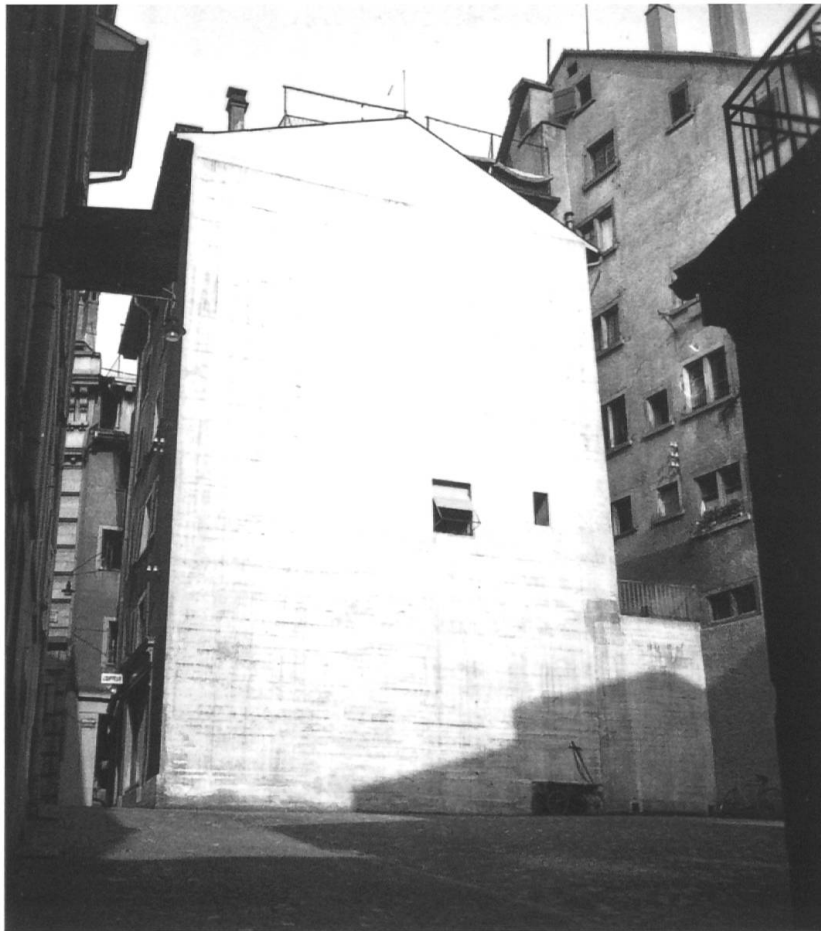


Abb.30: «Aus kernung» Krebsgasse, 1933. Im Vordergrund die durch den Abbruch geschaffene Freifläche, im Hintergrund eine praktisch fensterlose neue Stützmauer an bestehendem Haus.

Enteignungen zu vermeiden.¹⁴⁹ Diskutiert wurde zu diesem Zeitpunkt auch die Möglichkeit, private Hausbesitzer mit Subventionen zu unterstützen, wenn deren Projekte im Sinn der städtischen Sanierungskampagnen lagen, ein Mittel, das allerdings erst einige Jahre später breit zur Anwendung kommen sollte.¹⁵⁰

Die erste Auskernung wurde bereits in den Jahren 1928/29 und damit noch vor dem systematischen Aufkauf von Altstadt Häusern durchgeführt. Sie war von relativ bescheidenem Ausmass und bestand im Abbruch eines Hauses zwischen Rüdtenplatz und Münster gasse, wodurch der heutige Nägelihof entstand. 1932 folgte der Abbruch eines Hauses an der Malergasse, einer Parallelgasse zur Mühlegasse, 1933 der Abbruch von je vier Häusern an der Krebs- und Metzger gasse.¹⁵¹ Damit war der Anfang einer ganzen Reihe von «Aus kernungen» gemacht, die bis in die vierziger, in einem Fall sogar bis in die fünfziger Jahre hinein vor allem in den eng bebauten untersten Zonen der rechtsufrigen Altstadt umgesetzt wurden. Ein technischer Mehraufwand ergab sich beim Abbruch einzelner Bauten wegen der Einsturzgefahr der Nachbarhäuser; um diese nicht durch aufwendige Massnahmen sichern zu müssen, begann man zu warten, bis jeweils eine ausreichend grosse Gruppe zum Abbruch bestimmter Häuser erworben war.¹⁵² Nach den Abbrucharbeiten konnten die Besitzer der angrenzenden Häuser zu Mehrwertsbeiträgen verpflichtet werden, die einem Teil der Wertsteigerung ihrer eigenen Liegenschaften entsprachen. Um die Beitragspflicht zu umgehen, liessen allerdings viele Hausbesitzer gar keine Fenster oder Türen gegen die durch die Abbrüche geschaffenen Hofräume öffnen.

Die von nackten Mauern eingefassten Freiflächen, die an manchen Orten als Resultat der Auskernungen entstanden, erwiesen sich damit, wie man feststellen musste, als ebenso wenig ansprechend wie nutzbar (Abb. 30).¹⁵³ Als die Stadt einige Jahre später zwischen Spiegel- und Leuengasse deutlich grossflächigere Abbruchmassnahmen in Angriff nahm, wollte man unter anderem solche Nachteile vermeiden. Vor allem aber sollten die Auskernungsprojekte von den mittleren dreissiger Jahren an zunehmend auch als ein Weg zur Vereinbarung von Erneuerung und Erhaltung der Altstadt propagiert werden. Auf diese späteren Entwicklungen ist an entsprechender Stelle zurückzukommen (vgl. Kap. 4.1).

3.5 Projekte für den Zähringerdurchbruch und das Niederdorf

Parallel zu den «Auskernungen» wurden um 1930 Planungen für eine grossflächigere Sanierung der Altstadt in Angriff genommen. Mit dem Zähringerdurchbruch und der Sanierung des Niederdorfs ging es dabei um jene Vorhaben, die erstmals mit den beiden 1915–1919 durchgeführten Wettbewerben konkretisiert worden waren. Nachdem sie etwa gleichzeitig wieder ins Zentrum des Interesses geraten waren, erarbeitete Konrad Hippenmeier als Leiter des Bebauungsplanbüros über die ganzen dreissiger Jahre hinweg verschiedene Studien und Projekte für beide Gebiete. Diese wurden vor allem im städtischen Baukollegium diskutiert, einem hauptsächlich mit Architekten besetzten Gremium, das den Stadtrat in Baufragen beriet. Vor allem die Sanierungsprojekte für das Niederdorf waren Anlass für längere Auseinandersetzungen, an denen sich der berühmte Architekt Karl Moser als Mitglied des Baukollegiums sogar mit eigenen Vorschlägen für die Sanierung der Altstadt beteiligte. Die unterschiedlichen Haltungen im Hinblick auf den Umgang mit der Altstadt spalteten das Baukollegium dabei in zwei Lager. Wieweit man in den frühen dreissiger Jahren tatsächlich mit Realisierungschancen für einen vollständigen Abbruch und Neubau ganzer Altstadtquartiere rechnete, ist schwer zu beurteilen. So utopisch etwa Mosers Projekte aus heutiger Perspektive erscheinen, ist doch festzustellen, dass sie zeitgenössisch relativ breit diskutiert wurden und ein ähnliches Vorgehen von einigem Mitgliedern des Baukollegiums wie auch von Konrad Hippenmeier als Leiter des Bebauungsplanbüros durchaus mitgetragen wurde. Wenn einige Exponenten statt einer Neubebauung auf der Tabula rasa ein schrittweises Vorgehen forderten, begründeten sie dies meist nicht mit dem Denkmalswert der Altstadt, sondern vielmehr mit der Realisierbarkeit einer sukzessiven Neubebauung. Vor allem im Einspruch des Kantons gegen die von der Stadt verfolgten Projekte kam in diesen Jahren aber bereits eine Haltung gegenüber der Altstadt zum Ausdruck, die sich in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre schliesslich durchsetzen sollte.

Das Projekt eines Zähringerdurchbruchs war von der Stadt nach dem Wettbewerb von 1918/19 nie ganz aufgegeben worden. So hatte Stadtbaumeister Hermann Herter in den Jahren 1920–1923 weitere Planungen für den Strassendurchbruch betrieben, die in den darauffolgenden Jahren allerdings etwas in den Hintergrund rückten.¹⁵⁴ Die Sanierung des Niederdorfs hingegen wurde im Zusammenhang mit Verkehrsplanungen wieder aktuell, welche das Gebiet um den Hauptbahnhof und den Leonhardplatz, das heutige Central, und damit die unmittelbare Nachbarschaft betrafen: 1929 wurde ein Ideenwettbewerb für die «Neugestaltung der Plätze am Hauptbahnhof Zürich» ausgeschrieben, der den Leonhard-

platz mit einbezog. Ausserdem stand immer noch eine Neugestaltung des Limmatraums zur Diskussion. So wurde zum einen der Abbruch der alten Mühlen in der Limmat dringlicher, weil der Wasserspiegel für die geplante Seespiegelregulierung angehoben werden sollte; zum anderen wollte das Warenhaus «Globus» den schon länger geplanten Neubau auf dem Papierwerd vorantreiben.¹⁵⁵

In den späten zwanziger Jahren gewannen die Planungen für die Altstadt noch von ganz anderer Seite Aufmerksamkeit, als an der Architekturabteilung der ETH Semesterprojekte zu dem Thema erarbeitet wurden. Zuerst widmete sich Karl Moser im Wintersemester 1926/27 mit seinen Studenten in einem Städtebauseminar der Frage der Altstadtsanierung. Daraufhin versuchte er Anfang 1927 erfolglos, seine in diesem Zusammenhang entstandenen Studien zum Zähringerdurchbruch der Stadt zu verkaufen.¹⁵⁶ Zwei Jahre später stellte Otto Rudolf Salvisberg, in enger Anlehnung an Mosers Seminarthema, die Sanierung der rechtsufrigen Altstadt als Diplomaufgabe. Eine gewisse Wirkung auf die Debatte hatten die Projekte vielleicht durch einen Artikel in der *Bauzeitung*, wo der Architekturkritiker Peter Meyer einige Projekte veröffentlichte, wenn er auch gleichzeitig vor der «Gefahr des Utopisch-Effektvollen» warnte, die er in der Aufgabenstellung sah. Diese ging von einer Neubebauung auf der Tabula rasa aus – «unter grossartiger Ausserachtlassung der ausserordentlich komplizierten historischen und privatrechtlichen Bindungen», wie Meyer fand. Während in den gezeigten Projekten gerade noch Zentralbibliothek, Grossmünster, Wasserkirche und Kunsthaus von der Altstadt zeugten, war die übrige Bebauung durch grossmassstäbliche, hangparallel angeordnete Zeilenbauten ersetzt (Abb. 31). Detailvorschläge für einzelne Neubauten zeigten Formen des damals aktuellen Neuen Bauens.¹⁵⁷

In denselben Jahren begann sich Konrad Hippenmeier mit den beiden Vorhaben zu befassen. 1930 legte er dem Baukollegium ein neues Projekt für den Strassendurchbruch vor, das Anlass für eine Grundsatzdebatte über den Umgang mit der Altstadt bot. Indem sich dabei die Architekten Gustav Gull und Karl Moser als Exponenten unterschiedlicher Lager gegenüberstanden, ergab sich eine Konstellation, die sich bei späteren Projekten mehrfach wiederholen sollte.¹⁵⁸ Gull hatte ein Gegenprojekt zu Hippenmeiers Vorschlag ausgearbeitet, um bei leicht veränderter Führung des Strassendurchbruchs «die Erhaltung gewisser wertvoller Bauten zu sichern»; auch plädierte er allgemein dafür, es sollte «mehr als bisher darauf Bedacht genommen werden, Bauten, die historisches Interesse bieten, nach Möglichkeit zu schonen».¹⁵⁹ Moser hingegen stellte sich energisch auf den gegenteiligen Standpunkt, indem er mit der eingangs dieses Buches zitierten Forderung nach einer vorbehaltlosen Modernisierung auf Gull replizierte: «Wir haben nicht die alte Kultur zu erhalten, sondern eine neue zu schaffen.»¹⁶⁰ Schliesslich einigte sich das Baukollegium auf den von Hippenmeier ausgearbeiteten Vorschlag, aus dem in der Folge sogar eine Vorlage an das Stadtparlament entwickelt wurde. Dieses stimmte dem Projekt für den Strassendurchbruch 1931 einstimmig zu, und gegen die geplanten Baulinien gingen offenbar auch keine Rekurse von betroffenen Hausbesitzern ein.¹⁶¹ In letzter Instanz war für die Genehmigung von Baulinien allerdings die Kantonsregierung zuständig, die ihren Beschluss erst zwei Jahre später fassen sollte.

Einige Monate nach den Diskussionen über den Zähringerdurchbruch unterbreitete Hippenmeier dem Baukollegium zwei erste Projektvarianten für eine Sanierung des Niederdorfs. Zur Diskussion stand weiterhin der Bereich zwischen Mühlegasse und Leonhardplatz am nördlichen, unteren Ende der Altstadt. In einer von Hippenmeiers Varianten

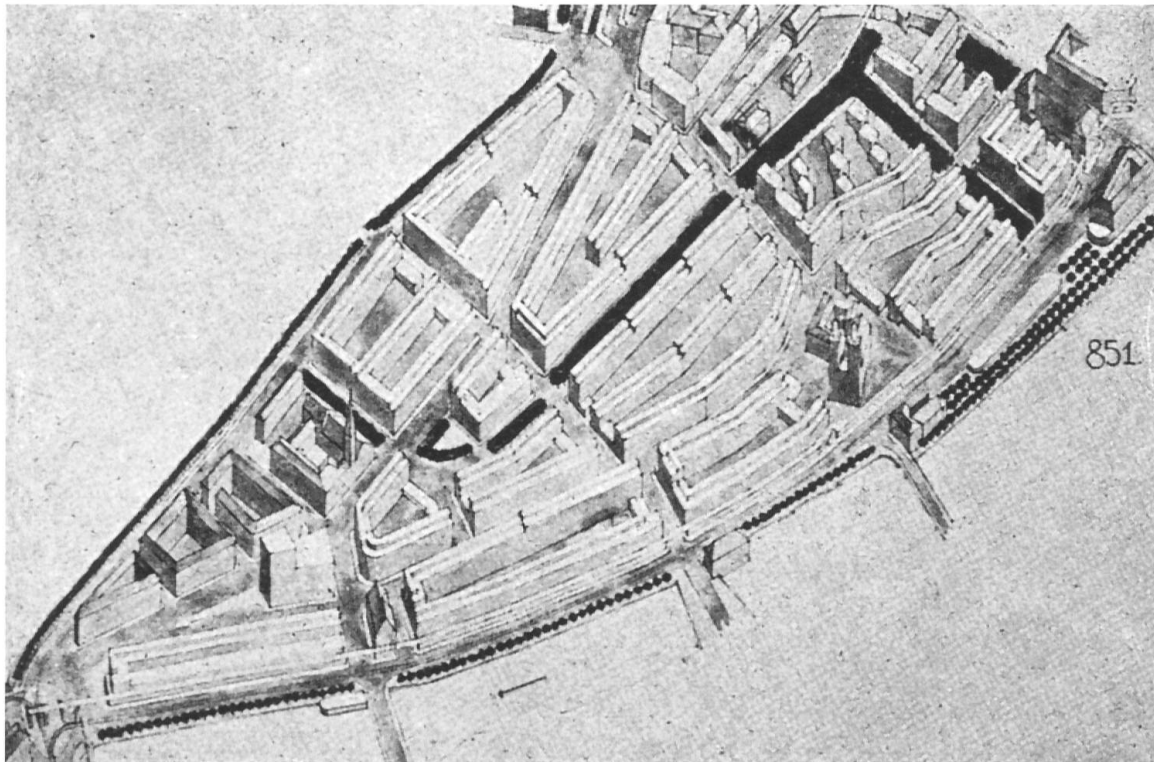


Abb. 31: Arthur Lozéron, Vorschlag zur Sanierung der rechtsufrigen Altstadt, Diplomarbeit bei Karl Moser an der ETH, 1929.

war die Niederdorfstrasse gänzlich aufgehoben, um grössere Bautiefen und damit eine bessere Ausnutzung des Gebiets zwischen Limmatquai und Zähringerstrasse zu erreichen; entsprechend war dieses mit drei durchgehenden, grossen Häuserblocks überbaut. In der zweiten Variante zeigte die Niederdorfstrasse dagegen einen zum Limmatquai hin abgewinkelten Verlauf, womit Hippenmeier wenigstens die als verkehrstechnisch problematisch empfundene Einmündung in den Leonhardsplatz aufheben wollte.¹⁶² Nachdem im Baukollegium keines der Projekte auf Zustimmung gestossen war, suchte man im darauffolgenden Jahr den Rat auswärtiger Fachleute. Auf Vorschlag von Hippenmeier wurden der Frankfurter Baurat Herbert Boehm, «Baudirektor Maier» aus Stuttgart und der Amsterdamer Stadtplaner Cornelis van Eesteren eingeladen, um verschiedene Projekte des Bebauungsplanbüros zu begutachten.¹⁶³ Während van Eesteren vorzeitig abreiste, verfassten Maier und Boehm einen Bericht, in dem sie sich zwar aus architektonisch-formaler Sicht grundsätzlich zustimmend zu Hippenmeiers Projekten für das untere Niederdorf äusserten, gleichzeitig jedoch grundsätzliche Bedenken im Hinblick auf deren Durchführbarkeit anmeldeten. So fragten sie im Hinblick auf die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen der Planungen, ob überhaupt die Möglichkeit bestehe, «den Neubau aus einer Hand und aus einem Guss vorzunehmen», oder ob sich dieser nicht vielmehr «in einzelnen kleinen bis mittleren Abschnitten vollziehen» sollte.¹⁶⁴

Trotz dieser Einwände arbeitete Hippenmeier in der Folge weiterhin an grossflächigen Erneuerungsprojekten. Im Januar 1933 lagen vier neue Varianten vor, in denen das untere Niederdorf sämtlich durch eine Neubebauung ersetzt war. Dabei schlugen zwei Pläne wie schon 1930 Blockrandstrukturen, die beiden anderen aber quer zum Limmatufer gestellte

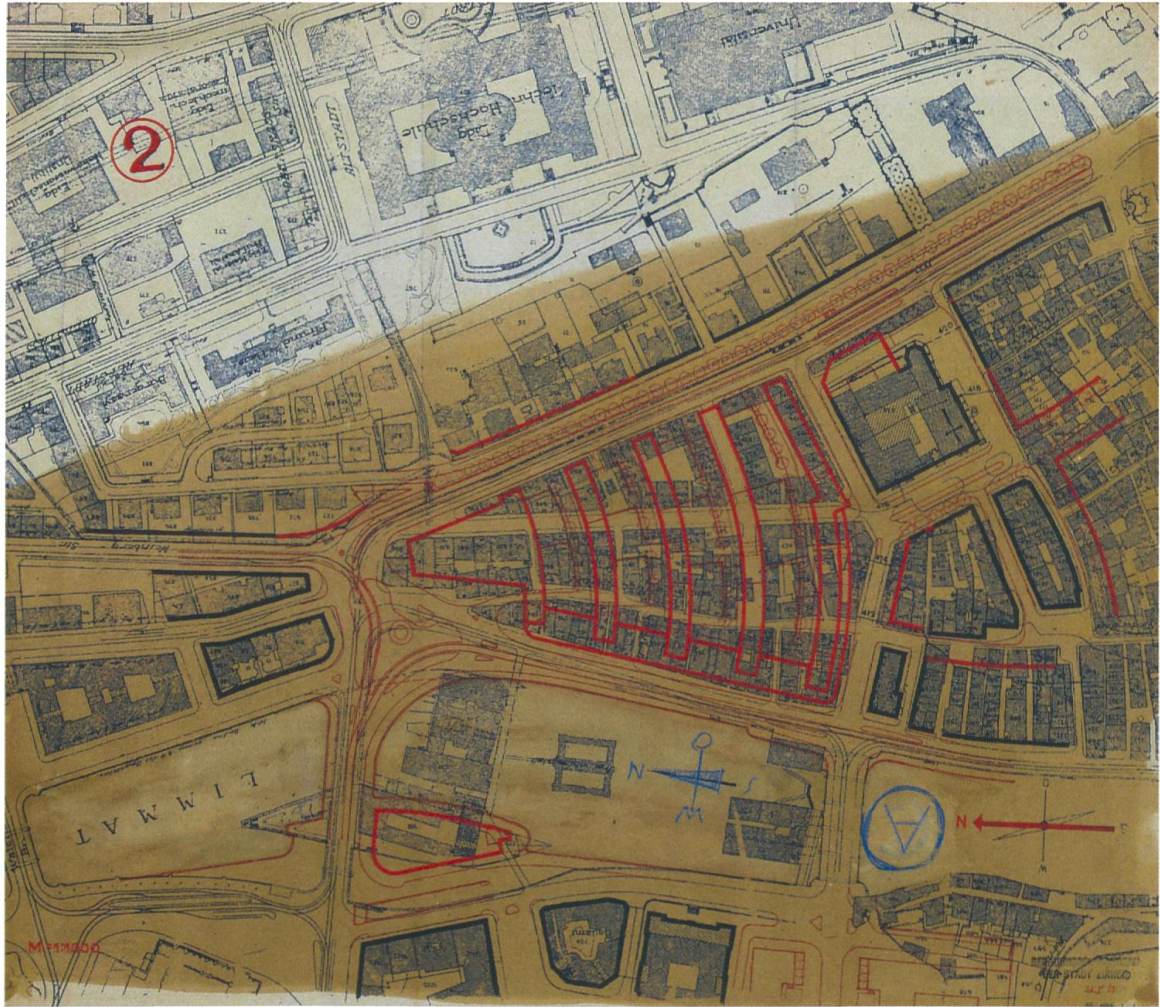


Abb.32: Bebauungsplanbüro (Konrad Hippenmeier), Bebauungsplanstudie für das Gebiet zwischen Mühlegasse und Leonhardsplatz, Variante «A», Januar 1933.

Zeilenbauten vor (Abb.32).¹⁶⁵ In dieser Situation beauftragte Stadtrat Jakob Baumann mit Karl Moser und Werner Pfister zwei Mitglieder des Baukollegiums, die Projekte im Hinblick auf die nächste Sitzung des Gremiums zu begutachten.¹⁶⁶ Moser beschränkte sich in der Folge allerdings nicht darauf, Hippenmeiers Pläne «zu prüfen», wie von ihm verlangt worden war; vielmehr nahm er die Anfrage des Stadtrats zum Anlass, eigene Sanierungsprojekte für die Altstadt auszuarbeiten. Nachdem er sich mit den Idealprojekten befasst hatte, die Le Corbusier seit den zwanziger Jahren für Paris und andere Städte propagiert hatte, schlug er nach dessen direktem Vorbild einen ebenso radikalen Neubau der Zürcher Altstadt vor.¹⁶⁷ Zunächst arbeitete er ein Projekt aus, das nicht nur den zur Debatte stehenden Abschnitt des Niederdorfs unterhalb der Mühlegasse umfasste, sondern die gesamte rechtsufrige Altstadt (Abb.33). Diese wollte er mit einer durchgehenden Zeilenbebauung nach den Regeln des modernen Städtebaus ersetzen, in der nur gerade Kirchen, die Zentralbibliothek, das von ihm selbst erbaute Kunsthaus sowie die jüngeren Bauten entlang der Rämistrasse als «Fixpunkte in dieser Bebauung und Zeugen der Altstadt» erhalten bleiben sollten.¹⁶⁸ Die Flussfront zur Limmat wurde in einer von zwei Projektvarianten durch

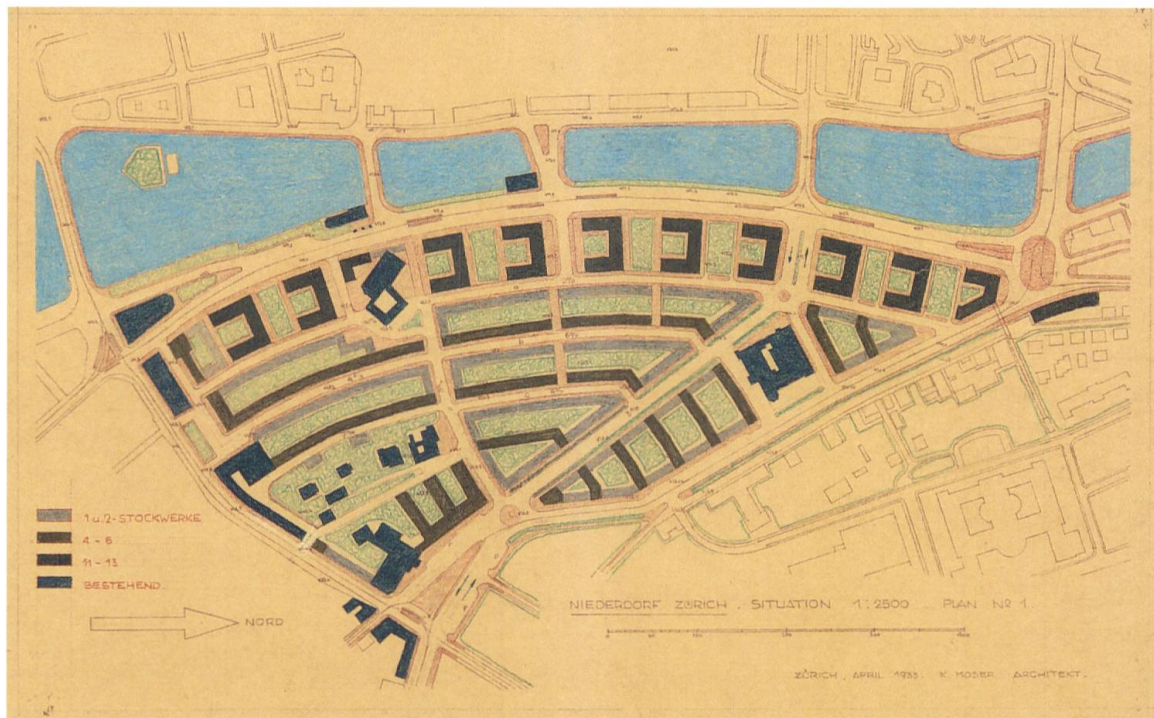


Abb.33: Karl Moser, Sanierungsprojekt für die rechtsufrige Altstadt, Grundriss, April 1933.

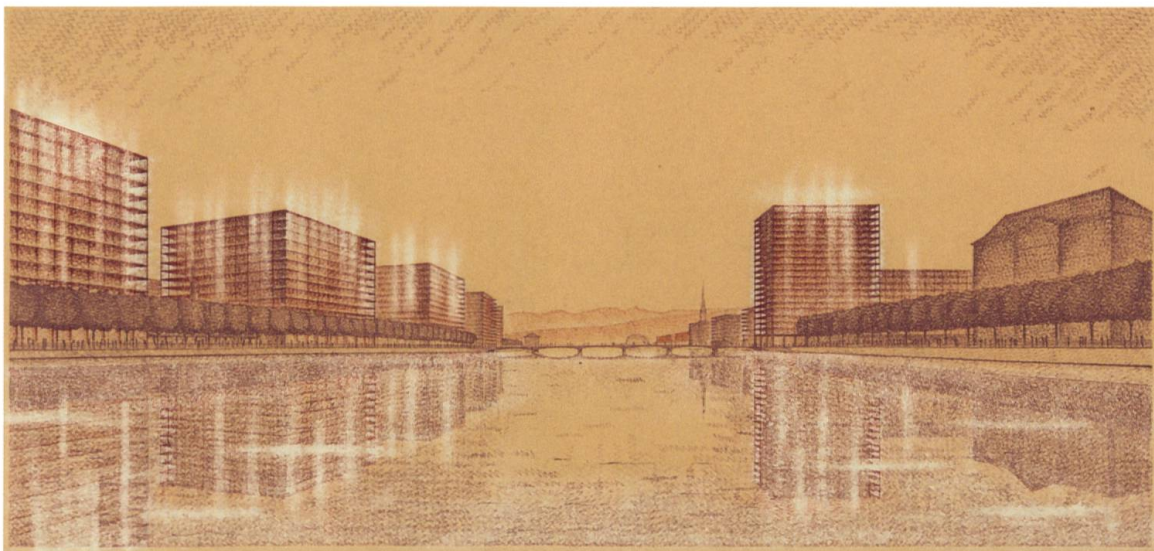


Abb.34: Karl Moser, Sanierungsprojekt für die rechtsufrige Altstadt, Perspektive limmataufwärts, auf der rechten Seite das Amtshaus I, 1933.

eine lange Folge von Hochhäusern gebildet, was Moser auch in einer Perspektive veranschaulichte (Abb.34).¹⁶⁹ Im Hinblick auf den Umgang mit der bestehenden Stadt hielt er sich damit an ein Vorgehen, wie es einige Jahre zuvor an der ETH bei ihm selbst und bei Salvisberg in Semesterarbeiten vorgeschlagen worden war. Zuhanden des Baukollegiums nahm Moser wie verlangt Stellung zu Hippenmeiers Studien, schloss seinen Bericht allerdings mit einer ausführlichen Beschreibung seines eigenen, die Aufgabenstellung bei weitem sprengenden Projekts.¹⁷⁰

Als sich das Baukollegium im Mai 1933 wieder mit dem Thema beschäftigte, wurde Mosers Studie zwar nicht direkt besprochen, doch stand die Frage der Zeilenbebauung zur Debatte.¹⁷¹ Hippenmeier hob vor allem die hygienischen Vorteile einer solchen Disposition hervor, indem er meinte: «Die eigentlichen Baukörper würden damit in Sonne, Licht und Luft eingetaucht [...]».¹⁷² Uneinig waren sich Moser und Hippenmeier lediglich in Bezug auf den Massstab der Bebauung; so schlug Hippenmeier für die Neubauten eine Höhe von 24 Metern vor, während Moser das Projekt noch radikalisieren wollte.¹⁷³ In der Sitzung stimmten die Architekten Werner Pfister, Max Haefeli (sen.) und Otto Rudolf Salvisberg dem Vorschlag einer Zeilenbebauung grundsätzlich zu, wenn auch niemand die von Moser vorgeschlagene Bauhöhe von 31 Metern – entsprechend der Firsthöhe des benachbarten, 1911–1913 erbauten Mosse-Hauses – unterstützte. Gustav Gull und Stadtbaumeister Hermann Herter hingegen lehnten eine solche Planung aus architektonisch-formalen wie auch aus praktischen Gründen ab. Herter verwies dabei auf die über der Altstadt thronenden Bauten von Polytechnikum und Universität und mahnte, durch die vorgeschlagene Zeilenbebauung würde «der ganze Effekt der Stadtkrone schwer beeinträchtigt».¹⁷⁴ Herter und Stadtrat Baumann zogen – wie schon zwei Jahre zuvor – aber auch die Durchführbarkeit des Projekts in Zweifel. Sowohl rechtliche als auch finanzielle Einwände sprachen aus ihrer Sicht gegen das Projekt, hätte eine durchgehende Neubebauung des Quartiers nach einem einheitlichen Projekt doch den Kauf oder sogar die Enteignung sämtlicher in Privatbesitz befindlichen Häuser und Grundstücke bedingt.¹⁷⁵

Weil die Frage nach der Sanierung des Niederdorfs das Baukollegium spaltete, wurde die Bildung einer Spezialkommission beschlossen, der neben Karl Moser als offensichtlich treibender Kraft Hippenmeier und Herter sowie Pfister, Haefeli und Gull angehören sollten.¹⁷⁶ Im Juni und Juli 1933 entwickelte Karl Moser ein zweites Projekt, das sich nun auf den zur Debatte stehenden unteren Teil des Niederdorfs beschränkte; seine detaillierten Studien, die auch Renditeberechnungen und zahlreiche Grundrissvarianten umfassen, diskutierte er mit den übrigen Mitgliedern der Spezialkommission.¹⁷⁷ Seine Pläne zeigen verschiedene Varianten einer quer zum Flusslauf gestellten, sechs- bis achtgeschossigen Zeilenbebauung, die entlang dem Limmatquai von einem niederen, zweigeschossigen Längstrakt zusammengefasst wird. In den Perspektiven und in einer Fotomontage sind die Bauten als hohe Blöcke mit horizontal betonten Fensterbändern dargestellt (Abb. 35).¹⁷⁸ Dabei nahm Moser offensichtlich Hippenmeiers Vorschlag für quer zum Flusslauf gestellte Zeilenbauten auf, entwickelte aber ein architektonisch sicherlich konsistenteres Projekt, als dies mit Hippenmeiers konzentrisch angeordneten Bauten möglich gewesen wäre.

Nur einige Monate nachdem das Baukollegium über die Projekte für das Niederdorf beraten hatte, traf der Regierungsrat im Herbst 1933 seine seit 1931 ausstehende Entscheidung zum Zähringerdurchbruch. Gegen den Wunsch der Stadt verweigerte die Kantonsregierung dabei die Genehmigung der Baulinien und stellte damit die bisherigen Planungen grundsätzlich in Frage. In seiner Begründung verwies der Regierungsrat auf den «Wert der Altstadt als historisches Dokument» und meinte, beim Projekt der Stadt handle es sich um eine «zu radikale und wirtschaftlich untragbare Art der Altstadtsanierung», die auch «den Forderungen des Heimatschutzes zu wenig Rechnung» trage. Ausdrücklich wurden zudem die «Eintracht» (heute Theater) am Neumarkt und das Obmannamt als erhaltenswerte, durch das Strassenprojekt aber gefährdete Bauten



Abb.35: Karl Moser, Sanierungsprojekt für das Gebiet zwischen Mühlegasse und Leonhardsplatz, Fotomontage, 1933.

genannt.¹⁷⁹ Indem es sich um die erste ausdrückliche Niederlage für die städtischen Projekte handelte, trug der Entscheid des Regierungsrats wohl mit zu dem Wandel bei, der in den darauffolgenden Jahren allmählich in den von der Stadt verfolgten Sanierungsprojekten zu beobachten ist. Zunächst aber sah der Stadtrat in der verweigerten Genehmigung vor allem eine Kompetenzüberschreitung der Kantonsregierung und liess sich nicht vom Projekt eines Zähringerdurchbruchs abbringen.¹⁸⁰

Dem regierungsrätlichen Einspruch kann man vielleicht teilweise auch den Meinungsumschwung zuschreiben, der sich im Baukollegium zu den Sanierungsprojekten für das untere Niederdorf zeigte. Als das Gremium im Juni 1935 wieder über die Frage diskutierte, setzte sich jedenfalls niemand mehr vehement für eine Tabula-rasa-Lösung mit Zeilenbebauung ein.¹⁸¹ Die Studie der «Spezialkommission» um Karl Moser schlug immer noch eine solche vor, wenn auch in etwas kleinerem Massstab.¹⁸² Moser selbst war zum Zeitpunkt der Sitzung abwesend, liess die Argumente für sein Projekt aber schriftlich mitteilen; mit einer separat zugestellten Ansichtskarte einer Quaibebauung in Stockholm wollte er das Bebauungskonzept zusätzlich veranschaulichen.¹⁸³ In der anschliessenden Debatte votierten Haefeli, Pfister und Hippenmeier zwar mehr oder weniger engagiert für das Projekt; alle deuteten aber auch ihr Einverständnis an, im Interesse der Realisierbarkeit einer zweiten, ebenfalls vom Bebauungsplanbüro ausgearbeiteten Variante den Vorzug zu geben, welche die bestehende Strassenführung ungefähr beibehielt. Alle anderen Teilnehmer sprachen sich entschieden gegen die Zeilenbebauung aus. Neben praktischen Argumenten gewann nun auch die Forderung nach Erhaltung des Altstadtcharakters zunehmend an Gewicht. So betonte Gustav Gull mit Blick auf das Projekt von Moser und Hippenmeier, man hätte «gar kein Interesse daran, dass die Stadt Zürich das langweilige Aussehen einer internationalen Stadt bekommt», und auch Stadtpräsident Klöti forderte nun, man sollte die Neubebauung «unseren Verhältnissen und insbesondere

der gewordenen Bebauung anpassen».¹⁸⁴ Zusammen mit den Planungen für den Zähringerdurchbruch wurde die Sanierung des unteren Niederdorfs in den späten dreissiger Jahren weiterverfolgt. Die dannzumal vorgeschlagenen Projekte, die mit der Ausarbeitung einer Bauordnung im Jahr 1940 sogar zur Umsetzung gebracht werden sollten, sind später zu besprechen (vgl. Kap.4.4).

4 Die Entdeckung des «Stadtbildes» in den späten 1930er Jahren

In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre zeigte sich in den Sanierungsprojekten für die Zürcher Altstadt, vor allem aber auch in einzelnen Neubauten sukzessive ein Wandel in der Haltung gegenüber dem historischen Wert und ästhetischen Reiz der alten Stadtviertel. Sah man diese vor allem aus hygienischer Sicht weiterhin als sanierungsbedürftig, wurde gleichzeitig der Wunsch immer deutlicher, bei der baulichen Erneuerung gewisse Eigenheiten und Merkmale der Altstadt zu bewahren. Zwar schätzte man nun zunehmend auch einfache Bürgerhäuser als Baudenkmäler. In erster Linie galten aber nicht die einzelnen Häuser, sondern «Stadtbild», «Massstab» und «Charakter» der Altstadt als erhaltenswert. An die Stelle von Projekten für eine Neubebauung auf der Tabula rasa traten in dieser Situation Vorschläge für eine Verbindung von Erneuerung und Erhaltung. So sollten die bestehenden Häuser nun schrittweise durch Neubauten ersetzt werden, die in ihrer Gestaltung Merkmale der Altstadt aufnahmen und sich nach zeitgenössischem Verständnis damit in das bestehende Stadtbild einfügten. Ansätze solcher Sanierungskonzepte kamen Mitte der dreissiger Jahre zuerst in Planungen von Konrad Hippenmeier zum Ausdruck, die allerdings noch kein einheitliches Vorgehen verfolgten und auch nicht über vorbereitende Studien hinaus kamen. Wichtig waren in dieser Hinsicht dann aber vor allem drei Neubauten, die in den Jahren 1937–1939 an verschiedenen Stellen der Altstadt entstanden und zum ersten Mal zeigten, wie man sich nun eine «stadtbilderhaltende» Sanierungspraxis vorstellte. Praktisch gleichzeitig verstärkte die Stadt in den späten dreissiger Jahren aber auch ihre Anstrengungen, mit dem Zähringerdurchbruch und einer Sanierung des unteren Niederdorfs zwei Vorhaben der Umsetzung näher zu bringen, die seit mittlerweile mehr als zwei Jahrzehnten diskutiert worden waren. In den Jahren kurz vor und nach 1940 wurde ausserdem eine wachsende Zahl vergleichsweise einfacher Altstadt Häuser durch Restaurierung erneuert. Wenn auch diese Aktivitäten konzeptionell und institutionell mit den gleichzeitigen Sanierungsprojekten nur wenig verbunden waren, zeigen sie doch deutlich, dass diese Bauten in den Planungen für die Altstadt nicht mehr ignoriert werden konnten.

4.1 Der Sanierungsplan von 1935 und die Fortsetzung der «Auskernungen»

Ein gewisser Wandel in der Haltung gegenüber der Altstadt zeigte sich Mitte der dreissiger Jahre zuerst bei den «Auskernungen». War es bis dahin vorrangiges Ziel der 1929 begonnenen Kampagnen gewesen, mit dem gezielten Abbruch einzelner Alstadthäuser Freiflächen zu schaffen und damit die hygienischen Verhältnisse zu verbessern (vgl. Kap. 3.4), rückte nun der historische und künstlerische Wert der Altstadt und ihrer Häuser stärker ins Blickfeld. Ein wichtiger Protagonist dieses Wandels war Konrad Hippenmeier, der einige Jahre zuvor im Austausch mit Karl Moser noch Tabula-rasa-Projekte für das untere Niederdorf erarbeitet hatte. Der nun unter Hippenmeiers Leitung ausgearbeitete

Sanierungsplan propagierte mit der Erhaltung von Stadtgrundriss und Bebauungsstruktur der Altstadt im Ansatz erstmals ein Vorgehen, wie es schliesslich rund zehn Jahre später mit den Sanierungskampagnen des Büros für Altstadtsanierung verfolgt werden sollte; auch lag damit erstmals ein Gesamtplan vor. Die Bedeutung des Plans wird zum einen allerdings dadurch etwas relativiert, dass er nur in beschränktem Mass eine unmittelbare Umsetzung fand, zum anderen arbeitete Hippenmeier gleichzeitig auch an Planungen für sehr viel grossflächigere Eingriffe in die Altstadt.

Während die ersten Auskernungen noch ohne Gesamtplan erfolgt waren, bemühte sich Konrad Hippenmeier als Leiter des Bebauungsplanbüros im Lauf der dreissiger Jahre um eine Koordination der Arbeiten. In Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt wurde der hygienische Zustand der einzelnen Altstadthäuser untersucht, während man für die Beurteilung des baulichen Zustandes gleichzeitig auf den Technischen Arbeitsdienst zurückgriff. Dabei handelte es sich um ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Architekten und Angehörige anderer technischer Berufe, das 1932 eingerichtet worden war und vom Architekten Hermann Fietz (jun.) geleitet wurde.¹⁸⁵ Auf der Grundlage dieser Untersuchungen wurden die erwünschten Sanierungsmassnahmen festgelegt, wobei allerdings unklar ist, wie spezifisch die Bestandsaufnahmen oder die Überlegungen zur Erhaltungswürdigkeit der einzelnen Häuser waren. Damit entstand ein die gesamte Altstadt umfassender Sanierungsplan, der wohl erstmals 1935 vorlag und in den folgenden Jahren noch in einigen Details nachgeführt wurde (Abb. 36). Der Plan sollte als allgemeine Richtlinie und als Arbeitsinstrument für die Behörden selbst dienen, so etwa beim Aufkauf von Altstadthäusern im Hinblick auf geplante «Auskernungen». Rechtskraft kam ihm nicht zu, und er wurde auch nie vom Stadtrat genehmigt; durch die Publikation in einem Beitrag von Emil Klöti erhielt er aber in gewissem Masse offiziellen Charakter.¹⁸⁶ In der Sache schlug der Plan ein systematisches Vorgehen bei den «Auskernungen» vor. So war für jedes einzelne Haus der Altstadt durch Schraffur angegeben, ob es als «baukünstlerisch oder historisch wertvoll», «durch Umbau sanierungsfähig», «saniert durch Umbau resp. Neuerstellung» oder auch schlicht als «abbruchreif» zu gelten habe. Dabei waren die Häuser entlang den hauptsächlichen Strassenzügen der Altstadt zum überwiegenden Teil als «sanierungsfähig» und zu einem deutlich geringeren Teil sogar als denkmalwürdig ausgewiesen, während die Bauten im Innern der Häuserblocks fast durchwegs als Abbruchobjekte erschienen.

Ein solches sukzessives Vorgehen sollte einerseits in gewissem Mass eine Erhaltung der Altstadt ermöglichen, in der man nun zunehmend einen historischen und städtebaulichen Wert sah. Auf diese neue Wertschätzung verwies Emil Klöti in seinem Artikel von 1935, wenn er die mit dem Sanierungsplan gegebene Möglichkeit zur «Erhaltung kunsthistorisch wertvoller Einzelgebäude und Gebäudegruppen» hervorhob.¹⁸⁷ Mindestens ebenso sehr war andererseits das Argument der Realisierbarkeit ausschlaggebend. So betonte Klöti, für einen Neubau auf der Tabula rasa müssten, anders als für die Auskernungen, «noch weit grössere öffentliche Mittel in Aussicht genommen werden als es bisher möglich war».¹⁸⁸ Mit Nachdruck betonte nun auch Konrad Hippenmeier den Wert der Altstadt: Ebenfalls 1935 leitete er einen Artikel im *Werk* mit einer empathischen Beschreibung der Zürcher Altstadt ein, in der er nun «Stadtbilder von unvergleichlicher Schönheit und Lebendigkeit» sah, entstanden «unter der Hand von Baumeistern mit feinem Empfinden für den städtebaulichen Massstab».¹⁸⁹ In Bezug auf die Altstadtsanierung führte ihn dies zur Frage, «wie weit gute ältere Bauwerke, Baugruppen und ganze Strassenbilder zu erhalten sind». Der



Abb. 36: Sanierungsplan, ausgearbeitet vom Bebauungsplanbüro um 1935 (Bearbeitungsstand 1938).

Wunsch nach einer Bewahrung des Stadtbildes schloss für Hippenmeier allerdings keineswegs die Möglichkeit aus, grosse Teile der bestehenden Bausubstanz durch Neubauten zu ersetzen; die Frage stellte sich vielmehr im Hinblick auf deren konkrete Gestaltung: «Hier den richtigen Massstab zu finden, ohne in Brutalität oder in kleinliche Sentimentalität zu verfallen und zugleich eine zweckmässige Verkehrsleitung durchzuführen, ist eine sehr schwierige Aufgabe.»¹⁹⁰ Begeisterten Zuspruch erhielten die neuen Planungen der Stadtverwaltung von Seiten des Heimatschutzes. So berichtete die Vereinszeitschrift umgehend von Klötis Beitrag – «einer Abhandlung, die man mit grösster Anteilnahme durchliest und über die sich jeder Heimatschützer nur freuen kann» –, und man begrüusste, dass in der Altstadtanierung anstelle des Baus von «Mietskasernen» nach «Schachbrettplan» nun «ein Weg der konservierenden Chirurgie» beschritten werde.¹⁹¹

Wenn auch die Zahl der als «baukünstlerisch oder historisch wertvoll» bezeichneten und auf dem Plan schwarz markierten Bauten eher gering war, spiegelt sich darin doch eine zunehmende Wertschätzung für die einfacheren Bürgerhäuser der Altstadt. Dieses Interesse, das zu jenem Zeitpunkt noch vergleichsweise neu war, sich wenig später aber in einer zunehmenden Zahl von Restaurierungen in der Altstadt niederschlagen sollte (vgl. Kap.4.5), lässt sich etwa an dem zunehmenden Raum ablesen, den die zeitgenössischen Kunsttopografiebände den Bürgerhäusern der Altstadt widmeten: Hatte der 1921 erschienene Band der *Bürgerhaus*-Reihe aus dem Bereich der Altstadt neben dem Rathaus und einigen Zunfthäusern vor allem Beispiele grösserer Wohnhäuser – etwa von Rindermarkt und Neumarkt und von der Schipfe – behandelt, sollten die beiden *Kunstdenkmäler*-Bände zur Stadt Zürich den Bürgerhäusern der Altstadt schon wesentlich mehr Platz einräumen. Auch wenn die Bände erst 1939 respektive 1949 erschienen, waren die Vorarbeiten schon 1930 vom Kunsthistoriker Konrad Escher aufgenommen worden.¹⁹² In einem Zusammenhang mit den Planungen für die Altstadt standen die Bände schon deshalb, weil der für den Sanierungsplan eingesetzte Technische Arbeitsdienst in denselben Jahren auch die Bauaufnahmen für die *Kunstdenkmäler*-Reihe durchführte.¹⁹³

Um wie beabsichtigt nicht nur einzelne Bauten, sondern auch stadträumliche Zusammenhänge und damit das «Stadtbild» erhalten zu können, sollten nach den Vorgaben des Sanierungsplans Stadtgrundriss und Bebauungsstruktur entlang den wichtigen Strassenzügen zumindest in ihrem annähernden Zustand bewahrt werden. Unterschiede zeigen sich dabei aber zwischen den verschiedenen Bereichen der Altstadt. So entsprachen die vorgeschlagenen Eingriffe in den höhergelegenen Teilen der rechtsufrigen Altstadt wie auch in der linksufrigen Altstadt einer Auslichtung der Höfe, die hier einstmals bestanden hatten, bevor sie grösstenteils im Lauf des 19. Jahrhunderts zugebaut worden waren. Für die limmatnahen Bereiche der rechtsufrigen Altstadt (unterhalb des Hauptstrassenzugs Niederdorfstrasse–Münstergasse–Oberdorfstrasse) bedeuteten die geplanten Abbrüche hingegen eine wesentliche Veränderung der Stadtstruktur. Hier sollten die vorhandenen, senkrecht zum Flusslauf stehenden Zeilen zwischen den schmalen Gassen und Ehgräben durch den gezielten Ausbruch von Häusern zu einer grossmassstäblicheren Blockrandstruktur umgestaltet werden, was bei konsequenter Durchführung letztlich zum völligen Verschwinden der für diese Gebiete prägenden Zeilenstruktur geführt hätte. Nicht nur dies hätte – entgegen den erklärten Intentionen der Planungen – einen wesentlichen Eingriff in die bestehende Stadtstruktur bedeutet; dasselbe gilt alleine schon für die Vielzahl neuer Platzanlagen, die mit den vorgeschlagenen Eingriffen entstehen sollten.

Das Vorgehen, die Altstadt durch den gezielten Ausbruch bestehender Bauten aufzulockern, gleichzeitig aber Elemente der Stadtstruktur und wichtige Einzelbauten zu erhalten, entsprach einer Sanierungspraxis, die in jenen Jahren sowohl theoretisch diskutiert als auch in verschiedenen Städten praktisch umgesetzt wurde. Seit den 1910er Jahren in den Theoriedebatten zur Stadtsanierung entwickelt, fanden solche Sanierungskonzepte vor allem in den dreissiger Jahren ihre Umsetzung in verschiedenen deutschen und italienischen Städten. In der Schweiz wurden entsprechende Projekte zum ersten Mal und fast gleichzeitig um 1935 für Bern, Basel und Zürich, aber auch für die kleine Altstadt von Biel ausgearbeitet. Auf die Stellung der Zürcher Projekte innerhalb dieser Debatte ist im Zusammenhang mit den Planungen und Sanierungskampagnen der vierziger und fünfziger Jahre ausführlicher zurückzukommen (vgl. Kap.6.4). Festhalten lässt sich aber, dass der Sanierungsplan von 1935 in der Schweiz möglicherweise sogar das früheste Beispiel einer solchen Sanierungspraxis darstellte.¹⁹⁴

Den Vorgaben des Sanierungsplans entsprechend wurden in den darauffolgenden Jahren und noch bis in die fünfziger Jahre hinein einige weitere Auskernungen umgesetzt. Die grossflächigste dieser Abbruchkampagnen betraf einen ganzen Block von neun Häusern zwischen Spiegelgasse und Leuengasse, der in den Jahren 1937/38 vollständig abgetragen wurde.¹⁹⁵ Handelte es sich dabei um die einzige Auskernung in den höher gelegenen Bereichen der rechtsufrigen Altstadt, folgte im Jahr 1940 der Abbruch von fünf Häusern an der Grauen Gasse und der Kögengasse und damit eine weitere Auslichtung der eng bebauten limmatnahen Zeilen, die schon seit 1929 Ziel solcher Eingriffe gewesen waren.¹⁹⁶ Ebenfalls in diesen Zonen der Altstadt wurde sehr viel später, 1956–1960, als letzte dieser Sanierungsmassnahmen der «Rosenhof» ausgebrochen, der 1965 seine heutige Gestalt erhielt.¹⁹⁷ Ausgeführt wurden die Arbeiten teilweise mithilfe von Arbeitslosen. Bei den Abbrucharbeiten an Spiegel- und Leuengasse verzichtete man mit Verweis auf das in jenen Jahren aktuell gewordene Thema der Arbeitsbeschaffung sogar auf Baumaschinen wie etwa Bagger, die damals bereits üblich waren (Abb.37).¹⁹⁸ In architektonisch-städtebaulicher Hinsicht wird an dieser grossflächigen Auskernung besonders deutlich, dass die bescheidenen, ursprünglich nur in einer schmalen Nebengasse sichtbaren Häuserfronten in ihrer neuen Funktion als Randbebauung eines Platzes vergleichsweise schmucklos erscheinen mussten (Abb.38). Dieses Phänomen galt in schwächerem Mass prinzipiell für alle Auskernungen, indem durch die Abbrüche viele Nebenfassaden und Gebäuderückseiten in eine ungleich prominentere städtebauliche Situation gerieten. An der Spiegel- und Leuengasse lag darin wohl der Grund dafür, dass die Freifläche in der Folge verschiedene Gestaltungsvorschläge auf sich zog und 1958/59 schliesslich bepflanzt wurde.¹⁹⁹

Trotz der systematischen Ausarbeitung der Planungen und ihrer teilweisen Umsetzung sollten die Auskernungen nur eine von verschiedenen Episoden in den Sanierungsprojekten für die Zürcher Altstadt bleiben. Kurz nach der Ausarbeitung des Sanierungsplans und parallel zur Umsetzung der Auskernungen Mitte der dreissiger Jahre befasste sich Konrad Hippenmeier noch mit weiteren Planungen, die zwar zunächst unrealisiert blieben, die Diskussion um die Sanierung der Altstadt aber dennoch beeinflussten. So studierte er in einer ganzen Reihe von Projekten Möglichkeiten für die sukzessive Erneuerung einzelner Baublöcke, wie sie mit dem Sanierungsplan von 1935 grundsätzlich aktuell geworden war. Während er einige dieser Studien wohl auf eigene Initiative in Angriff nahm, wurden andere offenbar durch konkrete Bauvorhaben von privater Seite angestossen; dies galt für



Abb.37: «Auskernung» Spiegel-/Leuengasse, Abbruch der «Elenden Herberge» (Leuengasse 10), 1938.



Abb.38: «Auskernung» Spiegel-/Leuengasse (1938/39), Ansicht der neu entstandenen Freifläche nach den Abbrucharbeiten, Aufnahme um 1940.

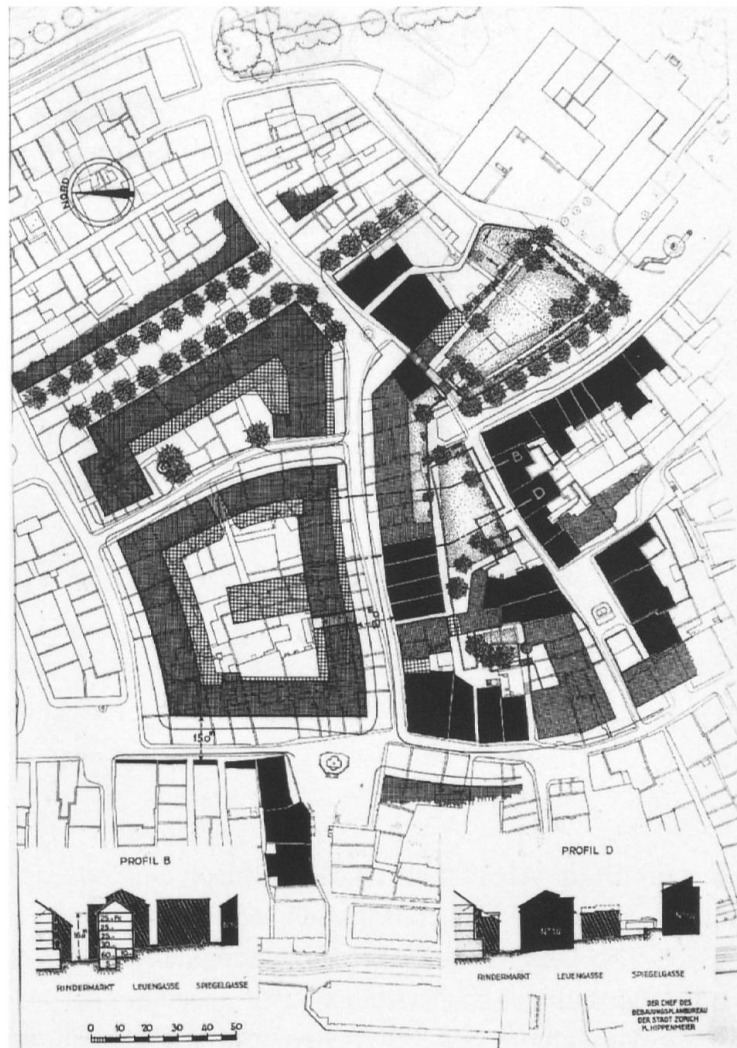


Abb.39: Konrad Hippenmeier: Überbauungsstudie für die Blöcke zu beiden Seiten des Rindermarkts, um 1937.

die wenig später realisierten und im folgenden Kapitel zu besprechenden Projekte an der Wühre (Hotel «Storchen»), am Münsterhof und an der Stüssihofstatt.²⁰⁰ Hippenmeiers Vorschläge sahen für die jeweiligen Strassengevierte nun eine weitgehende Neubebauung vor, die sich im Grundriss annähernd am Verlauf der bestehenden Strassen orientierte, um die von ihm nun geforderte «Einpassung von Neubauten in die Altstadtfluchten»²⁰¹ zu ermöglichen; die Baufluchten selbst waren aber meist deutlich zurückversetzt.

Das Prinzip zeigt sich an Studien für eine Neubebauung zu beiden Seiten des Rindermarkts, die vergleichsweise weit ausgearbeitet sind (Abb.39). Diese schlugen vor, einige wenige, auf dem Plan schwarz hervorgehobene Bauten zu erhalten, während der wesentlichste Teil des betroffenen Gebiets durch eine grossmassstäbliche Neubebauung ersetzt werden sollte. In ihrem Verlauf den bestehenden Strassen folgend, ermöglichten die Neubauten gleichzeitig eine massive Verbreiterung des Rindermarkts, dessen Baufluchten zudem stark vereinheitlicht werden sollten. In den inneren Bereichen der Baublöcke wären, wie bereits im Sanierungsplan vorgeschlagen, grosse, durchgrünte Höfe entstanden.²⁰² In ihrer Gestaltung sollten sich die Neubauten an Merkmalen orientieren,

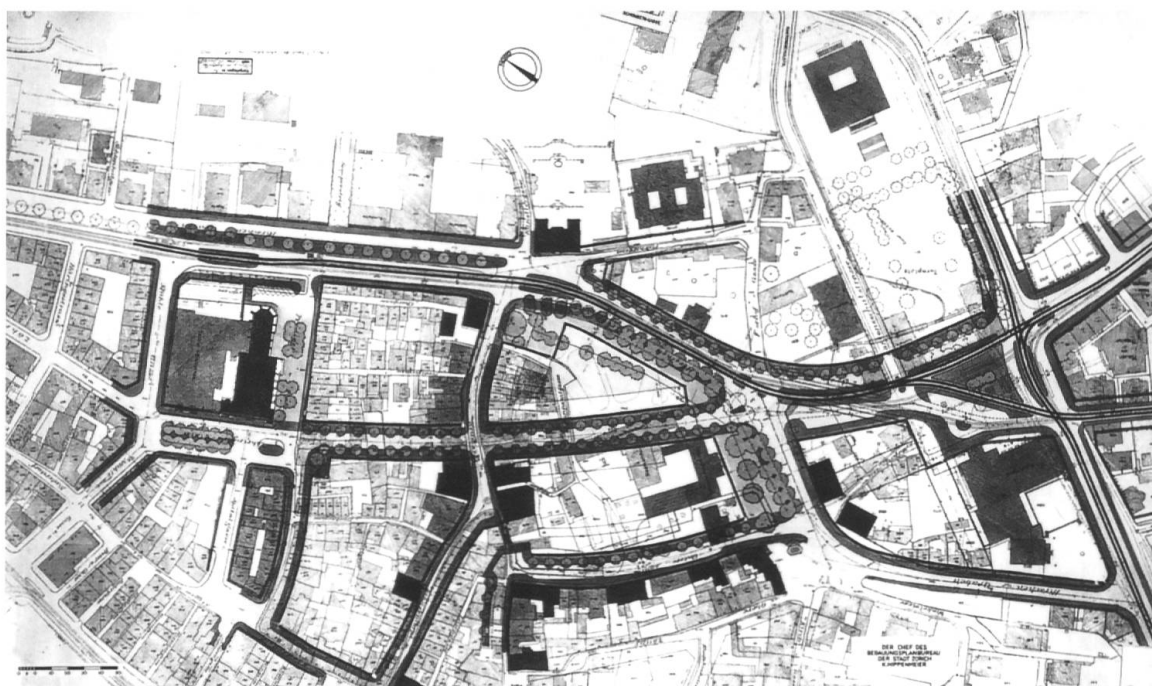


Abb.40: Konrad Hippenmeier (Bebauungsplanbüro), Projekt für den Zähringerdurchbruch, 1936.

die man für die Altstadt als charakteristisch empfand, wobei die Vorgaben sehr allgemein gefasst waren und Fragen der konkreten architektonischen Gestaltung weitgehend offenliessen. Die Durchsetzung der Gestaltungsvorgaben wollte Hippenmeier mit dem Mittel von Bauordnungen sicherstellen. Weit ausgearbeitet war der Entwurf einer Bauordnung für die Umgebung der Storchengasse, auf die noch zurückzukommen ist.²⁰³ Dass sich Hippenmeier auch mit anderen Möglichkeiten der Umsetzung befasste, zeigt ein Sanierungskonzept der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, das er in einen Bericht zur Altstadtsanierung integrierte.²⁰⁴ Ob er selbst oder gar die Stadtregierung zu diesem Zeitpunkt tatsächlich damit rechnete, dass die dort vorgeschlagenen baulichen Auflagen und Enteignungen im schweizerischen Rechtssystem umsetzbar wären, muss allerdings offenbleiben.

Neben diesen Planungen für die blockweise Erneuerung der Altstadt arbeitete Hippenmeier weiterhin an Projekten für den Zähringerdurchbruch und das untere Niederdorf, die im augenfälligen Kontrast zum Sanierungsplan von 1935 mit einem grossflächigen Abbruch der bestehenden Bebauung rechneten. Den von der Stadt immer noch propagierten Strassendurchbruch wollte Hippenmeier nun aber «unter Schonung historisch wertvoller Altbauten» ausführen, wofür er in seinem Verlauf leicht abgedreht werden sollte (Abb.40).²⁰⁵ Mit einer geschwungenen Ausbildung der Baufluchten wollte Hippenmeier die Strasse gleichzeitig dem Charakter der Altstadt anpassen. So meinte Hippenmeier, dass die «feinen geschmeidigen und abwechslungsreichen Baufluchten des Mittelalters [...] durch neue Baulinien nicht mehr zu erreichen» wären, schlug aber im selben Zusammenhang vor, «durch geschwungene Baulinien und andere Elemente den räumlichen Eindruck des Strassenraumes zu erhöhen».²⁰⁶ Dass er dabei offensichtlich an die in der deutschen Städtebaudiskussion in den Jahren nach 1900 viel diskutierten «krummen Stras-

sen» dachte, zeigen lange Ausführungen zum «Grossen Durchbruch» durch die Altstadt von Strassburg, die er in den erwähnten Bericht an den Stadtrat integrierte.²⁰⁷ Sowohl die Planungen für den Zähringerdurchbruch als auch diejenigen für das untere Niederdorf sollten rund zwei Jahre später sogar zu einem umsetzungsreifen Projekt ausgearbeitet werden (vgl. Kap.4.4).

Indem sie kaum miteinander vereinbare Vorgehensweisen und Projekte gleichzeitig verfolgten, standen die Studien des Bebauungsplanbüros bisweilen recht unvermittelt nebeneinander. Damit zeigen sie vor allem auch, dass man sich Mitte der dreissiger Jahre noch nicht definitiv für ein bestimmtes Vorgehen im Hinblick auf die Sanierung der Altstadt entschieden hatte, wenn auch alle Planungen auf jeweils unterschiedliche Art und Weise Erhaltung und Erneuerung der Altstadt verbinden wollten. Dies wird auch aus dem Bericht deutlich, in dem Hippenmeier 1937 die verschiedenen Planungen für den Stadtrat zusammenfasste und auf den noch zurückzukommen ist (Kap.4.3).²⁰⁸

4.2 Drei Ersatzneubauten in der Altstadt, 1937–1939

Zwischen 1937 und 1939 wurden an verschiedenen Stellen der Altstadt drei Neubauten realisiert, in denen sich eine neue Praxis des Umgangs mit der Altstadt abzeichnete. Mit einem neuen Eckhaus am Münsterhof und dem gegenüber dem Rathaus erbauten Hotel «Storchen» betrafen zwei dieser Projekte besonders prominente Stellen der Altstadt; ein dritter, kleinerer Neubau entstand an der Stüssihofstatt. Ausdrücklich mit dem Ziel einer Erhaltung des «Stadtbildes» errichtet, sollten sich die Ersatzneubauten mit einer traditionalistischen Architektur in den Kontext einfügen. So übernahmen sie in ihrer Volumetrie, in der Fassadengliederung und teilweise auch in den Einzelformen Gestaltungselemente, die für die Altstadt als charakteristisch empfunden wurden. Die Anlehnung an historische Bauformen war dabei sehr viel enger, als Hippenmeier dies in seinen Bauordnungsentwürfen formuliert hatte. Sowohl das Projekt für das Hotel «Storchen» als auch jenes für den Neubau am Münsterhof waren Resultat von Auseinandersetzungen, in denen die Kantonale Natur- und Heimatschutzkommission eine wesentliche Rolle spielte; ihre Forderungen genossen dabei offensichtlich den Konsens der Öffentlichkeit wie auch der Stadtverwaltung. Mit ihrer architektonischen Gestaltung begründeten die drei Anpassungsneubauten eine Form der baulichen Erneuerung, die in der Folge für die gesamte Altstadt propagiert wurde und einige Jahre später vom Büro für Altstadtsanierung systematisch auf die ganze Altstadt ausgedehnt werden sollte. Wie ein solches Vorgehen Konzepte aufgriff, die zeitgenössisch breit diskutiert wurden und in den 1930er Jahren vor allem im nationalsozialistischen Deutschland zahlreiche Umsetzungen fanden, ist unten noch im Zusammenhang darzustellen (vgl. Kap.6.4).

Mit der Kantonalen Natur- und Heimatschutzkommission trat Ende der dreissiger Jahre eine Akteurin auf, die im Zusammenhang der Altstadtsanierung bis dahin noch keine Rolle gespielt hatte. 1912 aufgrund der im selben Jahr erlassenen kantonalen Heimatschutzverordnung eingerichtet, bestand ihr Auftrag darin, zuhanden der Behörden «Gutachten über die Frage der Schutzbedürftigkeit einzelner Objekte» zu erteilen, wobei sie sich allerdings auf eine beratende Funktion beschränken musste. Die Entstehung der Kommission wie auch die gleichzeitige Verordnung sind im Zusammenhang der Forderungen nach der



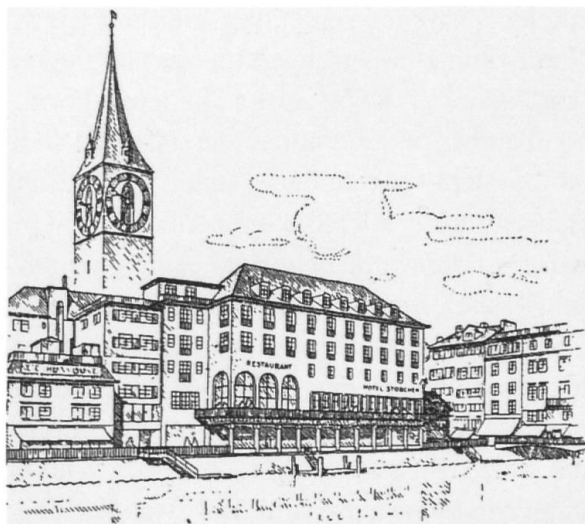
Abb. 41: Die Vorgängerbauten des Hotels zum «Storchen»: Häuser «zum Storchen» (links), «zum Licht» (Eckhaus zwischen Wühre und Weinplatz) und «zum Roten Turm» (rechts), Aufnahme kurz vor dem Abbruch 1938.

Bewahrung des traditionellen Stadt- und Landschaftsbildes zu sehen, die um 1900 vor allem von Seiten der Heimatschutzbewegung erhoben wurden.²⁰⁹ Die Verordnung war, wie viele vergleichbare Gesetzestexte in den Jahren um 1910, offensichtlich vom preussischen «Verunstaltungsgesetz» von 1907 inspiriert, das im Hinblick auf den rechtlichen Schutz von Stadt- und Landschaftsbild eine Pionierrolle einnahm.²¹⁰ Entsprechend nannte die Verordnung neben den eigentlichen Baudenkmälern – das heisst Einzelbauten von historischem oder kunsthistorischem Wert – ausdrücklich den «Schutz des Ortsbildes» als Gegenstand; auch konnten die Gemeinden seither Vorschriften erlassen, um das Ortsbild vor «Verunstaltung» zu schützen oder einzelne «Strassen, Plätze und Bauwerke von geschichtlicher oder ästhetischer Bedeutung vor Beeinträchtigung ihrer Wirkung» zu bewahren.²¹¹ Dies ist gerade im Hinblick auf die Zürcher Altstadt von Interesse, wurde die Kommission hier doch eindeutig nicht wegen einzelner Baudenkmäler tätig, sondern im Zusammenhang mit Fragen, welche das Stadtbild betrafen.



Abb.43: «Hotel zum Storchen», Weinplatz/Wühre/Storchengasse (Fassadenentwurf Moser & Kopp, Ausführung Erhard Gull, 1938/39). Blick von der Rathausbrücke auf den eben fertiggestellten Neubau.

Abb.42: Moser & Kopp, Entwurf für das «Hotel zum Storchen», Projektstand von 1938.



Von den drei Neubauten der späten dreissiger Jahre war dem Hotel «Storchen» als Bauvorhaben wohl die längste Diskussion vorausgegangen. Bis der Neubau in den Jahren 1938/39 realisiert wurde, standen auf dem späteren Bauplatz zwischen Wühre, Weinplatz und Storchengasse drei Häuser. Diese reichten teilweise bis ins Mittelalter zurück, hatten ihre äussere Erscheinung aber alle durch Umbauten des 19. Jahrhunderts erhalten, so auch das für den Neubau namensgebende Haus «zum Storchen», das in den dreissiger Jahren vor allem als «Storchenbazar» bekannt war (Abb.41).²¹² Erste Baugesuche für einen Neubau hatte die Stadt mit dem Verweis auf die fehlenden Baulinien abgelehnt. 1934 diskutierte das Baukollegium deshalb über Möglichkeiten, eine rechtliche Grundlage für das private Bauvorhaben zu schaffen. Dabei wurde eine von Konrad Hippenmeier vorgeschlagene Verbreiterung der Storchengasse von Gustav Gull, Stadtbaumeister Hermann Herter und Stadtpräsident Emil Klöti als zu starker Eingriff in «alte, schutzwürdige Stadtquartiere» abgelehnt. Gleichzeitig forderte gerade Hippenmeier, den Neubau durch seine Gestaltung in die bestehende Situation einzupassen: «Zur Wahrung des schutzwürdigen Stadtbildes des in Frage stehenden Gebietes und zur Erzielung eines guten Anschlusses von Neubauten an die alten Häusergruppen empfiehlt sich der Erlass einer Bauordnung.»²¹³ In den darauffolgenden Jahren arbeitete das Bebauungsplanbüro denn auch eine solche aus. Auch wenn sie nie in Kraft gesetzt wurde, weil der Neubau schliesslich aufgrund einer Vereinbarung zwischen Stadt und Bauherrschaft realisiert wurde, zeigt sie, welche Anforderungen ein Neubau an dieser markanten Stelle der Altstadt erfüllen sollte. So regelten die Bestimmungen vor allem Traufhöhe und Dachgestaltung und formulierten ästhetische wie städtebauliche Bedingungen für die Erteilung einer Baubewilligung; darüber hinaus bestimmte der Text etwa, dass der öffentliche Durchgang am Limmatufer «zur Wahrung der bestehenden Silhouette» mit einer «Arkade» überbaut werden sollte, wie dies bereits beim alten Haus «zum Storchen» der Fall war.²¹⁴

1937 lag ein Neubauprojekt vor, das die Forderungen der Stadt erfüllte und nach dem die beiden flussseitig gelegenen Bauten durch ein Appartementhaus ersetzt werden sollten (Abb.42). Wie schon das zuvor abgelehnte erste Projekt war es von den Architekten Hans Wilhelm Moser und Max Kopp erarbeitet worden, die damals ein gemeinsames Büro führten und 1932 etwa einen purifizierenden Umbau der Fraumünsterpost realisiert hatten. Kopp, der wenig später als Architekt des «Dörfli» an der Landesausstellung von 1939 bekannt wurde, sollte im Zusammenhang der Altstadtsanierung noch mehrfach eine Rolle spielen.²¹⁵ Wegen seiner exponierten Lage wurde das Neubauprojekt von der Kantonalen Natur- und Heimatschutzkommission begutachtet, welche die Fassadengestaltung in der von Moser & Kopp ausgearbeiteten Form genehmigte.²¹⁶ Zumal auch die Stadt einen Neubau begrüsst, wurden der «sowohl städtebaulich interessanten als auch im Hinblick auf die damit verbundene Arbeitsbeschaffung erwünschten Umgestaltung» umfangreiche Beiträge aus den Krediten für Altstadtsanierung und für Arbeitsbeschaffung zugesichert.²¹⁷ Kurz vor dem geplanten Baubeginn ging das Grundstück allerdings an eine neue Bauherrschaft über, die nach Plänen des Architekten Erhard Gull – Sohn des bekannten Gustav Gull – einen Hotelbau erstellen wollte. Dabei bedeutete es aus der Sicht der Stadtverwaltung einen Vorteil, dass das neue Projekt das zuvor unverkäufliche Haus an der Ecke Weinplatz/Storchengasse mit einbezog, wodurch die von der Stadt gewünschte Verbreiterung der Storchengasse möglich wurde.²¹⁸ Die von Gull vorgeschlagene Fassadengestaltung hingegen stiess auf Kritik. Der Architekt Werner Pfister, der Mitglied sowohl des Baukol-

legiums als auch der Heimatschutzkommission war, bemühte sich darauf um Vermittlung zwischen den beteiligten Architekten, womit er erreichte, dass Gull die von Moser & Kopp entworfene und von der Heimatschutzkommission genehmigte Fassade für seinen Neubau übernahm.²¹⁹

Entsprechend diesen Vorgaben wurde der Neubau (Abb.43) in den Jahren 1938/39 realisiert, wobei man die Arbeiten im Hinblick auf die Landesausstellung von 1939 stark beschleunigte.²²⁰ Während das Hotel in seiner Architektur Anspielungen an traditionelle Bauformen zeigt, handelt es sich konstruktiv um einen Betonskelettbau, der über damals modernste technische Einrichtungen verfügte.²²¹ Durch die Gestaltung von Fassaden und Dachabschluss zerfällt der massiv wirkende Baukörper optisch in zwei Teile, wobei der parallel zur Limmat gestellte Gebäudetrakt durch das hohe, unten leicht ausgestellte Walmdach und die reiche Fassadengliederung als Hauptbaukörper erscheint. Eher unvermittelt schliesst an der gegen den Weinplatz gewandten Nordseite der einfacher gehaltene, im Projekt von Moser & Kopp noch nicht vorgesehene Trakt gegen die Storchengasse an. Das grosse Volumen des Baus wird durch die Integration des sechsten Obergeschosses ins Dach wie auch durch die Fassadengliederung etwas kaschiert und schliesst damit optisch an die Kubatur der Vorgängerbauten an. Die zur Limmat gewandte, breite Schauseite fällt durch ihre asymmetrische Gliederung mit drei grossen, rundbogigen Fensteröffnungen auf; ein Rücksprung in der Fassadenflucht spielt dabei ebenso über ihre grosse Breitenausdehnung und regelmässige Achsenteilung hinweg wie das auffällig platzierte Fallrohr. In Dach- und Fensterformen oder mit den Säulen der Laube im Erdgeschoss orientiert sich der Bau an formal reduzierten Heimatstilmotiven.

Mit einem Neubau am Münsterhof wurde in denselben Jahren ein weiteres privates Bauvorhaben an einer prominenten Stelle der Altstadt verfolgt, das zudem Anlass für eine breit wahrgenommene öffentliche Debatte war. Nach Plänen der Architekten Ernst und Bruno Witschi war hier ein neues Bürogebäude geplant; dieses sollte zwei bestehende Häuser ersetzen, die als Kopfbauten gleich gegenüber der Westfassade des Fraumünsters die Südwestecke des unregelmässig geformten Platzes markierten (Abb.44, 45). Mit dem Projekt, das Resultat einer Vereinbarung zwischen der Stadt und der privaten Bauherrschaft war, sollte gleichzeitig eine Verbreiterung der hier in den Münsterhof einmündenden Poststrasse umgesetzt werden, wofür die Bauflucht an der die Einmündung flankierenden Stelle etwas zurückgenommen und das Trottoir in eine Laube verlegt werden sollte. Die Stadt stellte zu diesem Zweck das Eckhaus zur Verfügung, das mit Blick auf die geplante Verbreiterung schon lange zuvor aufgekauft worden war. Im Gegenzug sicherten sich die Behörden Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung des Neubaus, dessen Bauherrschaft im Besitz des zweiten Hauses der Zeile war.²²²

Als das Bauvorhaben nach der Zustimmung des Gemeinderats Ende 1937 bekannt wurde, erhob sich in der Öffentlichkeit Protest gegen die befürchtete Zerstörung des Münsterhofs. Der Landesring der Unabhängigen ergriff das Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss, was man damit begründete, «dass die Umgestaltung unseres Münsterhofes eine Angelegenheit ist, die *jeden* Zürcher etwas angeht».²²³ Nur zwei Tage nach dieser Ankündigung erhielten die Architekten Ernst und Bruno Witschi Gelegenheit, ihr Projekt in der *Neuen Zürcher Zeitung* zu verteidigen, wozu die Zeitung unter anderem eine Perspektive des geplanten Neubaus veröffentlichte (vgl. Abb.45).²²⁴ In der Folge beschäftigten sich der Stadtrat und die Kantonale Natur- und Heimatschutzkommission



Abb.44: Der Münsterhof, links die Häuser Münsterhof 3/4, abgebrochen 1938 für den Bau des Hauses «zum Münstereck», Aufnahme 1919.



Abb.45: Ernst und Bruno Witschi, Geschäftshaus am Münsterhof, erstes Projekt, 1937.

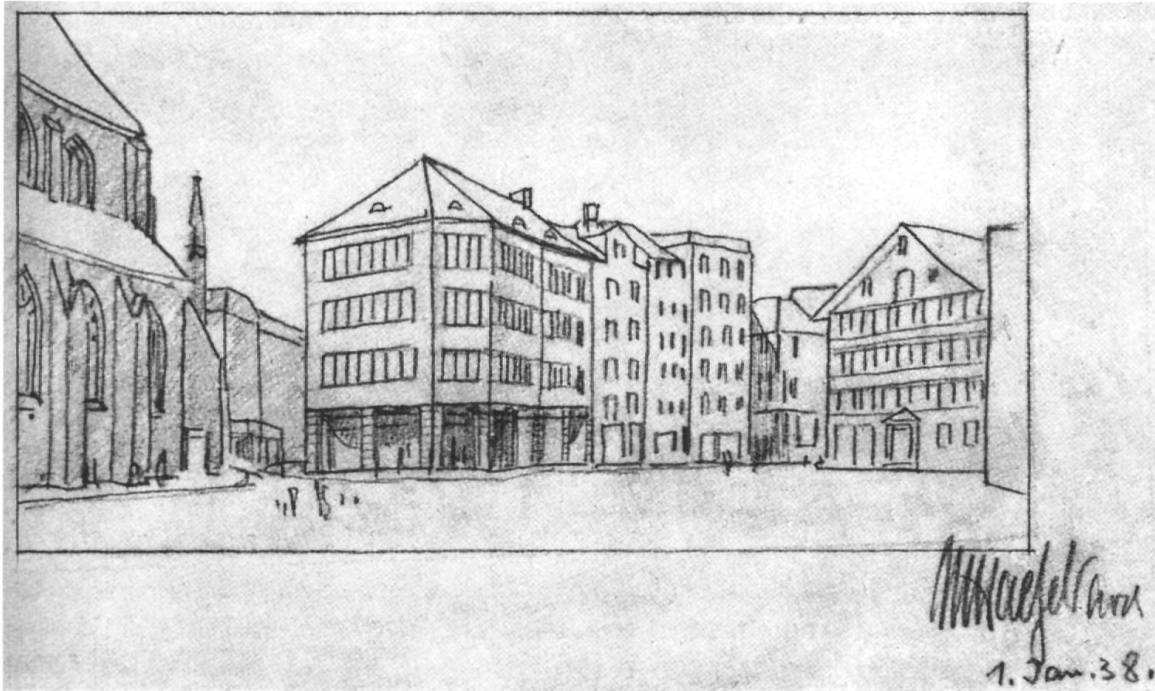


Abb.46: Max Haefeli (sen.), Abänderungsvorschlag für den von Ernst und Bruno Witschi am Münsterhof geplanten Neubau, 1938.



Abb.47: Münsterhof 4, Haus «zum Münstereck» (Ernst und Bruno Witschi, 1938). Blick vom Münsterhof auf den Neubau, Aufnahme kurz nach dessen Fertigstellung.

mit dem Bauprojekt, und schliesslich fand die Debatte sogar ein Echo in der Vereinszeitschrift des Heimatschutzes und in der *Schweizerischen Bauzeitung*, deren Redaktion meinte, dass diese «stadtbaukünstlerische Frage [...] über ihre lokale Bedeutung hinaus auch die Aufmerksamkeit der weitem Fachkreise» verdiene.²²⁵

Umstritten waren nicht etwa die grundsätzlichen Fragen nach dem Wert des Platzes oder der zum Abbruch bestimmten Bauten, sondern vielmehr die Gestaltung des geplanten Neubaus. So äusserten sich die Kritiker des Neubaus wie auch dessen Architekten mit ähnlichen Argumenten über die Schutzwürdigkeit des Platzes, wobei sich beide Seiten in ihrem Wunsch einig waren, das Gesamtbild des Platzes zu erhalten. Die Gegner sahen allerdings durch den Neubau die «schöne Geschlossenheit» des Platzes gefährdet und fürchteten, dass durch die Strassenverbreiterung «der Blick auf die hässlichen Gebäude jenseits der Poststrasse» – das heisst auf den spätklassizistischen «Zentralhof» – geöffnet werde. Gleichzeitig schmälere der Ersatz zweier bestehender Häuser durch einen einzigen Neubau die Verschiedenartigkeit und Vielfalt von Bauformen, einen «Hauptreiz alter Plätze», und die Weite des Platzes werde in ihrer Wirkung durch den grösseren Massstab des Neubaus vermindert. Als besonders schützenswert sah man den Münsterhof deshalb, weil es sich um den letzten grösseren Platz Zürichs handle, «der einigermaßen ein geschlossenes historisches Aussehen bewahrt hat». Schliesslich stellten die Gegner den verkehrstechnischen Nutzen einer Verbreiterung in Frage und argumentierten, in der Vergangenheit seien bereits zu viele historische Bauten dem Verkehr geopfert worden.²²⁶ Nicht viel anders als ihre Kritiker sahen auch die Architekten den Münsterhof durch «eine malerisch-unregelmässige Form und eine eigentümlich verdeckte Einmündung der Gassen» charakterisiert, bezeichneten es aber als ihre Absicht, mit dem Neubau «die *geschlossene Platzform* und das Platzvolumen im wesentlichen zu erhalten».²²⁷

Ebenso einmütig, wie die Diskussionsteilnehmer die Erhaltung des Platzes in seinem Gesamtbild und in seiner Eigenart forderten, betrachteten sie die einzelnen Häuser als ersetzbar. Die Architekten machten in dieser Hinsicht einen Unterschied zwischen den «Bauten von zum Teil recht anfechtbarer Qualität», die den Münsterhof säumten, und dem «eigentümlichen Reiz», den die Platzwand als Ganzes ausübe.²²⁸ Dieser Auffassung pflichtete die Heimatschutzkommission bei, wenn sie meinte, dass nicht etwa die Substanz der «Platzwände» erhaltenswert sei: «Für sich allein gesehen sind wenige dieser Bauten schutzwürdig. Unstreitig ist aber das *Bild* schutzwürdig, das sie *in ihrer Gesamtheit und der Münsterhof als Ganzes* bieten.»²²⁹ Auch für die *Bauzeitung* ging es um den Ersatz «architektonisch belangloser alter Häuser, die aber als Bestandteile der Platzwand des Münsterhofes umso wichtiger sind, als dieser Platz eines der markantesten Gebilde der Zürcher Altstadt ist».²³⁰

Im Zentrum der Auseinandersetzung stand damit die Frage, wie sich der geplante Neubau in den Kontext des Platzes einfüge. So fand die Zeitschrift des Heimatschutzes, der Entwurf von Ernst und Bruno Witschi sei zwar «nicht übel, aber doch etwas zu korrekt und rechtwinklig herausgekommen, so dass er sich nicht ganz in dieses Stück Alt-Zürich einfügen will».²³¹ Auch der Berichterstatte der *Bauzeitung* forderte eine stärkere Bezugnahme auf den Kontext, wenn er zuerst den Münsterhof in seiner Gestalt charakterisierte, um anschliessend zu folgern: «Das ist die bauliche Atmosphäre, in die der Neubau sich unbedingt und möglichst lautlos einzufügen hat.»²³² Die Kantonale Natur- und Heimatschutzkommission beschränkte sich nicht darauf, zum diskutierten Projekt Stellung zu nehmen.

In einem Gutachten, das hauptsächlich von den Architekten Robert Rittmeyer, Werner Pfister und Albert Kölla verfasst war, wurden darüber hinaus allgemeinere Gesichtspunkte im Hinblick auf künftige Neubauten am Münsterhof formuliert.²³³ So sollte eine spezielle Bauordnung ausgearbeitet werden, «durch die das überlieferte Bild des Platzes gewahrt würde»; auch forderte die Kommission, Baulinien in Übereinstimmung mit den bestehenden Baufluchten festzusetzen.²³⁴ In Bezug auf den geplanten Neubau wurden mehrere Änderungen verlangt, wobei eine Skizze von Max Haefeli (sen.) die gewünschte Lösung veranschaulichte (Abb. 46).²³⁵ So waren die Gebäudefronten gegen Münsterhof und Fraumünster im Grundriss entsprechend den bestehenden Baufluchten zu brechen, die Fassade entlang der Poststrasse hingegen gerade auszubilden. Im Hinblick auf die Fassadengestaltung wurde gefordert, die Obergeschosse zu verputzen, den Fenstern eine «Haustein-Einfassung» zu geben und die Pfeiler der «Arkade» im Erdgeschoss massiver auszubilden; auch sollte auf den im ursprünglichen Entwurf vorgesehenen figürlichen Bauschmuck verzichtet werden, wenn es ganz allgemein hiess: «Neue Bauten am Münsterhofe sollen nirgends durch auffällige Dekorationen den Blick auf sich lenken.»²³⁶

Die Architekten übernahmen in der Folge die Änderungsvorschläge der Heimatschutzkommission in ihr Projekt. Um dessen Realisierung zu ermöglichen, wurde der bereits gefasste Gemeinderatsbeschluss zurückgezogen, wodurch auch das Referendum hinfällig war.²³⁷ Der noch im selben Jahr, 1938, errichtete Neubau (Abb. 47) schliesst sich in Kubatur, Fassadengliederung und Materialien der bestehenden Bebauung an; in den Details hält er sich an eine traditionalistische Architektur, ohne aber näher umrissene historische Bauformen zu zitieren. Über unregelmässigem, mehrfach abgeknicktem Grundriss in Anlehnung an die Fluchtlinien der beiden Vorgängerbauten erhebt sich der viergeschossige, massiv wirkende Baukörper unter hohem, unten leicht ausgestelltem Walmdach. Durch seine Lage schliesst er die Einmündung der Fraumünsterstrasse in die Poststrasse gegen den Platz hin optisch ab. Die Obergeschosse sind hell verputzt und tragen dicht gereihte, regelmässig gesetzte Einzelfenster, deren betont einfach gehaltene Hausteineinfassungen sich farblich nur leicht von den Putzfassaden absetzen. An der zum Münsterhof gerichteten Platzfront markiert ein Fallrohr die Stelle, an der die Fassade fast unmerklich abgeknickt ist; das an der rechten Gebäudekante platzierte Treppenhaus zeigt eine in der Höhe versetzte Befensterung, die optisch den Anschluss an die Geschossteilung des Nachbarhauses sucht. Das Erdgeschoss zeigt gegen Münsterhof und Poststrasse grosse Schaufensterflächen zwischen fassadenbündigen Sandsteinpfeilern; an der Kopfseite gegen das Fraumünster nimmt die vorgeschriebene Laube das Trottoir auf.²³⁸

Als dritter Ersatzneubau entstand in den Jahren 1938/39 das Haus «zum Königstuhl» an der Stüssihofstatt. Dem durch den Architekten Alfred Nüsseler für die Zunft zur Schneidern als Zunfthaus realisierten Neubau waren mehrere Projekte vorausgegangen, doch kam es hier nicht zu einer längeren Auseinandersetzung über die Frage des Umgangs mit der Altstadt. So war der Bau nicht nur weniger prominent gelegen; auch entsprach es offenbar dem ausdrücklichen Wunsch der Zunft, den Neubau in historisierenden Formen zu gestalten. Weil das Projekt aus der Sicht der Stadt im Interesse der Altstadtsanierung lag, wurde es durch einen Beitrag aus dem entsprechenden Kredit unterstützt.²³⁹ Dass sich ein solches Vorgehen auch in Bezug auf kleinere Bauprojekte allmählich etablierte, zeigt sich daran, dass der Stadtrat in denselben Jahren etwa über eine Unterstützung für ein Projekt an der Spiegelgasse diskutierte.²⁴⁰ In architektonischer Hinsicht bildete das neue Haus



Abb.48: Stüssihofstatt 3, Haus «zum Königstuhl» (abgebr. 1938).



Abb.49: Stüssihofstatt 3, Haus «zum Königstuhl» (Architekt Alfred Nüsseler, 1938/39). Der Neubau mit dem vom Vorgängerbau übernommenen spätgotischen Erker, Aufnahme 1939.

«zum Königstuhl» – zumindest an der Fassade gegen die Stüssihofstatt – eine eigentliche Rekonstruktion des Vorgängerbaus; dessen Unregelmässigkeiten wurden allerdings durch eine sehr viel homogenere historisierende Neugestaltung ersetzt. Beim Vorgängerbau handelte es sich um ein 1357 erstmals erwähntes und seit dem 17. Jahrhundert unter dem Namen «zum Königstuhl» bekanntes Haus, das mit seiner Vielfalt von Fensterformen in unregelmässiger Anordnung durch zahlreiche im Lauf der Jahrhunderte vorgenommene Umbauten geprägt war (Abb.48). Von diesem übernahm der Neubau die leicht geknickte Bauflucht gegen die Stüssihofstatt; die Fensteröffnungen wurden hingegen mit gotisierenden Gewänden stark vereinheitlicht (Abb.49). Im zweiten Obergeschoss fand an ähnlicher Stelle der restaurierte spätgotische Erker des Vorgängerbaus samt sandsteinerne Konsolfigur wieder Platz; links davon weist eine Inschrift darauf hin, dass einst Bürgermeister Rudolf Stüssi «hier» gewohnt habe. Dass das Haus an seiner Rückseite in deutlichem Kontrast zur Platzfront in Formen des Neuen Bauens gestaltet wurde, zeigt, wie stark beim Neubau der Wunsch nach einer Bewahrung des Platzbildes im Vordergrund stand.

4.3 Die Formulierung einer neuen Sanierungspraxis durch die Stadtverwaltung, 1937/38

Parallel zu den an verschiedenen Stellen der Altstadt errichteten Ersatzneubauten und beinahe zur gleichen Zeit wie die Debatten um den Neubau am Münsterhof intensivierte sich in der Stadtverwaltung die Beschäftigung mit der Altstadtsanierung, womit das Thema im Winter 1937/38 entscheidend an Aktualität gewann. Waren die drei Ersatzneubauten noch mehr oder weniger unabhängig voneinander entstanden, zog der Stadtrat nun auswärtige Fachleute bei, um Fragen des Umgangs mit der Altstadt auf einer allgemeineren Ebene zu diskutieren. Resultat der Beratungen war ein Forderungskatalog, welcher die sukzessive Erneuerung der Altstadt durch architektonisch «angepasste» Neubauten zur Grundlage für weitere Sanierungskampagnen bestimmte und damit das bei den Ersatzneubauten verfolgte Vorgehen zur offiziellen Position der Stadt machte.

Aufmerksamkeit für das Thema dokumentiert einmal der Bericht, den Konrad Hippenmeier Ende 1937 einer Reihe von Stadträten vorlegte. Unter diesen war nicht nur sein eigener Vorgesetzter, Stadtrat Erwin Stirnemann, sondern auch Stadtpräsident Emil Klöti sowie die Vorsteher von Gesundheits- und Finanzamt. Der Vorsteher des mit dem Hochbau befassten Bauamtes II – zu diesem Zeitpunkt Joachim Hefti, der wie Stirnemann der FDP angehörte – war hingegen nicht beteiligt, was auf Hippenmeiers zwanzigjährigen Konflikt mit seinem Kontrahenten Hermann Herter zurückzuführen sein mag (vgl. Kap.3.1).²⁴¹ Indem der Bericht in mehreren, bisweilen wenig schlüssig aufeinanderfolgenden Abschnitten die bisherigen Anstrengungen zusammenfasste, propagierte er das in den Jahren zuvor vom Bebauungsplanbüro verfolgte Vorgehen (vgl. Kap.4.1). Zugleich dokumentiert er, dass die verschiedenen bis dahin verfolgten Projekte in der Stadtverwaltung spätestens zu diesem Zeitpunkt als ein zusammengehörendes Thema unter dem Titel der Altstadtsanierung verstanden wurden.

Mit Verweis auf die Fragen, die Hippenmeier aufgeworfen hatte, lud Stadtrat Erwin Stirnemann eine Reihe externer Fachleute ein, die sich im Februar 1938 zusammen mit Vertretern der Stadtverwaltung zu einer Besprechung über denkmalpflegerische und städtebaulich-architektonische Fragen der Altstadtsanierung trafen.²⁴² Ein Zusammenhang mit den praktisch gleichzeitigen Diskussionen um das Hotel «Storchen» und den Neubau am Münsterhof war schon dadurch gegeben, dass der dort involvierte Werner Pfister auch hier wieder beteiligt war. Unter den Teilnehmern waren ausserdem die Architekten Hermann Fietz (jun.), Johann Albert Freytag und Kantonsbaumeister Heinrich Peter, dann Ernst Fiechter, der als ehemaliger Landeskonservator von Württemberg als Fachmann auf dem Gebiet der Denkmalpflege gelten konnte und seit 1938 an der ETH unterrichtete. Schliesslich gehörten vier bildende Künstler sowie der Staatsarchivar und der Obergerichtspräsident zur Gruppe.²⁴³ Die Tragweite des Anlasses wird daraus deutlich, dass Hippenmeier mit Josef Zemp und Linus Birchler zudem die beiden Hauptvertreter der damaligen schweizerischen Denkmalpflege und mit Peter Meyer den wohl bekanntesten schweizerischen Architekturkritiker beiziehen wollte; alle drei waren dann allerdings – aus heute unbekannten Gründen – nicht beteiligt.²⁴⁴ Auch setzte Hippenmeier nun Stadtbaumeister Herter auf die Liste der einzuladenden Fachleute.²⁴⁵

Konkretes Resultat der Gespräche war die Verabschiedung allgemeiner Forderungen im Hinblick auf den Umgang mit der Altstadt. Diese wurden nicht nur von Konrad Hip-

penmeier in eine aktualisierte Version seines Berichts übernommen, die im Juni 1938 an sämtliche Stadträte verteilt wurde.²⁴⁶ Auch die Stadtregierung sah sich offenbar mit dem Forderungskatalog einig, wenn sie diesen im Oktober desselben Jahrs in einen Bericht übernahm, der eine Interpellation aus dem Gemeinderat beantwortete.²⁴⁷ Hier hiess es nun: «Der Erhaltung der zürcherischen Altstadt muss von den Behörden vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden. [...] Es kommt nicht nur der Schutz einzelner erhaltenswerter Gebäude in Betracht. Ebenso wichtig ist der Schutz ganzer Strassen- und Platzbilder, wobei in erster Linie auf die Erhaltung günstiger massstäblicher Verhältnisse zu achten ist. [...] Der Schutz des Stadtbildes darf aber nicht in der starren Erhaltung der vorhandenen Bauten bestehen. Von einzelnen, besonders erhaltenswerten Gebäuden abgesehen, soll eine zweckmässige Erneuerung der Bebauung zugelassen werden, sofern sie sich in das bestehende Stadtbild gut einfügt. Die Erneuerung der Altstadt hat sich der zürcherischen Tradition grosser Schlichtheit und Nüchternheit anzupassen, weshalb der äussere Schmuck ihrer Bebauung nicht übertrieben werden darf.»²⁴⁸

Mit der Forderung nach einer Erneuerung unter «Erhaltung günstiger massstäblicher Verhältnisse» wurden Positionen und Themen bekräftigt, welche mittlerweile schon fast als Gemeingut gelten konnten. Wenn nun aber deutlich spezifischere Vorgaben für die architektonische Gestaltung der Neubebauung formuliert wurden, kann man dies direkt mit den gleichzeitig realisierten Neubauten in Beziehung setzen. So bildete die Forderung, Neubauten durch ihre Gestaltung «in das bestehende Stadtbild» einzufügen, letztlich eine Verallgemeinerung der dort formulierten Kriterien. Wenn für die Gestaltung der Neubauten schliesslich «Schlichtheit und Nüchternheit» gefordert wurde, so wurde zudem fast wörtlich das kurz zuvor entstandene Gutachten der Heimatschutzkommission zum Münsterhof zitiert.

Wollte man eine schrittweise bauliche Erneuerung der Altstadt fördern und gleichzeitig sicherstellen, dass die Neubauten bestimmte Gestaltungsvorgaben berücksichtigten, war die private Bautätigkeit in die entsprechenden Bahnen zu lenken. Im Forderungskatalog vom Februar 1938 wurden in dieser Hinsicht drei Punkte aufgezählt: die «Aufstellung eines Inventars der schutzwürdigen Objekte», der «Schutz einzelner Strassen- und Platzbilder durch Spezialbauordnungen» sowie die Einrichtung «eines besonderen Organes in der Verwaltung, das sich diesen Aufgaben widmet».²⁴⁹ Mit der Forderung nach einem Inventar zeigt sich hier erstmals die Absicht, die bestehenden Altstadt Häuser schon im Vorfeld allfälliger Bauprojekte systematisch aufzunehmen und nach Erhaltungswürdigkeit zu bewerten; ein entsprechendes Instrument sah man offenbar in den *Kunstdenkmäler*-Bänden, auf deren kurz bevorstehenden Abschluss der Stadtrat in diesem Zusammenhang verwies.²⁵⁰ Betraf das Inventar die als erhaltenswert empfundenen Einzelbauten, sollten Spezialbauordnungen sicherstellen, dass Neubauten «Bauhöhen, Dachformen, Baumaterialien, Ausschmückung der Bauten, massstäbliche Verhältnisse u. s. w.» respektierten und sich damit in gewünschter Weise in die Altstadt einfügten.²⁵¹

Mit den Anfang 1938 formulierten Prinzipien wurde die sukzessive Erneuerung der Altstadt durch traditionalistisch gestaltete Ersatzneubauten in gewissem Sinn zur offiziellen Position der Stadt. Dies bedeutete aber keineswegs, dass man den bis dahin verfolgten Zielen einer hygienischen Sanierung nun keine Bedeutung mehr zugemessen hätte; vielmehr bestand das Ziel in einer Verbindung von Erneuerung und Erhaltung. Dies wird sich an den Debatten und Projekten der darauffolgenden Jahre zeigen. Unmittelbar flossen

solche Positionen wenig später in eine Bauordnung mit ein, die das Bebauungsplanbüro für Teile der rechtsufrigen Altstadt bearbeitete und die im Folgenden darzustellen ist. Von grösserer Bedeutung waren sie aber wohl auf längere Sicht. So sollte das am Münsterhof, beim Neubau des Hotels «Storchen» und an der Stüssihofstatt verfolgte, nun zum Massstab für die gesamte Altstadt erhobene Vorgehen einige Jahre später in den Sanierungskampagnen des Büros für Altstadtsanierung unter Stadtbaumeister Albert Heinrich Steiner eine breite Umsetzung finden.

4.4 Die «Bauordnung für die Altstadt» von 1940 und das letzte Projekt für den Zähringerdurchbruch

Parallel zur Diskussion um die Ersatzneubauten wurden gegen Ende der dreissiger Jahre auch die Bemühungen verstärkt, mit dem Zähringerdurchbruch und der Sanierung des unteren Niederdorfs die beiden seit mehr als zwei Jahrzehnten diskutierten Vorhaben der Umsetzung näher zu bringen. Wie schon einige Jahre zuvor wurden die Planungen wesentlich von Konrad Hippenmeier bearbeitet und in den Sitzungen des Baukollegiums besprochen; auch beteiligten sich Mitglieder des Baukollegiums, nun Werner Pfister und Otto Rudolf Salvisberg, nochmals mit eigenen Vorschlägen an der Diskussion. Die Projekte bildeten den Ausgangspunkt für die Erarbeitung von Bauvorschriften für die gesamte nördliche Hälfte der rechtsufrigen Altstadt, die 1940 vom Gemeinderat genehmigt wurden. Erst der nochmalige Einspruch des Kantons gegen den Zähringerdurchbruch im Jahr 1942 hatte zur Folge, dass die Stadt das vor allem von Stadtpräsident Emil Klöti immer noch geforderte Vorhaben aufgab. Die übrigen Bestandteile der Bauordnung hingegen konnten sich, obwohl theoretisch rechtskräftig, vor allem deshalb nicht unmittelbar auf das Baugeschehen in der Altstadt auswirken, weil die Bautätigkeit in den ersten Kriegsjahren deutlich einbrach. Gleichzeitig handelte es sich für lange Zeit um die einzige in Kraft gesetzte Bauordnung auf dem Gebiet der Altstadt, während dieses Instrument sonst zwar oft diskutiert, aber noch bis zum Erlass der Bauordnung von 1962 (vgl. Kap. 7.2) kaum je angewandt wurde.

Im Oktober 1938 diskutierte das Baukollegium wieder einmal über die Planungen für das untere Niederdorf und den Zähringerdurchbruch. Dabei hatte nicht nur Konrad Hippenmeier ein gänzlich neues Projekt für das untere Niederdorf erarbeitet; es lagen auch zwei Varianten von Werner Pfister und Otto Rudolf Salvisberg vor. Letzterer war nach dem Tod von Karl Moser im Jahr 1936 in das Gremium berufen worden und hatte wie Moser Fragen der Altstadtsanierung durch seine Studenten an der ETH in Diplomarbeiten bearbeiten lassen. Nachdem Stadtrat Erwin Stirnemann als Leiter der Sitzung beschlossen hatte, auf Hippenmeiers Vorschlag gar nicht erst einzutreten, tendierte die Diskussion hin zu dem von Pfister ausgearbeiteten Projekt.²⁵² Nur wenige Tage nach der Sitzung des Baukollegiums fand eine weitere Besprechung über die Projekte von Pfister und Salvisberg statt, zu der die Stadt die Berufsverbände der Architekten einlud, das heisst Vertreter des Zürcher Ingenieur- und Architektenvereins (ZIA) sowie der Ortsgruppe des BSA.²⁵³

Salvisberg und Hippenmeier hatten für die Sanierung des Niederdorfs nochmals Lösungen vorgeschlagen, die sich sehr weitgehend von der bisherigen Stadtstruktur unter-

schieden und daher nur schon wegen der bestehenden Besitzverhältnisse wenig Aussicht auf Realisierung hatten. So setzte sich Hippenmeier für den bis dahin noch nie diskutierten Vorschlag ein, den Limmatquai zwischen Mühlegasse und Leonhardplatz (Central) aufzuheben, die Flussufer zu bebauen und stattdessen die Niederdorfstrasse wesentlich zu verbreitern.²⁵⁴ Salvisberg hingegen sah in seiner Studie einen durchgehenden Gebäuderiegel zwischen Niederdorfstrasse und Limmatquai vor, dessen Flussfront durch vorspringende Bautrakte eine regelmässige Vertikalgliederung erhalten sollte. Während der Massstab der Neubebauung den Projekten der frühen dreissiger Jahre ähnelte, zeigten seine Skizzen und Planzeichnungen eine deutlich traditionalistischere Architektur, als sie einige Jahre zuvor Karl Moser vorgeschlagen hatte (Abb. 50).²⁵⁵ Im Unterschied zu Salvisberg und Hippenmeier wollte Pfister eine sukzessive Erneuerung der Bebauung ermöglichen und gewisse formale Eigenheiten der bestehenden Bebauung aufnehmen (Abb. 51).²⁵⁶ Das Projekt hielt sich annähernd an den Verlauf der bisherigen Strassen, nahm aber den schon 1931 diskutierten Vorschlag auf, die Niederdorfstrasse kurz vor dem Leonhardplatz abzuwinkeln und in den Limmatquai münden zu lassen (vgl. Kap. 3.5). Die Erneuerung der Bebauung zwischen der Niederdorfstrasse und dem Limmatquai wollte Pfister den einzelnen Hausbesitzern überlassen, wofür er neben der Durchführbarkeit auch ästhetische Gründe anführte, wie sie in den Jahren zuvor schon vielfach diskutiert worden waren: Indem für eine parzellenweise Erneuerung bestimmte Gestaltungsvorgaben formuliert, nicht aber die Neubauprojekte im Einzelnen bestimmt werden sollten, hoffte Pfister eine Vielfalt von Architekturformen und damit die Gesamtwirkung des Limmatquais zu bewahren, die nach seiner Meinung «auf der malerischen, nicht auf der monumentalen Gestaltung» beruhte.²⁵⁷ Wie seine Skizze einer möglichen Neubebauung zeigt, war damit nur gerade eine durchgehende Vertikalgliederung der Flussfront gemeint, die allerdings unregelmässiger und kleinmassstäblicher ausfallen sollte als bei Salvisberg.²⁵⁸

Auch in der Frage des Zähringerdurchbruchs bestanden gegensätzliche Auffassungen, allerdings weniger im Baukollegium als vielmehr innerhalb der Stadtverwaltung. Konrad Hippenmeier hatte seit Mitte der dreissiger Jahre die Notwendigkeit des Vorhabens in Zweifel gezogen. Zwar wollte er auf den Strassendurchbruch nicht ganz verzichten, ihn aber nur vom Zähringerplatz bis zum Neumarkt führen, eine Idee, welche das Baukollegium schon 1936 verworfen hatte.²⁵⁹ In den darauffolgenden Jahren bemühte er sich nach eigener Aussage erfolglos, «den Stadtrat zu einer Änderung seines Standpunktes zu veranlassen».²⁶⁰ Dieser nahm aber seinerseits Einfluss darauf, dass das Projekt nicht aufgegeben wurde.²⁶¹ Als sich im Baukollegium die Meinung breit machte, es wäre besser, auf den Strassendurchbruch zu verzichten, äusserte Stadtrat Stirnemann ein gewisses Verständnis für solche Zweifel, machte aber deutlich, dass es sich um ein unverrückbares politisches Ziel des an der Sitzung abwesenden Stadtpräsidenten handelte: «Stadtpräsident Dr. Klöti [...] vertritt die Auffassung, dass an der verlängerten Zähringerstrasse als Querverbindung durch die Stadt und als Grundlage für die Altstadtanierung unter allen Umständen festgehalten werden sollte.»²⁶² Dabei stützte man sich auf das von Hippenmeier 1936 ausgearbeitete Projekt (vgl. Kap. 4.1). Auch hatte die Stadt Gutachten der Kantonalen Natur- und Heimatschutzkommission eingeholt, welche gegen die vorgesehene Strassenführung keine prinzipiellen Einwände erhob und die teilweise Zerstörung des damaligen Gewerkschaftshauses «Eintracht» am Neumarkt als möglich erachtete: von der Stadt 1932 im Hinblick auf den Abbruch aufgekauft, sollte das ehemalige Zunfthaus

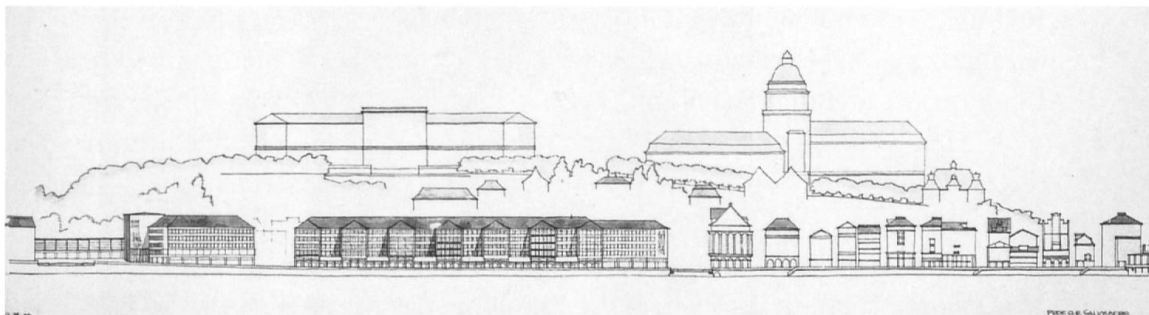


Abb.50: Otto Rudolf Salvisberg, Projekt für das Gebiet zwischen Mühlegasse und Leonhardplatz, diskutiert im Baukollegium, 1938, Skizze zur Bebauung am Limmatquai.

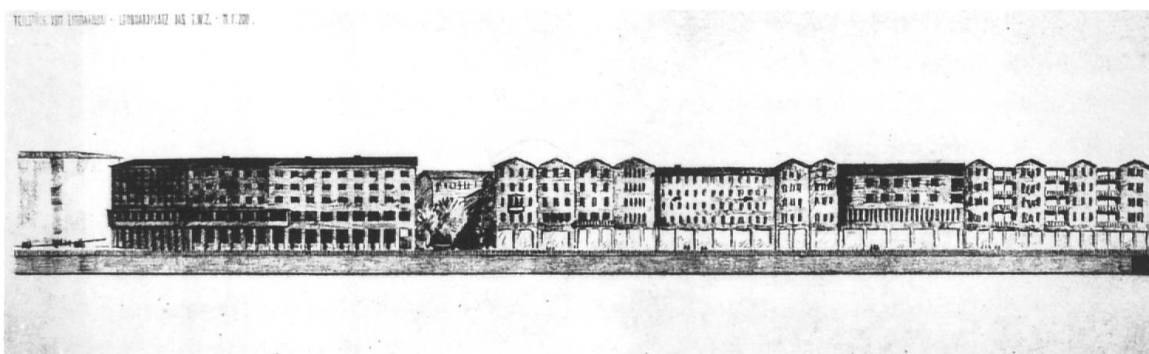


Abb.51: Werner Pfister, Projekt für das Gebiet zwischen Mühlegasse und Leonhardplatz, diskutiert im Baukollegium, 1938, Skizze zur Bebauung am Limmatquai.

zur Schuhmachern und heutige Theater am Neumarkt durch den Strassendurchbruch weiterhin zumindest angeschnitten werden.²⁶³

In der Folge erarbeitete das Bebauungsplanbüro Bauvorschriften, mit denen eine verbindliche Grundlage für die Umsetzung der beiden Vorhaben geschaffen werden sollte. Das Regelwerk umfasste sowohl neue Baulinien als auch eine Bauordnung und sollte nun für die gesamte nördliche Hälfte der rechtsufrigen Altstadt bis zum Gassenzug Obere Zäune–Napfgasse–Marktgasse gelten.²⁶⁴ Die Baulinien (Abb.52) betrafen zum einen den Zähringerdurchbruch und den nördlich der Mühlegasse gelegenen Teil des Niederdorfs, wo sie sich wesentlich auf den im Jahr zuvor von Pfister in die Diskussion eingebrachten Vorschlag stützten. So war entlang dem Limmatquai eine weitgehend den bestehenden Baufluchten entsprechende, geschlossene Front vorgesehen; die Niederdorfstrasse hingegen sollte von der Mühlegasse her leicht gekrümmt zum Leonhardplatz führen und kurz vor diesem abgeknickt auf den Limmatquai münden.²⁶⁵ Zum anderen wurden für Gassenverbreiterungen an Niederdorfstrasse, Brunngasse, Rindermarkt und Neumarkt sowie an der Unteren Zäune Baulinien vorgesehen, die wesentlich hinter den bestehenden Baufluchten lagen.²⁶⁶ Des Weiteren wurden Baulinien ausgearbeitet, welche nun endlich die Realisierung des «Globus»-Neubaus auf dem Papierwerd ermöglichen sollten.²⁶⁷ In der Vorlage an den Gemeinderat wurde gegen alle inzwischen laut gewordenen Vorbehalte

noch einmal die Notwendigkeit des Zähringerdurchbruchs bekräftigt. So propagierte die Stadtregierung das Vorhaben noch 1939 als geeignetes Mittel zur Sanierung des Quartiers um den Rindermarkt und den Neumarkt, wenn sie schrieb: «Dem langsamen Absterben kann man nur Halt gebieten, wenn man dem Quartier durch einen wichtigen Strassenzug neuen Verkehr zuführt.»²⁶⁸ Gegen den Vorwurf eines rücksichtslosen Umgangs mit dem Bauerbe verwahrte sich der Stadtrat vorsorglich mit dem Argument, Altstadtsanierung bestehe nicht darin, «dass schlechtweg an der vorhandenen Bebauung festgehalten wird, sondern, wie auch Fachkreise betonen, in der Erhaltung des Massstabes der Strassen- und Platzbilder und der Schonung einzelner, aus besonderen Gründen wirklich schützenswerter Gebäude».²⁶⁹

Wenn im Übersichtsplan zur Bauordnung neben der Predigerkirche lediglich zwei einzelne Häuser als «schutzwürdig» bezeichnet waren (vgl. Abb.52), wird deutlich, dass die Erneuerung der Bebauung die Regel bilden und nur in Ausnahmefällen bestehende Bauten erhalten werden sollten.²⁷⁰ Im Hinblick auf die erhoffte Neubautätigkeit wurden mit der Bauordnung die zulässigen Bauhöhen und die Gestaltung von Dächern und Dachaufbauten geregelt, sie schrieb an einigen Strassen die Anlage von «Arkaden», das heisst Lauben oder Portiken, vor und enthielt Bestimmungen zur «vertikalen Gliederung» der Strassenfassaden, das heisst deren Teilung in Anlehnung an die Breite der bestehenden Häuser.²⁷¹ Damit wollte man sicherstellen, «dass Neubauten im fraglichen Altstadtquartier architektonisch befriedigen, schutzwürdigen Gebäuden und Strassen- und Platzbildern angemessen Rechnung tragen und sich vor allem auch in masstäblicher Hinsicht in die bestehende Bebauung gut einfügen».²⁷² Insbesondere sollte – wie dies Pfister im Baukollegium formuliert hatte – «die monumentale zugunsten der malerischen Bauweise zurückgehalten» und «die Mannigfaltigkeit der heutigen Ueberbauung der Altstadt gewahrt» werden. Eine Beschränkung der Bauhöhe am Limmatquai war zudem darauf angelegt, die Wirkung von Polytechnikum und Universität als «Stadtkrone» zu erhalten – ein Motiv, das mit diesen Begriffen erstmals im Bebauungsplanwettbewerb von 1915–1918 thematisiert und in der Folge mehrfach wieder aufgegriffen worden war.²⁷³ Die vorgesehenen Strassenverbreiterungen wie auch die Bestimmungen der Bauordnung machen deutlich, dass mit der Erhaltung des «Massstabes» keineswegs die genaue Bewahrung der bestehenden Kubatur gemeint war, sondern eine Neubebauung, die sich nur im Grossen und Ganzen an Strassenräumen und Bebauungsstruktur der bestehenden Altstadtquartiere orientierte. Damit hatte sich hier das von Konrad Hippenmeier seit den mittleren dreissiger Jahren verfolgte Vorgehen durchgesetzt (vgl. Kap.4.1). Gerade diesen Punkt hatte Stadtbaumeister Hermann Herter in einer Stellungnahme zu den Bauvorschriften scharf kritisiert, wenn er «die Baulinienabstände bei verschiedenen Gassen entschieden zu breit» fand und fürchtete, dass sie «zum vollständigen Verschwinden von schönen Gassenbildern» führen würden.²⁷⁴

Aus verschiedenen Gründen hatten die Bauvorschriften keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Baugeschehen in der Altstadt. Zunächst konnten sie nur teilweise in Kraft gesetzt werden: Zwar genehmigte der Gemeinderat im Januar 1940 alle vier Vorlagen, auf die der Stadtrat die Baulinien und die Bauordnung aufgeteilt hatte.²⁷⁵ Der Regierungsrat, der in letzter Instanz für Baulinienvorlagen zuständig war, verweigerte aber rund zwei Jahre später wie schon 1933 seine Zustimmung zum Projekt für den Zähringerdurchbruch. In ihrer Begründung bestritt die Kantonsregierung den Sanierungsbedarf des Quartiers ebenso wie die vom Stadtrat vorgebrachten verkehrstechnischen Argumente; getragen war

4.5 Die Restaurierung von Altstadthäusern um 1940

Während in den Diskussionen um die Altstadtsanierung in den späten 1930er Jahren der Ruf nach einer Erhaltung des Stadtbildes laut wurde, verstärkte sich – von den Planungen weitgehend unberührt – auch das denkmalpflegerische Interesse für die einzelnen Häuser der Altstadt. Waren seit dem Beginn des Jahrzehnts zunächst vor allem einige prominentere Bauten restauriert worden, wurden nun zunehmend auch einfachere Bürgerhäuser als Baudenkmäler geschätzt. Wenn auch die Restaurierungen im Verhältnis zum gesamten Baubestand der Altstadt weiterhin Ausnahmen blieben, sind sie für die Planungen zur Altstadtsanierung in zweifacher Hinsicht von Interesse. So mussten die städtebaulichen Planungen nun zum einen grundsätzlich die Möglichkeit vorsehen, einzelne Häuser zu erhalten und in die geplante Neubebauung zu integrieren – ein Vorgehen, das im Prinzip erstmals mit dem Sanierungsplan von 1935 vorgeschlagen worden war (vgl. Kap.4.1). Zum anderen lässt sich in den erneuerten Bauten eine Restaurierungspraxis feststellen, die sich in Bezug auf ihre stilistischen Tendenzen direkt mit den gleichzeitig entstandenen Ersatzneubauten vergleichen lässt.

Die Gründe für die inhaltliche Distanz zu den Planungen für die Altstadtsanierung sind zum Teil wohl auf der institutionellen Ebene zu suchen, indem sich andere Personen und Institutionen um Denkmalpflege in der Altstadt bemühten. Institutionelle Grundlagen für Aufgaben der Denkmalpflege an den einfacheren Häusern der Altstadt bestanden in den 1930er Jahren noch kaum. Die Aufgabe fiel jedenfalls nicht in die Zuständigkeit der beiden Kommissionen, die sich mit staatlichem Auftrag auf nationaler und kantonaler Ebene seit mehreren Jahrzehnten entsprechenden Themen widmeten: Während sich die Eidgenössische Kommission für Denkmalpflege in Nachfolge der 1890 gegründeten Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler mit den herausragenden Baudenkmälern von nationaler Bedeutung befasste, kümmerte sich die 1912 eingerichtete Kantonale Heimatschutzkommission vor allem um Fragen des Stadt- und Landschaftsbildes, wie sich dies im Zusammenhang der Ersatzneubauten in der Altstadt gezeigt hat (vgl. Kap.4.2).²⁸²

In dieser Situation bemühte sich seit den 1920er Jahren vor allem die Antiquarische Gesellschaft spezifisch um die einfacheren Häuser der Altstadt. 1922 rief der 1832 gegründete Geschichts- und Altertumsverein eine «Kommission für die Erhaltung Zürcherischer Altertümer» ins Leben, deren Zweck in der Erforschung und Erhaltung historischer Bauten im ganzen Kanton bestehen sollte.²⁸³ Ab 1926 als «Kommission für Zürcherische Denkmalpflege» bezeichnet, nahm die Kommission zum einen politischen Einfluss auf Restaurierungen und Umbauten, zum anderen kümmerte sie sich mit Bauaufnahmen und historischen Forschungen um deren wissenschaftliche Begleitung und war an der Vorbereitung der Zürcher *Kunstdenkmäler*-Bände beteiligt. Bis in die fünfziger Jahre hinein war die private, ehrenamtlich tätige Kommission praktisch die einzige Institution, die sich im Hinblick auf die Bürgerhäuser der Altstadt mit denkmalpflegerischen Aufgaben im engeren Sinn befasste. Auch wenn sie keinen ausdrücklichen politischen Auftrag hatte und deshalb bei ihrer Tätigkeit ohne rechtliche Grundlagen auskommen musste, anerkannte selbst die Stadtverwaltung ihre faktische Zuständigkeit für Fragen der Denkmalpflege in der Altstadt; so verwies der Stadtrat etwa 1938 in einem bereits erwähnten Bericht an den Gemeinderat auf die Kommission.²⁸⁴

Eine wichtige Figur für die «Entdeckung» und zunehmende Wertschätzung der einfacheren Altstadthäuser war Stadtbaumeister Hermann Herter, dessen Rolle weniger in

der wissenschaftlichen Begleitung als vielmehr in der praktischen Umsetzung von Restaurierungen lag. Ohne ausdrücklichen politischen Auftrag bemühte sich Herter im Lauf der dreissiger Jahre um die Restaurierung zahlreicher Bauten in der Altstadt.²⁸⁵ Auch wurde zeitgenössisch schon bemerkt, dass er in Bezug auf die Begleitung privater Bauvorhaben faktisch die in Zürich nicht existierende Institution einer Bauberatung ersetzte.²⁸⁶ Umgekehrt stand Herter den gleichzeitigen Planungen für die Altstadtanierung trotz seiner zentralen Funktion in der städtischen Bauverwaltung ja auffallend fern, was wohl kaum ein Zufall war. Bei den restaurierten Bauten handelte es sich sowohl um einige prominentere Baudenkmäler als auch um mehrere einfache Bürgerhäuser, die sich jedenfalls alle in städtischem Besitz befanden. So erarbeitete Herter Studien für die umfassende Restaurierung des Gesellschaftshauses «zum Rüden», bevor die Stadt dieses 1935 an seine ursprüngliche Besitzerin, die Gesellschaft zur Constaffel, zurückverkaufte.²⁸⁷ Auf Herters Initiative wurden ab 1936 auch die Häuser an der Schipfe erneuert, wobei die Arbeiten offenbar gezielt auf die Landesausstellung von 1939 hin abgeschlossen wurden.²⁸⁸ Die zusammenhängende Restaurierung der ganzen Baugruppe war deshalb möglich, weil die Stadt die Häuser schon seit den 1870er Jahren im Hinblick auf eine neue Quai bebauung mit Markthalle aufgekauft hatte.²⁸⁹ 1939 restaurierte Herter etwa das einfache Haus «zum weissen Turm» an der Brunnengasse 4, 1940 die lange Zeit durch den geplanten Zähringerdurchbruch gefährdete «Eintracht» (heute Theater) am Neumarkt oder 1944 das von der Stadtverwaltung genutzte Haus «zum Napf».²⁹⁰

Herters umfangreichstes Restaurierungsprojekt betraf die Baugruppe von Wasserkirche und Helmhaus, die beide unter sehr weitgehenden Eingriffen in die Bausubstanz in den Jahren 1940–1942 erneuert wurden. Dabei wurde die in der Reformation profanierte Kirche unter Zerstörung ihrer barocken Galerieeinbauten wieder zu einem Sakralbau umgestaltet; gleichzeitig war ein «Baugeschichtliches Museum» im benachbarten Helmhaus Teil des übergreifenden Projekts. Zusammen mit der Kirche quasi als Vermächtnis Herters zum Ende seiner Amtszeit eröffnet, verweist dieses ebenfalls auf das zunehmende Interesse für die Geschichte der Altstadt und ihrer Häuser.²⁹¹ Hauptsächliches Exponat des Museums war ein Modell der Stadt Zürich «um 1800», das nach dem Müllerplan vom Ende des 18. Jahrhunderts erarbeitet worden war und die Stadt nach dem Verständnis der 1940er Jahre «unmittelbar vor der grossen Umwälzung unseres Stadtraumes» darstellte.²⁹² In der Folge sollte in dem Museum etwa die vom späteren Stadtbaumeister Albert Heinrich Steiner eingerichtete grosse Städtebauausstellung «Deine Wohnung – Dein Nachbar – Deine Heimat» gezeigt werden, bevor es 1958 wieder aufgelöst wurde. Auf beides ist in den folgenden Kapiteln zurückzukommen.

Restaurierungsarbeiten an Altstadthäusern wurden auch von privaten Hausbesitzern durchgeführt, die sich dabei wohl mehr oder weniger eng mit der Stadt absprachen. Dies dürfte etwa bei der Umgestaltung der prominent am Limmatquai gelegenen «Käshütte» Ende der dreissiger Jahre der Fall gewesen sein, hatte doch Konrad Hippenmeier kurz zuvor in seinem Bericht die Fassadengestaltung des Hauses moniert.²⁹³ Bei der Restaurierung des «Wollenhofs» am nördlichen Ende der Schipfe arbeitete die Stadt zudem mit dem Schweizerischen Heimatschutz zusammen, in dessen Zürcher Sektion Herter Vorstandsmitglied war.²⁹⁴ Offenbar in enger gegenseitiger Abstimmung und mit Blick auf die Landesausstellung von 1939 wurde der Bau in den Jahren 1938/39 im Auftrag der Stadt durch die Architekten Moser & Kopp renoviert und in der Folge an die Vereinigung vermietet,

die darin ihr «Heimethus» einrichtete.²⁹⁵ Von den Architekten des Umbaus, die kurz zuvor den Entwurf für das Hotel «Storchen» erarbeitet hatten (vgl. Kap. 4.2), wird vor allem Max Kopp im Zusammenhang der Altstadtanierung noch mehrfach zu erwähnen sein.

Im Hinblick auf die Restaurierungspraxis zeigen die Eingriffe an einfacheren Bürgerhäusern wie auch von grösseren und bedeutenderen Bauten ähnliche Tendenzen. Während die Restaurierungen im Unterschied zu den gleichzeitigen, ex novo errichteten Ersatzbauten immerhin wesentliche Teile der Bausubstanz bewahrten, wurden viele Bauten gerade an ihrem Äusseren mit starken baulichen Eingriffen purifizierend umgestaltet; die im Sinn einer Restaurierung neugestalteten Elemente hielten sich dabei an ähnliche Vorstellungen einer traditionalistischen Architektur, wie sie in den Ersatzneubauten verfolgt wurde. Besonders einschneidend waren die Eingriffe da, wo historisierende Restaurierungen des späten 19. Jahrhunderts, einem neuen Verständnis der Restaurierung entsprechend, beseitigt wurden. Früh äusserte sich eine solche Tendenz zur Purifizierung an einigen Häusern in der Flussfront des mittleren Limmatquais, die wohl durch ihre prominente Lage den Wunsch nach einer Restaurierung auf sich zogen. Schon 1928 wurde das Haus «zur Haue» (Limmatquai 52), das im Wesentlichen auf das 15. Jahrhundert zurückgeht und 1879 eine für Zürcher Verhältnisse sehr üppige Fassade im Stil der «deutschen Renaissance» erhalten hatte, seines Bauschmucks weitgehend entledigt. Zu einer strengen, glatten Putzoberfläche zwischen Eckquadern umgestaltet, wandte sich seine Schaufront nun mit einem gotisierenden Treppengiebel zur Limmat (Abb. 53, 54).²⁹⁶ Ähnlich wurden historistische Architekturformen einige Jahre später an der erwähnten «Käshütte» beseitigt, welche in derselben Front die übernächste Parzelle zum «Rüden» hin einnahm.²⁹⁷ Deutlichstes Beispiel für die Tilgung von Schmuckformen des 19. Jahrhunderts ist aber das Haus «zum Rüden» selbst (Abb. 55, 56). Der 1886 durch Stadtbaumeister Arnold Geiser unter Mitarbeit des bekannten Architekten Friedrich Bluntschli «altdeutsch» überformte Bau wurde in den Jahren 1936/37 von den Architekten Adolf und Heinrich Bräm durchgreifend umgestaltet, wobei man das Ziel darin sah, «die äussere Form des Hauses geschmackvoll und sinngerecht wieder herzustellen und alle später angebrachten Verzierungen zu entfernen».²⁹⁸ Wie in anderen Fällen wich auch hier plastischer Bauschmuck glatten Putzoberflächen, Haustein und Riegelwerk dagegen wurden freigelegt: Nachdem das Äussere zunächst bis auf den Rohbau freigelegt worden war, wurden die Wände glatt verputzt und nach Entwurf von Paul Bodmer in einem dunklen, graublauen Ton, das Riegelwerk im ausragenden zweiten Obergeschoss hingegen in einem dunklen Rot gefasst, während man die unregelmässig behauenen Eckquader steinsichtig beliess.²⁹⁹

An einfacheren Bauten hingegen ersetzten Restaurierungen oft unregelmässige, im Lauf einer langen Baugeschichte entstandene Fassadenbilder durch einheitlichere Fassadengliederungen mit neuen Detailformen. Generell wurden spätklassizistische und historistische Elemente zurückgedrängt oder ganz beseitigt, gotische und spätgotische Formen dafür umso stärker betont, so im Fall der in grosser Zahl rekonstruierten spätgotischen Reihenfenster. Ein deutliches Beispiel bietet das 1944 durchgreifend erneuerte Haus «zum Napf» (Abb. 57, 58); der mit der Restaurierung beauftragte Architekt Max Lüthi sollte dabei später auch an den Sanierungsprojekten des Büros für Altstadtanierung beteiligt sein. Hier wurde eine wohl im Lauf des 19. Jahrhunderts entstandene, unregelmässige Einzelbefensterung durch neue Doppel- und Reihenfenster ersetzt, die jeweils einen an der Fassade vorhandenen Typus zum Modell nahmen und mehrfach wiederholten; gleichzei-



Abb.53/54: Das Haus «zur Haue» (Limmatquai 52, jeweils links) mit Neorenaissance-Fassadenschmuck von 1879 (Aufnahme 1880, oben) und nach der Purifizierung von 1928 (Aufnahme 1933, unten).



Abb.55/56: Das Gesellschaftshaus «zum Rüden» mit historistischem Bauschmuck von 1886 (Aufnahme um 1935, oben) und nach der Erneuerung durch die Architekten Adolf und Heinrich Bräm, 1936/37 (unten).



Abb.57/58: Haus «zum Napf» (Napf-
gasse 6) vor (oben) und nach der Restau-
rierung durch Architekt Max Lüthi, 1944
(unten).



tig wurden das für das 19. Jahrhundert typische Ladengeschoss seiner Fassadendekoration beraubt und seine grossflächigen Fensteröffnungen verschlossen.³⁰⁰ Ähnlich verfuhr die Restaurierung des schräg gegenüber gelegenen «Brunnentums», der 1942 einen neuen, einheitlich rauen Verputz zwischen steinsichtigen Eckquadern und neue, barockisierende Fenstergitter erhalten hatte.³⁰¹

5 Die Institutionalisierung der Altstadtsanierung im Zweiten Weltkrieg

Verschiedene Entwicklungen führten in den Jahren des Zweiten Weltkriegs dazu, dass die Bemühungen um eine Sanierung der Zürcher Altstadt an Aktualität gewannen. Zunächst sind in der Form eines Exkurses Arbeitsbeschaffungsprogramme des Bundes darzustellen, welche die Ausgangslage für das Vorhaben grundlegend veränderten. In der lokalpolitischen Debatte dieser Jahre war der Verweis auf die Arbeitsbeschaffungsprogramme des Bundes neben anderen Forderungen denn auch ein Argument, um ein energischeres Vorgehen im Hinblick auf die Sanierung der Altstadt zu fordern. In dieser Situation konnte der 1942 zum Zürcher Stadtbaumeister ernannte Architekt Albert Heinrich Steiner die Zuständigkeit für die Aufgabe der Altstadtsanierung an sich ziehen und sich damit innerhalb der Stadtverwaltung gegen das Bebauungsplanbüro durchsetzen, das sich seit den frühen dreissiger Jahren mit dem Thema befasst hatte. Die Anstrengungen fanden ihre Bestätigung in der Einrichtung eines «Bureaus für Altstadtsanierung», mit dem die Erneuerung der Altstadt 1946 in einer eigenen, direkt dem Stadtbaumeister unterstellten Amtsstelle institutionalisiert wurde.

5.1 Die Eidgenössische Expertenkommission für Altstadtsanierung zwischen Arbeitsbeschaffung und «geistiger Landesverteidigung»

In den Jahren des Zweiten Weltkriegs erfuhren die Bemühungen um die Altstadtsanierung in Zürich – wie in anderen schweizerischen Städten – eine entscheidende Förderung durch Arbeitsbeschaffungsprogramme des Bundes. Im Hinblick auf eine für die Nachkriegszeit erwartete Wirtschaftskrise in Angriff genommen, wirkten diese nicht nur als Anreiz, die Umsetzung bereits geplanter Sanierungskampagnen zu beschleunigen und neue in Angriff zu nehmen; sie dienten auch dazu, eine Sanierungspraxis zu propagieren, die auf die Erhaltung – und historisierende Überformung – des Stadtbildes zielte. Ihre Wirkung wird sich an der Zürcher Debatte der Kriegsjahre zeigen, indem die Arbeitsbeschaffungsprogramme den Tendenzen einer «stadtbilderhaltenden» Sanierung hier wohl letztlich zum Durchbruch verhelfen. Abschliessend wird nach den politischen Hintergründen der massiven und augenfälligen Förderung gefragt, welche die Altstadtsanierung mit den Arbeitsbeschaffungsmassnahmen erfuhr. Diese lassen sich, wie gezeigt werden soll, als ein eigentliches politisches Projekt charakterisieren, das ebenso einen gesellschaftlich-politischen Konsens anstrebte, wie es kulturpolitische Ziele verfolgte, und damit für die Schweiz in der Zeit der «geistigen Landesverteidigung» als nicht untypisch gelten kann.

Arbeitsbeschaffungsprogramme im Bausektor wie auch im Rahmen von Meliorationen waren in der Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführt worden.³⁰² Nachdem beschäftigungspolitische Massnahmen in der Weltwirtschaftskrise wieder aktuell geworden waren, wurde erstmals Mitte der dreissiger Jahre der Vorschlag diskutiert, in diesem

Rahmen Stadtsanierungsprojekte zu fördern. Die Aufgabe schien deshalb geeignet, weil sich mit der Sanierung und dem Abbruch von Altsadthäusern Arbeitsmöglichkeiten für die von der Krise besonders betroffene Bauwirtschaft schaffen liessen, ohne – wie etwa mit Neubauprojekten – den bereits beträchtlichen Leerwohnungsbestand zusätzlich zu vermehren.³⁰³ So propagierte die Berner Stadtverwaltung 1938 ein schliesslich nicht zur Ausführung gelangtes Sanierungsprojekt, das 155 bestehende Wohnungen durch lediglich 74 neue ersetzen sollte, mit dem Argument, dass es «im Interesse der Arbeitsbeschaffung und eines gesunden Wohnungsmarktes» liege.³⁰⁴ Eines der ersten umfassenden Programme in dieser Richtung war der 1936 in Basel eingeführte «Arbeitsrappen». Dabei handelte es sich um eine Sondersteuer von einem Prozent auf alle Arbeitseinkommen, die zur Belebung der Bauwirtschaft dienen sollte und noch bis 1946 erhoben wurde. Appellierten die Programme mit ihrem eingängigen Namen an die Solidarität, waren sie wirtschaftlich letztlich wirkungslos und dienten in sozialpolitischer Hinsicht zusammen mit der Verabschiedung von Gesamtarbeitsverträgen vor allem der Sicherung des Arbeitsfriedens.³⁰⁵ Neben verschiedenen Neubauprojekten wurden mit der Abgabe von Anfang an Renovations- und Instandstellungsarbeiten in der Basler Altstadt gefördert, was man zu einer systematischen Förderung der Altsadtsanierung ausdehnen wollte.³⁰⁶ Auch in Zürich wurden die Bemühungen um die Altsadtsanierung, wenn auch weniger umfassend als in Basel und ohne eigene gesetzliche Grundlage, im Lauf der dreissiger Jahre zunehmend mit der Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung in Verbindung gebracht. So war, wie erwähnt, schon 1932 zur Beschäftigung arbeitsloser Architekten und Angehöriger weiterer technischer Berufe ein Technischer Arbeitsdienst eingerichtet worden, der unter anderem für die Vorbereitung des Auskernungsplans unter Konrad Hippenmeier herangezogen wurde (vgl. Kap. 4.1).

Ab den späten dreissiger Jahren wurden die Arbeitsbeschaffungsprogramme im Bereich der Altsadtsanierung in der politischen Diskussion zunehmend mit dem Verweis auf die Pflege schweizerischer Tradition und «Eigenart» und auf den Denkmalswert der Altstadt propagiert: indem man nun eine «stadtbilderhaltende» Sanierung fördern wollte, konnte die Altsadtsanierung als Beitrag zu Aufgaben verstanden werden, die, wie im Folgenden noch auszuführen ist, mit der Politik der «geistigen Landesverteidigung» aktuell geworden waren.³⁰⁷ Vor allem fand eine solche Programmatik beim Heimatschutz Zustimmung, so dass Albert Baur – seit 1929 Redaktor der Vereinszeitschrift und damit eine wichtige Stimme des Heimatschutzes – 1939 angesichts dieser Entwicklungen einen begeisterten Blick in die Zukunft werfen konnte: «Und heute erfahren wir, dass unser alter Traum von der Wiedererweckung unserer Altsadtsviertel nahe daran ist, sich zu erfüllen. Was wir kaum je zu hoffen wagten. Und zwar durch die für die Arbeitsbeschaffung bereitgestellten Mittel, die bis jetzt mancher unerfreulichen Ueberflüssigkeit dienen mussten.»³⁰⁸ Ähnliche Argumente benutzte aber auch der Berufsverband BSA, der sich darum bemühte, Planungsarbeiten anzuregen, um die schlechte Auftragslage seiner Mitglieder auszugleichen. So empfahl der Verband 1940 in einem Brief an die Eidgenössische Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung die Durchführung von «Altsadtsanierungen im Zusammenhang mit Denkmalpflege und Heimatschutzaufgaben – Fragen, für die sich gerade heute jedermann in hohem Masse wieder interessiert».³⁰⁹ Trotz der breiten Diskussion wurden bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in der Schweiz allerdings keine umfassenderen Projekte im Bereich der Altsadtsanierung durch Arbeitsbeschaffungsmassnahmen umgesetzt.³¹⁰

In den Kriegsjahren verstärkte der Bund seine Anstrengungen in Bezug auf das Thema. Ziel war es nun, Arbeitsbeschaffungsprogramme im Hinblick auf eine für die Nachkriegszeit erwartete – aber bekanntermassen nicht eingetretene – Wirtschaftskrise vorzubereiten, wozu der Bundesrat 1941 einen «Delegierten für Arbeitsbeschaffung» einsetzte.³¹¹ Mehrere Bundesratsbeschlüsse, die sich auf die ausserordentlichen Vollmachten der Kriegsjahre stützten, bestimmten in den beiden darauffolgenden Jahren die Ausgestaltung der vorgesehenen Arbeitsbeschaffungsprogramme. 1942 wurde die Altstadtanierung neben dem Wohnungsbau, dem ländlichen Siedlungsbau sowie der Erneuerung von Hotels und Kurorten zu einer zentralen Aufgabe innerhalb des Bausektors bestimmt, womit umfangreiche Bundesmittel für die Subvention entsprechender Arbeiten in Aussicht gestellt wurden. Ein weiterer Bundesratsbeschluss formulierte ein Jahr später inhaltliche Vorgaben für die Altstadtanierung und definierte diese als «die ganze oder teilweise Erneuerung von Altstadtquartieren, wie insbesondere die Anpassung der Wohnverhältnisse an die Bedürfnisse der Neuzeit unter Wahrung des Charakters der Altstadt».³¹²

Um die Aufgaben der Altstadtanierung zu koordinieren, setzte der dem Eidgenössischen Militärdepartement unterstellte Delegierte für Arbeitsbeschaffung eine «Eidgenössische Expertenkommission für Altstadtanierung» ein. Zu deren Vorsitzendem wurde der Politiker Ernst Reinhard bestimmt, der von 1919 bis 1936 Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz gewesen war, dem Nationalrat angehörte und sich seit 1936 als Berner Hochbaudirektor stark für die Sanierung der dortigen Altstadt eingesetzt hatte. Weitere Mitglieder der Kommission waren der Berner Stadtbaumeister Fritz Hiller, die Stadtplaner Emil E. Strasser aus Bern und Albert Bodmer aus Genf (derselbe, der 1915–1918 mit Konrad Hippenmeier am Wettbewerb «Gross-Zürich» teilgenommen hatte, vgl. Kap. 2.3), sowie der Architekt Rudolf Steiger aus dem Zürcher Büro Haefeli, Moser, Steiger. Auftrag der «Expertenkommission» war es, noch während des Kriegs die Ausarbeitung von ausführungsreifen Sanierungsprojekten durch die einzelnen Städte voranzutreiben, um sie zur Linderung der für die Nachkriegszeit befürchteten Arbeitslosigkeit rasch umsetzen zu können.³¹³ Ihre in der Rückschau bedeutendste Tätigkeit war die Publikation eines Buches, das als Leitfaden für Sanierungsmassnahmen in schweizerischen Städten dienen sollte. Zur Vorbereitung verschickte die Kommission im Herbst 1943 einen ausführlichen Fragebogen an zahlreiche grössere und kleinere schweizerische Städte, um diese nach ihren bisherigen Anstrengungen auf dem Gebiet der Altstadtanierung zu fragen.³¹⁴ Auf der Grundlage der damit zusammengetragenen, umfangreichen Materialsammlung wurde das geplante Buch zusammengestellt. Von Ernst Reinhard unter eigenem Namen mit dem Titel *Die Sanierung der Altstädte* veröffentlicht, erschien es 1945 innerhalb einer in jenen Jahren vom Bund herausgegebenen *Schriftenreihe zur Frage der Arbeitsbeschaffung*.³¹⁵

Vor allem wegen seiner späteren Wirkung bildet Reinhard's Buch ein zentrales Dokument für die Altstadtanierung, aber auch für die Kulturpolitik in der Schweiz der vierziger Jahre, weshalb es etwas ausführlicher darzustellen ist. Es handelt sich um eine eigentliche Programmschrift und Vorlagensammlung für eine auf Stadtbildpflege zielende Sanierungspraxis, die bereits vorhandene Tendenzen aufnahm und das ausdrückliche Ziel verfolgte, «den Beginn der Arbeiten in den einzelnen Städten zu ermuntern».³¹⁶ Das Buch eröffnete ein Geleitwort des Delegierten für Arbeitsbeschaffung, das den offiziellen Charakter der Publikation unterstrich und die Altstadtanierung mit einigem Pathos geradezu

zu einer patriotischen Pflicht überhöhte: sie erschien als «Dienst am Land und Dienst am Volk», der «bei den verantwortlichen Gemeindebehörden Energie und Pietät, bei den betroffenen Hausbesitzern Verständnis und Gemeinschaftssinn» voraussetze.³¹⁷ Inhaltlich umfasst das Buch, das seine Entstehung aus den von verschiedenen Städten zur Verfügung gestellten Unterlagen deutlich zeigt, Themen, die von statistischen Erhebungen zur Altstadtbevölkerung und der Beschreibung hygienischer Missstände über Ausführungen zur technischen Umsetzung und zur Finanzierung von Sanierungsprojekten bis zu detaillierten gestalterischen Vorgaben reichen.

In seiner Argumentationsweise wie auch in seinen Positionen schliesst sich das Buch an die Architekturpublizistik und -propaganda im Umfeld der Heimatschutzbewegung an. So bediente sich Reinhard mit seinem moralisierenden und pathetischen Ton, polemischen Formulierungen und einer gleichermassen durch Text und Bild unterstützten Argumentation publizistischer Mittel, wie sie in der deutschen und der schweizerischen Heimatschutzbewegung seit den Anfängen verbreitet und um 1940 allgemein geläufig waren.³¹⁸ Der Kunsthistoriker und Architekturkritiker Peter Meyer vermerkte in einer Besprechung des Buches denn auch, ästhetische Fragen würden bei Reinhard «oft in Beispiel und Gegenbeispiel» gezeigt (Abb.59), womit er unüberhörbar auf das in Heimatschutzkreisen seit Paul Schultze-Naumburgs *Kulturarbeiten* um 1900 omnipräsente Mittel des Bildvergleichs anspielte – von dem «P.M.» selbst in seinen Publikationen übrigens ebenfalls ausgiebig Gebrauch machte.³¹⁹

Die Sanierung verfolgte nach Reinhard verschiedene Ziele gleichzeitig. Ihre Notwendigkeit begründete er vor allem mit den ausführlich und mit einiger Dramatik geschilderten hygienischen Missständen, die er in Übereinstimmung mit der zeitgenössischen Debatte als eine Folge der baulichen Verdichtung sah. Unsanierte Alstadthäuser waren ihm entsprechend ein Gefahrenherd für die Ausbreitung von Krankheiten, kurz: «Tuberkulosehöhlen» (Abb.60).³²⁰ Die Sanierung sollte aber auch die Wirtschafts- und Sozialstruktur der Altstadt wahren und den Tendenzen der Citybildung entgegenwirken: «Die Altstadt hat ihren grossen Wert als charaktervolle, willensstark gewahrte Wohn- und Gewerbestadt. Sie dazu im bewussten Gegensatz zur City auszubilden, ist das wirtschaftliche Ziel der Altstadterhaltungspolitik.»³²¹ In Bezug auf den baulichen Umgang mit den alten Stadtvierteln sollte nach Reinhard nicht etwa nur auf weitere Zerstörungen verzichtet werden, vielmehr forderte er, mit reichlich zeittypischem Pathos unterstrichen, das Stadtbild ordnend und gestaltend zu überformen: «Das Bild der Altstadt herauszuarbeiten, [...] der charakterlosen Stadtbildung entgegenzuarbeiten und die wildgewachsene Stadt zu einem von Natur und Menschengestalt geformten, zuchtvoll aufgebauten Stadtbild zu formen, das ist die letzte Absicht, die mit der Altstadtsanierung verfolgt werden muss.»³²²

Eine Vielzahl von Plänen, Fotografien und Karten zeigten anhand von geplanten und teilweise schon ausgeführten Beispielen aus schweizerischen Städten das erwünschte Vorgehen. Den Konzepten einer «stadtbilderhaltenden» Sanierungspraxis entsprechend sollten das stadträumliche Gefüge gewahrt, die Hofräume aber ausgekernt werden; gleichzeitig schien ein Ersatz der einzelnen Bauten durch formal «angepasste» Neubauten in traditionalistischen Formen möglich und wurde teilweise ausdrücklich gefordert.³²³ Immer wieder und mit wechselnden Formulierungen trug Reinhard seine Forderung vor, das 19.Jahrhundert als historische Schicht aus dem Bild der Altstadt zu tilgen: «Wir müssen, um es überdeutlich zu sagen, den alten Baubestand des 15. bis 18.Jahrhunderts zur



Bern. Spitalgasse. Umwandlung der Wohnstadt in die City. Das durch zwei Geschosse aufgestockte und damit verdorbene, durch überladene Reklame städtebaulich ganz zerstörte Gebäude des Hotels Löwen wird in zwei Geschäftshäuser umgebaut. In der äußeren Erscheinung des Geschäftshauses ist deutlich zu erkennen, daß sich neue städtebauliche Grundsätze durchgesetzt haben. Nicht restlos! das alte Mansardensteildach wird durch ein überladenes Lukarnendach ersetzt; das hätte nicht bewilligt werden dürfen — aber die geltende Bauordnung erlaubte es. Die Fassade ist bewußt einfach gehalten; der Hauptschmuck wird durch den maßstäblich guten, zu ähnlichen Insignien in der Stadt passenden, steinernen Bären gebildet (Links: alt. Rechts: neu).

Abb.59: Ernst Reinhard: *Die Sanierung der Altstädte* (1945), Bildvergleich zu einem Neubau in der Berner Altstadt (links Negativ-, rechts Positivbeispiel).



Bern. Und das unbekannte Innere dieser Häuser: Tuberkulosehöhlen.

Abb.60: Ernst Reinhard: *Die Sanierung der Altstädte* (1945), Illustration der hygienischen Missstände in den Altstädten am Beispiel einer Wohnung im Berner Nydeggquartier.

Grundlage nehmen, den Schutt des 19. Jahrhunderts daraus entfernen und durch innere Reorganisation die Wohn- und Gewerbestadt des 20. Jahrhunderts gewinnen.»³²⁴ Von Umgestaltungen und Ersatzneubauten verlangte das Buch, das «Mass und das Verhältnis der Baukörper zueinander angenehm zu gestalten, das Material ehrlich zu verwenden, die Leistung der früheren Perioden als Eigenleistung zu respektieren, ohne uns an sie zu verlieren».³²⁵ Gemeint war damit eine traditionalistische Architektur und die Verwendung von «heimatlichen» Bauformen (Abb. 61), während der eklektizistische Historismus des 19. Jahrhunderts ebenso deutlich abgelehnt wurde (vgl. Abb. 59). Mit diesen Forderungen schloss sich Reinhard Positionen an, wie sie in der Schweiz der 1940er Jahre sehr verbreitet waren und am nachdrücklichsten wohl vom Schweizer Heimatschutz vertreten wurden. Ausdrücklich lobte er denn auch den «Feldzug des Heimatschutzes gegen zerstörende Bauformen».³²⁶ Im weiteren Sinn handelt es sich bei der propagierten «stadtbilderhaltenden» Sanierungspraxis um ein Vorgehen, das nicht nur in mehreren schweizerischen Städten vorgeschlagen, sondern auch in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg und noch bis in die Kriegsjahre hinein in zahlreichen deutschen Städten verfolgt worden war. Beides ist im Zusammenhang der Zürcher Projekte unter Stadtbaumeister Albert Heinrich Steiner noch darzustellen (vgl. Kap. 6).

Wie sich gerade an den Zürcher Sanierungskampagnen nach 1945 zeigen lässt, verfehlte das Buch seine Wirkung auf den schweizerischen Städtebau nicht. So verstärkte es bereits vorhandene Tendenzen und spielte damit wohl eine wesentliche Rolle für die Durchsetzung einer auf Stadtbildpflege zielenden Sanierungspraxis. Allgemein scheint das Buch positiv aufgenommen worden zu sein. Neben der erwähnten Rezension von Peter Meyer druckte auch das *Werk* 1946 eine sehr wohlwollende Besprechung, die auch im Hinblick auf den «jämmerlichen Zustand unserer Altstädte» mit Reinhard's Darstellung des Sanierungsbedarfs einig war.³²⁷ Zusammen mit den in Aussicht gestellten Subventionen wurden für die Städte massive Anreize geschaffen, die Ausarbeitung von Sanierungsprojekten nach den Vorgaben der «Expertenkommission» an die Hand zu nehmen. Nach dem Bundesratsbeschluss von 1942 sollten Sanierungskampagnen zu 35 Prozent vom Bund gefördert werden, sofern der jeweilige Kanton bereit war, weitere Subventionen im Umfang der Hälfte des Bundesbeitrags, das heisst 17,5 Prozent, zu übernehmen; die vorbereitenden Planungsarbeiten für die Altstadtanierung wollten die Bundesbehörden sogar mit Subventionen von vierzig Prozent unterstützen, wiederum unter der Bedingung eines zusätzlichen kantonalen Beitrags von zwanzig Prozent, womit die Projektierung zu insgesamt sechzig Prozent durch Subventionen getragen werden sollte.³²⁸ Hans Bernoulli etwa meinte in diesem Sinn 1946 im *Werk*, es seien «für aufmerksame Stadtverwaltungen noch nie so schöne Zuckerbrötchen, will sagen Subventionen, in Aussicht gestellt worden».³²⁹ Auch wenn es wegen der besseren Wirtschaftslage nie zu Auszahlungen kommen sollte, minderte dies die Wirkung der Anreize wohl nur wenig, wurden viele Planungsarbeiten doch in einem Zeitraum in Angriff genommen, als die Möglichkeit von Subventionen noch im Raum stand. Dies zeigt sich etwa an den wiederholten Beteuerungen der Zürcher Stadtbehörden, bei der Ausarbeitung der Sanierungsprojekte auf die Subventionen des Bundes zurückzugreifen (vgl. Kap. 5.4).

Die «Expertenkommission» selbst wurde nach der Ausarbeitung des Buchs formell aufgelöst und durch eine «Kommission für Altstadtanierungen» ersetzt. Deren Aufgabe sollte in der Begutachtung von Sanierungsprojekten und im Entscheid über deren Sub-

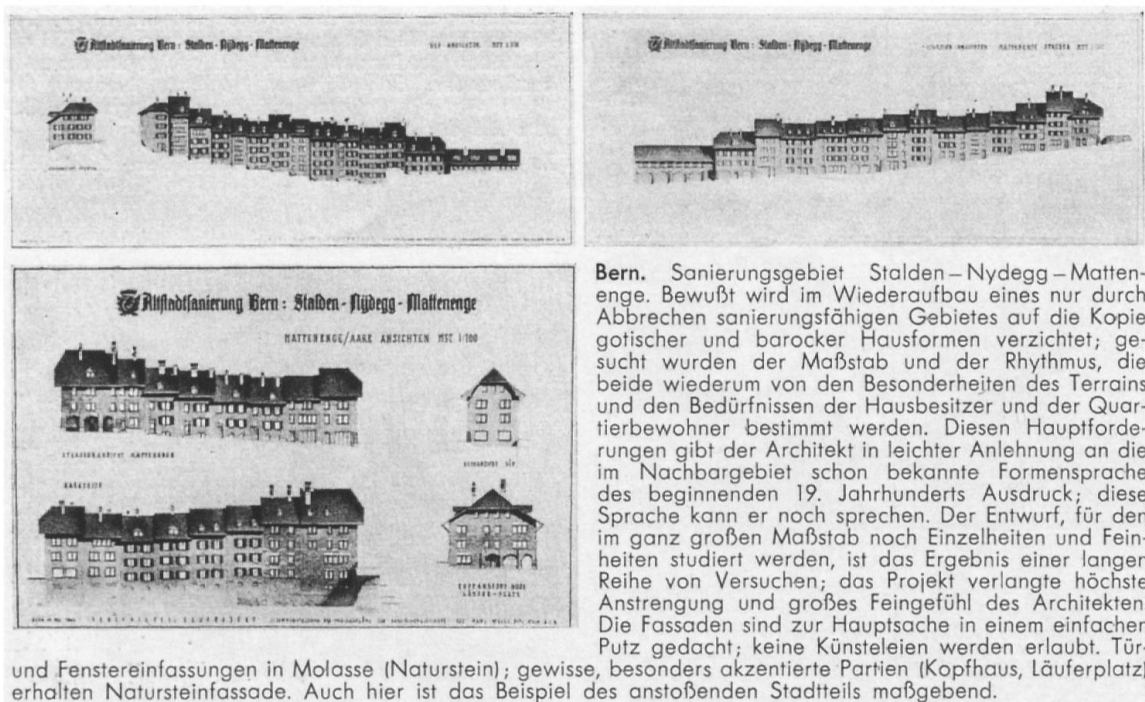


Abb.61: Ernst Reinhard: *Die Sanierung der Altstädte* (1945), Abbildungen zum Sanierungsprojekt für das Berner Nydeggquartier.

ventionierung durch den Bund bestehen. Neben Reinhard als Vorsitzendem gehörten der neuen Kommission mit Max Kopp und Stadtbaumeister Albert Heinrich Steiner zwei Architekten an, die eine wichtige Rolle in den Zürcher Sanierungsprojekten jener Jahre spielten, ausserdem der bereits an der ersten Kommission beteiligte Albert Bodmer sowie der Basler Architekt Othmar Jauch; Rudolf Steiger wie auch die übrigen ursprünglichen Mitglieder waren dagegen nicht mehr beteiligt. Als die Gründung der Kommission Ende 1945 durch das Eidgenössische Militärdepartement offiziell vollzogen wurde, stand bereits fest, dass der Bund aufgrund der Konjunkturlage zumindest vorerst keine Beiträge für Arbeitsbeschaffungsmassnahmen gewähren würde. In den darauffolgenden Jahren hielt die Kommission gleichwohl einige Sitzungen ab, allerdings ohne in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Auch wurden ihre Mitglieder regelmässig erneuert: Nach dem Tod Reinhards im Jahr 1947 wurde der Berner Stadtbaumeister Fritz Hiller in die Kommission berufen und Bodmer zu ihrem Vorsitzenden ernannt; später gehörten ihr zudem die Architekten Rino Tami aus Lugano und Jacques Béguin aus Neuenburg an. Lange nachdem klar geworden war, dass Arbeitsbeschaffungsmassnahmen unnötig waren, wurde die damals schon seit Jahren nicht mehr aktive Kommission mitten in der Hochkonjunktur offiziell im Jahr 1960 aufgelöst.³³⁰ Der Delegierte für Arbeitsbeschaffung wandelte sich wenig später hingegen zum «Delegierten für Konjunkturfragen», dessen hauptsächliche Aufgabe unter den veränderten Voraussetzungen nun ganz im Gegenteil in der Konjunkturdämpfung bestehen sollte.³³¹

Die massive Förderung, welche die Altstadtanierung mit den Arbeitsbeschaffungsprogrammen erfuhr, und die intensiven Bemühungen um die Durchsetzung einer

«stadtbilderhaltenden» Sanierungspraxis lassen sich, wie erwähnt, mit den beschäftigungspolitischen Zielen allein kaum ausreichend erklären. Vielmehr muss man sie wohl als ein politisches Projekt vor dem Hintergrund der «geistigen Landesverteidigung» sehen. Unter diesem Titel wurde in der Schweiz der späten dreissiger Jahre als Antwort auf die Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland ein Programm entwickelt, das über einen breiten politischen Konsens und mit Rekurs auf konservative Vorstellungen der Nationalidentität möglichst breite Kreise der Bevölkerung einbinden sollte. In der historischen Forschung bestehen zu einem gewissen Grad divergierende Auffassungen darüber, ob die «geistige Landesverteidigung» tendenziell und schlagwortartig verkürzt eher als «helvetischer Totalitarismus oder antitotalitärer Basiskompromiss» anzusprechen sei.³³² Man muss dabei wohl von verschiedenen Spielarten des Phänomens sprechen, indem sich verschiedene Kreise auf unterschiedliche Elemente der Konsenspolitik bezogen. So ist nicht zu übersehen, dass unter dem Titel der «geistigen Landesverteidigung» nicht nur konservative und autoritäre, sondern auch sozialliberale und linke Postulate verfolgt wurden.³³³ Gerade auf kulturpolitischem Gebiet aber wurde mit der Betonung traditioneller und als besonders «schweizerisch» empfundener Werte und Themen ein neuer Konservatismus vertreten. Dafür steht vor allem die 1938 von Bundesrat Philipp Etter dem Parlament vorgelegte «Kulturbotschaft», welche die Themen für die Identitätspolitik der «geistigen Landesverteidigung» ganz wesentlich prägte und mit der autoritären und nationalkonservativen Themen und Postulate offiziellen Charakter erhielten.³³⁴

Vor diesem Hintergrund eigneten sich Arbeitsbeschaffungsprogramme im Bereich der Altstadtanierung in doppelter Hinsicht als politisches Programm, indem sie einerseits einen breiten gesellschaftlich-politischen Konsens ermöglichten, andererseits einer traditionalistischen Kultur- und Identitätspolitik dienen konnten. Gewiss bildete der Rekurs auf Themen der «geistigen Landesverteidigung» mitunter einen strategischen Schachzug interessierter Kreise, um Kredite für die kostenintensiven Arbeitsbeschaffungsprogramme durchzusetzen.³³⁵ Die gezielte politische Förderung der Altstadtanierung dürfte sich aber kaum auf diese Ziele beschränkt haben. Dass Arbeitsbeschaffungsprogramme in den späten dreissiger Jahren über ihre rein beschäftigungspolitische Funktion hinaus als Mittel eines politischen Konsenses nutzbar gemacht wurden, zeigt sich auch in anderen Bereichen der Politik. So wurde beispielsweise die 1936 eingeführte «Wehranleihe», die zur Finanzierung der Rüstungspolitik dienen sollte, mit Fragen der Arbeitsbeschaffung verknüpft, um die Sozialdemokraten mit einbinden zu können.³³⁶ Eine ähnliche Dynamik lässt sich, wie beschrieben, beim Basler «Arbeitsrappen» feststellen. Die Aufgabe der Altstadtanierung eignete sich insofern für solche Ziele, als sich hier nicht nur beschäftigungspolitische Massnahmen und eine vor allem von sozialdemokratischer Seite befürwortete Wohnungsbaupolitik mit den Interessen der Bauwirtschaft verbinden konnten; mit einer traditionalistischen Programmatik liess sich auch ein Konsens in einem umso breiteren Spektrum politischer Parteien und Interessengruppen erzielen. So konnte damit die Heimatschutzbewegung eingebunden werden, deren Nähe zu den kulturpolitischen Zielen der «geistigen Landesverteidigung» bekannt ist.³³⁷ Dass mit Ernst Reinhard gerade ein bekannter Exponent der Sozialdemokratie auf kulturpolitischem Gebiet äusserst konservative Postulate vertrat, mag vielleicht erstaunen, muss aber kein Widerspruch sein und lässt keine unmittelbaren Rückschlüsse auf sozial- oder wirtschaftspolitische Positionen

zu. Am Zürcher Beispiel wird sich zeigen, dass entsprechenden Forderungen in den vierziger Jahren gerade auch von sozialdemokratischer Seite vorgebracht wurden.

Darüber hinaus bot sich die Förderung einer «stadtbilderhaltenden Sanierungspraxis» auch den Themen einer aktiv betriebenen konservativen Kultur- und Identitätspolitik an. Wieweit im Rahmen der kulturpolitischen Ziele der «geistigen Landesverteidigung» Architektur und Städtebau eine Rolle spielten, ist bislang weitgehend unerforscht; Ähnliches gilt für Denkmalpflege und Heimatschutz. Dass dem Rekurs auf das bauliche Erbe in der Kulturpolitik jener Jahre eine Rolle zukam, lässt sich daher nur an einzelnen Beispielen zeigen. Bereits die «Kulturbotschaft» von 1938 nannte die Pflege des traditionellen Stadt- und Landschaftsbildes und damit ein zentrales Thema der Heimatschutzbewegung ausdrücklich als mögliches Aufgabengebiet der Kulturpolitik: «Im Dienste schweizerischer Kulturwahrung stehen auch alle jene Bestrebungen, die wir hier der Kürze wegen in den Sammelbegriff des Heimatschutzes zusammenfassen. Der Heimatschutz will das Antlitz des Landes, das Bild der Landschaft wie unserer schönen Schweizerdörfer und -städte verteidigen gegen verständnislose Verschandelung.»³³⁸ Dass eine solche Politik auch tatsächlich ihren Niederschlag im Umgang mit dem baulichen Erbe fand, zeigt sich etwa an der Förderung von Restaurierungsmassnahmen, die offenkundig mehr vom Bedürfnis nach der Betonung «schweizerischer Eigenart» motiviert waren als vom kunsthistorischen Denkmalswert der betroffenen Bauten: Ein besonders deutliches Beispiel, an dem dies von der Forschung untersucht wurde, ist der Fall des 1939–1945 integral restaurierten Engadiner Bergdorfs Guarda.³³⁹ Auch ist es vielleicht kein Zufall, dass die Bauberatungsstelle des Schweizer Heimatschutzes – die von dem im Rahmen der Altstadtanierung vielbeschäftigten Max Kopp geleitet wurde – im Zusammenhang mit den Arbeitsbeschaffungsmassnahmen im Zweiten Weltkrieg eingerichtet wurde.³⁴⁰ Vor diesem Hintergrund liegt es nicht fern, die Förderung einer «stadtbilderhaltenden» Sanierungspraxis als gezieltes kulturpolitisches Programm zu sehen.

5.2 Altstadtanierung als Thema der Lokalpolitik

Die Sanierung der Altstadt war in den Jahren des Zweiten Weltkriegs auch Thema der lokalpolitischen Auseinandersetzungen in Zürich. Im Hinblick auf die Einrichtung des Büros für Altstadtanierung ist der zunehmend breite Konsens von Interesse, der dabei sowohl im Hinblick auf die institutionellen Rahmenbedingungen der Sanierung als auch auf das gewünschte Vorgehen zu beobachten ist. Treibende politische Kraft waren, wie schon seit den späten zwanziger Jahren, Exponenten der Sozialdemokratischen Partei (SP). Indem diese in den Jahren des Zweiten Weltkriegs neben einer hygienischen Sanierung erstmals auch die Erhaltung des überkommenen Stadtbilds in ihr Programm aufnahmen, konnten sie sich nicht nur auf die Arbeitsbeschaffungsprogramme des Bundes und die Vorgaben der Expertenkommission um Ernst Reinhard berufen. Auch standen ihre Vorstellungen damit in Übereinstimmung mit Forderungen, wie sie mit unterschiedlichem Hintergrund etwa vom Heimatschutz oder von den Architektenverbänden erhoben wurden.

Der Ruf nach einer durchgreifenden hygienischen Sanierung der Zürcher Altstadt hatte Ende der dreissiger Jahre zusätzliches Gewicht erhalten. So zog im Herbst 1938 ein Brand in einem Altstadthaus an der Preyergasse die Aufmerksamkeit der Lokalpolitik auf

sich. In der Folge überwies der Gemeinderat eine scharf formulierte Interpellation, welche dem Stadtrat Untätigkeit vorwarf und ihn aufforderte, «gründlich mit dem Gässchenelend Schluss zu machen, das heisst das Ausmieten von Wohnungen in solchen baufälligen und unhygienischen Häusern zu verbieten und sie abzureissen».³⁴¹ Dem vom Stadtrat umgehend beantworteten Vorstoss folgte nach wenigen Tagen ein weiterer mit ähnlicher Stossrichtung, und rund einen Monat später reichte ein «Aktionskomitee für Altstadt-sanierung» eine Petition ein, welche mit Verweis auf den Brand vom Stadtrat verlangte, «sofort alle Massnahmen zur gründlichen und durchgreifenden Altstadtsanierung in die Wege zu leiten».³⁴²

Von verschiedener Seite erhielt um 1940 die Forderung nach einer Erhaltung des Stadtbildes Unterstützung. Mit dem Kunsthistoriker Eduard Briner etwa fällt ein Vertreter des Zürcher Heimatschutzes zweimal in diesem Zusammenhang auf. So referierte Briner im Juni 1939 an der Generalversammlung des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen über die bauliche Entwicklung der Stadt Zürich und bemerkte mit Blick auf die Altstadt: «Es wird die Hauptaufgabe der nächsten Jahrzehnte sein, die als <Altstadtsanierung> schon längst in die Wege geleitete Auflockerung und Auflichtung der engen und dunkeln Altstadtquartiere durchzuführen, ohne den historischen Charakter dieses Stadtteils allzu stark zu beeinträchtigen.»³⁴³ Zwei Jahre später hielt Briner an einer vom Zürcher Heimatschutz organisierten Veranstaltung einen Diavortrag, der nun spezifischer der «Erneuerung der Zürcher Altstadt» gewidmet war. Diesem folgte auf derselben Versammlung ein Beitrag von Stadtpräsident Emil Klöti, der sich nun ebenfalls «deutlich gegen die Errichtung von Grossbauten in der Altstadt aussprach und der konsequenten Kleinarbeit am Bestehenden das Wort redete», wie die *Schweizerische Bauzeitung* eigens vermeldete.³⁴⁴ Zusätzliches Gewicht erhielt diese kurze Notiz dadurch, dass sie im Anschluss an einen Artikel erschien, der relativ ausführlich über die Sanierungskampagnen in der Altstadt von Braunschweig berichtete und diese für Zürich ausdrücklich zur Nachahmung empfahl; dort sah der Berichterstatte der *Bauzeitung* ebenfalls und mit sehr ähnlichen Formulierungen vor allem «geduldige Anpassung und zähes Eingehen auf den Einzelfall».³⁴⁵

Ein breiter Konsens zu Fragen der Altstadtsanierung zeichnete sich ab, als sich Exponenten der SP im Lauf der Kriegsjahre die Forderung nach Erhaltung des Stadtbildes zu eigen machten; auch brachten sie zunehmend spezifischere Vorschläge zum Vorgehen in die Diskussion ein. Im Frühling 1942 schlug Gemeinderat Edwin Manz, der schon 1928 im Kantonsrat Wortführer der Debatte über das «Gässchenelend» gewesen war (vgl. Kap. 3.3), in einer Interpellation die Einrichtung eines eigenen «Bureaus für Altstadtsanierung» vor, um die verschiedenen Aufgaben zu koordinieren – ein Anliegen, das der Stadtrat zu diesem Zeitpunkt noch ablehnte.³⁴⁶ Ende 1942 erschien im *Volksrecht* ein längerer Artikel des Architekten und SP-Mitglieds Max Aeschlimann, der verdeutlichte, dass nun auch bei Exponenten der SP ein Umdenken in der Frage des Zähringerdurchbruchs stattgefunden hatte; dieser war erst wenige Monate zuvor vom Regierungsrat abgelehnt worden. Aeschlimann sah sich in der Beurteilung «des heimatschützerischen Werts der Altstadt» mit dem Regierungsrat einig und forderte eine Sanierung der Altstadt «im Sinne der Denkmalpflege». Auf den Zähringerdurchbruch solle verzichtet, das betroffene Gebiet hingegen durch Abbruch der Hofbebauung und Begrünung der neuen Hofräume saniert werden, wie dies im Prinzip ja auch schon von verschiedenen städtischen Planungen für

unterstrich ein weiterer sozialdemokratischer Vorstoss im Gemeinderat das Interesse an dem Thema, indem vom Stadtrat ein Bericht über die «Richtlinien [...], die inskünftig für die Altstadt-sanierung Geltung haben», verlangt wurde.³⁵¹

Ein Beleg für die Aktualität, die das Thema in jenen Jahren erlangt hatte, ist auch eine 1944 unter dem Titel *Die Sanierung der Zürcher Altstadt* veröffentlichte volkswirtschaftliche Dissertation. Dem Autor, Anton Eric Scotoni, der in der Nachkriegszeit als Kinounternehmer bekannt werden sollte, ging es vor allem darum, die wirtschaftliche Durchführbarkeit einer Sanierung zu belegen; so plädierte er für ein Vorgehen, das die Interessen von Hausbesitzern und Bauwirtschaft berücksichtigte.³⁵² Stand das Thema den Aktivitäten der familieneigenen «Baugesellschaft Neu-Niederdorf» nicht fern, die an der Altstadt-sanierung beteiligt sein sollte, fand es mit einer vom Architekten und Städtebauteoretiker Ernst Egli verfassten Rezension sogar in der Fachwelt eine gewisse Resonanz.³⁵³ Im *Volksrecht* wurde das Buch als willkommene Unterstützung von unerwarteter Seite begrüsst: Unter dem Titel *Altstadt-Sanierung oder Altstadt-Museum* erschien eine begeisterte Rezension, deren Verfasser in Scotonis Buch seine Auffassung bestätigt fand, «dass die dafür zuständigen und verantwortlichen Organe, vor allem die Bauämter I und II, für die Altstadt-Sanierung seit Jahren nicht nur nichts getan, sondern dass sie diese Altstadt-sanierung selbst in ihrem bescheidensten Ausmass systematisch *verhindert*, regelrecht *sabotiert* haben».³⁵⁴

Mehrfach schalteten sich in diesen Jahren mit dem Zürcher Ingenieur- und Architektenverein (ZIA) und der Ortsgruppe des Bundes Schweizerischer Architekten (BSA) die lokalen Sektionen der beiden schweizerischen Architektenverbände in die Debatte ein. Sie mussten ihre Forderungen allerdings nicht in der Öffentlichkeit vorbringen, sondern wandten sich mit ihren Anliegen direkt an den Stadtrat. Nachdem im Herbst 1938 eine Besprechung zwischen Konrad Hippenmeier und Vertretern von ZIA und BSA über die damaligen Projekte für das untere Niederdorf (vgl. Kap. 4.4) stattgefunden hatte, gelangten dieselben Verbände in den Kriegsjahren mindestens zweimal mit konkreten Vorschlägen und Forderungen zur Durchführung der Altstadt-sanierung an die Stadt.³⁵⁵ 1941 äusserten sie gegenüber der Stadtverwaltung gemeinsam den Wunsch, nicht nur für Entwurf und Projektierung einzelner Gebäude, sondern auch im Bereich städtebaulicher Planungen Aufträge an freischaffende Architekten zu vergeben.³⁵⁶ Als im Winter 1944/45 die Einrichtung einer Amtsstelle für die Altstadt-sanierung im Raum stand, formulierten die Verbände in einem Schreiben an den Stadtrat Anliegen im Hinblick auf deren organisatorische Ausgestaltung.³⁵⁷ Beide Interventionen, die neben allgemeinen fachlichen Überlegungen natürlich auch berufsständische Interessen verfolgten, hatten direkte Auswirkungen auf die Durchführung der Planungen und der Sanierungskampagnen, worauf noch einzugehen ist.

5.3 Die Studienaufträge des Bebauungsplanbüros, 1942–1944

Nach der Verabschiedung der Bauvorschriften für den Zähringerdurchbruch und das untere Niederdorf im Jahr 1940 wurden von Seiten der Stadtverwaltung zunächst für rund zwei Jahre keine weiteren Anstrengungen im Hinblick auf die Altstadt-sanierung unternommen. Dies ist wohl kaum veränderten politischen Präferenzen der Stadtregierung zuzuschreiben, vielmehr wird es damit zu erklären sein, dass mit dem unerwarteten Tod

von Konrad Hippenmeier im Jahr 1940 die bis dahin zentrale Figur der Altstadtanierung fehlte.³⁵⁸ Die nächsten Aktivitäten der Stadtverwaltung fielen ins Jahr 1942 und bestanden in der Vergabe von Studienaufträgen für ausgewählte Gebiete der Altstadt. Durch das Bebauungsplanbüro veranstaltet, sollten die Studienaufträge für die Amtsstelle allerdings zum Schlusspunkt der Beschäftigung mit dem Thema der Altstadtanierung werden und damit eine Episode bleiben. Von Interesse sind sie vor allem im Hinblick auf die Organisation der Planungsarbeiten, indem mit dem Beizug von freischaffenden Architekten zum ersten Mal ein Vorgehen gewählt wurde, das wenig später, dann aber durch Stadtbaumeister Steiner, systematisch auf die ganze Altstadt ausgedehnt werden sollte. Die vorgeschlagenen Projekte lassen hingegen kaum ein Gesamtkonzept erkennen und fanden entsprechend keine Nachfolge in den späteren Planungen.³⁵⁹

Auch wenn die Studienaufträge vom Bebauungsplanbüro durchgeführt wurden, war der neue Leiter der Amtsstelle, Hans Kupli, auf konzeptioneller Ebene wohl kaum oder nur am Rand beteiligt. Vorher Stellvertreter von Konrad Hippenmeier, hatte er nach dessen Tod die Leitung des Bebauungsplanbüros übernommen.³⁶⁰ Vielmehr ging die Initiative für die Planungsarbeiten offenbar direkt von der erwähnten Intervention der Zürcher Architektenverbände von 1941 aus, die im Zusammenhang der damals anhebenden Diskussion um die Arbeitsbeschaffung zu sehen ist. So hatten ZIA und BSA ihr Anliegen, städtebauliche Planungsarbeiten an freischaffende Architekten zu vergeben, mit der schlechten Auftragslage begründet.³⁶¹ In der Folge wurde der Vorschlag zwischen der Stadt und Vertretern der Architektenverbände näher besprochen, und im Juli 1942 stimmte der Stadtrat der Vergabe von Planungsarbeiten zu, wobei «Studien über Strassen- und Platzgestaltungen in Altstadtquartieren mit Bezeichnung der erhaltenswerten Gebäulichkeiten» nur eine der genannten städtebaulichen Aufgabenstellungen waren. Ausdrücklich wurde in den Bedingungen zu den Studienaufträgen darauf hingewiesen, dass «der typische Charakter der Altstadt [...] nicht verloren gehen darf».³⁶²

Für die Bearbeitung der Studienaufträge wurden drei Arbeitsgemeinschaften von Architekten ausgewählt, bei deren Zusammensetzung man sich wohl an die Vorschläge der Architektenverbände hielt. Ernst F. Burckhardt, Hans Fischli, Max Kopp und Walther Niehus sollten gemeinsam das Gebiet zwischen Rathausbrücke und Münsterhof bearbeiten, Conrad D. Furrer und Alfred Gradmann die Umgebung des Grossmünsters, F. Sommerfeld und H. Schürch schliesslich den Bereich von Schifflande und Hechtplatz.³⁶³ Bekannt sind lediglich die Projekte der ersten Gruppe, die sich im Lauf der Bearbeitung aufspaltete und bis zur Abgabe im Jahr 1944 zwei völlig gegensätzliche, in beiden Fällen aber aufwendig dokumentierte Projekte erarbeitete.³⁶⁴ Furrer und Gradmann reichten offenbar ebenfalls fristgerecht ein Projekt ein, während Sommerfeld und Schürch zum vereinbarten Termin keine Pläne abgegeben hatten.³⁶⁵

Das Projekt von Max Kopp und Walther Niehus schlug vor, die bisherige Bebauung in ihrer Struktur grundsätzlich zu erhalten, an prominenter Stelle aber durch frei historisierende Neubauten zu ergänzen.³⁶⁶ So sollten im Gebiet zwischen Münsterhof und Weinplatz bei weitgehend unveränderter Strassenführung einige Höfe ausgekernt werden (Abb. 63). Die Umgebung des Rathauses – in der wenige Jahre zuvor nach Kopps Entwurf das Hotel «Storchen» realisiert worden war – wollten die Architekten durch mehrere Eingriffe aufwerten: In ihren Perspektiven erscheinen nicht nur pavillonartige Aufbauten über der Brücke; dem Rathaus unmittelbar gegenüber zeichneten sie einen dreigeschos-

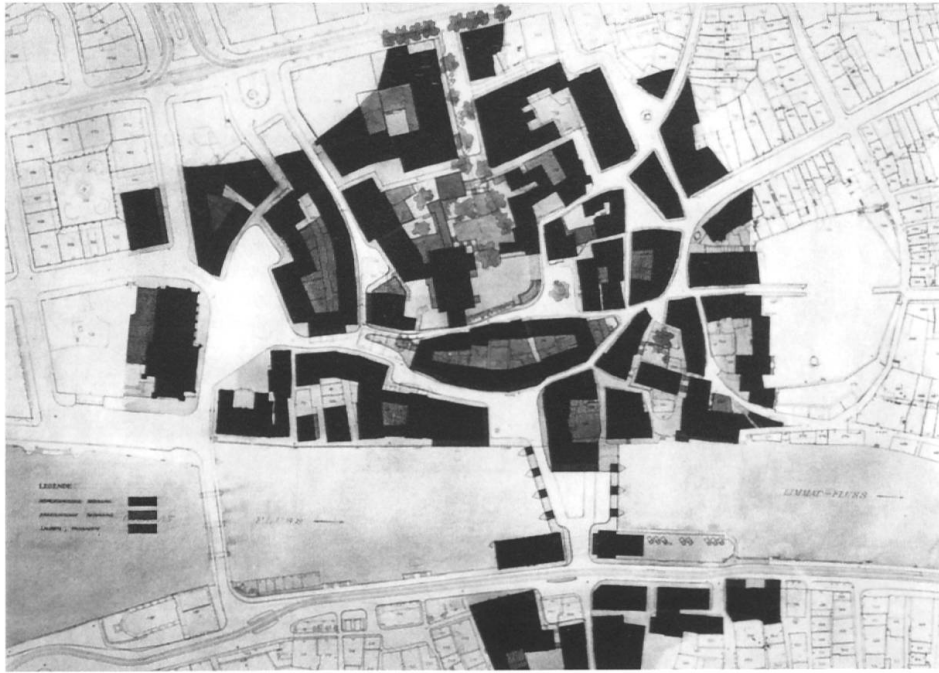


Abb.63: Max Kopp und Walther Niehus, Sanierungsprojekt für das Gebiet zwischen Rathausbrücke und Münsterhof, 1944, Übersichtsplan.

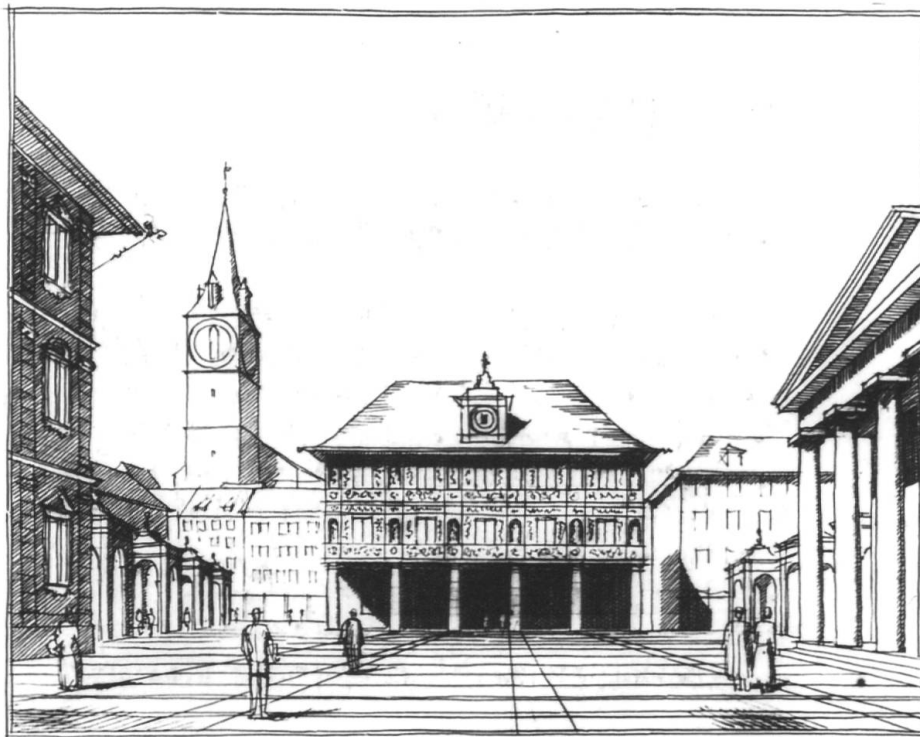


Abb.64: Max Kopp und Walther Niehus, Sanierungsprojekt für das Gebiet zwischen Rathausbrücke und Münsterhof, 1944, Vorschlag für einen Neubau gegenüber dem Rathaus an der Rathausbrücke.

ALTSTADTSANIERUNG ZÜRICH
LINKES UFER VORSCHLAG C

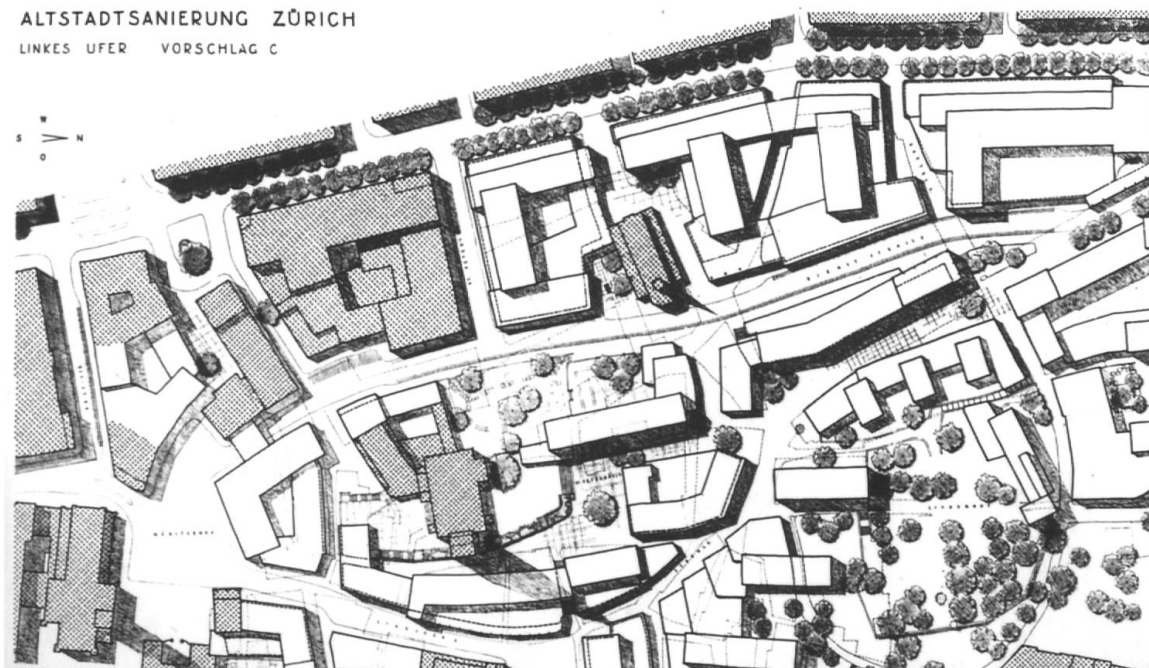


Abb.65: Ernst F. Burckhardt, Hans Fischli und Oskar Stock, Sanierungsprojekt für die linksufrige Altstadt, 1944, Übersichtsplan.

sigen Neubau mit Säulenportikus, Fassadenschmuck in Renaissanceformen und hohem Walmdach mit Uhrtürmchen ein (Abb.64). Ernst F. Burckhardt und Hans Fischli hingegen erarbeiteten zusammen mit Oskar Stock ein Projekt, das für die linksufrige Altstadt faktisch eine durchgehende Neubebauung vorschlug (Abb.65). Zentrales Element war eine als «Dienststrasse» vorgesehene Verbindung vom Rennweg zum Münsterhof, die von sechs- und siebengeschossigen Geschäftshäusern in konsequent moderner Formensprache gesäumt worden wäre.

Damit widersprachen nach zeitgenössischem Verständnis wohl beide Projekte, wenn auch in entgegengesetzter Richtung, den Vorgaben: In sehr offensichtlicher Weise setzte sich das Projekt von Burckhardt und Fischli über die geforderte Bewahrung des Altstadtcharakters hinweg. Das Projekt von Kopp und Niehus hingegen entsprach zwar im Umgang mit der Stadtstruktur durchaus den in den folgenden Jahren mit dem Ziel der Stadtbilderhaltung propagierten Konzepten; der üppige Historismus aber war in Zürich wohl kaum mehrheitsfähig. Eine solche Formensprache war im schweizerischen Kontext der vierziger Jahre in dieser Form jedenfalls gänzlich unbekannt. Während Kopp und Niehus, aber auch Gradmann und Furrer bei den Planungen berücksichtigt werden sollten, die wenig später vom neuen Stadtbaumeister Albert Heinrich Steiner in Angriff genommen wurden, waren Burckhardt und Fischli dort nicht mehr beteiligt.

5.4 Der Weg zur Gründung des Büros für Altstadtanierung

War die Altstadtanierung seit den Jahren um 1930 in die Kompetenz des Bebauungsplanbüros gefallen, vollzogen sich ab 1942 einige grundsätzliche Veränderungen auf institutioneller und personeller Ebene. Zur zentralen Figur wurde der 1942 zum Stadtbaumeister ernannte Albert Heinrich Steiner, der das Thema in der Folge zunehmend bestimmen konnte. In Übereinstimmung mit den Zielen seines politischen Vorgesetzten, des kurz zuvor neu gewählten Stadtrats Heinrich Oetiker, gelang es Steiner, innerhalb der Stadtverwaltung die Zuständigkeit für das Thema der Altstadtanierung an sich zu ziehen. Dabei gewann allmählich ein eigentliches Sanierungsprogramm für die Altstadt Konturen, noch bevor dieses durch die Einrichtung des Büros für Altstadtanierung im Hochbauamt einen institutionellen Rahmen erhielt. Steiners Erfolg ist wohl wesentlich damit zu erklären, dass er die Forderungen der Lokalpolitik oder die Anliegen der Architektenverbände inhaltlich zwar aufgriff, sich aber – ob mit oder ohne Strategie – durch bisweilen eigenmächtige, vom Stadtrat unterstützte Initiativen gleichzeitig Handlungsspielräume schuf.

Die beiden personellen Wechsel, die sich in den Jahren 1942/43 auf verschiedenen Ebenen des städtischen Hochbauamts vollzogen, fielen nur durch Zufall zusammen. Zunächst stiess nach den Stadtratswahlen von 1942 – auf die hin unter anderem der langjährige Stadtpräsident Emil Klöti zurückgetreten war – Heinrich Oetiker als neues Mitglied zur Stadtregierung. Als Parteiloser vom Landesring der Unabhängigen unterstützt, übernahm Oetiker, selbst Architekt, in der Folge das Bauamt II.³⁶⁷ Noch im selben Jahr wurde der seit 1919 amtierende Stadtbaumeister Hermann Herter pensioniert, womit eine der wichtigsten Funktionen von Oetikers Verwaltungsabteilung neu zu besetzen war. Zu Herters Nachfolger wählte der Stadtrat den Architekten Albert Heinrich Steiner (1905–1996), der seine Stelle 1943 antrat und bis zu seinem freiwilligen Rücktritt im Jahr 1957 (vgl. Kap. 7.2) nicht nur die Altstadtanierung, sondern Architektur und städtebauliche Entwicklung Zürichs allgemein wesentlich prägen sollte.³⁶⁸

Steiner hatte ab 1924 an der ETH Zürich bei Friedrich Hess und anschliessend in München studiert, unter anderem bei Theodor Fischer und German Bestelmeyer. Nach einigen Jahren als Mitarbeiter im Büro von Otto Rudolf Salvisberg führte er seit 1933 ein eigenes Büro in Zürich, mit dem er in den folgenden Jahren zahlreiche Einfamilienhäuser, aber auch einige öffentliche Bauten realisierte. Als Gründe für Steiners Wahl zum Stadtbaumeister führte der Stadtrat vor allem dessen kommunikative Fähigkeiten an.³⁶⁹ Man darf aber wohl davon ausgehen, dass auch die von Steiner vertretene Architekturauffassung bei der Besetzung der Stelle eine Rolle spielte. So war Steiners ernsthaftester Konkurrent unter insgesamt zwanzig Bewerbern, der an den gleichzeitigen Studienaufträgen des Bebauungsplanbüros beteiligte Architekt Ernst F. Burckhardt, ein entschiedener Verfechter der architektonischen Moderne.³⁷⁰ Steiner dagegen konnte als Vertreter einer deutlich traditionalistischeren Architekturauffassung gelten.³⁷¹ Vor allem zeigen dies seine vor der Wahl zum Stadtbaumeister realisierten Projekte: mit Ausnahme einer 1937/38 in betont modernen Formen erbauten Villa handelt es sich durchwegs um satteldachgedeckte, massiv wirkende Bauten, die einer regionalistischen Architektur im Sinn der sogenannten Stuttgarter Schule verpflichtet sind.³⁷² Auch war Steiner Mitglied des Schweizer Heimatschutzes und des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen und Städtebau (IVWS), was zumindest eine gewisse Distanz zur modernen Architekturavantgarde markierte; diese

war – wie etwa Burckhardt – in den CIAM (Congrès internationaux pour l'architecture moderne) organisiert.³⁷³

Steiners Bemühungen um die Zuständigkeit für die Altstadtanierung sind im Zusammenhang eines allgemeineren Konflikts um die Kompetenz für die Stadtplanung zu sehen, zumal Heinrich Oetiker nach seiner Wahl in den Stadtrat eine Zusammenfassung der gesamten Stadtplanung im Bauamt II anstrebte. Beides führte zu einem Konflikt mit dem von Hans Kupli geleiteten Bebauungsplanbüro.³⁷⁴ Das Verhältnis zwischen der im Tiefbauamt angesiedelten Amtsstelle und dem Stadtbaumeister als Leiter des Hochbauamts war schon unter den vorherigen Stellenleitern konfliktreich gewesen; so hatten sich Konrad Hippenmeier und Hermann Herter ja gerade im Bereich der Altstadtanierung oft mit unterschiedlichen Auffassungen gegenübergestanden (vgl. Kap. 3.1). Die angestrebte Eingliederung des Bebauungsplanbüros ins Hochbauamt misslang Oetiker, weil sich Kupli dagegen wehrte, faktisch sollten die Zuständigkeit des Bebauungsplanbüros aber 1947 auf die Verkehrsplanung reduziert und dessen wichtigste Aufgaben dem Hochbauamt zugeschlagen werden.³⁷⁵ Bei dieser Neuverteilung der Kompetenzen dürfte die Tatsache eine Rolle gespielt haben, dass Steiner mit seiner Arbeitsweise in sehr viel kürzerer Zeit zu umsetzbaren Resultaten gelangte als Kupli.³⁷⁶ Erleichtert wurde das wohl dadurch, dass Oetiker von 1947 bis 1950 anstelle des vom Stadtrat entmachteten Kommunisten Edgar Woog zusätzlich interimistisch das Tiefbauamt leitete.³⁷⁷

Steiners Bemühungen um die Frage der Altstadtanierung entwickelten sich sukzessive. Seine ersten Aktivitäten in diesem Zusammenhang unternahm er im Juni 1943 und damit schon kurz nach seinem Amtsantritt. Sie waren noch auf ein einzelnes Haus an der Stüssihofstatt begrenzt. Wie Steiner in einer Sitzung des Stadtrats ausführte, wollte er einen von privater Seite geplanten Umbau des Hauses zum Anlass nehmen, «eine Verbesserung des Platzbildes an der Stüssihofstatt zu erzielen». Mit dem ausdrücklichen Ziel der Stadtbildpflege sollten Gestaltungsvorgaben für den Umbau durchgesetzt werden, deren Umsetzung Steiner im Gegenzug durch finanzielle Beiträge der Stadt absichern wollte, ein Vorgehen, das seit den Ersatzneubauten der späten dreissiger Jahre vereinzelt angewandt wurde und das der Stadtrat in der Sitzung denn auch guthiess.³⁷⁸ Auch wenn der Vorstoss noch kein übergreifendes Konzept erkennen liess, wandte Steiner hier erstmals ein Vorgehen an, das unter seiner Leitung wenig später systematisch auf die ganze Altstadt ausgedehnt werden sollte.

Deutlichere Konturen erhielten Steiners Aktivitäten im darauffolgenden Jahr, als er mit eigenen Planungsarbeiten für ein grösseres, zusammenhängendes Altstadtquartier begann und wenig später die Vergabe von Studienaufträgen an freischaffende Architekten organisierte. Diese sollten schliesslich die Grundlage für die in den folgenden Jahren auf die gesamte Altstadt ausgedehnten Planungen bilden. Zunächst erarbeitete Steiner im Frühjahr 1944 selbst ein Sanierungsprojekt für das Gebiet um Predigerkirche und Zentralbibliothek, dem eine Planaufnahme des Bestands vorausging und das vergleichsweise detaillierte Neubauvorschläge für die Strassenblöcke zwischen Hirschenplatz und Seilergraben machte (vgl. Abb. 68, Block 1).³⁷⁹ Im Juli desselben Jahrs vergab das Hochbauamt Studienaufträge an drei Teams von selbständig tätigen Architekten, welche jeweils einen kleineren Abschnitt des Neumarktquartiers bearbeiten sollten (vgl. Abb. 68, Blöcke 3–5). Sie betrafen damit ein Gebiet, das im Bereich des zwei Jahre zuvor vom Kanton abgelehnten Zähringerdurchbruchs, aber auch in der Nachbarschaft des bereits von Steiner erarbei-

teten Projekts lag. Für die drei Arbeitsgruppen wurden nun recht genaue, von Steiner selbst aufgestellte Vorgaben formuliert, die eine Erhaltung des Stadtbildes bei teilweisem Ersatz der Einzelbauten forderten: während man feststellte, das bearbeitete Gebiet sei vor allem «in seiner Geschlossenheit und ursprünglichen Anlage» erhaltenswert, sollten die Architekten in Bezug auf die einzelnen Bauten Vorschläge für deren Erhaltung, Umbau oder Ersatz durch Neubauten erarbeiten, wobei auch Angaben zu «Charakter und Massstab» der Ersatzneubauten verlangt waren. Ausdrücklich wurde zudem auf die Sanierungskampagnen in der Altstadt von Biel als vorbildliches Beispiel verwiesen.³⁸⁰

Mit den Studienaufträgen war die Zuständigkeit für das Thema faktisch ans Hochbauamt übergegangen. Hans Kupli, dessen Bebauungsplanbüro zwei Jahre zuvor ebenfalls Studienaufträge für die Altstadtsanierung vergeben hatte, protestierte zwar gegen das Vorgehen, konnte Steiners Planungen aber nicht mehr verhindern. Vielmehr dürften es die von ihm vertretenen fachlichen Positionen wesentlich erleichtert haben, dem Bebauungsplanbüro die Kompetenz für das Thema der Altstadtsanierung zu entziehen. So kritisierte Kupli, Steiners Programm sei «mehr ästhetisch-heimatschützerischer Natur», während aus seiner Sicht bei der Altstadtsanierung vor allem Verkehrsprobleme und wohngygenische Massnahmen, aber erst in dritter und letzter Linie «künstlerische Werte» zu berücksichtigen waren.³⁸¹ Auch in dem Bericht, mit dem das Bebauungsplanbüro unter Kuplis Leitung 1944 den Fragenkatalog der Eidgenössischen Expertenkommission für Altstadtsanierung beantwortete, fehlen Fragen der Denkmalpflege und der architektonischen Gestaltung nahezu vollständig.³⁸² Wie die von politischer Seite, aber auch von Architektenkreisen erhobenen Forderungen nach einer Erhaltung des Stadtbildes zeigen, war eine solche Position in jenen Jahren kaum noch mehrheitsfähig.

Im Hochbauamt wurde zu diesem Zeitpunkt auch schon die Absicht verfolgt, die Altstadtsanierung in einer eigenen Amtsstelle zu institutionalisieren. So bezog sich Steiner gegenüber seinem Vorgesetzten, Stadtrat Heinrich Oetiker, in einer Erläuterung zum beabsichtigten Vorgehen ausdrücklich auf die von den Zürcher Sozialdemokraten eingerichtete Studienkommission und erklärte sich mit deren Forderungen einverstanden.³⁸³ Diese hatte lediglich einige Tage zuvor im *Volksrecht* ihr Sanierungsprogramm veröffentlicht, das nicht nur eine stärkere Berücksichtigung der bestehenden Bebauung forderte, sondern auch die Einrichtung einer eigenen Amtsstelle, deren Aufgaben unter anderem mit der «Bereitstellung aller notwendigen planlichen und statistischen Unterlagen», der «Ausarbeitung eines Generalsanierungsplans» mit Angabe erhaltenswerter und für Neubebauung vorgesehener Altstadtteile sowie «Detailstudien städtebaulicher, rechtlicher und finanzieller Art» angegeben wurde.³⁸⁴ Was die propagierten Sanierungskonzepte betraf, verwies Steiner auf deren Übereinstimmungen mit den Überlegungen von Ernst Reinhard, der durch seine Funktion offenbar bereits als Autorität betrachtet wurde, auch wenn er sein Buch erst ein Jahr später veröffentlichen sollte: «Dieses Vorgehen deckt sich vollkommen mit den Thesen von Herrn Nationalrat und Baudirektor Reinhard aus Bern, die anlässlich einer Städtebautagung in Genf vom 3.–4. Juni [1944] vorgebracht wurden.»³⁸⁵ Die Auswahl der beauftragten Architekten verweist auf die enge Abstimmung mit den Exponenten der lokalpolitischen Debatte. So waren neben anderen Architekten Max Kopp, Walther Niehus, Conrad D. Furrer und Alfred Gradmann beteiligt, die schon an den vom Bebauungsplanbüro 1942 auf Anregung der Architektenverbände veranstalteten Studienaufträgen teilgenommen hatten, aber auch Max Aeschlimann, der anderthalb Jahre

zuvor im *Volksrecht* einen Sanierungsvorschlag für das Neumarktquartier veröffentlicht hatte; Gradmann sollte sich ausserdem drei Monate später in seiner Funktion als Obmann der BSA-Ortsgruppe in die Debatte einbringen.³⁸⁶

Nachdem der Gemeinderat im Oktober 1944 die erwähnten Forderungen der Sozialdemokraten an den Stadtrat überwiesen hatte, stand die Einrichtung einer eigenen Amtsstelle auf der politischen Agenda der Stadtregierung.³⁸⁷ In dieser Situation wandten sich die Zürcher Architektenverbände mit ihrem gemeinsamen Schreiben an den Stadtrat (vgl. Kap.5.2), das im Wesentlichen dem von Steiner verfolgten Vorgehen weitere Unterstützung sicherte. Neben der Warnung vor einer «weiteren Aufspaltung der städtischen Aemter für Stadtbau» betonten ZIA und BSA mit Nachdruck, dass es sich bei der Planung von Neubauten in «erhaltungswürdigen» Gebieten der Altstadt «vor allem um ein architektonisches und raumkünstlerisches Problem» handle, die Aufgabe also dem Stadtbaumeister zu übertragen sei. Wenn es im selben Zusammenhang zudem hiess, es reiche nicht, «nur Baulinien und Bauordnungen festzulegen», wurde direkt das bisher vom Bebauungsplanbüro praktizierte Vorgehen kritisiert. Wohl mit kritischem Blick auf die bereits durchgeführten Studienaufträge warnten die Architektenverbände allerdings auch «vor einer allzu weitgehenden Einzelplanung auf Vorrat, welche einer Realisierungsmöglichkeit in nützlicher Frist ermangelt». Abschliessend regten sie im Hinblick auf die finanziellen Voraussetzungen der Aufgabe an, «den jährlichen Kredit für die Altstadtsanierung wesentlich zu erhöhen».³⁸⁸

Im April 1945 fällte der Stadtrat den grundsätzlichen Beschluss, eine «Zentralstelle für Altstadtsanierung» zu schaffen, und beauftragte die Stadträte Stirnemann und Oetiker als Vorsteher der beiden Bauämter, gemeinsam deren Organisation, Ausgestaltung und Zuständigkeit zu beraten.³⁸⁹ Faktisch war die Entscheidung, die neue Amtsstelle dem Stadtbaumeister zu unterstellen, wohl schon gefallen. So beteiligte sich Steiner praktisch gleichzeitig mit einem Beitrag zur Altstadtsanierung an einer Ausstellung im Kunstgewerbemuseum (vgl. Kap.6.1), und kurz darauf wurde er zum Zürcher Vertreter in der vom Bund eingerichteten Expertenkommission bestimmt.³⁹⁰ Am 9. Oktober 1945 beschloss man ausdrücklich, die neue Amtsstelle in dem für den Hochbau zuständigen Bauamt II anzusiedeln und direkt dem Stadtbaumeister zu unterstellen, was man mit deren Aufgabenbereich begründete. So sah der Stadtrat nun in den «kommenden Aufgaben der Altstadtsanierung [...] vor allem Fragen des Hochbaues, der Aesthetik und des Heimatschutzes, deren Behandlung von jeher in die Zuständigkeit des Hochbauamtes gefallen ist».³⁹¹ Die weiteren Schritte auf dem Weg zur Einrichtung der neuen Amtsstelle vollzogen sich ohne nennenswerte Schwierigkeiten, worin sich die allgemeine Überzeugung von der Notwendigkeit der Aufgabe spiegelt. Im November 1945 beschloss der Stadtrat, dem Gemeinderat eine Erhöhung des Altstadtsanierungskredits von zuvor 500 000 Franken auf eine Million jährlich zu beantragen, womit eine weitere Forderung der beiden Architektenverbände erfüllt wurde, und einen Monat später beschäftigte sich der Stadtrat mit der personellen Ausstattung der nun als «Bureau für Altstadtsanierung» bezeichneten Amtsstelle.³⁹² Der Gemeinderat stimmte den Anträgen des Stadtrats zu, und im Juni 1946 konnte das Büro für Altstadtsanierung offiziell seine Tätigkeit aufnehmen.³⁹³

6 Das Büro für Altstadtsanierung unter Stadtbaumeister Albert Heinrich Steiner

Mit der Institutionalisierung der Altstadtsanierung in einer eigenen Amtsstelle waren die Voraussetzungen geschaffen, um die bis dahin isoliert gebliebenen Anstrengungen systematischer zu verfolgen. Das Büro für Altstadtsanierung erarbeitete nicht nur Sanierungsprojekte, indem man die von Steiner 1944 in Angriff genommenen Planungskampagnen auf die ganze Stadt ausdehnte; mit Überzeugungsarbeit, Verhandlungsgeschick und der Gewährung von Subventionen wurde auch die Neubautätigkeit in der Altstadt gefördert. Ausdrückliches Ziel war es dabei, «Stadtbild» und «Massstab» der Altstadt zu erhalten, die einzelnen Häuser aber zu ersetzen – ein Vorgehen, das schon mit den drei besprochenen Ersatzneubauten der späten dreissiger Jahre verfolgt worden war, nun aber zur Grundlage eigentlicher Sanierungskampagnen wurde. Deren Resultat waren zahlreiche traditionalistische Anpassungsneubauten, aber auch kleinere Umbauten, die in den vierziger und fünfziger Jahren an verschiedenen Stellen der Altstadt entstanden. Wie ein Blick auf die zeitgenössische Städtebaudiskussion zeigen wird, verfolgte man damit eine Sanierungspraxis, die nicht nur von der Expertenkommission um Ernst Reinhard gezielt propagiert worden war; im Hintergrund eines solchen Vorgehens sind auch Sanierungskampagnen zu sehen, die in den dreissiger Jahren und bis in die Jahre des Zweiten Weltkriegs hinein in deutschen Städten betrieben worden waren.

6.1 Programm und Organisation des Büros für Altstadtsanierung

Organisation und Aufbau des im Juni 1946 eingerichteten Büros für Altstadtsanierung waren darauf abgestimmt, die nun beabsichtigte sukzessive Erneuerung der Altstadt durch Renovation, Umbau oder Ersatz der einzelnen Häuser zu ermöglichen. Sowohl aus der organisatorischen Struktur der direkt dem Stadtbaumeister unterstellten Amtsstelle als auch aus Steiners persönlichem Engagement wird deutlich, dass dieser die Altstadtsanierung als eine zentrale Aufgabe seines Amtes betrachtete und die Sanierungskampagnen persönlich auch direkt prägte. So formulierte Steiner bei mehreren Gelegenheiten ein eigentliches Programm für die Sanierungskampagnen und warb mit Ausstellungen und Fachartikeln auch in der Öffentlichkeit für die Sanierungskampagnen in der Altstadt.

Das Büro für Altstadtsanierung war institutionell nicht nur direkt dem Stadtbaumeister unterstellt. Zumindest anfangs bestimmte Steiner wohl auch wesentlich die Tätigkeit der Amtsstelle, auch wenn diese von einem eigenen «Adjunkt für Altstadtsanierung» geleitet wurde. So wurde die neue Amtsstelle im städtischen Amtshaus IV in der unmittelbaren Nachbarschaft des Stadtbaumeisters untergebracht, wo trotz Raumnot «wegen der erwünschten engen Zusammenarbeit mit dem neuen Bureau» Platz geschaffen werden musste. Personell verfügte das Büro über vier Mitarbeiter: neben dem Leiter waren dies ein weiterer Architekt, ein Jurist sowie eine Sekretariatskraft.³⁹⁴ 1946 wurde als erster

Büroleiter der Architekt Ernst Jatón eingestellt, der durch Freitod bereits im darauffolgenden Jahr starb. Sein Nachfolger Hansfranz Müller hatte die Stelle bis 1951 inne; wie Jatón blieb auch er im Hintergrund. Erst der 1951 als Adjunkt für Altstadt-sanierung eingestellte Richard A. Wagner sollte, nochmals später und dann zum städtischen Denkmalpfleger geworden, öffentlich in Erscheinung treten (vgl. Kap. 7.2).³⁹⁵

Die Aufgaben der neuen Amtsstelle wurden im entsprechenden Stadtratsbeschluss mit der Planung wie auch der Durchführung der Altstadt-sanierung umschrieben: sie sollten die «Inventarisierung» der Altstadt in der Form von Planaufnahmen des Baubestandes, die Ausarbeitung von Sanierungsprojekten und deren «quartier- oder blockweise» Umsetzung umfassen. Die Umsetzung der Projekte wollte die Stadt unter anderem durch die Realisierung von Neubauten in eigener Regie vorantreiben; den erfolgversprechendsten Weg sah man aber in der Förderung der privaten Bautätigkeit: «Die gangbarste, schnellste und rationellste Durchführung wird auf dem Wege der Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Verwaltung und Baugenossenschaften oder Privatpersonen zu erreichen sein.» Um die Bautätigkeit in die gewünschte Richtung zu lenken, sollten weiterhin Beiträge an Um- und Neubauten gewährt und mit gestalterischen Vorgaben verknüpft werden; längerfristig wurde aber vor allem die Ausarbeitung von Spezialbauordnungen in Aussicht gestellt.³⁹⁶

Praktisch alle spezifischeren Aussagen über Ziele und Grundsätze der Sanierungsprogramme stammen von Steiner selbst.³⁹⁷ Deutlich zeigen sie vor allem, dass die Sanierungskampagnen in der Zürcher Altstadt nicht nur Resultat einer verbreiteten Sanierungspraxis waren, sondern dass ihnen ein eigentliches Programm zugrunde lag. Indem Steiner ausdrücklich eine Erhaltung des Stadtbildes bei gleichzeitig weitgehendem Ersatz der einzelnen Häuser durch formal «angepasste» Neubauten forderte, griff er Konzepte der Stadt-sanierung auf, wie sie in der Zürcher Altstadt erstmals in den Ersatzneubauten der späten dreissiger Jahre Niederschlag gefunden hatten; auf deren Verortung im Kontext der zeitgenössischen Städtebaudiskussion ist noch zurückzukommen.

Wenn Steiner in seinen Äusserungen den Denkmalswert und den ästhetischen Reiz der Altstadt betonte, lag darin nach den vorangegangenen Auseinandersetzungen mittlerweile schon beinahe eine Selbstverständlichkeit. So war es nach Steiner «nicht zu übersehen, dass unsere Altstadt kulturelle Werte birgt, die eine gewisse Schonung beanspruchen dürfen».³⁹⁸ Unmittelbar nach den Zerstörungen, die der Zweite Weltkrieg im übrigen Europa hinterlassen hatte, war es für Steiner auch eine Pflicht, «unsere schweizerischen Kulturgüter einer besseren Zeit unverdorben zu übergeben».³⁹⁹ Die Identifikationsfunktion, die man der Altstadt nun ausdrücklich zuschrieb, illustrierte Steiner mehrmals plakativ mit einem Bildvergleich. Einer Fotografie mit Blick auf Limmat und Altstadtsilhouette war eine Fotomontage gegenübergestellt, in der eine – nun von niemand mehr ernsthaft verfolgte – moderne Neubebauung als Schreckgespenst einer rücksichtslosen Modernisierung der Stadt diente, während die Bildlegende fragte: «Ist das noch Zürich?» (Abb. 66).⁴⁰⁰ Fast noch stärker als den Denkmalswert betonte Steiner den Sanierungsbedarf der Altstadt. Dabei sah er die Forderung nach einer Sanierung nicht im Widerspruch zum Rekurs auf den Wert der Altstadt, vielmehr wollte er eine «Synthese» zwischen «tabula rasa» einerseits und der «ängstlichen Beibehaltung des bestehenden Zustandes» anderseits finden.⁴⁰¹

Im Hinblick auf den konkreten baulichen Umgang mit der Altstadt bedeutete dies für Steiner, «abzuwägen zwischen traditioneller masstäblicher Bindung und wirtschaftlichen, zeitbedingten Erfordernissen».⁴⁰² Ausdrücklich sollten dabei, wie er schrieb,



Abb. 1: Blick von der Quaibrücke in den Limmatraum (heutiger Zustand)



Abb. 2: Der Limmatraum beidseitig mit den üblichen Geschäftshäusern bebaut. Der Maßstab ist verdorben. Ist das noch Zürich? (Photomontage)

Abb.66: Albert Heinrich Steiner, Bildvergleich zur Illustration des Werts der Altstadt, aus einem NZZ-Artikel von 1950.



Abb. 67: Das «Richtprojekt» des Büros für Altstadtsanierung an einer Ausstellung des Zürcher Heimatschutzes, 1947.

nicht – oder nur in Ausnahmefällen – die Einzelbauten als erhaltenswert gelten; zu respektieren waren vielmehr «die in sich geschlossene Einheit der Gebäude und der intuitiv richtige Massstab».⁴⁰³ Dies bedeutete, dass ein Grossteil der bestehenden Bausubstanz ausdrücklich zur Disposition gestellt wurde. An ihrer Stelle sollten Neubauten entstehen, welche durch ihre Gestaltung «Charakter», «Massstab» und «Bild» der Altstadt wahrten: «In der sanierten Altstadt muss der typische Charakter und der feingliedrige Masstab erhalten bleiben. Das bedeutet nicht unbedingt den Fortbestand aller alten Häuser. Es sollen im Gegenteil nur historisch wirklich wertvolle und baulich gute Gebäude erhalten bleiben. Die Neubauten sind in das Altstadtbild einzufügen, was durch den Erlass von Bauvorschriften geregelt wird.»⁴⁰⁴

Bemerkenswert ist der Aufwand, mit dem Steiner die Öffentlichkeit für die Sanierungskampagnen in der Altstadt zu gewinnen versuchte. So waren zwischen 1945 und 1948 nicht weniger als drei Ausstellungen ganz oder teilweise dem Thema gewidmet. Bereits im Frühjahr 1945 – und damit noch im Vorfeld der Einrichtung des Büros für

Altstadtsanierung – hatte sich Steiner wie erwähnt mit einem entsprechenden Beitrag an der Ausstellung «Bau- und Kunstdenkmäler der Schweiz – Ihre Erfassung und Pflege» im Zürcher Kunstgewerbemuseum beteiligt. Die Ausstellung, die Themen und Fragestellungen der Denkmalpflege für ein breites Publikum darstellte, war vom Basler Gewerbemuseum 1944 aus Anlass der Jahrestagung der Gesellschaft für schweizerische Kunstgeschichte (GSK) erarbeitet worden und hatte als Wanderausstellung unter anderem bereits in Bern Station gemacht.⁴⁰⁵ Steiners Beitrag zur Ausstellung wie auch ein Begleitheft wurden eigens für Zürich ergänzt.⁴⁰⁶ Zwei Jahre später zeigte eine Ausstellung des Zürcher Heimatschutzes, offensichtlich unter Beteiligung Steiners oder jedenfalls seiner Amtsstelle, nebst anderen Themen ein Modell der bis dahin bearbeiteten Projekte für die Altstadt (Abb. 67).⁴⁰⁷ Am ausführlichsten aber wurden die Sanierungskampagnen in der Ausstellung «Deine Wohnung – Dein Nachbar – Deine Heimat» präsentiert, die 1948 aus Anlass des in Zürich veranstalteten Kongresses des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen und Städtebau (IVWS) im Helmhaus stattfand. Dem Organisationskomitee der aufwendigen Ausstellung, die wiederum mit Blick auf ein breites Publikum Themen aus allen Bereichen von Städtebau und Raumplanung berührte, gehörten neben Steiner die Architekten und Planer Ernst F. Burckhardt, Hans Marti, Max Werner und Jean Tschumi an.⁴⁰⁸ Eine von Steiner und dem Zürcher Hochbauamt eingerichtete eigene Abteilung, die den ganzen zweiten Stock des Helmhauses einnahm, war der Zürcher Altstadt gewidmet und erläuterte auf zahlreichen Bildtafeln Zweck und allgemeine Grundsätze der Sanierungskampagnen, wie sie auch einzelne Projekte zeigte.⁴⁰⁹ Nachdem die Sanierungskampagnen der Stadt bereits in die Kritik geraten waren (vgl. Kap. 7.1), warb Steiner 1950 mit Zeitungsartikeln um Zustimmung zur Tätigkeit des Büros für Altstadtsanierung.⁴¹⁰

Im Kontrast zu Steiners Bemühungen um die öffentliche Meinung stand eine gewisse Vernachlässigung jener Instanzen und Organe, die in Fragen der Städtebaupolitik eigentlich die politische Legitimation besaßen. Auffällig ist etwa, dass das Baukollegium als beratende Instanz des Stadtrates während Steiners Amtszeit generell nur sehr selten konsultiert wurde. Über das für die Baupolitik der Stadt zentrale Thema der Altstadtsanierung informierte Steiner das Gremium erst im Jahr 1949 und auch dann nur in äusserst knapper Form; eine eigentliche Diskussion zu diesen Fragen fand im Baukollegium während Steiners Amtszeit gar nicht mehr statt.⁴¹¹ Der Gemeinderat musste mehrmals nachfragen, bis der Stadtrat 1951 einer Aufforderung von 1945 nachkam und dem Stadtparlament einen Bericht über die Altstadtsanierung vorlegte, für den letztlich wohl Steiner zuständig war (vgl. Kap. 7.1).⁴¹²

6.2 Die Planungskampagnen von 1944 bis 1951 und das «Richtprojekt» für die Altstadtsanierung

Um Sanierungsprojekte für die ganze Altstadt zu erarbeiten, wurden die bereits 1944 begonnenen Planungskampagnen nach der Einrichtung des Büros für Altstadtsanierung systematisch ausgedehnt. Zahlreiche freischaffende Architekten, die wohl hauptsächlich von Steiner selbst für die Aufträge ausgewählt worden waren, erarbeiteten dabei bis 1951 einen umfangreichen Bestand von Sanierungsprojekten für die Altstadt.⁴¹³ Zusammengefasst ergaben die insgesamt 33 Teilprojekte das sogenannte Richtprojekt, das als

Grundlage für die Sanierung der Altstadt dienen sollte. Auch wenn die mit beträchtlichem Aufwand erarbeiteten Projekte in kaum einem Fall unmittelbar umgesetzt werden konnten, sollten sie doch eine wesentliche Wirkung auf die Bautätigkeit in der Altstadt haben, wie im nächsten Kapitel darzustellen ist.

Die Projekte wurden sukzessive in sechs Etappen erarbeitet, die jeweils mehrere von 33 so bezeichneten «Blöcken» der Altstadt umfassten. Ausgespart blieb nur das untere Niederdorf zwischen Mühlegasse und Leonhardplatz, wo bereits die 1940 erlassenen, vom Bebauungsplanbüro vorbereiteten Baulinien und die entsprechende Bauordnung in Kraft waren (vgl. Kap.4.4), sowie das im Kantonsbesitz befindliche Obmannamt. Nach dem Gebiet zwischen dem Zähringerplatz und dem Gassenzug Neumarkt–Rindermarkt, das bereits 1944/45 im Vorfeld der Einrichtung des Büros für Altstadtsanierung bearbeitet worden war (vgl. Kap.5.4), folgte 1946/47 eine zweite Etappe. Sie umfasste im Wesentlichen die angrenzenden Bereiche bis zur Limmat, was man mit der in diesem Gebiet erwarteten Bautätigkeit begründete.⁴¹⁴ 1947/48 wurden die Projektierungsarbeiten beschleunigt, indem in zwei Schritten der südlich anschliessende, restliche Teil der rechtsufrigen Altstadt bearbeitet wurde, und zwischen Ende 1949 und 1951 folgten noch zwei Etappen für die Altstadt links der Limmat, womit die Planung für das Gesamtgebiet abgeschlossen war.⁴¹⁵ Neben dem 1944 wohl als Muster für die Sanierungskampagnen erarbeiteten Projekt reservierte Albert Heinrich Steiner – «in Anbetracht der erheblichen städtebaulichen Bedeutung dieses Quartiers»⁴¹⁶ – auch die limmatseitige Umgebung des Grossmünsters für sich selbst.⁴¹⁷ Die übrigen 31 Blöcke wurden hingegen zur Bearbeitung an freischaffende Zürcher Architekten vergeben, die sich meist zu Arbeitsgemeinschaften zusammenschlossen; in einigen Fällen waren aber auch Architekturbüros mit mehreren Partnern beteiligt (Abb.68).

Die beteiligten Architekten wurden offensichtlich vom Hochbauamt und damit von Steiner direkt beauftragt; Wettbewerbe oder ähnliche Auswahlverfahren fanden jedenfalls nicht statt. Wichtiges Kriterium für die Auswahl war offensichtlich die von den Teilnehmern vertretene Architekturauffassung. So blieben die Projekte, wie sich zeigen wird, bei allen Differenzen in ihren stilistischen Vorlieben doch immer klar im Rahmen einer traditionalistischen Architektur. Gleichzeitig fehlen unter den Bearbeitern ausgesprochene Vertreter der architektonischen Moderne, während mit Walther Niehus, Dubois und Eschenmoser, Max Kopp, Aeschlimann und Baumgartner oder Friedrich Hess mehrere Architekten beteiligt waren, die in Zürich zu den bekannteren Anhängern der traditionalistischen Richtung gehörten.⁴¹⁸ Mehrere der beauftragten Architekten hatten sich in anderem Zusammenhang schon mit Fragen der Altstadtsanierung befasst, etwa die Bearbeiter der Studienaufträge von 1942 bis 1944. Alfred Gradmann hatte zudem als Obmann der Zürcher Ortsgruppe des BSA eine prominente Funktion inne.⁴¹⁹ Einer der Hauptexponenten der traditionalistischen Restaurierungspraxis und Anpassungsarchitektur in der Schweiz jener Jahre war zweifellos Max Kopp, der Ende der dreissiger Jahre beim Neubau des Hotels «Storchen» und bei der Restaurierung des «Wollenhofs» mit dem Bauen in der Altstadt in Berührung gekommen war (vgl. Kap.4.2 und 4.4) und in jenen Jahren vor allem als Architekt des «Dörfli» an der Landesausstellung von 1939 wie auch als Präsident des SIA eine gewisse Bekanntheit genossen haben dürfte. Parallel zu den Planungen in der Altstadt übernahm Kopp 1944 die Leitung der Bauberatungsstelle des Schweizer Heimatschutzes, die er noch bis 1968 führen sollte; im Rahmen der Zürcher Altstadtsanierung realisierte

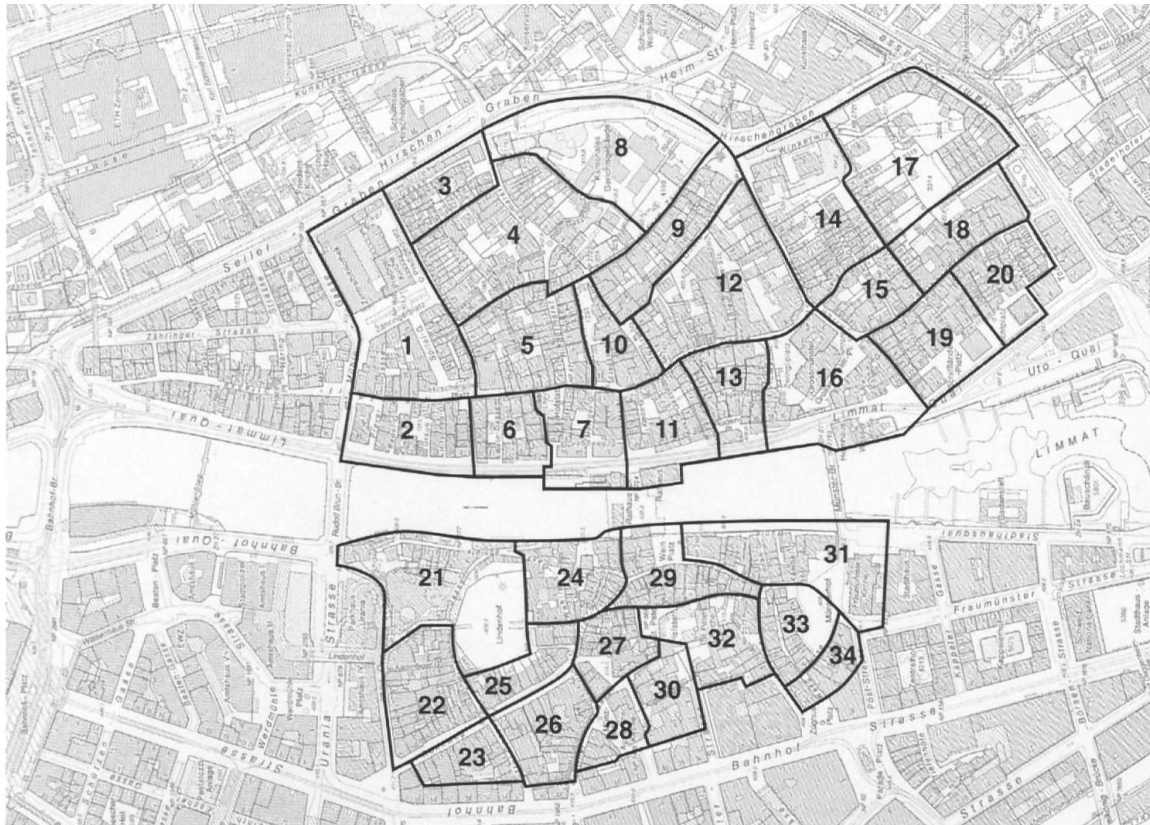


Abb.68: Sanierungsprojekte für die Altstadt, 1944–1951, Übersichtsplan über die von den verschiedenen Architekten bearbeiteten Teilgebiete der Altstadt.

1: Hochbauamt der Stadt Zürich [Albert Heinrich Steiner] (1945). – 2: Gottfried Bachmann, Oskar Burri, Otto Glaus, André Bosshard (1947). – 3: Walther Niehus, Viktor Nussbaumer (1945). – 4: Conrad D. Furrer, Alfred Gradmann, Georges-Pierre Dubois, Jakob Eschenmoser (1945). – 5: Max Kopp, Otto Dürr, Max Aeschlimann, Armin Baumgartner (1945). – 6: Eduard Knupfer, Hans Robert Beck, Eberhard Eidenbenz (1947). – 7: Viktor Nussbaumer, Max Lüthi, René Marugg (1947). – 8: nicht bearbeitet (Obmannamt) – 9: Felix Bärlocher, Philipp Bridel (1948). – 10: Robert Stücker, Gustav von Tobel jun., Hans von Meyenburg (1947). – 11: Eduard Knupfer, Robert Stücker (1948). – 12: Friedrich Hess, Adolf H. Müller (1948). – 13: Eberhard Eidenbenz, Albert E. Lincke (1948). – 14: Eduard Knupfer, Adolf H. Müller (1948). – 15: Max Lüthi, Peter Germann, Ernst Rüegger (1948). – 16: Büro für Altstadtanierung [Albert Heinrich Steiner] (1948). – 17: Eberhard Eidenbenz, Josef Gschwend (1948). – 18: Felix Bärlocher, Fred Unger, Franz Steinbrüchel (1949). – 19: Viktor Nussbaumer, Theodor E. Laubi (1948). – 20: Otto Dürr, Max Stalder (1948). – 21: Hans von Meyenburg (1951). – 22: Viktor Nussbaumer, Hans Hubacher (1951). – 23: Oskar Bitterli (1951). – 24, 25: Hans von Meyenburg (1950). – 26: Josef Gschwend, Eric Lanter (1951). – 27: Theodor E. Laubi, Oskar Bitterli (1950). – 28, 30: Ernst Zietzschmann (1951). – 29: Max Lüthi, Richard F. Zangger (1950). – 31: Walther Niehus (1950). – 32: Richard F. Zangger (1951). – 33, 34: Franz Steinbrüchel, Peter Labhart (1951).

Quelle: Beteiligte Architekten nach den Plänen (A.Dp.Z.); Namen vervollständigt nach S.I.A. *Offizielles Mitgliederverzeichnis* 1946/47 und dass. 1951.

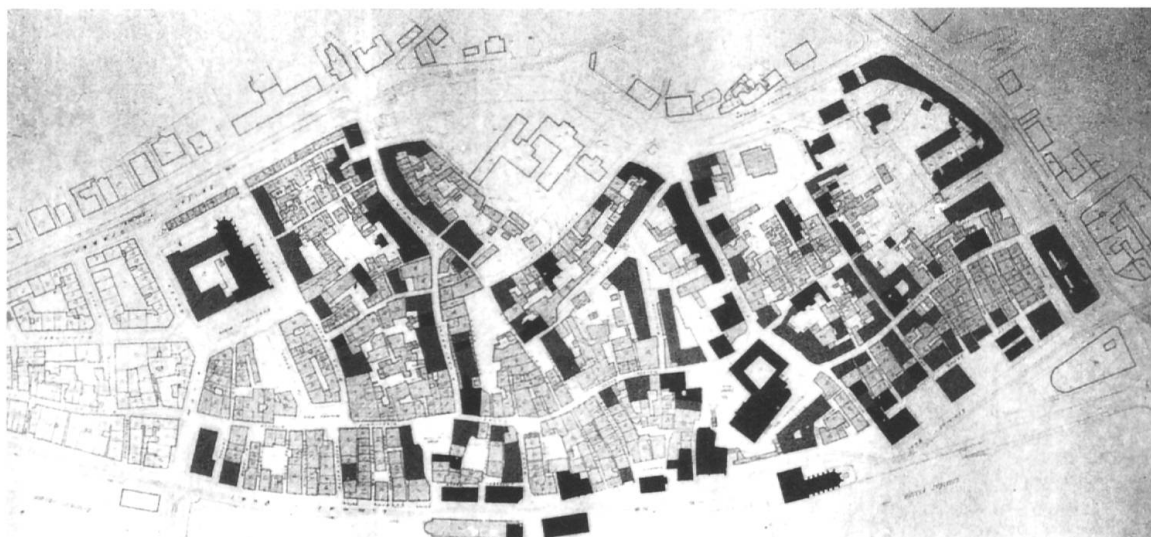


Abb.69: «Richtprojekt» für die Altstadtsanierung, rechtes Ufer, erhaltungswürdige Bauten.

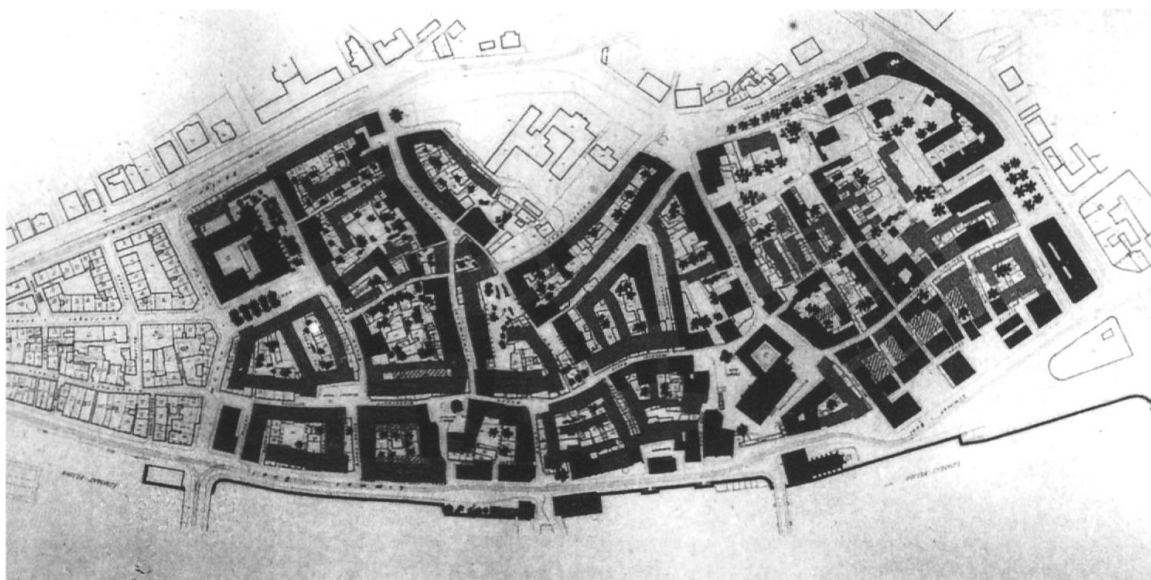


Abb. 70: «Richtprojekt» für die Altstadtsanierung, rechtes Ufer, projektierte Neubebauung.

er zudem später zwei einzelne Neubauten.⁴²⁰ Mit Friedrich Hess war ein ETH-Professor beteiligt, bei dem auch Steiner studiert hatte und der als Exponent der traditionalistischen Richtung weniger durch eigene Bauten als vielmehr durch seine Lehrtätigkeit die schweizerische Architektur der 1930er bis 50er Jahre mitgeprägt haben dürfte.⁴²¹ Beauftragt wurden auch einige weniger bekannte Architekten, so etwa Hans Robert Beck, der 1943 den ersten von Steiner geförderten Umbau ausgeführt hatte,⁴²² oder Philipp Bridel, ein Mitarbeiter aus Steiners privatem Architekturbüro vor seiner Wahl zum Stadtbaumeister.⁴²³ Vor allem für die später bearbeiteten Etappen dürfte die Auftragslage der beteiligten Architekturbüros eine Rolle gespielt haben. So waren hier mit Oskar Bitterli, Hans von Meyenburg, Otto Glaus, Hans Hubacher und anderen auffällig viele Architekten beteiligt, die damals



Abb.71: «Richtprojekt» für die Altstadtanierung, Modell des bestehenden Zustandes.



Abb.72: «Richtprojekt» für die Altstadtanierung, Modell des Sanierungsprojektes.

am Anfang ihrer Laufbahn standen, während die in der anziehenden Konjunktur der Nachkriegszeit wohl gut beschäftigten etablierteren Architekturbüros gänzlich fehlen.⁴²⁴

Nach der etappenweisen Erarbeitung durch die einzelnen Architekten wurden die Sanierungsprojekte zum «Richtprojekt» zusammengefasst, indem zuerst für die rechtsufrige Altstadt und nach der Bearbeitung des linken Ufers für das Gesamtgebiet Übersichtspläne erstellt wurden.⁴²⁵ Ein erster Plan zeigte dabei die als erhaltungswürdig eingestuften Bauten (Abb. 69); auf einem zweiten Plan war das eigentliche «Richtprojekt» dargestellt, das die erhaltenen Bauten in eine Neubebauung einbezog (Abb. 70). Gleichzeitig wurden zwei Modelle angefertigt, von denen wiederum eines dem bestehenden Zustand, das andere hingegen dem «Richtprojekt» entsprach (Abb. 71, 72).⁴²⁶ Das «Richtprojekt» sollte als Grundlage für die Sanierung der Zürcher Altstadt dienen, auch wenn es aus rechtlicher Sicht nicht verbindlich war.⁴²⁷ Wieweit man aber tatsächlich damit rechnete, die Projekte umsetzen zu können, muss offenbleiben. Neben dem in absehbarer Zeit ohnehin kaum zu realisierenden Bauvolumen konnten die auf Vorrat erarbeiteten Vorschläge für einzelne Häuser auch keine spezifischen Bauaufgaben berücksichtigen. Ebenso wie die einzelnen Projekte diente das «Richtprojekt» vor allem als internes Arbeitsinstrument der Stadtverwaltung: Während das Modell des «Richtprojekts» an der erwähnten Ausstellung des Zürcher Heimatschutzes von 1947 und wahrscheinlich auch 1948 im Helmhaus gezeigt wurde, blieben die einzelnen Projekte mit Ausnahme einiger ebenfalls 1948 im Helmhaus gezeigter Beispiele der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt.⁴²⁸

Bei der Erarbeitung der Sanierungsprojekte hatten sich die beteiligten Architekten an verschiedene Vorgaben zu halten, die in den Aufträgen zum Teil ausdrücklich formuliert worden waren. Weitere Details zum gewünschten Vorgehen wurden offensichtlich abgesprochen und schlugen sich entsprechend in den eingereichten Planunterlagen nieder. So wurden die Architekten ausdrücklich aufgefordert, in ihren Planungen «von der Untersuchung des Einzelhauses auszugehen».⁴²⁹ In einem ersten Schritt sollten auf der Grundlage der Katasterpläne eine Aufnahme des Bestands in Grund- und Aufriss erarbeitet und der Erhaltungswert und Sanierungsbedarf der einzelnen Bauten bestimmt werden. Zur Festlegung des historischen Werts und baulichen Zustands der Häuser waren fünf Kategorien vorgesehen; Beurteilungskriterien und -massstäbe wurden dabei allerdings völlig offengelassen. Resultat dieser Bestandsaufnahme waren «Inventarpläne», die für jedes einzelne Haus der Altstadt die erwünschten baulichen Eingriffe verzeichneten: «Diese Untersuchungen ergeben gesamthaft ein genaues Inventar des Altstadtgebietes, wobei unterschieden wird zwischen erhaltungswürdigen Bauten, Bauten, die durch Umbau saniert werden können und solchen, die durch Umbau nicht saniert werden können und durch Neubauten ersetzt werden müssen. Ausserdem umfasst das Inventar auch die Bauten, die zur Schaffung von Freiflächen abgebrochen werden sollen und schliesslich Bauten, die zwar keinen historischen Wert besitzen, die sich aber in so gutem Zustand befinden, dass ein Abbruch nicht verantwortet werden kann und mit ihrem Bestehenbleiben gerechnet werden muss.»⁴³⁰

Das aus der Planaufnahme zu entwickelnde Projekt sollte nicht etwa nur einen grundsätzlichen Rahmen für die geplanten Sanierungskampagnen geben. Vielmehr waren vergleichsweise detaillierte Pläne verlangt, die sich bei Bedarf schnell zur Ausführungsreife entwickeln liessen, was die geforderten Plandarstellungen und der Bearbeitungsmassstab deutlich machen; dieser betrug in den ersten beiden Etappen 1:100, in den weiteren



Abb. 73: Viktor Nussbaumer, Theodor E. Laubi, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 19 (1948). Fassaden an der Schiffflände, Bestand (oben) und Projekt (unten).

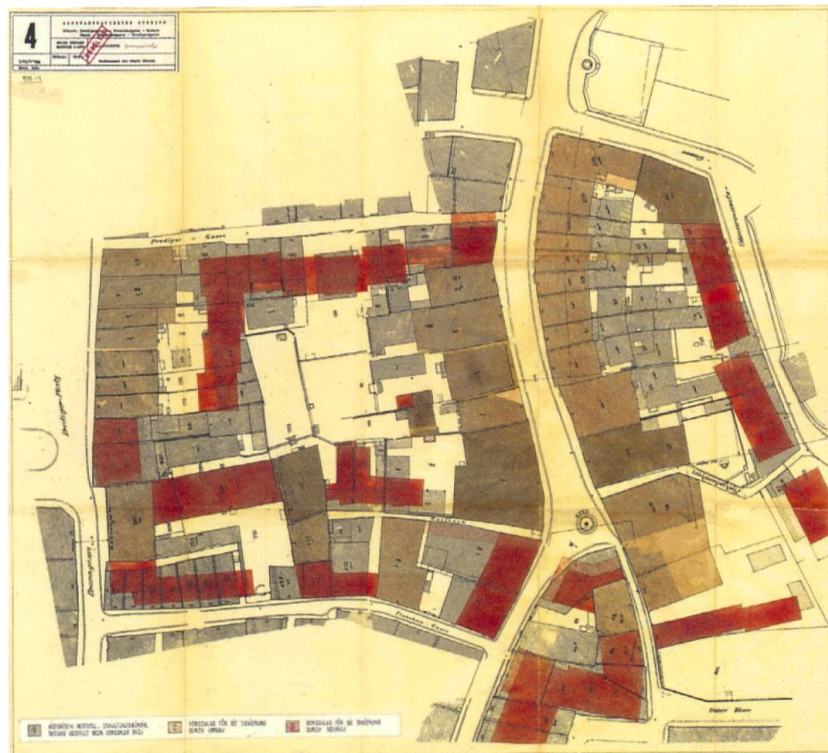


Abb. 74: Conrad D. Furrer, Alfred Gradmann, Georges-Pierre Dubois und Jakob Eschenmoser, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 4 (1945). Übersichtsplan Bestand und vorgeschlagene Neubebauung.

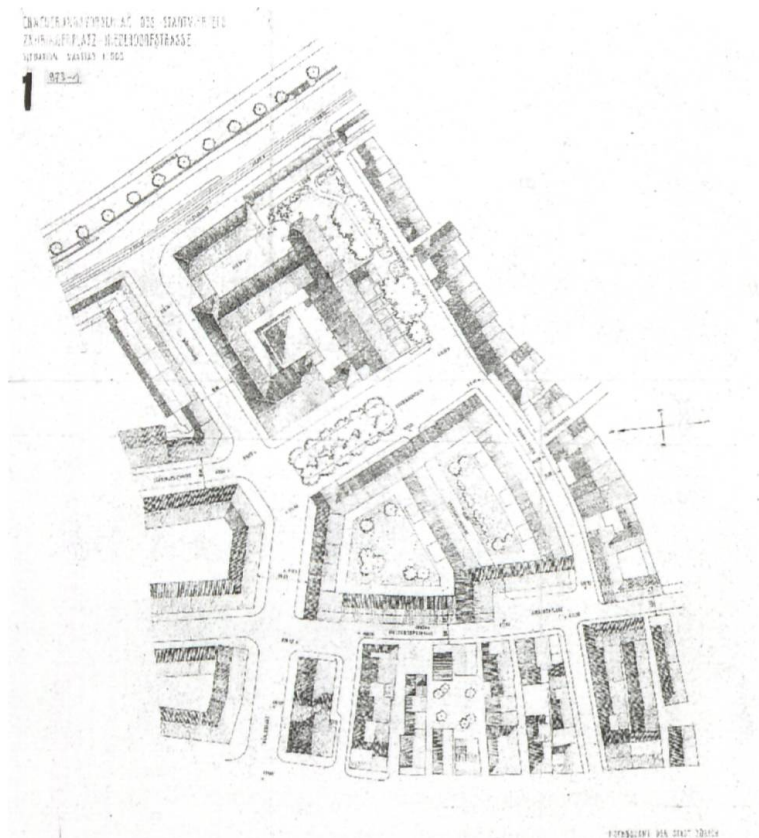


Abb.75: Albert Heinrich Steiner, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 1 (1944). Übersichtsplan der vorgeschlagenen Neubebauung.

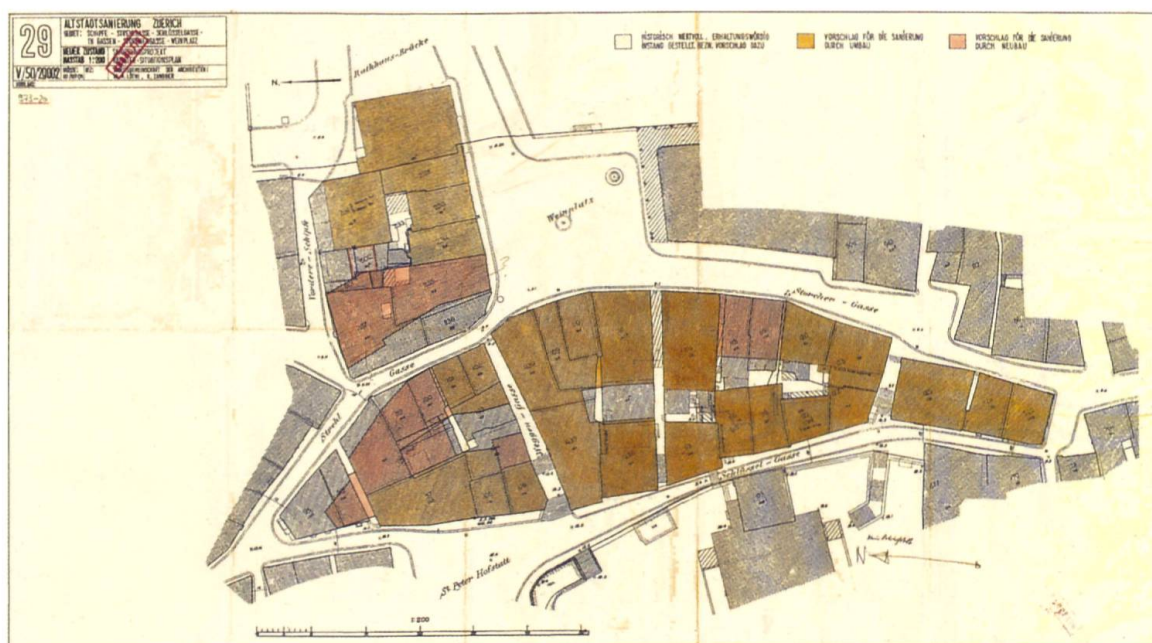


Abb.76: Max Lüthi, Richard F. Zangger, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 29 (1950). Übersichtsplan Bestand und vorgeschlagene Neubebauung.

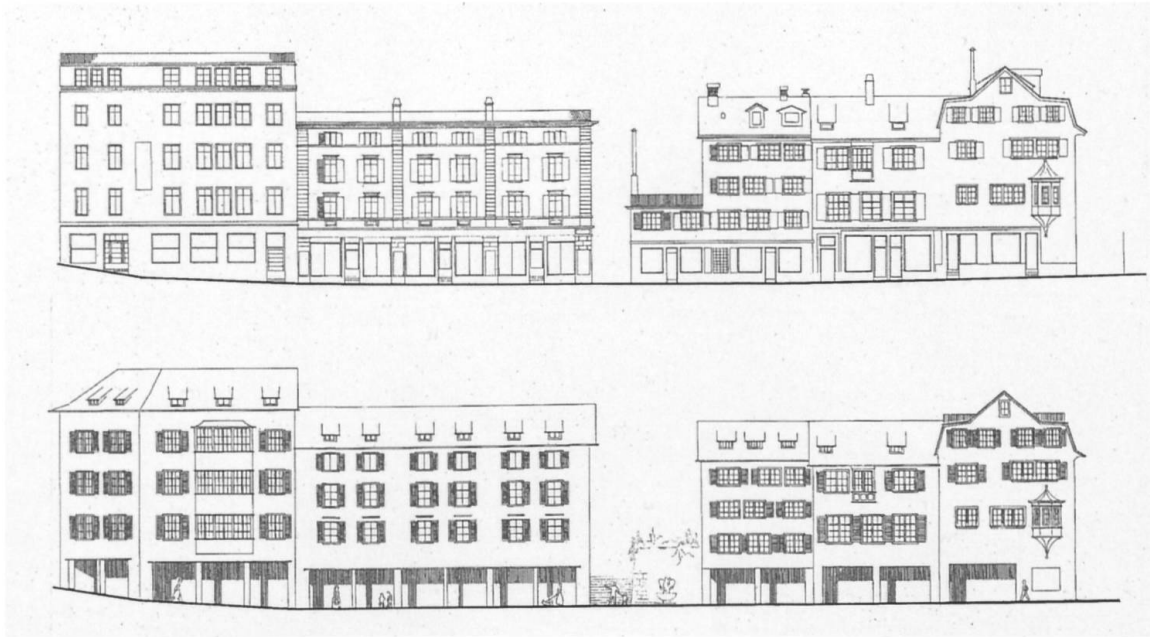


Abb. 77: Max Lüthi, Peter Germann, Ernst Rüegger, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 15 (1948). Fassaden an der Oberdorfstrasse, Bestand (oben) und Projekt, mit vorgesehenen Lauben (unten).

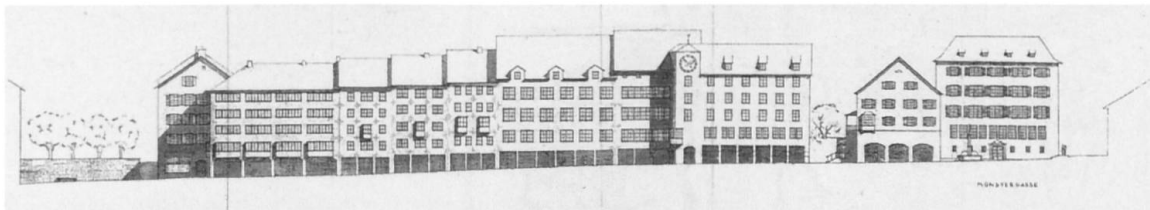


Abb. 78: Friedrich Hess, Adolf H. Müller, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 12 (1948). Fassaden an der Münstergasse, Projekt.

immerhin noch 1:200.⁴³¹ Für das gesamte Bearbeitungsgebiet waren neben den Grundrissen jeweils in Grundzügen auch Entwürfe für die Fassadengestaltung einzureichen. Nachdem die Aufrisszeichnungen von Bestand und Projekt in den ersten Projekten noch separat dargestellt worden waren, etablierte sich bald die Praxis, die Pläne so anzuordnen, dass sich Aufnahmeplan und Sanierungsprojekt jeweils für einen ganzen Strassenzug direkt gegenüberstanden und damit einen unmittelbaren Vergleich ermöglichten. Die vorgeschlagenen Eingriffe zeigen dabei, wie wichtig den Bearbeitern – und wohl auch ihrem Auftraggeber – die Frage der Fassadengestaltung war (Abb. 73). In unterschiedlicher Zahl erarbeiteten die Architekten zudem detaillierte Umbauprojekte für ausgewählte, als erhaltenswert eingestufte Häuser.

Im Hinblick auf die vorgeschlagenen Eingriffe blieben alle Sanierungsvorschläge jedenfalls im Rahmen einer «stadtbilderhaltenden» Sanierung und einer traditionalistischen Architektur, wie dies nun gefordert war. Im Einzelnen weisen sie aber auch wesentliche Unterschiede auf, woraus ersichtlich wird, dass die Vorgaben den einzelnen

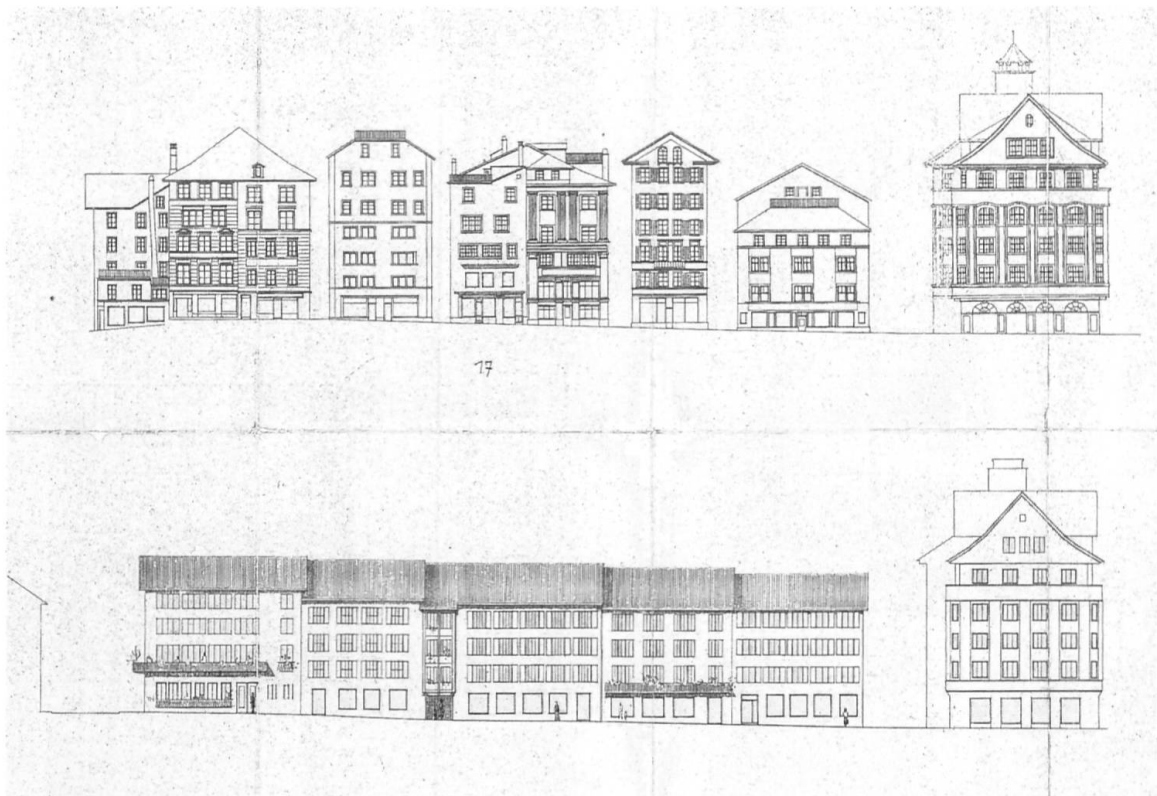


Abb. 79: Gottfried Bachmann, Oskar Burri, Otto Glaus, André Bosshard, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 2 (1947). Fassaden an der Niederdorfstrasse, Bestand (oben) und Projekt (unten).

Bearbeitern recht weiten Spielraum liessen. Für den Umgang mit Bebauungsstruktur und Stadtgrundriss bedeutete dies, dass sämtliche Projekte, wie in der Aufgabenstellung vorgegeben, den Verlauf der hauptsächlichen Gassen- und Platzfronten beibehielten, während sie meist massive Eingriffe in die bestehende Bausubstanz vorschlugen. Die Entscheidung über die Erhaltung einzelner Bauten war offenbar weitgehend dem Ermessen der einzelnen Architekten überlassen, auch wenn diese kaum fachliche Grundlagen für diese Aufgabe mitbrachten, weshalb der Anteil der zu ersetzenden Häuser von Block zu Block teilweise beträchtlich schwankt. Grosse Unterschiede bestehen dabei vor allem zwischen der rechts- und der linksufrigen Altstadt. Während die zwischen 1944 und 1947 für Teile der rechtsufrigen Altstadt erarbeiteten Sanierungsprojekte alle einen weitgehenden (Abb. 74), teilweise gar vollständigen (Abb. 75) Ersatz der Bausubstanz vorschlugen, war die Zahl der als erhaltenswert eingestuften Häuser in den 1950 und 1951 entstandenen Projekten für die linksufrige Altstadt tendenziell etwas höher (Abb. 76). Festzuhalten ist aber, dass die dort geplanten Eingriffe immer noch sehr umfangreich waren. Neben den unterschiedlichen baulichen Verhältnissen in den beiden Altstadthälften spiegelt sich darin sicherlich auch die spätere Entstehungszeit dieser Sanierungsprojekte, sollte die Abbruchtätigkeit des Büros für Altstadtsanierung in jenen Jahren doch erstmals in die öffentliche Kritik geraten (vgl. Kap. 7.1).

Die projektierte Neubebauung orientierte sich ebenfalls durchwegs am ungefähren Verlauf der bisherigen Strassenfluchten und der ungefähren Kubatur der bestehenden Bebauung. Für die Verbreiterung einiger Gassen und Strassen sollten aber Baufluchten

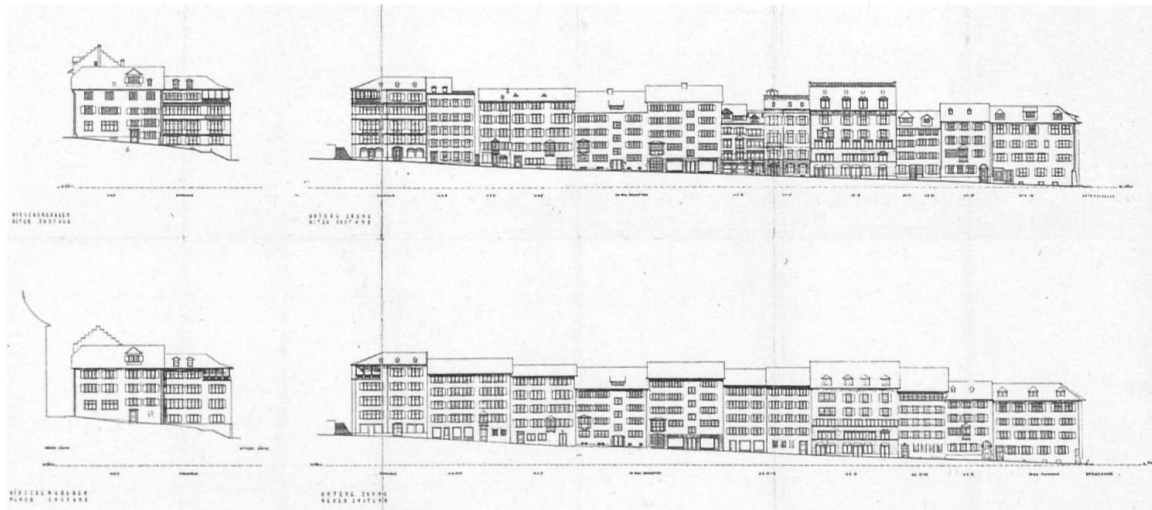


Abb.80: Felix Baerlocher, Philipp Bridel, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 9 (1948). Fassaden an der Unteren Zäune, Bestand (oben) und Projekt (unten).



Abb.81: Max Lüthi, Richard F. Zangger, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 29 (1950). Fassaden an der Storchengasse, Bestand (oben) und Projekt (unten).

zurückversetzt und die Trottoirs durch anzulegende Lauben geführt werden, so entlang dem Hauptstrassenzug der rechtsufrigen Altstadt, wo sich die Projekte an die seit 1900 bestehenden, seither aber nicht umgesetzten Baulinien hielten (Abb.77, 78).⁴³² In unterschiedlichem Mass versuchten die Bearbeiter durch vertikale Unterteilung, Abknickung der Bauflucht oder abgetrepte Trauflinien eine kleinmassstäbliche Gliederung der Baukörper zu erzielen, auch wenn sie teilweise sehr grossvolumige Neubauten vorschlugen (Abb.78, 79). Eine gewisse Entwicklung zeigt sich darin, dass die Bearbeiter der späteren Etappen ihre Neubauvorschläge in den allermeisten Fällen auf einzelne oder maximal zwei Parzellen beschränkten. So hatte man wohl in der Zwischenzeit die Erfahrung gemacht,



Abb.82: Georges-Pierre Dubois und Jakob Eschenmoser, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 4 (1945). Fassaden an der Froschaugasse, Projekt.

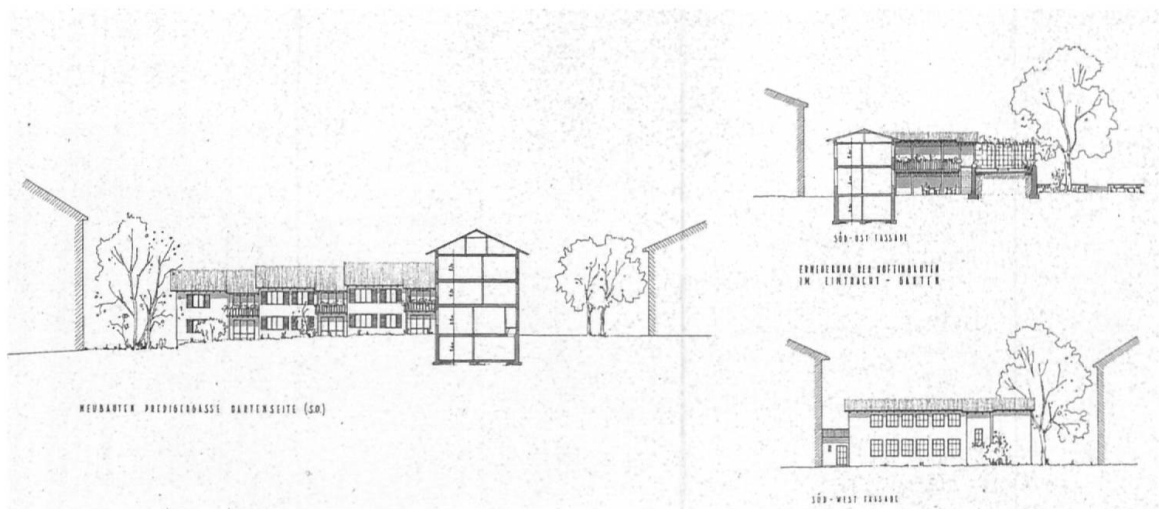


Abb.83: Conrad D. Furrer, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 4 (1945). Projekt für eine Reihenhausbauung an der Predigergasse.

dass sich die über mehrere Grundstücke reichenden Neubauvorschläge als noch weniger realisierbar erwiesen. Wo in diesem Sinn «nur» einzelne Häuser ersetzt wurden, schlugen praktisch alle Architekten vor, Hausbreiten und Traufhöhen mehr oder weniger stark zu vereinheitlichen (Abb.80, 81). Eher eine Ausnahme bilden Vorschläge, auf denen die Neubauten als deutlich artikulierte Einzelhäuser in Erscheinung treten (Abb.82). Gänzlich umgestaltet waren in allen Vorschlägen die Hofbereiche, indem die Bearbeiter in Übereinstimmung mit den seit den dreissiger Jahren verfolgten Grundsätzen den Abbruch von Hinterhäusern und Nebenbauten vorsahen. Dies galt auch für die durch parallele Zeilen geprägten limmatnahen Zonen der rechtsufrigen Altstadt, welche ebenfalls in Übereinstimmung mit den älteren Planungen durch Abbrüche und Neubauten zu einer Hofrandbebauung umgestaltet werden sollten (vgl. Abb.69, 70). Wie unterschiedlich die Projekte im Einzelnen aber waren, zeigt sich, wenn ein Bearbeiter in einem der neu entstehenden grossen Hofräume sogar Reihenhäuser einzeichnete (Abb.83).

In ihrer Gestaltung hielten sich die vorgeschlagenen Um- und Neubauten immer im Rahmen einer traditionalistischen Architektur, zeigten aber gleichzeitig deren ganze zeit-

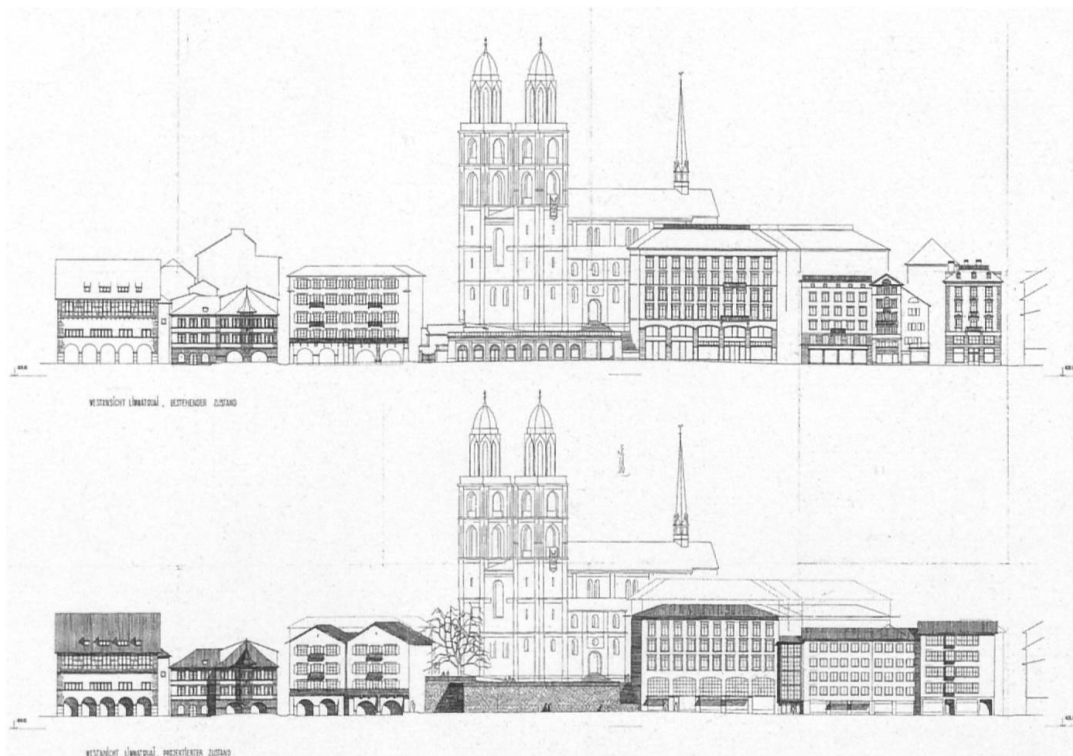


Abb.84: Albert Heinrich Steiner, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 16 (1948). Ansicht des Limmatquais vor dem Grossmünster, Bestand (oben) und Projekt (unten).

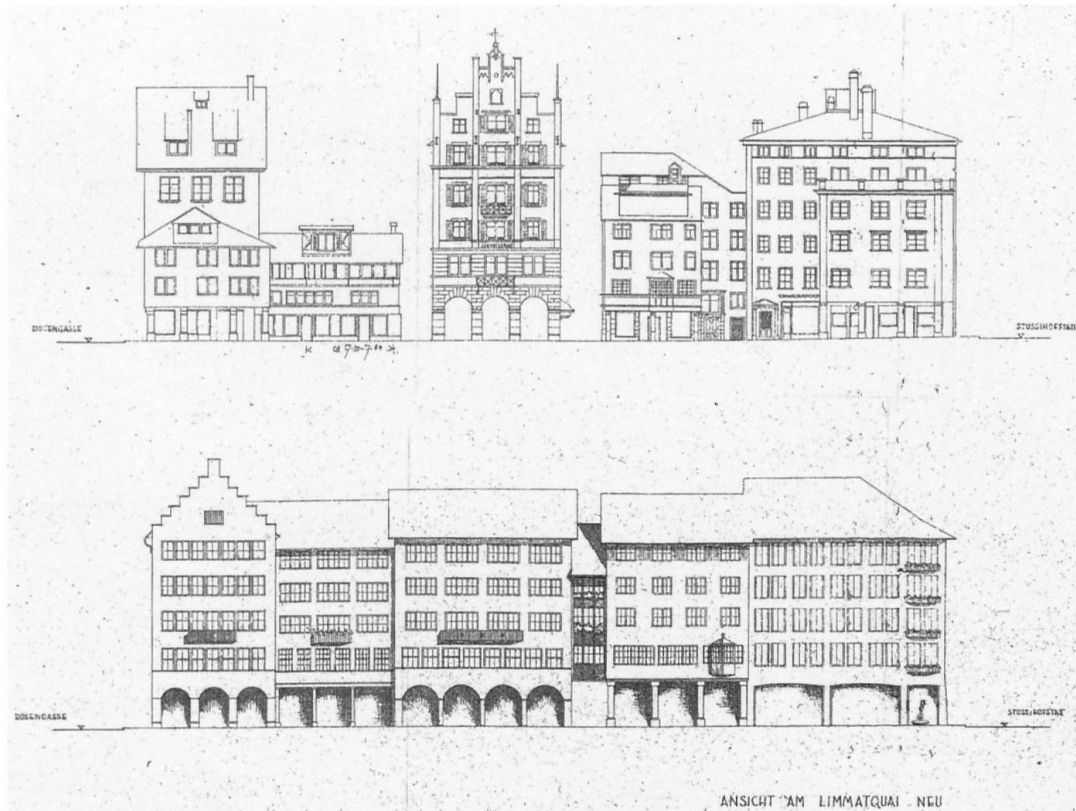


Abb.85: Eduard Knufer, Hans Robert Beck, Eberhard Eidenbenz, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 6 (1947). Fassaden am Limmatquai, Bestand (oben) und Projekt (unten).



Abb.86: Viktor Nussbaumer, Theodor E. Laubi, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 19 (1948). Fassaden Geigergasse, Bestand (oben) und Projekt (unten).

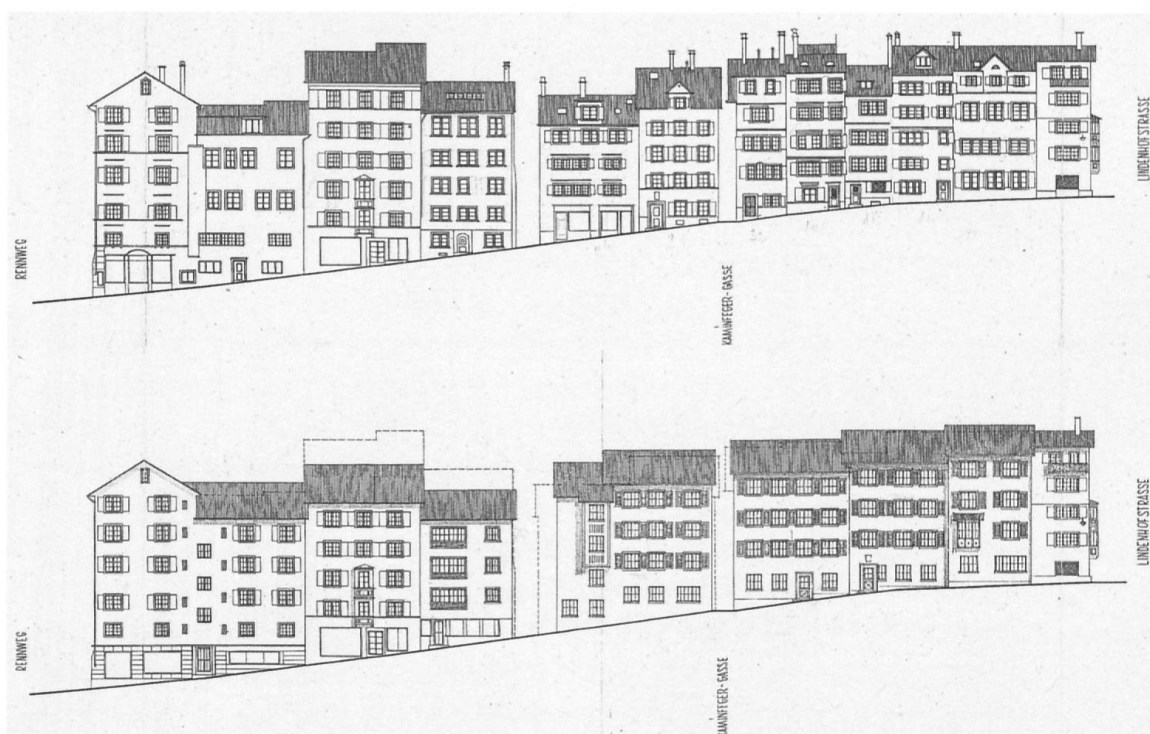


Abb.87: Viktor Nussbaumer, Hans Hubacher, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 22 (1951). Fassaden an der Fortunagasse, Bestand (oben) und Projekt (unten).



Abb. 88: Walther Niehus, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 31 (1950). Fassaden an der Wühre, Bestand (oben) und Projekt (unten).

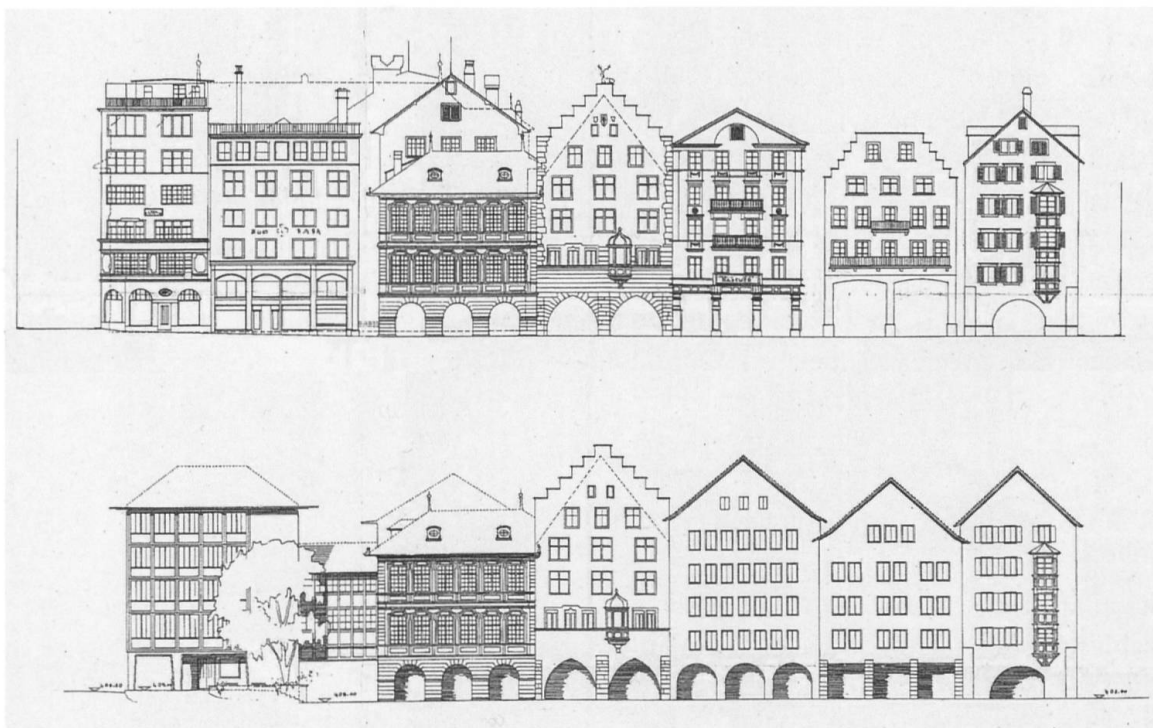


Abb. 89: Eduard Knapfer, Robert Stücker, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 11 (1948). Fassaden am Limmatquai, Bestand (oben) und Projekt (unten).

genössische Bandbreite. Die Unterschiede zwischen den Blöcken waren dabei ganz offensichtlich den architektonischen Präferenzen der verschiedenen Bearbeiter geschuldet. So lehnten sich die Vorschläge bald enger, bald etwas weniger nah an historische Bauformen an: Einige Architekten verzichteten in ihren Projekten fast vollständig auf historisierende Detailformen und entwarfen Neubauten, die sich nur durch die Grundzüge ihrer Fassadengliederung und ihre Umrissformen der Altstadtbebauung anzugleichen versuchten (Abb. 79). Auch Steiner bediente sich für die selbst bearbeitete Umgebung des Grossmünsters einer solchen Architektursprache. So zeigt sein Projekt am Limmatquai unmittelbar vor der Kirchenfassade und neben den purifiziert gedachten «Münsterhäusern» einen vergleichsweise grossmassstäblichen und nur wenig detaillierten Neubau (Abb. 84).

Der weitaus grösste Teil der Projekte aber lässt sich mit recht deutlichen Anklängen an historische Bauformen im engeren Sinn dem «Heimatstil» der dreissiger bis fünfziger Jahre zurechnen. Neben einer traditionellen Fassadengliederung oder einem Satteldach mit Aufschiebling waren gotisierende Reihenfenster oder barocke Erker immer wiederkehrende Motive. Für einen Abschnitt des Limmatquais unterhalb des Rathauses findet sich etwa ein Vorschlag, dessen vollständig neu gebaute Flussfront mit Treppengiebeln, Arkadenbögen und kleinteilig gesprossenen Reihenfenstern sehr direkt historische Bauformen zitierte, während die streng gestalteten Baukörper auf Detailformen praktisch verzichteten (Abb. 85). Dass dieses Projekt von Steiner in die 1948 veranstaltete Ausstellung «Deine Wohnung – Dein Nachbar – Deine Heimat» integriert wurde, zeigt, dass ein so frei historisierender Vorschlag den Vorgaben jedenfalls nicht gänzlich widersprach.⁴³³ Detailfreudiger zeigten sich Vorschläge, die bis hin zur Gestaltung etwa von Portalen, Dachaufbauten oder Fensterteilungen auf historische Bauformen zurückgriffen (Abb. 86). Vor allem viele später bearbeiteten Projekte zeigten in ihren Vorschlägen einen vergleichsweise zurückhaltenden Heimatstil, der dieselben Elemente mehrfach wiederholte und damit eine fast unmerkliche Überformung des Stadtbilds vorschlug (Abb. 87, 88). Gerade solche Tendenzen werden sich auch in den realisierten Bauten zeigen. Dasselbe gilt für die Ablehnung der historistischen Architektur, in der sich durchwegs alle Projektbearbeiter einig waren. So stammte eine wesentliche Zahl der zum Abbruch vorgeschlagenen Häuser aus der Zeit des Historismus, und in den Fassadenansichten finden sich zahlreiche Vorschläge zur Purifizierung von Häusern, die entweder im 19. Jahrhundert erbaut worden waren oder damals neue Fassadengestaltungen erhalten hatten. Besonders deutliche Beispiele finden sich für einige prominent am Limmatquai gelegene Häuser, die besonders üppige Fassaden des 19. Jahrhunderts zeigten und bereits Ende der 1930er Jahre teilweise Ziel von Purifizierungen gewesen waren (Abb. 84, 85, 89, vgl. Kap. 4.6).

6.3 Die Umsetzung der Sanierungsprojekte

Resultat der vom Büro für Altstadtsanierung betriebenen Sanierungskampagnen waren zahlreiche Um- und Neubauten, die in der zweiten Hälfte der 1940er und bis weit in die 50er Jahre in der Altstadt realisiert wurden; aber selbst noch darüber hinaus entstanden als späte Folge der Sanierungskampagnen in einigen Fällen ähnliche Neubauten (vgl. Kap. 7.2). Nach zeitgenössischem Verständnis an die Altstadt «angepasst», bewirkten die Neubauten in ihrer Tendenz eine traditionalistische Überformung des Stadtbildes,

Abb.90: Niederdorf-
strasse 10/Brunn-
gasse 2, das alte Haus
«zum Wellenberg»
(abgebr. 1948).



Abb.91: Karl Knell:
Baueingabe Niederdorf-
strasse 10/Brunngasse 2
(Wellenberg), Vorprojekt
Umbau, Aufriss, 11.4.
1947.



wie sie in den Vorschlägen des «Richtprojekts» vorgezeichnet war. Im Einzelnen handelte es sich jedoch kaum je um die direkte Umsetzung der zuvor erarbeiteten Sanierungsprojekte. Auch bediente man sich zur Einflussnahme auf die Bautätigkeit in der Altstadt nicht der anfangs vorgesehenen rechtlichen Instrumente.

Ursprünglich hatte man beabsichtigt, die private Bautätigkeit in der Altstadt durch Bauvorschriften in die gewünschten Bahnen zu lenken, das heisst bauwillige Hausbesitzer mit diesem Mittel zur Einhaltung des städtischen Sanierungsprojekts zu verpflichten. So hatte die Stadtverwaltung schon bei der Einrichtung der Amtsstelle im Jahr 1946 angekündigt, zumindest längerfristig entsprechende Bestimmungen zu erlassen, und in der Folge beteuerten sowohl Steiner als auch Stadtrat Oetiker über mehrere Jahre hinweg, dass sich ein solches Regelwerk in Vorbereitung befinde.⁴³⁴ Allerdings scheint das Büro für Altstadtsanierung dabei nie über Bauvorschriften für den kleinen Block zwischen Zähringer-



Abb. 92: Max Kopp, Otto Dürr, Aeschlimann & Baumgartner, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 5 (1945). Fassaden Brunngasse (Hirschenplatz).

und Hirschenplatz und Vorstudien für das Neumarktquartier hinausgekommen zu sein. Die Vorlage für den Block am Zähringerplatz, die nicht einmal ein ganzes Altstadtquartier, sondern nur eine überschaubare Zahl von Häusern betraf, wurde vom Gemeinderat bereits 1946 ein erstes Mal und nach Rekursen 1952 in überarbeiteter Form genehmigt.⁴³⁵ Mehrmals sprach Steiner die Möglichkeit an, mit der Enteignung einzelner Häuser zu verhindern, «dass die Verwirklichung eines Projektes an der passiven Einstellung weniger Grundeigentümer scheitert». Schliesslich wurde auf dieses Mittel aber ebenfalls nur in einem einzigen Fall zurückgegriffen.⁴³⁶ Auch die angekündigte Zusammenarbeit mit Baugenossenschaften, die Steiner für die Realisierung von Neubauten nach den Vorgaben des «Richtprojekts» gewinnen wollte, kam nie zustande.⁴³⁷

Entgegen diesen Absichtserklärungen wurden die Sanierungsprojekte in Steiners Amtszeit praktisch ausschliesslich ohne eigentliche planerische Rechtsgrundlage umgesetzt. Neben Verhandlungen waren in dieser Situation Subventionen das wichtigste Mittel, um die Sanierungskampagnen in der Altstadt zu steuern: Indem Beiträge an Um- und Neubauprojekte gewährt wurden, konnte die jeweilige Bauherrschaft im Gegenzug zur Einhaltung bestimmter Vorgaben verpflichtet werden. Vor allem wurden etwa Abstockungen oder andere bauliche Eingriffe, die eine verringerte Ausnützung zur Folge hatten, mit hohen Beiträgen entschädigt. Für die Subventionen stand der mittlerweile auf eine Million Franken pro Jahr verdoppelte Altstadtsanierungskredit zur Verfügung.⁴³⁸ In den meisten Fällen nahm das Büro für Altstadt-sanierung Umbauprojekte von privater Seite zum Anlass, sich mit einem Haus zu beschäftigen und die Umsetzung des Sanierungsprojekts zu fordern; auch versuchte man jeweils die Eigentümer der Nachbarhäuser mit einzubeziehen. Plante etwa ein privater Eigentümer Renovationsarbeiten an einem Haus, das im «Richtprojekt» als sanierungsbedürftig oder abbruchreif bezeichnet war, drang das Büro für Altstadt-sanierung darauf, stattdessen Abbruch und Neubau entsprechend diesen Vorgaben durchzuführen.⁴³⁹ Wie Beispiele zeigen, konnten die ausgeführten Bauten auch im Hinblick auf ihre architektonische Gestaltung das Resultat von Verhandlungen zwischen privaten Architekten und dem Büro für Altstadt-sanierung sein. Neben der Förderung der privaten Bautätigkeit liess die Stadt im Rahmen der Sanierungskampagnen zudem einige Neubauten in eigener Regie errichten, bei denen man die Ausgestaltung der Projekte entsprechend frei bestimmen konnte.

Abb.93: Karl Knell, Baueingabe Niederdorfstrasse 10/ Brunngasse 2 (Wellenberg), Projekt Neubau, Aufriss, 13.5.1947.

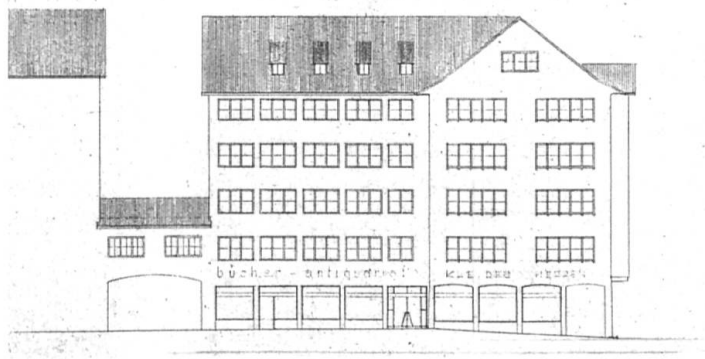


Abb.94: Niederdorfstrasse 10/ Brunngasse 2, «Cinema Wellenberg» (1949).



Am Beispiel des 1948/49 realisierten Neubaus des Appartementhauses und Kinos «Wellenberg» am Hirschenplatz lässt sich verfolgen, wie das Büro für Altstadtanierung in mehreren Schritten Einfluss auf ein privates Bauvorhaben nahm. Hier konnte die Amtsstelle durchsetzen, dass ein bestehendes Altstadtthaus nicht, wie anfänglich geplant, umgebaut, sondern abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt wurde, der sehr weitgehend den Vorgaben des «Richtprojekts» folgte.⁴⁴⁰ Beim Vorgängerbau handelte es sich um ein mindestens auf das späte Mittelalter zurückgehendes Haus, das im Lauf der Jahrhunderte vielfach umgebaut und erweitert worden war (Abb. 90).⁴⁴¹ An der Ecke von Niederdorfstrasse und Brunngasse gelegen, bildete der Bau seit der Umgestaltung des Zähringerquartiers in den 1880er Jahren die südliche Platzwand des damals neu angelegten Hirschenplatzes. In den Jahren 1946/47 reichte die Baugesellschaft Neu-Niederdorf als Besitzerin mehrere Projektvarianten für einen Um- oder Neubau des Hauses zur Bewilligung ein (Abb. 91). Architekt war der bis dahin an der Altstadtanierung noch nicht betei-

ligte Karl Knell, ein älterer Zürcher Architekt, der seit den 1910er Jahren mit mehreren Schulhäusern in der ganzen Schweiz, dann 1928–1930 mit dem markanten Geschäftshaus «Sihlporte» in Zürich bekannt geworden war.⁴⁴² Im April 1947 musste die Stadt einen von Knell geplanten bescheidenen Umbau des Hauses bewilligen: Dieser entsprach zwar den baurechtlichen Vorschriften, hätte nach Auffassung des Büros für Altstadtsanierung allerdings «die Sanierung dieses Gebietes wieder auf lange Sicht verhindert, wenn nicht verunmöglicht», war doch nach einem Umbau mit einem längeren Weiterbestehen des Hauses zu rechnen.⁴⁴³

Auf der Grundlage des «Richtprojekts» wirkte man nun darauf hin, stattdessen einen Neubau zu erstellen; die Sanierungsvorschläge für dieses Gebiet waren rund zwei Jahre zuvor gemeinsam von den Architekten Max Kopp, Otto Dürr sowie Aeschlimann & Baumgartner erarbeitet worden (Abb.92).⁴⁴⁴ Schon im Mai 1947 lagen neue Pläne von Knell vor, welche den Vorschlag des «Richtprojekts» praktisch unverändert übernahmen (Abb.93). So wurde für eine vorgesehene Verbreiterung der Niederdorfstrasse nicht nur die Bauflucht zurückversetzt, sondern das Erdgeschoss an der entsprechenden Längsseite über Lauben geöffnet, die künftig das Trottoir aufnehmen sollten. Der grossvolumige Neubau war – darin ganz dem Entwurf von Kopp, Dürr, Aeschlimann und Baumgartner aus dem «Richtprojekt» folgend – in zwei optisch voneinander abgesetzte Baukörper gegliedert, die sich von Norden in einen traufständigen Trakt entlang der Brunngasse und eine schmalere Giebelfront mit leicht ausgestelltem Satteldach zum Hirschenplatz teilten. Ebenfalls entsprechend dem Vorschlag war zur Niederdorfstrasse ein über alle drei Obergeschosse reichender Erker eingezeichnet, die querrrechteckigen Fenster näherten sich in ihren Proportionen den Reihenfenstern des Sanierungsvorschlags an, und zur Brunngasse öffnete sich sogar eine praktisch identische, segmentbogig überspannte Hofdurchfahrt.⁴⁴⁵ Nachdem Steiner sein grundsätzliches Einverständnis zum neuen Projekt gegeben hatte, wurden in Absprache mit dem Büro für Altstadtsanierung noch einige kleinere Anpassungen vorgenommen, bis der Neubau im November 1947 erstmals und im März 1948 mit weiteren Abänderungen definitiv bewilligt wurde.⁴⁴⁶ Im Juli 1948 genehmigte der Stadtrat einen ausgesprochen hohen Beitrag an das Bauvorhaben, weil es «für weitere Sanierungen eine Schlüsselposition» einnehme.⁴⁴⁷ Unter diesen Voraussetzungen wurde der Neubau, der sich «in jeder Hinsicht an das für dieses Gebiet ausgearbeitete Richtprojekt» hielt, noch in den Jahren 1948/49 ausgeführt (Abb.94).⁴⁴⁸ Die Giebelfassade gegen den Hirschenplatz erhielt eine asymmetrische Fensterteilung, und die nun kürzeren querrrechteckigen Fensteröffnungen wurden mit Sandsteingewänden als jeweils dreiteilige Reihenfenster gestaltet. Wenn auch die Anlehnung an die Vorgaben des «Richtprojekts» in dieser engen Form eine Ausnahme bildet, zeigt der Neubau jedenfalls sehr deutlich, wie die Vorgaben des Büros für Altstadtsanierung mit Verhandlungen und Subventionen vereinbart wurden. Dies galt selbst für die zurückversetzte Bauflucht und die Lauben entlang der Niederdorfstrasse: im Unterschied zu anderen Fällen, in denen das Büro für Altstadtsanierung auf vorhandene Baulinien zurückgreifen konnte, bestanden an der Niederdorfstrasse keine Baulinien, und für den Neubau wurden auch keine erlassen.⁴⁴⁹

In ähnlicher Art und Weise konnte das Büro für Altstadtsanierung auf mehrere weitere Bauvorhaben einwirken. Bereits kurz erwähnt wurde Steiners erste Intervention gegen ein Bauvorhaben in der Altstadt noch im Vorfeld der Einrichtung des Büros für Altstadtsanierung: Sie betraf das Haus Stüssihofstatt 15, das entsprechend Steiners Forderungen

Abb.95: Stüssihofstatt 15,
erbaut 1861, Zustand vor dem
Umbau von 1943.



Abb.96: Stüssihofstatt 15, nach dem
Umbau durch Architekt Hans Robert
Beck, 1943.



und nach einem Projekt des Architekten Hans Robert Beck in den Jahren 1943/44 sehr weitgehend umgebaut wurde (Abb. 95, 96).⁴⁵⁰ Parallel zum Neubau des «Wellenbergs» intervenierte man auch gegen einen geplanten Umbau des gleich gegenüber gelegenen Hauses Niederdorfstrasse 7; in Übereinstimmung mit dem für diese Gassenseite erst kurz zuvor bearbeiteten «Richtprojekt» konnten der Abbruch des Hauses und sein Ersatz durch einen Hotelneubau nach einem Projekt des Büros für Altstadtsanierung durchgesetzt werden (Abb. 97, 98). Hier wurde gleichzeitig das Hinterhaus abgebrochen, das im Bereich des damals erst geplanten «Rosenhofs» lag.⁴⁵¹ Ebenfalls 1948/49 unterstützte die Stadt den Bau eines neuen Postgebäudes an der Mühlegasse mit Subventionen; hier stammte das Projekt von Heinrich Bräm, der zusammen mit seinem Bruder Adolf Bräm vor allem als Architekt der Sihlpost (1923–1929) bekannt ist und auch etwa die erwähnte Restaurierung des «Rüden» ausgeführt hatte (Abb. 99, 100).⁴⁵² Bei einem Kinoneubau an der Marktgasse 14/16 nahm das Büro für Altstadtsanierung Einfluss auf ein Projekt, das von den Architekten Hans Robert Beck, Otto Dürr und Werner Frey im Auftrag einer privaten Bauherrschaft ausgearbeitet worden war, und konnte durchsetzen, dass dieses redimensioniert wurde (Abb. 101, 102).⁴⁵³ Ein weiterer mit Subventionen unterstützter Neubau entstand 1951/52 nach Plänen des Architekten René A. Herter an der Münstergasse 22 (Abb. 103, 104).⁴⁵⁴ 1953 folgte der Neubau eines Appartementhauses in der Ecke von Niederdorfstrasse und Rosengasse, womit die Südseite des Hirschenplatzes vollständig ersetzt war (Abb. 97, 98). Während der Abbruch der Häuser «zum Falk» und «zum schwarzen Adler» in Übereinstimmung mit dem «Richtprojekt» stand, folgte das realisierte Projekt nicht dem dortigen Vorschlag.⁴⁵⁵ Lange Verhandlungen gingen den Neubauten im Block zwischen Zähringerplatz und Spitalgasse voraus, für den 1952 sogar die erwähnten Bauvorschriften erlassen wurden.⁴⁵⁶

Einige Neubauten entstanden nach Projekten von Architekten, die zuvor schon an den Planungskampagnen für das «Richtprojekt» beteiligt gewesen waren. So wurden an der Unteren Zäune 1951 die beiden Häuser «zum Sonnenblüemli» und «zum Meerfräulein» durch Neubauten nach einem Projekt von Philipp Bridel ersetzt (Abb. 105, 106), einem ehemaligen Mitarbeiter aus Steiners privatem Architekturbüro. Dieser hatte einige Jahre zuvor das Sanierungsprojekt für denselben Bereich der Altstadt bearbeitet und hielt sich für die Neubauten weitgehend an seinen damaligen Vorschlag (vgl. Abb. 80).⁴⁵⁷ 1953 errichtete die Stadt in eigener Regie einen Neubau am Rindermarkt 20, mit dessen Projekt der schon oft erwähnte Max Kopp beauftragt worden war (Abb. 107, 108).⁴⁵⁸ Einen weiteren Neubau konnte Kopp drei Jahre später an der Kirchgasse realisieren (Abb. 109, 110).⁴⁵⁹ Schliesslich unterstützte man auch verschiedene kleinere Umgestaltungsmassnahmen, so vor allem die Purifizierung einiger Fassaden des 19. Jahrhunderts etwa an der Peterhofstatt oder am Rennweg.⁴⁶⁰ Gerade solche einfachere Umbauten wurden wohl meist vom Büro für Altstadtsanierung, wo ja zwei Architekten vollamtlich beschäftigt waren, selbst bearbeitet.

Auf diesem Weg wurde die Bautätigkeit in der Altstadt stark gesteigert, so dass Albert Heinrich Steiner 1949 mit Blick auf deren siebenfache Zunahme gegenüber dem Vorjahr befriedigt feststellen konnte: «Die Tätigkeit des Büros für Altstadtsanierung hat sich auf die Baufreudigkeit in der Altstadt günstig ausgewirkt.»⁴⁶¹ Dass die Zahl von Um- und Neubauten insgesamt überschaubar und deutlich unter den kaum realisierbaren Vorgaben des «Richtprojekts» blieb, muss dabei nicht weiter erstaunen. Bemerkenswert ist vielmehr, dass unter Steiner an teilweise sehr prominenten Stellen der rechtsufrigen Altstadt



Abb.97: Die Häuser Niederdorfstrasse 10, «Wellenberg» (links), sowie 7 (Mitte im Hintergrund) und 9 (rechts), abgebrochen zwischen 1948 und 1953.



Abb.98: Die Neubauten Niederdorfstrasse 10, «Wellenberg», 1948/49 (links), sowie 7, Hotel «Biber», 1948/49 (Mitte im Hintergrund) und 9, Hotel, 1953 (rechts).



Abb. 99: Mühlegasse 9
(abgebr.).



Abb. 100: Mühlegasse 11, Post-
gebäude, Architekt Heinrich
Bräm, 1948.

Abb. 101: Häuser Marktgasse
12/14, «zum goldenen Schwert»
und «zur Apotheke» (abgebr.).



Abb. 102: Marktgasse 14, Kino
und Hotel «goldenes Schwert»,
Architekten: Hans Robert Beck,
Otto Dürr und Werner Frey, 1951.





Abb. 103: Münsterergasse 22 (abgebr. 1951).



Abb. 104: Münsterergasse 22, Architekt: René A. Herter, 1951/52.



Abb. 105: Untere Zäune 9, «zum Sonnenblüemli» und 11, «zum Meerfräulein» (abgebr.), Aufnahme 1930.



Abb. 106: Untere Zäune 9/11, Architekt: Philipp Bridel, 1951.



Abb. 107: Rindermarkt 22 (abgebr.).



Abb. 108: Rindermarkt 22, Architekt:
Max Kopp, 1953.

Abb. 109: Kirchgasse 24, «Musegg»
(abgebr. 1956).



Abb. 110: Kirchgasse 24, Architekt:
Max Kopp, 1956.



doch eine wesentliche Zahl von Projekten umgesetzt wurde. Verhandlungsgeschick in der Durchsetzung grosser Projekte kennzeichnete dabei nicht nur die Arbeitsweise des Büros für Altstadtanierung, sondern wird als Merkmal von Steiners Tätigkeit als Zürcher Stadtbaumeister ganz allgemein hervorgehoben.⁴⁶² So wurden auch die grossen, einheitlich gestalteten Siedlungsbauten, die in denselben Jahren in den Zürcher Aussenquartieren entstanden, nach einem ähnlichen Muster realisiert: Auch hier wurden die von Steiners Amtsstelle ausgearbeiteten Quartierbebauungspläne mehr durch Verhandlungsgeschick und mit dem Mittel von Subventionen durchgesetzt, als dass dafür eine eigentliche Rechtsgrundlage bestanden hätte.⁴⁶³

Wenn auch die Umgestaltung der Altstadt weniger flächendeckend war, als – zumindest theoretisch – beabsichtigt und wenn auch die Um- und Neubauten nur in sehr wenigen Fällen genau dem «Richtprojekt» folgten, zeigen sie im Hinblick auf den Umgang mit der Altstadt doch sehr ähnliche Tendenzen. Wie mit den Vorschlägen des «Richtprojekts» vorgesehen, resultierten die baulichen Eingriffe in einer Überformung der Altstadt, welche das gewachsene Stadtbild mit seinen verschiedenen Zeitschichten an vielen Stellen durch eine traditionalistische Neugestaltung ersetzte. Praktisch alle Ersatzbauten lehnen sich, oft nur in den Grundzügen oder in einzelnen Details, an Formen der spät- und nachmittelalterlichen, regionalen Bautradition oder an barock geprägte Formen der Zeit vor 1800 an, während sich die Architektur gleichzeitig vom klassizistischen und historistischen Formenkanon des 19. Jahrhunderts distanzierte. In diesem Zusammenhang sind nicht nur die realisierten Bauten von Interesse; die in den Sanierungskampagnen zerstörten Bauten und die damit aus dem Stadtbild getilgten Architekturformen verraten ebenso viel über die zeitgenössische Architekturauffassung, weil sie umgekehrt offenbar nicht zu deren Idealvorstellungen passten. Abstockungen bestehender Bauten und die Respektierung einheitlicher Traufhöhen für die Neubauten hatten zudem eine weitere Vereinheitlichung in der bis dahin sehr viel bewegteren Dachlandschaft zur Folge; dieselbe Tendenz wurde etwa mit dem Ersatz von Dachzinnen durch Schrägdächer gefördert (Abb. 95, 96).

Zum einen ersetzten die im Rahmen der Sanierungskampagnen realisierten Neubauten in vielen Fällen einfachere Häuser, besonders solche, die über lange Zeit immer wieder umgebaut und erweitert worden waren und entsprechend uneinheitliche Formen zeigten. So dokumentierten etwa die abgebrochenen Häuser «zum Falk» und «zum schwarzen Adler» am Hirschenplatz (Abb. 97), die Häuser «zum goldenen Schwert» und «zur Apotheke» an der Marktgasse (Abb. 101) oder das alte Haus «zum Wellenberg» (Abb. 90) ihre lange Baugeschichte auch an ihrem Äusseren: im unsystematischen Wechsel von Fensterformen und -formaten und in deren scheinbar zufälliger Verteilung auf der Fassade, in Dachaufbauten, Niveausprüngen oder gebrochenen und asymmetrischen Giebellinien.⁴⁶⁴ In ihrer Substanz mindestens ins späte Mittelalter und die Frühe Neuzeit zurückreichend, vereinigten diese Häuser oft Baufragmente aus unterschiedlichen Epochen. So war etwa im Kern des abgebrochenen Hauses «zum grossen Erker» (Münstergasse 22) noch der mittelalterliche «Manessturm» erhalten (Abb. 103).⁴⁶⁵ Eine eigene Gruppe unter den abgebrochenen Häusern bilden diejenigen, die wie das Haus Münstergasse 22 im Lauf ihres Bestehens erhöht worden waren, etwa die Häuser Rindermarkt 22 (Abb. 107) oder Kirchgasse 24 (Abb. 109). Meist waren solche Aufstockungen im 19. Jahrhundert entstanden. In einigen Fällen trafen die Abbruchmassnahmen aber auch einfache Häuser, die in ihrer Gesamtwirkung weniger heterogen waren, aber jedenfalls ein sehr bescheidenes Äusseres

zeigten. Dies gilt etwa für den «alten Marstall» an der Niederdorfstrasse (Abb. 99), der für die neue Poststelle abgebrochen wurde, oder für die Häuser «zum Sonnenblüemli» und «zum Meerfräulein» an der Unteren Zäune (Abb. 105).

Zum anderen erfolgten die Abbrüche und die Purifizierung von Fassaden – ganz den Vorschlägen des «Richtprojekts» entsprechend – in einer wesentlichen Zahl der Fälle auf Kosten der Zeitschichten des 19. Jahrhunderts. So handelte es sich beim umgebauten Hotel «Stüssihof» (Abb. 95) oder bei dem für die neue Poststelle abgebrochenen Haus an der Mühlegasse (Abb. 99) um Neubauten des 19. Jahrhunderts, die aus einem Guss entstanden und entsprechend einheitlich in historistischen Architekturformen gestaltet waren. Das abgebrochene Haus Rindermarkt 22 (Abb. 107) hingegen hatte im 19. Jahrhundert auffälligen bauplastischen Schmuck erhalten; ebenso betrafen die kleineren Umgestaltungen am Rennweg und an der Peterhofstatt Fassadengestaltungen des 19. Jahrhunderts. Als Resultat der Sanierungskampagnen verschwanden damit spätklassizistische und historistische Architekturformen – wie Gesimsprofile, Fensterverdachungen, Putzquaderungen oder die axial bezogene Einzelbefensterung in klassizistischer Tradition – tendenziell aus dem Stadtbild; dasselbe gilt für flache oder flach geneigte Dächer und Dachzinnen, wie sie im 19. Jahrhundert vielfach erstellt worden waren. Gerade diese baulichen Eingriffe waren sicherlich vorrangig ästhetisch motiviert, dürften die im 19. Jahrhundert entstandenen Häuser doch noch in vergleichsweise gutem baulichem Zustand gewesen sein.

An die Stelle der abgebrochenen Häuser traten Ersatzneubauten, die in ihrer volumetrischen Gliederung wie auch mit ihrer Architektur nach zeitgenössischem Verständnis an die Altstadt angepasst waren. Zur Einbindung in das räumliche Gefüge der Gassen und Plätze der Altstadt richteten sich die Neubauten – wenn auch teilweise nur ungefähr – nach den Baufluchten und Kubatur der bestehenden Häuserzeilen. Auch erhielten eigentlich grossvolumige Baukörper durch Abknickung von Fassaden oder leichte Brüche in der Trauflinie ein kleinmassstäblicheres Aussehen: am Postneubau etwa mit dem durch ein Fallrohr zusätzlich akzentuierten Knick der Strassenfassade und dem gleichzeitigen Sprung in der Traufhöhe (Abb. 100), am Haus Rindermarkt 22 durch einen in den Gassenraum vorspringenden Gebädetrakt, der die Situation des Vorgängerbaus an leicht veränderter Stelle wiederholte (Abb. 107, 108). Für die vorgesehene Verbreiterung der Gassen wurden die Neubauten entlang dem Hauptstrassenzug der rechtsufrigen Altstadt wie auch der Neubau am Rindermarkt gegenüber ihren Vorgängern in der Bauflucht um mehrere Meter zurückversetzt, wofür man sich auf die 1900 erlassenen, seither aber nie durchgesetzten Baulinien stützte.⁴⁶⁶ Den gleichzeitig eingebauten Lauben, welche nach der Gassenverbreiterung das Trottoir aufnehmen sollten, kam allerdings nie die vorgesehene Funktion zu, zumal die Verbreiterungen nur punktuell umgesetzt werden konnten (Abb. 104).

Im Hinblick auf ihre konkrete Gestaltung orientierten sich die Ersatzneubauten durchwegs an einer traditionalistischen Architekturauffassung, wenn auch innerhalb dieser grundsätzlichen Richtung ein relativ breites Spektrum verschiedener Lösungen zu beobachten ist; dieselben gestalterischen Elemente kennzeichnen die Umbauten. Ist die massive Erscheinung und die durchgehende Verwendung traditioneller Fassadengliederungen mit Lochfenstern allen Häusern gemeinsam, zeigen sich Unterschiede vor allem in der Anlehnung an historische Bauformen. Die meisten Um- und Neubauten lassen sich dem in der Schweiz der vierziger Jahre sehr verbreiteten Heimatstil zuordnen, auf den im folgenden Kapitel noch zurückzukommen ist. So orientierten sie sich recht eng an Formen

und Gestaltungselementen, die offensichtlich als traditionell empfunden werden konnten, wahrten zu einem Historismus im Sinn des 19. Jahrhunderts aber eine ebenso deutliche Distanz. Die architekturgeschichtlichen Präferenzen kamen in der Wahl bestimmter Fensterformen und -proportionen zum Ausdruck: verbreitet waren quadratische, gedrungen hochrechteckige oder durch bandartige Reihung in der Wirkung querrrechteckige Fensteröffnungen, deren Gewändeformen sich mehr oder weniger eng an gotische und barocke Vorbilder anlehnten. Beliebte Motive aus dem Fundus der «heimatlichen» Bautradition waren auch Satteldächer mit Aufschiebling, stichbogige Türoffnungen oder Erker, wie sie sich verschiedentlich finden.

An einer eher abstrakten traditionalistischen Formensprache orientieren sich der Postneubau von Heinrich Bräm (Abb. 100) oder das Haus «Wellenberg» (Abb. 94) mit ihren monoton repetierten Fensteröffnungen; dass diese beim «Wellenberg» asymmetrisch auf die Fassade gesetzt sind, bringt noch deutlicher eine Distanz zu einem wörtlichen Bezug auf historische Bauformen zum Ausdruck. Gleichermassen konnten die jeweils über mehrere Geschosse reichenden Erkervorbauten als traditionelle Motive empfunden werden, ohne aber konkrete Vorbilder zu evozieren. Der Umbau des Hauses Stüssihofstatt 15 (Abb. 96) hingegen zeigt einen vergleichsweise üppigen, frei historisierenden Heimatstil, der sich mit Reihenfenstern in «gotisch» gekehlten Gewänden, hölzernem Erkervorbaue, stichbogigem Eingang und schmiedeeisernen Ziergittern ebenso verschiedener wie unscharf umrissener historischer Vorbilder bedient. Einen Kontrast zwischen beinahe wörtlich historisierenden Detailformen und einer insgesamt «modernen» Gesamtgestaltung zeigen die von Philipp Bridel erbauten Häuser an der Unteren Zäune (Abb. 106), indem sich Erker wie auch Fenstergewände direkt an historische Schmuckformen anlehnten, während sich die eher monotone Fassadengestaltung mit versetzten Treppenhausfenstern und segmentbogigen Türöffnungen an Modelle hielt, wie sie im zeitgenössischen Wohnungsbau verbreitet waren. Vielleicht die extremste Form von Anpassung an die Bauformen der Altstadt zeigen die zwei Neubauten von Max Kopp am Rindermarkt und an der Kirchgasse (Abb. 108, 110): Ganz offensichtlich sorgsam auf ihre Unauffälligkeit hin berechnet, werden die Fassaden der beiden Häuser durch den Wechsel von Fensterformen beinahe unmerklich belebt. Das Haus am Rindermarkt wird durch ein Blumenfenster und die im Dachgeschoss als Spolie verbaute, bei den Abbrucharbeiten aufgefundene gotische Bifore zusätzlich akzentuiert – Details, die der Betrachter in ihrer scheinbar zufälligen Platzierung durchaus als Resultat einer langen Baugeschichte missverstehen kann.

Neben diesen recht deutlich historisierenden Neubauten entstanden im Rahmen der Sanierungskampagnen aber auch einige, die eher einer traditionalistischen Moderne zuzuordnen wären, indem sie sich nur gerade in den Grundzügen der Fassadengliederung an traditionelle Formen anlehnten, sich im Übrigen aber einer vergleichsweise «modernen» Architektursprache bedienten. Sie übernahmen traditionelle Fassadengliederungen und Fensterformate, verzichteten aber auf historisierende Detailformen, so das neue Eckhaus Niederdorfstrasse 9 (Abb. 98) mit seinen gedrungenen, spärlich auf der Fassade verteilten Einzelfenstern, das Kino und Hotel «goldenes Schwert» an der Marktgasse (Abb. 102) mit seinen zu Paaren gruppierten, durch Kreuzsprossen unterteilten Einzelfenstern oder der Neubau an der Münstergasse 22 mit gekoppelten, aber vergleichsweise einfach gerahmten Fenstern (Abb. 104). Ein Bezug auf die Geschichte konnte etwa durch eine Gedenktafel zum Ausdruck gebracht werden, wie sie am letzteren Haus angebracht wurde, um an den

mittelalterlichen Schwenden- oder Manessturm zu erinnern – dessen bauliche Überreste beim Neubau ja eben zerstört worden waren.

6.4 Die Konzepte einer «stadtbilderhaltenden» Sanierung und die zeitgenössische Debatte

Das Vorgehen, das in der Zürcher Altstadt seit den späten 1930er Jahren verfolgt worden war und vom Büro für Altstadtanierung zu systematischeren Sanierungskampagnen ausgedehnt wurde, war, wie mehrfach kurz erwähnt, in den dreissiger bis fünfziger Jahren natürlich kein Einzelfall. Vielmehr waren solche Vorstellungen einer «stadtbilderhaltenden» Sanierung in der Städtebaudiskussion seit den 1910er Jahren im Umfeld der deutschen Heimatschutzbewegung diskutiert worden, bevor sie in den 1930er Jahren und bis in den Zweiten Weltkrieg hinein vor allem in den beiden totalitären Nachbarländern Deutschland und Italien in zahlreichen Sanierungskampagnen umgesetzt wurden.⁴⁶⁷ In der Schweiz wurden die hier entwickelten Sanierungskonzepte offenbar als ein fachlicher Standard betrachtet, an dem sich nicht nur Sanierungsmassnahmen in einzelnen Städten orientierten, sondern auch die Vorgaben der «Eidgenössischen Expertenkommission für Altstadtanierung» um Ernst Reinhard (vgl. Kap. 5.1). Wie eng die Sanierungskampagnen in der Zürcher Altstadt solchen Sanierungskonzepten folgten, zeigt sich auf mehreren Ebenen; ein abschliessender Blick auf die formulierten Zielsetzungen der Kampagnen, auf den Umgang mit Stadtgrundriss und Bebauungsstruktur und auf die vertretenen Architekturvorstellungen soll dies verdeutlichen.

Schon die programmatischen Ziele der Zürcher Sanierungskampagnen griffen Konzepte und Formulierungen auf, wie sie in der zeitgenössischen Debatte um die Altstädte verbreitet waren. So war sich Steiner in der Darstellung der hygienischen Missstände jedenfalls mit seinen Vorgängern einig, und wenn es darum ging, den Sanierungsbedarf der Altstadt zu veranschaulichen, bediente er sich sogar noch derselben Bilder des sozialen Elends, die schon Hermann Herter und Emil Klöti rund zwanzig Jahre zuvor in ihren Publikationen zum selben Zweck verwendet hatten (vgl. Kap. 3.3 und Abb. 27), so in der erwähnten Heimatschutzausstellung von 1947 (Abb. 111), für die Ausstellung «Deine Wohnung» von 1948 und noch für einen NZZ-Artikel von 1950.⁴⁶⁸ Dass dies auch in jenen Jahren noch sehr geläufige Bildformeln waren, wird aus dem augenzwinkernden Kommentar deutlich, mit dem ein Rezensent im *Werk* 1945 eine Ausstellung über die Basler Altstadtanierung bedachte: «Selbstverständlich fehlen die so überaus künstlerisch reizvollen Photos der von Unordnung strotzenden Elendswohnungen, Küchen und Aborte nicht, die allerdings auch aus den Vorstädten oder dem freien Land stammen könnten.»⁴⁶⁹

Vielleicht den meisten Erklärungsbedarf bietet die ebenso häufige wie drastische Krankheits- und Organismusmetaphorik, die Steiner dazu diente, die Notwendigkeit einer Sanierung rhetorisch zu verdeutlichen. So hatte man es Steiner zufolge bei der Altstadt mit einem «krankhaften Organismus» zu tun, den es «der Gesundung zuzuführen» galt,⁴⁷⁰ und umgekehrt warnte er, dass ohne Sanierung «wertvolles Kulturgut und die Volksgesundheit gefährdet» wären.⁴⁷¹ Ähnliche Formulierungen finden sich im besprochenen Buch von Ernst Reinhard, der sich in diesem Zusammenhang ebenfalls auf den Begriff der «Gesun-

dung» und auf das Konzept der «Volksgesundheit» bezog und der damit vielleicht sogar die unmittelbare Quelle für Steiners programmatische Äusserungen bildete.⁴⁷² In einem weiteren Kontext belegen die Äusserungen von Steiner und Reinhard vor allem, wie stark in der Schweiz bis in die Nachkriegszeit Konzepte kursierten, die letztlich auf die deutsche Städtebaudiskussion im Nationalsozialismus zurückgingen. So war der Ausdruck «Gesundung» nach 1933 als eingedeutschte Variante zum Begriff der «Sanierung» propagiert worden: Altstadtanierung konnte in diesem Sinn als «Gesundung der Baumasse in den Altstadtvierteln der grösseren Siedlungskörper» definiert werden, wie es beispielsweise im 1937 erschienenen Nachtragsband von *Wasmuths Lexikon der Baukunst* hiess.⁴⁷³ Auch die drastische Organismus- und Krankheitsmetaphorik dürfte hier ihre Wurzeln haben. So konnte ein Fachartikel über Sanierungsmassnahmen in Frankfurt am Main vermerken, die Hofeinbauten in der dortigen Altstadt würden «wie eine bösartige Geschwulst» entfernt, während er in Bezug auf die zur Erhaltung und Renovation bestimmten Häuser von «lebendig erhaltenen Randzellen» sprach.⁴⁷⁴ Der Beitrag erschien übrigens 1940 zusammen mit einem von Emil Klöti verfassten Artikel über Zürcher Sanierungsprojekte und bietet aus allgemeinerer Perspektive einen weiteren Beleg dafür, wie wenig man sich auf dem Gebiet des Städtebaus von den totalitären Ländern abgrenzte.⁴⁷⁵ Während sich an den Äusserungen von Steiner und Reinhard zeigt, dass Begriffe wie «Gesundung» oder das Konzept der «Volksgesundheit» als unproblematisch genug betrachtet wurden, um unbesehen übernommen zu werden, muss doch betont werden, dass die Protagonisten der schweizerischen Debatte gleichzeitig eine scharfe Trennlinie gegenüber eindeutig rassistischen Zielen zogen. Gerade der Rekurs auf die «Volksgesundheit» diente in den deutschen Sanierungskampagnen zur Begründung «rassenhygienischer» Ziele. Entsprechende Formulierungen tauchen bei aller zeittypischen Krankheitsmetaphorik und trotz der Rede von der «Volksgesundheit» aber weder in den Zürcher Sanierungskampagnen noch im Buch von Reinhard auf.⁴⁷⁶

Auch die von Steiner immer wieder betonte Überzeugung, dass eine «stadtbild-erhaltende» Sanierung als Mittelweg zwischen einer Erhaltung und einer Erneuerung der Stadt zu sehen sei, verweist auf die zeitgenössische Debatte. So war in Steiners Worten eine «Synthese» zwischen «tabula rasa» einerseits und der «ängstlichen Beibehaltung des bestehenden Zustandes» anderseits zu finden, wenn er gleichermassen eine Erhaltung des traditionellen Stadtbildes forderte wie eine hygienische und baulich-technische Modernisierung der Altstadt.⁴⁷⁷ Auch warnte Steiner mehrfach und in auffallender Deutlichkeit davor, die Forderungen nach Erhaltung der Altstadt zu übertreiben, wenn er meinte, Altstadtanierung bedeute «niemals nur museale Konservierung, blossen äusseren Aufputz der Fassaden», sondern «Umwandlung der Altstadt zu einer guten Wohn- und Arbeitsstadt».⁴⁷⁸ Ähnlich hatte Konrad Hippenmeier bereits Ende der dreissiger Jahre in seinem Bericht gefordert, die Altstadt und deren «Stadtbild» zu erhalten, gleichzeitig aber vor extremen Positionen gewarnt: Wollte man alles erhalten, «käme dies einer Sterilisation, einer unantastbaren Reservation gleich».⁴⁷⁹ Wie direkt im Hintergrund von Steiners Äusserungen die Forderungen von Ernst Reinhard standen, zeigt sich daran, dass Reinhard mit denselben Begriffen nicht nur programmatisch die Erhaltung der Altstadt als «Wohn- und Gewerbestadt» forderte, sondern auch seine Ablehnung von «Villes mortes, Museumsstädten, Jagd nach Amerikanisierung [!] der Altstadtreste» mit vergleichbarer Vehemenz vortrug.⁴⁸⁰ Vor allem aber war die Forderung nach einer Verbindung von Erhaltung und Erneuerung der Altstädte in der zeitgenössischen Debatte um die Sanierung der Altstädte

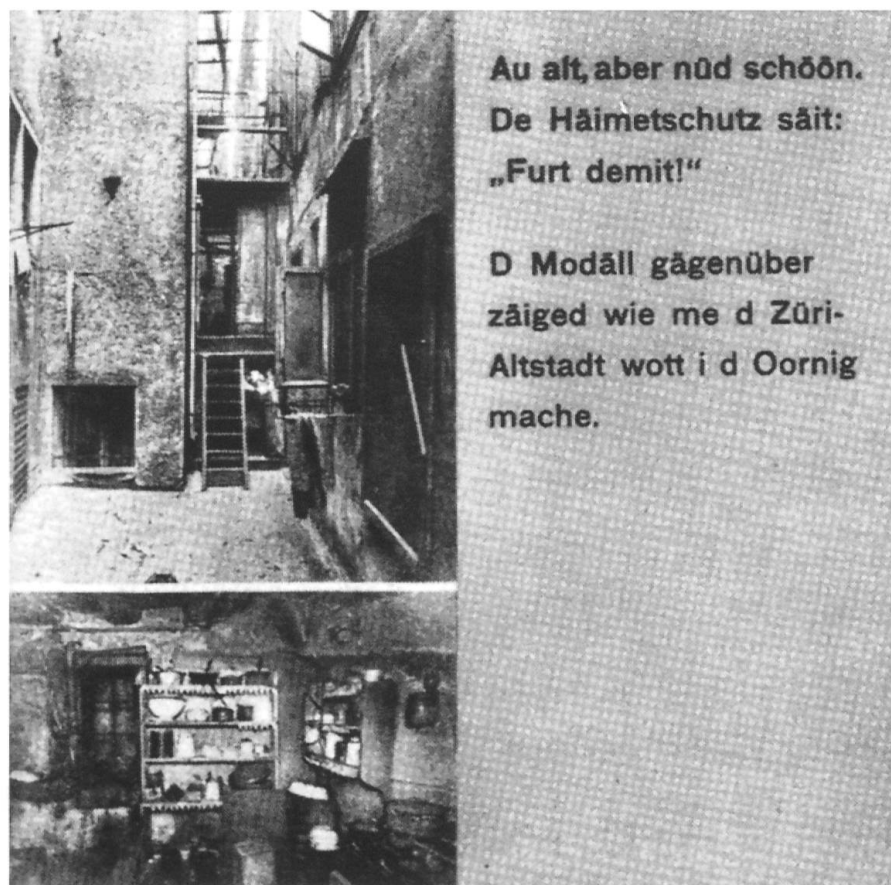


Abb. 111: Bildtafel zur Altstadtsanierung an einer Ausstellung des Zürcher Heimatschutzes, 1947.

längst zu einem eigentlichen Gemeinplatz geworden. Auch die Basler Stadtverwaltung etwa verwahrte sich 1945 in einer breit wahrgenommenen Ausstellung gegen den Vorwurf, «rein äusserliche Verbesserungen» anzustreben: «[...] es sollen ja nicht effektvolle Theaterkulissen für unkritische Kunden unserer Fremdenindustrie aufgestellt werden, sondern es soll eine *wirkliche Sanierung* der immer unhaltbarer werdenden Altstadtverhältnisse erfolgen.»⁴⁸¹ Ähnliche Beispiele liessen sich fast beliebig vermehren. Letztlich verweisen sie auf Haltungen, die zur zentralen Programmatik der Heimatschutzbewegung gehörten: hier war seit dem frühen 20. Jahrhundert ebenso der Ruf nach einer Bewahrung des traditionellen Stadtbilds – und im weiteren Sinn der traditionellen Kulturlandschaft – laut geworden, wie man gleichzeitig eine Modernisierung auf funktionaler und technischer Ebene zulassen wollte, ja teilweise gar ausdrücklich forderte.⁴⁸² Als Beleg muss hier eine Äusserung genügen, mit welcher Max Kopp 1954 das Programm der von ihm geleiteten Bauberatungsstelle des Schweizer Heimatschutzes umriss: «Heimatschutz im bloss konservierenden Sinne wäre [...] ein aussichtsloser Kampf gegen Windmühlen, weil er ein Kampf gegen die Zeit wäre. [...] Wir fordern von dem Werdenden [das heisst von Neubauten], dass es sich harmonisch in das Bestehende einfüge, mag das Bestehende Teil einer Landschaft oder eines Ortsbildes sein.»⁴⁸³ Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass in Zürich gerade auch von der Seite des Heimatschutzes nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Sanierung und Erneuerung der Altstadt gefordert wurde. So ist es zu

verstehen, wenn man in der erwähnten, von der Vereinigung veranstalteten Ausstellung in breitenwirksamem Dialekt und mit plakativer Pädagogik neben der Fotografie eines Ehgrabens aus der Altstadt lesen konnte: «Au alt, aber nüd schön. Dä Häimetschutz säit: «Furt demit!»»⁴⁸⁴ (Abb. 111)

Diesen Forderungen entsprach eine Sanierungspraxis, die auch im Hinblick auf den Umgang mit Stadtgrundriss und Bebauungsstruktur der Altstadt Parallelen in der zeitgenössischen Debatte findet. Wie dargestellt wurde, verfolgten alle Planungen und baulichen Eingriffe in der Zürcher Altstadt seit den mittleren 1930er Jahren eine Form der Sanierung, welche die Gassen und Plätze der Altstadt zumindest annähernd in ihrem räumlichen Gefüge erhalten sollte, während die Bebauung der Hofbereiche wie auch der Nebengassen beseitigt oder, in zeitgenössischen Begriffen, «ausgekernt» werden sollte. Auf dieser prinzipiellen Ebene entsprach das «Richtprojekt» des Büros für Altstadtsanierung (vgl. Abb. 69, 70) dem bereits 1935 ausgearbeiteten Sanierungsplan (vgl. Kap. 4.1 und Abb. 36). Unterschiede zeigen sich dabei in der Frage, wieweit die bestehenden Häuser durch Neubauten ersetzt werden sollten: Während die Sanierungskampagnen des Büros für Altstadtsanierung eine sehr weitgehende Neubautätigkeit in der Altstadt vorsahen, hatte der 1935 unter Konrad Hippenmeier ausgearbeitete Plan zumindest theoretisch eine weit grössere Zahl von Häusern zur Erhaltung oder zum Umbau bestimmt. Wie man sich eine konkrete Umsetzung des Plans von 1935 in Ersatzbauten vorzustellen hätte, muss allerdings offenbleiben, folgten dem Plan doch ausser den weiteren Auskernungen keine Realisierungen.

Dieselbe Spannweite von Lösungen zeigt sich in Sanierungsprojekten, die in denselben Jahren und kurz zuvor in anderen Städten verfolgt wurden. Eine Auskernung von Höfen bei relativ weitgehender Erhaltung der Randbebauung, wie sie in Zürich mit dem Sanierungsplan von 1935 theoretisch in Aussicht genommen war, wurde in der Schweiz seit den späten dreissiger Jahren vor allem in Basel und in Biel verfolgt. In Basel wurden ganze Häuserblocks durch Abbruch der innenliegenden Bauten «ausgekernt», während die Randbebauung in ihrer Substanz grossteils erhalten blieb, gleichzeitig aber durch Restaurierungen teilweise massiv überformt wurde (Abb. 112, 113).⁴⁸⁵ Ein analoges Vorgehen wurde in Biel verfolgt, wenn auch die dortige Altstadt nur einige wenige Häuserblocks umfasste (Abb. 114, 115). Dass die kleine Industriestadt dem Thema der Altstadtsanierung überhaupt diese Aufmerksamkeit widmete, ist offensichtlich im Zusammenhang ihrer allgemein grossen Bemühungen um eine soziale Wohnungsbaupolitik zu sehen.⁴⁸⁶ Die Projekte beider Städte fanden in Zürich Aufmerksamkeit. So besuchten Vertreter der Zürcher Stadtverwaltung – höchstwahrscheinlich war auch Stadtbaumeister Steiner dabei – im Herbst 1945 in Basel die erwähnte, aufwendig eingerichtete Ausstellung über die dortigen Sanierungsprojekte.⁴⁸⁷ Die Bieler Sanierungskampagnen wurden bei der Vergabe der ersten Etappe von Planungsarbeiten für das Zürcher «Richtprojekt» 1944 sogar ausdrücklich als Vorbild empfohlen.⁴⁸⁸

Den fachlichen Standard für eine solche Sanierungspraxis hatten allerdings Projekte gesetzt, die etwas früher in deutschen und in etwas geringerer Zahl in italienischen Städten in Angriff genommen worden waren. So zeigt ein Sanierungsprojekt für Frankfurt am Main das Prinzip der Auskernung eines Hofbereichs bei gleichzeitiger Erhaltung der Randbebauung (Abb. 116), ein Sanierungsplan für Kassel die gross angelegte Anwendung dieses Vorgehens auf eine ganze Altstadt (Abb. 117, 118).⁴⁸⁹ Ein entsprechendes Vorgehen wurde in Sanierungsprojekten in Braunschweig verfolgt, die im Übrigen noch 1941 mit einem

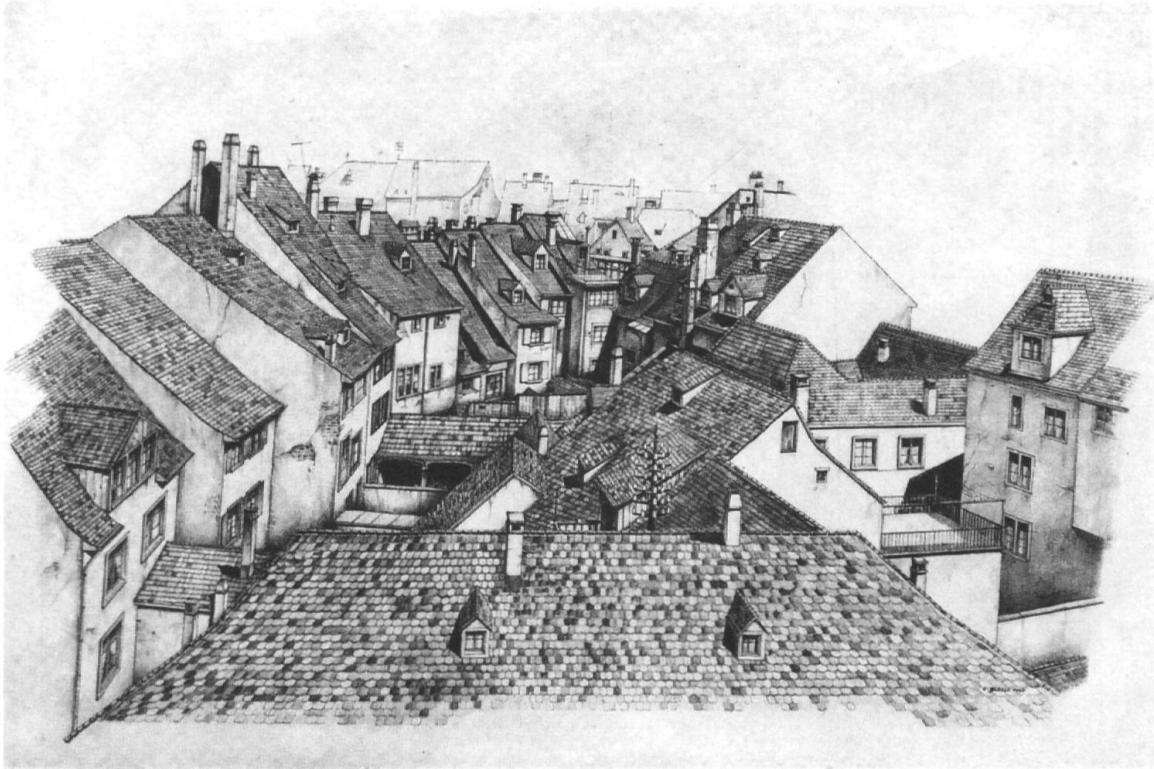


Abb. 112/113: Basel, Bildvergleich zum Zustand vor und nach der geplanten Sanierung eines Häuserblocks in der Altstadt (aus der Broschüre zu einer Basler Ausstellung von 1945).

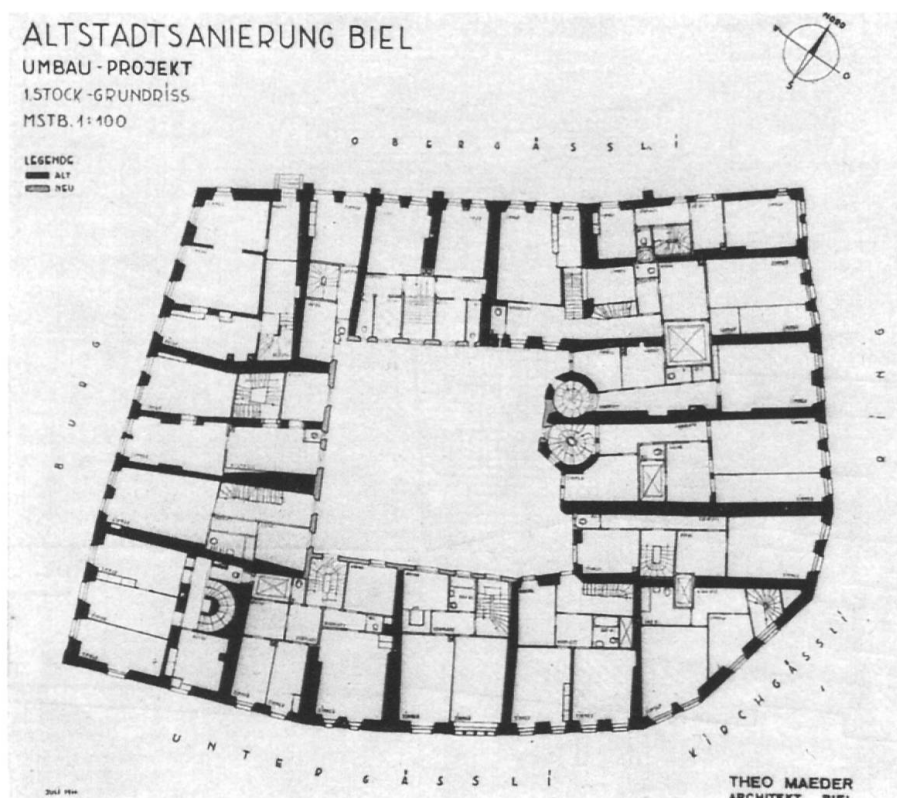
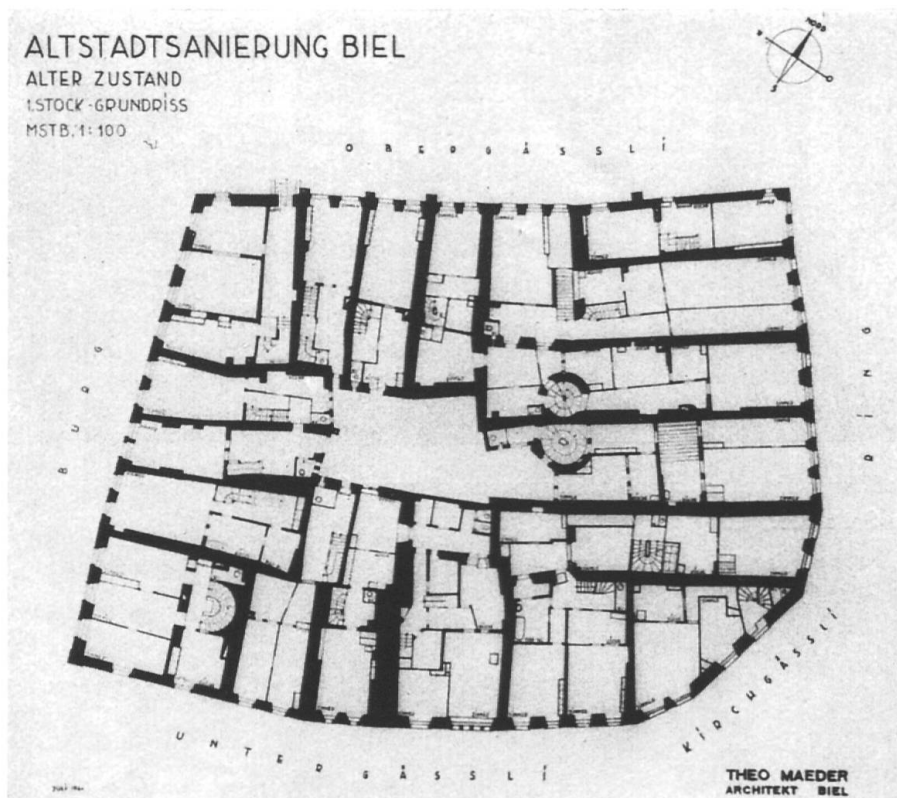


Abb. 114/115: Biel, Sanierungsprojekt für einen Häuserblock, 1944, Vergleich zwischen dem Zustand vor und nach der Sanierung.

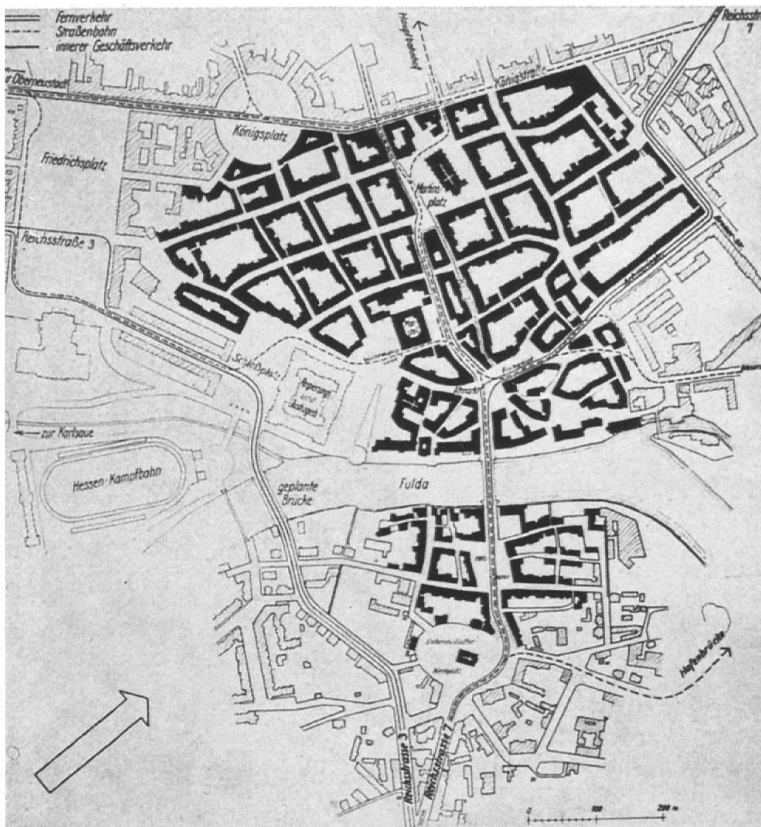
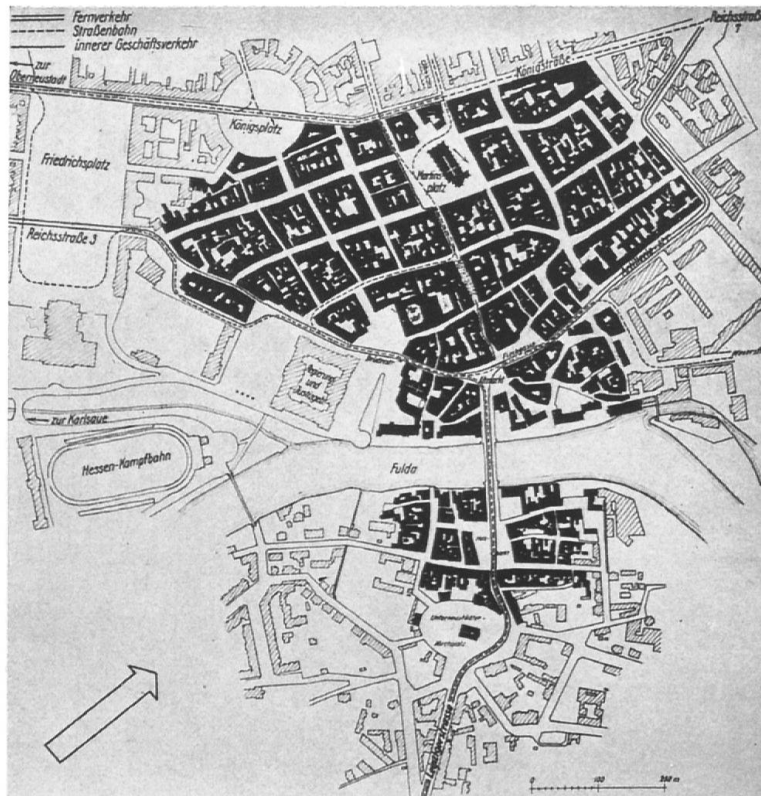


Abb. 117/118: Kassel, Sanierungsprojekte für die gesamte Altstadt, Übersichtspläne zum Zustand vor (oben) und nach der Sanierung (unten), um 1939.

Abb. 119: Bergamo, Plan des Bestandes mit Einzeichnung der Erhaltungsziele für die einzelnen Bauten, Architekt: Luigi Angelini, um 1943.

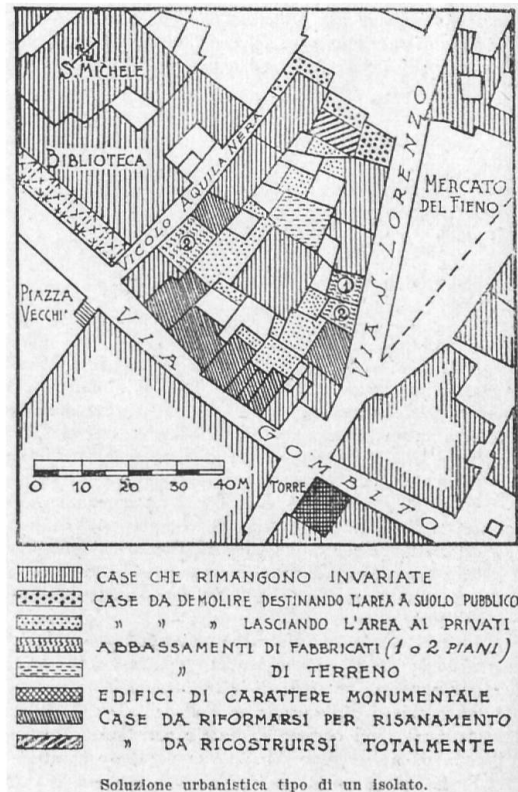


Abb. 120: Bern, zweites Sanierungsprojekt der «Arbeitsgemeinschaft Altstadtsanierung» für den Nydeggstalden, 1938.



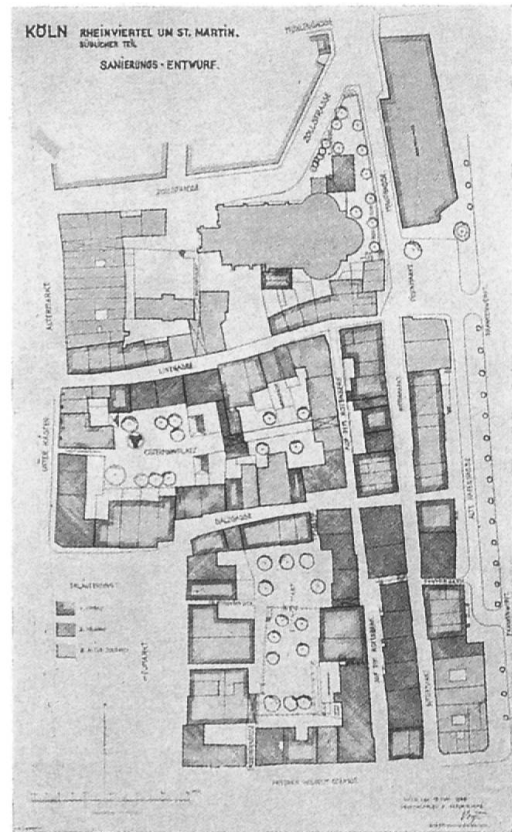
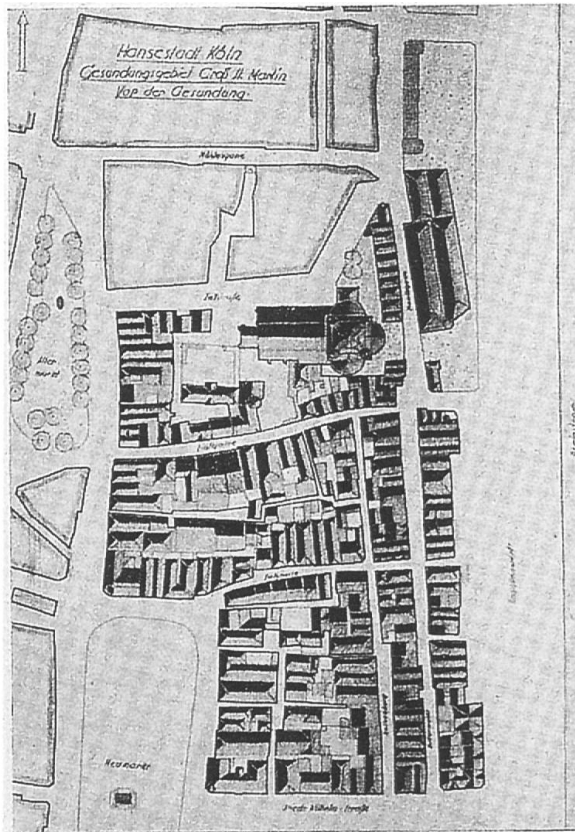


Abb. 121/122: Köln, Sanierungsprojekte für das Rheinviertel um Gross St. Martin, Übersichtsplan des Bestands und Sanierungsprojekt mit Kennzeichnung der erhaltenen (hell), umgebauten (konturiert) und neu erstellten Häuser (dunkel), um 1940.

chen Vorgehens sind wiederum Projekte aus deutschen Städten zu sehen. So verfolgten Sanierungsprojekte, die in den späten dreissiger Jahren und bis in die Kriegsjahre hinein etwa in Köln und Frankfurt am Main umgesetzt wurden, einen ähnlich weitgehenden Ersatz der bestehenden Häuser. Gerade die in den frühen dreissiger Jahren in Angriff genommenen Projekte für das Kölner Rheinviertel um Gross St. Martin zeigen mit der Auskernung von Hofbereichen und dem weitgehenden, aber nicht vollständigen Ersatz der Randbebauung ein Vorgehen, das mit den Zürcher Sanierungskampagnen direkt vergleichbar ist (Abb. 121, 122).⁴⁹⁴ Zum ersten Mal war ein solches Vorgehen einige Jahrzehnte zuvor in Stuttgart verfolgt worden, wo in den Jahren 1905–1909 durch Architekten aus dem Umfeld von Theodor Fischer ein zusammenhängendes Altstadtviertel durch eine vollständige Neubebauung ersetzt wurde, die Stadtgrundriss und Raumgefüge des Bestands reproduzierte (Abb. 123), sich aber auch mit der Gestaltung der einzelnen Neubauten an Architekturformen der Stuttgarter Altstadt anlehnte (Abb. 124).⁴⁹⁵

Vom Umgang mit Stadtgrundriss und Bebauungsstruktur der Altstadt zu trennen ist die Frage nach den Architekturformen der im Rahmen der Sanierungskampagnen realisierten Bauten. Dies liegt nur schon deswegen nahe, weil die Projekte für die Ersatzneubauten nur in Ausnahmefällen zusammen mit den städtebaulichen Planungen entstanden. In erster Linie zeigen sich die einzelnen Bauten denn auch als Beispiele für den «Heimatstil» der 1930er bis 50er Jahre, jene breite traditionalistische Strömung, welche in der schweize-

A detailed street map of the Eberhard's neighborhood in St. Louis, Missouri. The map shows a grid of streets with building footprints indicated by hatched patterns. Key streets labeled include N. BRIDGE ST., N. 1ST ST., N. 2ND ST., N. 3RD ST., N. 4TH ST., N. 5TH ST., N. 6TH ST., N. 7TH ST., N. 8TH ST., N. 9TH ST., N. 10TH ST., N. 11TH ST., N. 12TH ST., N. 13TH ST., N. 14TH ST., N. 15TH ST., N. 16TH ST., N. 17TH ST., N. 18TH ST., N. 19TH ST., N. 20TH ST., N. 21ST, N. 22ND, N. 23RD, N. 24TH, N. 25TH, N. 26TH, N. 27TH, N. 28TH, N. 29TH, N. 30TH, N. 31ST, N. 32ND, N. 33RD, N. 34TH, N. 35TH, N. 36TH, N. 37TH, N. 38TH, N. 39TH, N. 40TH, N. 41ST, N. 42ND, N. 43RD, N. 44TH, N. 45TH, N. 46TH, N. 47TH, N. 48TH, N. 49TH, N. 50TH, N. 51ST, N. 52ND, N. 53RD, N. 54TH, N. 55TH, N. 56TH, N. 57TH, N. 58TH, N. 59TH, N. 60TH, N. 61ST, N. 62ND, N. 63RD, N. 64TH, N. 65TH, N. 66TH, N. 67TH, N. 68TH, N. 69TH, N. 70TH, N. 71ST, N. 72ND, N. 73RD, N. 74TH, N. 75TH, N. 76TH, N. 77TH, N. 78TH, N. 79TH, N. 80TH, N. 81ST, N. 82ND, N. 83RD, N. 84TH, N. 85TH, N. 86TH, N. 87TH, N. 88TH, N. 89TH, N. 90TH, N. 91ST, N. 92ND, N. 93RD, N. 94TH, N. 95TH, N. 96TH, N. 97TH, N. 98TH, N. 99TH, N. 100TH.

A black and white photograph of a street scene in a Swiss town. The image shows several traditional Swiss houses with steep gabled roofs and multiple windows with dark shutters. A small, ornate fountain or well structure is visible in the foreground on the right. The architecture is characteristic of the Swiss Alps.

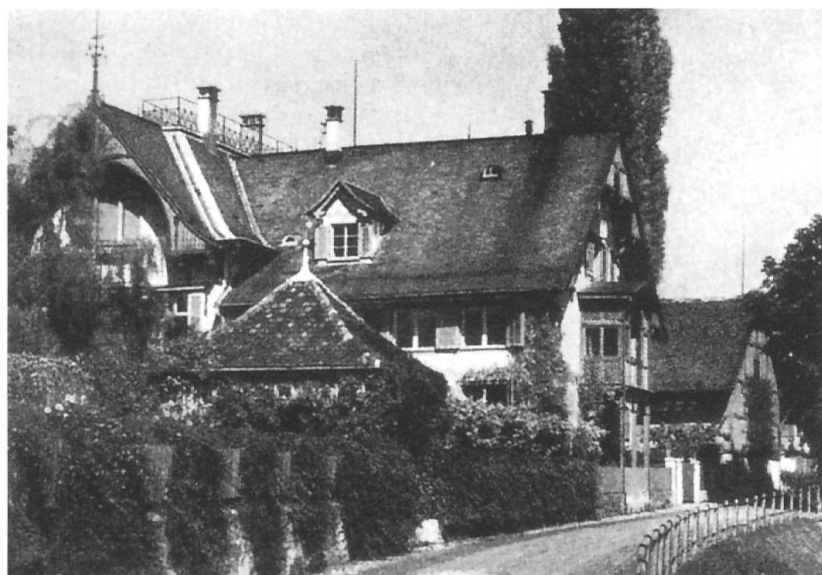


Abb. 125: Max Kopp, «Dörfli» an der Landesausstellung von 1939 in Zürich.

rischen Architektur dieser Jahrzehnte mindestens ebenso verbreitet war wie die Moderne. Gemeint ist die aktualisierte Form jener Architektur, die um und vor allem nach 1900 von der Heimatschutzbewegung propagiert worden war und die in der Forschung als «Heimatstil» oder «Heimatschutzarchitektur», bisweilen auch als «Reformarchitektur» bezeichnet wird. Deren erklärtes Ziel war es, mit der Architektur der Gegenwart an die jeweilige regionale Bautradition anzuschliessen, nicht aber historische Bauten wörtlich zu kopieren. So übernahm der Heimatstil der Jahre um 1900 nach seinem Selbstverständnis für die Gestaltung von Neubauten zwar Grundformen und besonders charakteristische Architekturelemente aus der jeweiligen Bautradition, vermied aber ebenso deutlich den Historismus im Sinn des 19. Jahrhunderts. Nicht zufällig entstanden einige wichtige Beispiele einer solchen Architekturauffassung gerade auch im Kontext von Stadt- und Landschaftsbildern, die man nun als wertvoll schätzte. So zeigen sich entsprechende Architekturformen exemplarisch etwa an dem zuvor erwähnten Stuttgarter Sanierungsprojekt, in dessen Hintergrund mit Theodor Fischer denn auch der Hauptvertreter des süddeutschen Heimatstils stand. Selbstverständlich waren dies aber nur einige wenige Bauaufgaben, während sich der Heimatstil schon um 1900 in sehr viel breiterer Form in der reinen Neubautätigkeit niederschlug.⁴⁹⁶

Eine einheitliche Bezeichnung für den Heimatstil der 1930er bis 50er Jahre hat sich in der Forschung bislang nicht durchgesetzt. Neben dem zeitgenössisch verwendeten «Heimatstil» ist bisweilen auch hier von «Heimatschutzarchitektur» die Rede; in der Schweiz zeigt diese Architektur eine Nähe zum sogenannten Landstil, auch wenn sie mit dieser konservativen Spielart der Moderne nicht identisch ist.⁴⁹⁷ Einige der Architekten, die an der Zürcher Altstadtsanierung beteiligt waren, gehörten allgemein zu den wichtigeren Vertretern dieser Architekturauffassung. So hatte der zeitgenössische Heimatstil in dem von Max Kopp erbauten «Dörfli» der Landesausstellung von 1939 vielleicht seine bekannteste Manifestation gefunden (Abb. 125).⁴⁹⁸ Aber auch Albert Heinrich Steiner hatte vor seiner Berufung zum Stadtbaumeister einige Bauten in vergleichbaren Architekturformen realisiert, beispielsweise die purifizierende Umgestaltung des ehemaligen Wohnhauses des Dichters Conrad Ferdinand Meyer in Kilchberg (Abb. 126, 127).⁴⁹⁹

Abb. 126/127: Albert Heinrich Steiner, ehemaliges Wohnhaus des Dichters C.F. Meyer, Kilchberg ZH, purifizierender Umbau, 1934: Zustand vor (oben) und nach dem Umbau (unten).



Als allgemeineres, nicht auf die Altstadt-sanierung begrenztes Phänomen erweist sich nicht nur die Architektursprache der Neubauten, sondern auch die Beseitigung von Bauformen des Historismus. Wie gezeigt, lässt sich – bei allen Unterschieden im Einzelnen – sowohl in den Planungskampagnen des Büros für Altstadt-sanierung als auch in den realisierten Um- und Neubauten eine Tendenz zur Überformung der Altstadt nach den Vorstellungen einer traditionalistischen Architekturauffassung feststellen. Handelte es sich bei den umgesetzten Projekten naturgemäss immer nur um einzelne Häuser, wird das Phänomen in den Sanierungsvorschlägen des «Richtprojekts» sehr deutlich, indem hier oft für ganze Strassenzüge anstelle der historistisch geprägten Bauten traditionalistische Neubauten oder Umgestaltungen vorgeschlagen wurden (Abb. 128). Auch ausserhalb der Altstadt wurde in Zürich seit den späten dreissiger Jahren eine ganze Reihe von Bauten der Belle Époque durch Beseitigung ihrer historistischen Bauplastik purifiziert und einem



Abb. 128: Hans von Meyenburg, Sanierungsprojekt für die Altstadt, Block 25 (1948). Fassaden am Rennweg, Bestand (oben) und Projekt (unten).

neuen Architekturverständnis folgend überformt; eines der prominenteren Beispiele bildet die Alte Börse an der Bahnhofstrasse. Dieselbe Tendenz setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg in einer Abbruchwelle fort, die zunehmend auch grössere Bauten betraf und damit solche, die man im Nachhinein sicherlich als wichtige bauliche Zeugen des 19. Jahrhunderts verstehen würde.⁵⁰⁰

In ihrer gezielten und systematischen Form lässt sich die traditionalistische Überformung der Altstadt direkt auf die zeitgenössische Debatte zur Altstadtsanierung beziehen. Nicht nur die einzelnen Neubauten und die umfassenderen Vorschläge des «Richtprojekts» zeigten in dieser Hinsicht die Programmatik der Sanierungsprojekte. Wie dargestellt wurde, waren die Sanierungskampagnen auch von einem ästhetischen Diskurs getragen und wurden mit solchen Argumenten begründet. In Steiners Worten waren die Ersatzneubauten und Umbauten durch ihre Gestaltung «in das Altstadtbild einzufügen», wobei «der typische Charakter und der feingliedrige Masstab» gewahrt werden sollten.⁵⁰¹ Durchwegs lehnte man die baulichen Zeitschichten des 19. Jahrhunderts ab, was sich bei Steiner etwa in der Feststellung äusserte, dass die Altstadt «bis anfangs des 19. Jahrhunderts ein gesunder und lebensfähiger Organismus» gewesen sei.⁵⁰² In der Ausstellung im Helmhaus von 1948 versammelte eine Schauwand «Schlechte Beispiele», die an der Architektur des 19. Jahrhunderts «Falsche Anpassung», «Schlechte Einfügung» und «Zerstörung des Masstabes» demonstrieren sollten (Abb. 129).⁵⁰³ Ziel der Sanierungskampagnen war es damit, einen imaginierten Idealzustand wiederherzustellen, so dass Steiner ganz in der Logik der Organismusmetapher formulieren konnte: «Die Altstadtsanierung bezweckt, den kranken Stadtorganismus, dem inneren Gesetze seiner Struktur folgend, wieder lebensfähig zu gestalten.»⁵⁰⁴ Formulierungen und Denkfiguren, die hier festzustellen sind, waren nicht etwa auf die Zürcher Sanierungskampagnen beschränkt. Vielmehr handelte

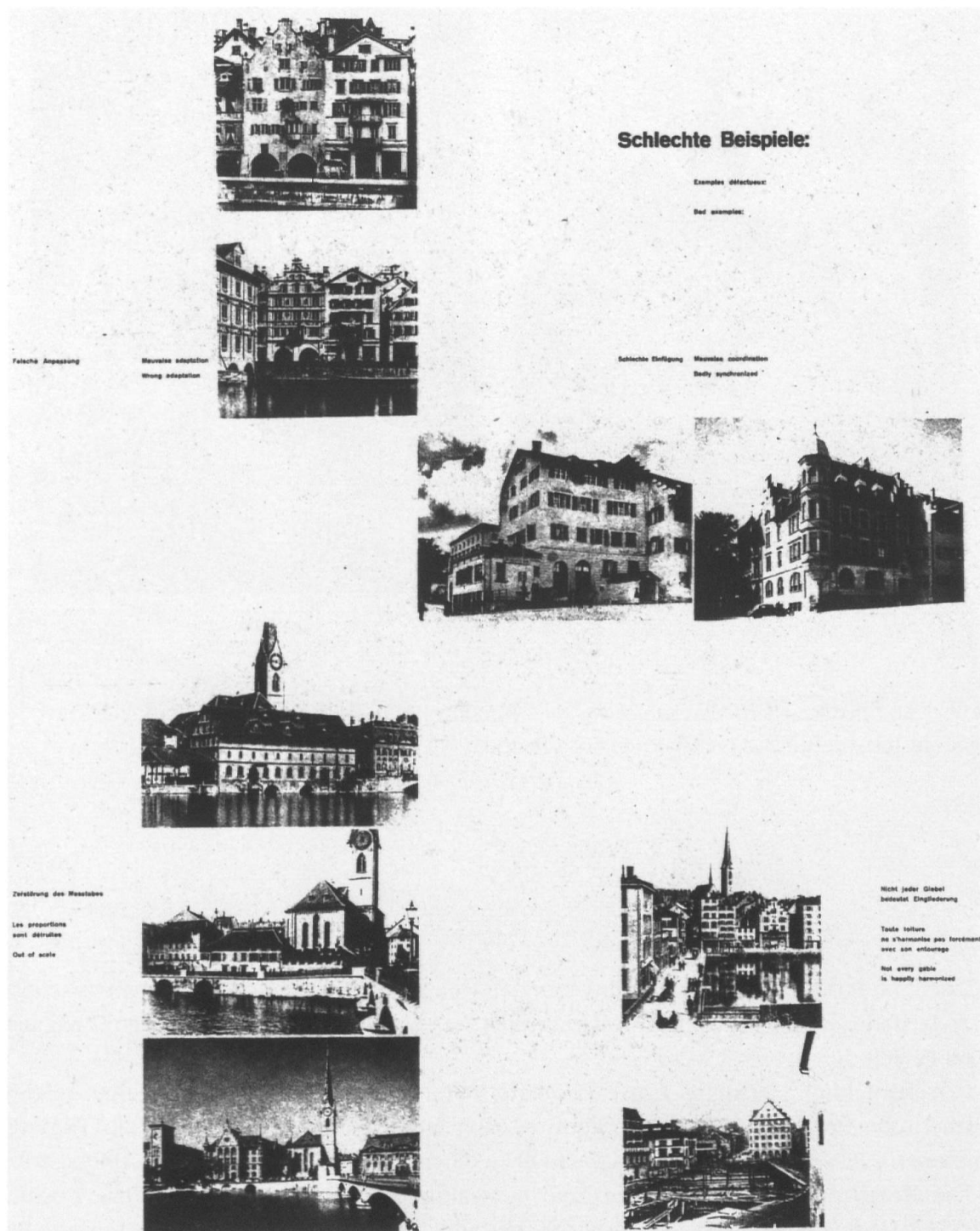


Abb. 129: Bildtafel aus der Ausstellung «Deine Wohnung – Dein Nachbar – Deine Heimat» im Helmhaus, 1948: Beispiele für «Falsche Anpassung», «Zerstörung des Masstabes» und «Schlechte Einfügung».



Schaffhausen. Der alte Gasthof »Zum Schwert« mußte zu Beginn des 20. Jahrhunderts diesem Bau weichen, der ganz der aufdringlichen Baugesinnung der Bauherren und Architekten dieser Periode entsprach. Die stehengebliebene alte Fassade eines anständigen Bürgerhauses wirkt wie eine Klage gegen den Nouveauriche.
Zu Seite 222.

Photo: Koch, Schaffhausen



Schaffhausen. Bankgebäude Schweiz. Bankverein, früheres Gebäude Gasthof »Zum Schwert.« So hat eine bessere Baugesinnung durch einen geschickten Architekten aus dem üblen Bestand herausgeholt, was möglich war. Der Verzicht auf den Katalog verschiedener Stilarten und Ornamenten, die Konzentration auf das Wesentliche — Eingang, Erker, Wappen —, die Vereinfachung und der Zwang zur disziplinierten Haltung geben dem Bau jetzt erst den Charakter unaufdringlicher Repräsentation einer Wirtschaftsmacht.
Zu Seite 222.

Photo: Koch, Schaffhausen

Abb. 130: Ernst Reinhard: *Die Sanierung der Altstädte* (1945), Bildvergleich zur Purifizierung eines historistischen Bankgebäudes in Schaffhausen.

es sich um Postulate einer doktrinär verengten Heimatschutzästhetik, die zeitgenössisch in der Altstadtanierung nicht nur weit verbreitet war, sondern auch ausdrücklich propagiert und gezielt durchgesetzt wurde.

Ausdrücklich verfolgte Ernst Reinhard mit seinem Buch von 1945 eine solche ästhetische Programmatik. So forderte er zum einen mit aller Vehemenz die Tilgung historistischer Architekturformen, wenn er in einem eigenen Kapitel mit der Überschrift «Die Beseitigung der Bausünden» die «gewaltigen Einbrüche der baulichen Unsitte des 19. Jahrhunderts in das Gefüge der Altstadt» beklagte.⁵⁰⁵ Zum anderen forderte er ausdrücklich, an die als abgebrochen wahrgenommene vormoderne Bautradition anzuschliessen: «Wir müssen, um es überdeutlich zu sagen, den alten Baubestand des 15. bis 18. Jahrhunderts zur Grundlage nehmen, den Schutt des 19. Jahrhunderts daraus entfernen und durch innere Reorganisation die Wohn- und Gewerbestadt des 20. Jahrhunderts gewinnen.»⁵⁰⁶ Konkret bedeutete dies – wie in den Zürcher Sanierungskampagnen – die Forderung nach einer Architektur, die sich in den Formen an vormoderne Bauten anlehnte, dabei aber den allzu wörtlichen Bezug auf das historische Vorbild vermied. So nahm Reinhard für das erwähnte Berner Sanierungsprojekt (vgl. Abb. 61) in Anspruch, hier werde absichtlich «auf die Kopie gotischer und barocker Hausformen verzichtet;



Zürich, Stüssihofstatt: Alter Zustand.



Neuer Zustand.

Wiederum eine glückliche Renovation. Die Stüssihofstatt, die aus ihrer Trivialisierung in die alte, schöne Form gerettet wurde, unter gleichzeitiger Anpassung der Wohnungen an unsere Wohnbedürfnisse. Nur keine Angst vor einer ehrlichen Mauerfläche, die nicht aus der Verlegenheit einer stehengebliebenen Brandmauer entstanden ist.

Photos: Stadtverwaltung Zürich

Abb. 131: Ernst Reinhard: *Die Sanierung der Altstädte* (1945), Bildvergleich zu einem Umbau an der Stüssihofstatt in Zürich.

gesucht wurden der Massstab und der Rhythmus».⁵⁰⁷ In diesem Sinn propagierte er auch die Purifizierung historistischer Bauten und ihre Umgestaltung nach einer traditionalistischen Architekturauffassung. Grossformatige Tafeln zeigten im Buch etwa die Purifizierung eines Bankgebäudes in Schaffhausen, das durch Entfernung aller historistischen Schmuckformen faktisch in einen Heimatstilneubau umgewandelt worden war (Abb. 130).⁵⁰⁸ Die Tilgung der Zeitschichten des 19. Jahrhunderts kam nach einem solchen Verständnis einer Wiederherstellung eines verlorenen Idealzustands gleich. So sah Reinhard die Zürcher Stüssihofstatt nach dem – von Stadtbaumeister Steiner veranlassenden – Ersatz einer spätklassizistischen Fassade durch eine Neugestaltung in recht üppigen Heimatstilformen «in die alte, schöne Form gerettet» (Abb. 131).⁵⁰⁹ Beurteilungskriterium war nicht etwa die Gestaltung der einzelnen Bauten, sondern das Stadtbild als Ganzes: Am Neubau des Zürcher Hotels «Storchen» lobte Reinhard entsprechend die «Vereinheitlichung und Beruhigung des Stadtbildes» (Abb. 132).⁵¹⁰

Letztlich gingen solche Postulate auf Positionen zurück, wie sie von der Heimatschutzbewegung – in Deutschland wie in der Schweiz – seit mehreren Jahrzehnten vertreten worden waren. In dieser rigiden und doktrinären Form aber verweisen sie auf Vorgaben, die im nationalsozialistischen Deutschland für den Umgang mit den

alten Städten galten. Neben den Sanierungskampagnen im engeren Sinn sind in diesem Zusammenhang auch die «Entschandelungs»-Programme von Interesse. Dabei handelte es sich um Kampagnen, welche die nach zeitgenössischem Verständnis «verschandelten» Städte durch restauratorische und gestalterische Eingriffe wieder «entschandeln» sollten. Im Unterschied zur Altstadtsanierung, die zusätzlich hygienische Ziele verfolgte, zielten sie damit auf eine reine und ausschliessliche Stadtbildpflege.⁵¹¹ Im Hinblick auf den baulichen Umgang mit den Altstädten verfolgten Sanierungskampagnen und «Entschandelungen» aber gleichermassen eine Überformung des Stadtbildes nach den Massgaben einer traditionalistischen Architektur und einer doktrinär verengten Heimatschutzästhetik. Besonders deutlich kommen solche programmatischen Vorgaben in einem Buch zum Ausdruck, das 1939 im Zusammenhang einer Propagandaausstellung unter dem Titel *Die Stadt – Ihre Pflege und Gestaltung* erschien und das ebenso wie die Ausstellung selbst als Leitfaden für Stadtbildpflege und Altstadtsanierung dienen sollte.⁵¹² Anhand zahlreicher bereits ausgeführter Sanierungen und «Entschandelungen» aus verschiedenen deutschen Städten wurde hier vorgeführt, wie Bauten des Historismus ihrer Schmuckformen entledigt und in einer traditionalistischen Architektursprache überformt respektive durch entsprechende Neubauten ersetzt werden sollten. Eine «Entschandlung» in Nürnberg zeigte beispielsweise, wie eine wohl im späten 19. Jahrhundert entstandene Glasfront mit Eisenprofilen durch eine traditionalistisch gestaltete, massiv wirkende Lochfassade ersetzt wurde (Abb. 133). Als vorbildlich wurde aber auch die Umgestaltung des Rathauses von Hechingen dargestellt. Dabei handelte es sich um ein Werk des bekannten Architekten Paul Schmitthenner, der hier aus einem historistischen Bau in Formen der «deutschen Renaissance» faktisch einen Heimatstilbau in Formen der «Stuttgarter Schule» gemacht hatte (Abb. 134, 135) – eine Verwandlung, die beinahe schon wie eine Vorlage für das von Reinhard propagierte Schaffhauser Beispiel erscheint und durchaus als solche gedient haben könnte.⁵¹³

Bezüge zeigen sich auch auf der Ebene des Diskurses. Stellvertretend lassen sich die programmatischen Forderungen, welche den deutschen Kampagnen zur Altstadtsanierung und «Entschandlung» zugrunde lagen, an einem Vortrag des Kunsthistorikers und NS-Kunstpropagandisten Wilhelm Pinder zeigen. 1933 unter dem Titel *Zur Rettung der deutschen Altstadt* auf dem «Tag für Denkmalpflege und Heimatschutz» vorgetragen und schnell bekannt geworden, hatte der Vortrag gewissermassen die offizielle Doktrin für den Umgang mit den Altstädten im «Dritten Reich» definiert, wie sie in der Folge – selbstverständlich mit gewissen Abwandlungen im Detail – auf breiter Front umgesetzt werden sollte.⁵¹⁴ So griff Pinder bekannte Forderungen der Heimatschutzbewegung auf, wenn er von Neubauten in der Altstadt eine traditionalistische, nicht aber historisierende Gestaltung verlangte: «Nichts künstlich Altes zwar soll für die Umgebung des Alten erfunden werden, aber mit diskretem Takte sind Formen zu schaffen, die als Begleitung wirken.»⁵¹⁵ Konkret bedeutete dies für ihn, bei Ersatzneubauten «den Farbton, die Proportion, den Werkstoff, den Umriss» zu respektieren.⁵¹⁶ Ziel einer solchen Form des Umgangs mit der Altstadt war die Wiederherstellung einer Tradition, die auch Pinder mit dem 19. Jahrhundert mutwillig abgebrochen sah: «Die Walze der wilhelminischen Zeit ist über das natürliche Wachstum hinweggegangen.»⁵¹⁷ Damit sah Pinder nun aber den «Volkstumsausdruck» der Architektur zerstört, und die Ausfälle gegen die Architektur des Historismus wurden mit der Ablehnung eines ganzen Gesellschaftsmodells kurzgeschlos-



Zürich. Wühre mit »Storchen«. Umgekehrt ist hier auf der gegenüberliegenden Seite der Limmat mit der Sanierung eine Vereinheitlichung und Beruhigung des Stadtbildes erreicht worden. Das bemerkenswerte Resultat war aber nur dank öffentlicher Hilfe zu erreichen.

Zu Seite 80.

Photo: Stadtverwaltung Zürich

Abb. 132: Ernst Reinhard: *Die Sanierung der Altstädte* (1945), Bildvergleich zur Wühre vor (links) und nach dem Bau des Hotels »Storchen«.



Entschandelungen in Nürnberg

Abb. 707 und Abb. 708. Dieses Haus an der Fleischbrücke war durch die Schaufenstereinbauten in Erd- und Obergeschoß entstellt. Letztere fielen fort, erstere wurden verkleinert und mit den in Altnürnberg üblichen Stichbögen überspannt. Abb. 709 und Abb. 710. Haus Plobernhofstraße im Knickpunkt des wohl erhaltenen Straßenzuges. Der neue Zustand zeigt nach Erfas der großen Glasflächen in einem Stahlskelettbau durch maßstäblich richtige Fenster den ersten Abschnitt der Vereinigung; ein tiefer eingreifender Umbau des Erdgeschosses folgt, das Obergeschoß erhält ein „Chörlein“ (Erker ausbau).

Abb. 133: *Die Stadt – Ihre Pflege und Gestaltung* (1939), Beispiel einer »Entschandlung« in Nürnberg.

sen, wenn es apodiktisch hiess: «Das zerfetzte Bild der Neustädte ist das unwillkürliche Selbstporträt der liberalistischen Haltung.» Die Altstädte hingegen repräsentierten für Pinder jene «Ganzheit», die er für die nationalsozialistische Ideologie in Anspruch nahm.⁵¹⁸ Wenn auch eine solche politische Aufladung in der schweizerischen Debatte fehlt, handelt es sich bei Pinders Forderungen doch um genau jene auf einen rigiden Traditionalismus verengte Heimatschutzästhetik, die in den Zürcher Sanierungskampagnen und im Buch von Ernst Reinhard zu fassen ist. Würde dies allein schon genügen, um die Rezeption solcher oder ähnlicher Beiträge in der Schweiz zu belegen, wurde Pinders Vortrag noch 1945 im Buch von Ernst Reinhard unter der weiterführenden Literatur zur Frage der Altstadtsanierung genannt. Die entsprechende Bibliografie war vom damals noch jungen und unbekannten Kunsthistoriker Paul Hofer zusammengestellt, der in den Kriegsjahren an der Vorbereitung der Berner Sanierungskampagnen beteiligt war.⁵¹⁹ Sie umfasste verschiedene weitere Lektüreempfehlungen und zeigt damit als einer von vielen möglichen Belegen, dass Positionen wie die von Pinder in der Schweiz um 1945 offensichtlich auch von gut informierten Fachleuten noch als der fachliche Standard der Altstadtsanierung und damit als unproblematisch empfunden wurden.

Während damit deutlich wird, dass sich die Zürcher Sanierungskampagnen und die Vorgaben der «Eidgenössischen Expertenkommission» um Ernst Reinhard an deutschen und vielleicht – wenn auch jedenfalls in geringerem Mass – an italienischen Sanierungskampagnen orientierten, sind die Beweggründe für die Rezeption dieser Positionen und ihre politischen Implikationen für die schweizerischen Sanierungskampagnen weniger eindeutig zu umreissen. Ideologische Motivationen spielten dabei offenkundig eine Rolle, sicherlich aber in Verbindung mit anderen Gründen. So ist die Tatsache, dass Konzepte einer «stadtbilderhaltenden» Sanierung bis 1945 gerade in den beiden totalitären Nachbarländern Deutschland und Italien Umsetzung fanden, zu einem wesentlichen Teil, aber nicht ausschliesslich mit den politischen Implikationen einer solchen Sanierungspraxis zu erklären. Zu einem gewissen Grad dürfte dieser Umstand auch damit zu erklären sein, dass die Debatte um Erhaltung und Erneuerung von Altstädten schon in den Jahren um 1900 wenn nicht ausschliesslich, so doch schwerpunktmässig in diesen Ländern ihren Ausgang genommen hatte und damit über eine gewisse Tradition verfügte. Dass entsprechende Sanierungskampagnen dort aber auch tatsächlich umgesetzt werden konnten, stand in viel direkterem Zusammenhang mit der politischen Situation. So waren massive Eingriffe in gewachsene Altstädte in einem totalitären Staat um vieles einfacher umzusetzen als in einem liberalen Rechtssystem, setzen solche städtebaulichen Projekte doch immer eine weitgehende Verfügungsgewalt über lokale Interessen und private Besitzverhältnisse voraus. Schliesslich aber spielten ideologische Überlegungen eine wesentliche Rolle, indem Kampagnen der Altstadtsanierung und Stadtbildpflege sowohl in Deutschland wie auch in Italien ausserordentlich gut den Zwecken einer kulturkritisch grundierten, nationalkonservativen Identitätspolitik dienstbar gemacht werden konnten.⁵²⁰

Inwiefern der Rückgriff auf Sanierungskonzepte und auf die ästhetische Programmatik deutscher Sanierungskampagnen mit kultur- und identitätspolitischen Postulaten in der Schweiz der 1930er und 40er Jahre zusammenhing, kann hier, im Anschluss an die Ausführungen zu den Arbeitsbeschaffungsprogrammen des Bundes (vgl. Kap.5.1), nur noch thesenartig in den Raum gestellt werden. Wie die besprochenen zeitgenössischen Äusserungen nahelegen, wurde die Erneuerung der Altstädte auch in der Schweiz für den

Abb. 134/135: Paul Schmitthenner, Rathaus Hechingen, der historische Bau vor und nach der Purifizierung von 1934.



identitätspolitischen Rekurs auf die eigene Tradition in Dienst genommen. Entsprechend kann man in einem kulturkritischen Konservatismus sicherlich eine Programmatik sehen, welche die schweizerischen Stadtsanierungskampagnen der 1930er bis 50er Jahre mit ihren Referenzbeispielen gemeinsam hatten. Neben dieser ideellen Nähe zu den Sanierungskampagnen in den totalitären Ländern muss aber gleichermassen eine Distanz betont werden, indem hier generell von kulturkonservativen, nicht aber in einem spezifischeren Sinn von totalitären Positionen die Rede ist. So liessen sich mit den Sanierungskampagnen in kulturpolitischer Hinsicht zweifellos sehr konservative oder gar antimoderne Vorstellungen bedienen. Auch wenn nicht zu vergessen ist, dass solche Positionen von der Propaganda und der Identitätspolitik der totalitären Staaten mit einigem Erfolg breit aufgegriffen wurden, mussten sie nicht per se totalitär sein.

7 «Denkmalpflege» statt «Altstadtsanierung»: das Ende der Sanierungskampagnen in den 1950er Jahren

Verschiedene Entwicklungen trugen dazu bei, dass die Stadt gegen Ende der fünfziger Jahre von den Sanierungskampagnen in der Altstadt abrückte. Nachdem die Projekte des Büros für Altstadtsanierung während mehrerer Jahre offensichtlich einem breiten Konsens entsprochen hatten, gerieten sie vor dem Hintergrund einer gewandelten Haltung gegenüber der Altstadt um 1950 erstmals in die öffentliche Kritik. Diese wurde in der Folge rasch schärfer und wuchs sich schliesslich zu einer breiten Opposition aus, die in Bemühungen um die Institutionalisierung einer kommunalen Denkmalpflege mündete. Seine Bestätigung fand dieser neuerliche Wandel im Umgang mit der Altstadt, als aus dem Büro für Altstadtsanierung nach dem Rücktritt von Stadtbaumeister Steiner durch Umbenennung die städtische Denkmalpflege hervorging.

7.1 Die Opposition gegen die Altstadtsanierung ab 1950

Als um 1950 erstmals Kritik an der bisherigen Sanierungspraxis laut wurde, stand der Protest gegen den Abbruch einzelner Alttadthäuser im Zentrum.⁵²¹ Hatte man diesen vergleichsweise einfachen Bürgerhäusern noch kurz zuvor keinen Denkmalswert zugeschrieben, wurde ihre Zerstörung nun als Verlust empfunden. Zum Gegenstand von Kritik wurden aber auch die Veränderungen, die man am Gesamtbild und Massstab der Stadt beobachtete, und ebenso rief die Heimatstilarchitektur der Neubauten zunehmend Opposition hervor. Parallel zu diesen Auseinandersetzungen wurden Fragen diskutiert, die nicht den baulichen Umgang mit der Altstadt betrafen, sondern die Veränderungen in deren wirtschaftlichem und sozialem Gefüge, indem man den allmählichen Wandel der Altstadt zu einem Vergnügungs- und Ausgehviertel und zur «City» als Folge der Sanierungskampagnen und der Neubautätigkeit sah. Im Hintergrund dieses Wandels standen neben einer offensichtlich zunehmenden Wertschätzung der Altstadt und ihrer Bausubstanz auch eine veränderte Wahrnehmung des Sanierungsbedarfs. So gab es angesichts der Fortschritte der Medizin schlichtweg keinen Grund mehr, in den Alttadthäusern weiterhin «Tuberkulosehöhlen» zu sehen (vgl. Abb. 60), und die Forderungen nach einer hygienischen Sanierung verschwanden denn auch gänzlich aus der Debatte. Eine engagierte Auseinandersetzung über die Sanierungskampagnen entwickelte sich zuerst in den Zürcher Tageszeitungen; wenig später beteiligten sich Vertreter des Fachs an der Diskussion, und bald darauf wurden die Forderungen nach einem Wandel im Umgang mit der Altstadt in die lokalpolitische Auseinandersetzung eingebracht. Zumindest in der Zürcher Presselandschaft waren die Fronten rasch geklärt: Während die bürgerliche *Neue Zürcher Zeitung* zusammen mit den katholischen *Neuen Zürcher Nachrichten* zum Forum der Kritiker wurde, verteidigte das sozialdemokratische *Volksrecht* weiterhin die städtischen Sanierungskampagnen.

Im Januar 1950 druckten die *Neuen Zürcher Nachrichten* unter dem Titel *Es geht um unsere Altstadt!* einen Artikel, der wohl erstmals in dieser Deutlichkeit die beobachtete Bautätigkeit in der Altstadt grundsätzlich in Frage stellte. Anlass war der Abbruch des Hauses «zum Meerfräulein» an der Unteren Zäune 9–11, das in jenen Monaten in Übereinstimmung mit dem «Richtprojekt» des Büros für Altstadtsanierung durch einen Neubau ersetzt wurde (vgl. Kap. 6.3). Der Verfasser betonte den Wert gerade solcher einfacher Häuser, weil sie in ihrer Gesamtheit den Charakter der Altstadt bestimmten. Wie auch weitere Kritiker warf er dabei dem Büro für Altstadtsanierung, vielleicht in Unkenntnis von dessen Rolle, nicht etwa die Initiative für die Neubautätigkeit zu, sondern nur deren Duldung: «Dieses vom Büro für Altstadtsanierung [...] geduldete Vorgehen einzelner Liegenschaftenspekulanten und Geschäftemacher, die es zurzeit auf unsere Altstadt abgesehen haben, mahnt zum Aufsehen, möchten sie doch beispielsweise aus dem Niederdorf am liebsten ein «Landidörfli» mit modernen Hochbauten machen.»⁵²² Zu einer Plattform für die Kritiker der Sanierungsprojekte wurde auch die 1950 gegründete Quartierzeitschrift *Zürcher Altstadt*, welche nach dem Willen ihres Herausgebers, des Architekten Hans-Heinrich Reimann, «das Interesse der Quartiereinwohner für die traditionellen Güter» wecken und damit zur Erhaltung der Altstadt beitragen sollte.⁵²³ Mit unüberhörbarer Anspielung auf die Abbrüche in der Zürcher Altstadt meinte Reimann angesichts der Kriegszerstörungen im übrigen Europa: «Unsere Nachbarn bauen ihre Baudenkmäler auf – wir reissen sie nieder – beinahe mutwillig, vor allem aber profit- und geldlüstern.»⁵²⁴ Zugleich war der Herausgeber offensichtlich auf Ausgleich mit den Stadtbehörden bedacht, indem er die Verantwortung für die Zerstörung der Altstadt dem Treiben «gewisser Spekulanten» zuwies und die «unter der Leitung des Stadtbaumeisters ausgearbeiteten, vorbildlichen Sanierungspläne» ausdrücklich davon ausnahm.⁵²⁵

Einen entscheidenden Impuls erhielt die Opposition gegen die Sanierungskampagnen einige Monate später mit der Auseinandersetzung über das «Salomon-Gessner-Haus» an der Münstergasse 9. Der auf das 16. Jahrhundert zurückgehende Bau, der im ausgehenden 18. Jahrhundert als Wohnhaus des Dichters und Malers gedient hatte, sollte nach den Plänen des Büros für Altstadtsanierung abgebrochen werden. Nachdem dieses Vorhaben – offenbar auf Betreiben des beteiligten Architekten Albert E. Lincke – abgewendet worden war, veröffentlichte die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) im Juli 1950 einen scharf formulierten Artikel, der vom Historiker Paul Pfenninger verfasst war.⁵²⁶ Erstmals stand hier das Büro für Altstadtsanierung direkt in der Kritik, indem der Artikel der Amtsstelle vorwarf, nicht nur in diesem Fall gegen den Willen des Hausbesitzers auf den Abbruch des Hauses gedrängt zu haben, sondern ganz allgemein leichtfertig mit dem baulichen Erbe der Stadt umzugehen: «Es scheint in diesem Bureau Leute zu geben, die entweder mit der Geschichte unserer Stadt wenig vertraut sind, oder, was ebenso gefährlich wäre, sie als quantité négligeable behandeln.» In grundsätzlichem Sinn wandte sich Pfenninger gegen Gassenverbreiterungen und forderte, die Sanierung auf Abstockungen und die Ausräumung von Hofbereichen zu beschränken: «Was darüber hinausgeht, ist Zerstörung des Altstadtbildes, und das kann nicht Zweck der Sanierung sein, sonst nenne sich das Bureau ehrlicherweise Bureau für den Abbruch der Altstadt.»⁵²⁷ Im September musste sich der Stadtrat mit dem «Salomon-Gessner-Haus» beschäftigen, nachdem er durch eine Interpellation aus dem Gemeinderat aufgefordert worden war, zur Kritik am Büro für Altstadtsanierung Stellung zu nehmen. Die streckenweise sichtlich gewundene Antwort

zeigte noch kein grundsätzliches Einlenken und wiederholte noch einmal die von Steiner seit 1945 vorgetragenen Argumente für eine «Synthese» von Erneuerung und Erhaltung (vgl. Kap. 6.1).⁵²⁸

Im November 1950 erschien in der NZZ ein längerer, wiederum von Paul Pfenniger verfasster Artikel, der die Kritik am Vorgehen der Stadtverwaltung grundsätzlicher formulierte. Pfenniger meinte, dass es im Büro für Altstadt-sanierung «am Wichtigsten, nämlich am Traditions- und Pietätsgefühl dem alten Zürich gegenüber», fehle, und stellte mit Rekurs auf die fachliche Autorität von Heinrich Wölfflin fest, dass die «Physiognomie der Stadt» als Ganzes nicht beliebig umgestaltet werden könne; dabei bezog er sich auf einen Aufsatz, den Wölfflin 1933 in einer Publikation der Stadtverwaltung veröffentlicht hatte.⁵²⁹ In erster Linie forderte Pfennigers Artikel deshalb, auf massstabsverändernde Gassenverbreiterungen, letztlich aber überhaupt auf den verkehrsgerechten Ausbau der Altstadt zu verzichten: «Gassenverbreiterungen sind unwiederbringliche, aber vergebliche Opfer an den Moloch Verkehr, der in Zürich und in der ganzen Schweiz herum schon so viel schönes Altes verschlungen hat und nie zu sättigen ist.» Ausdrücklich kritisiert wurden die Erweiterungen an der Storchengasse, der Niederdorfstrasse sowie an der Markt- und der Münstergasse, die alle durch Neubauten im Rahmen der Altstadt-sanierung entstanden waren.⁵³⁰ Nur einige Tage später stellte sich das *Volksrecht* unter der Überschrift «NZZ» und Altstadt-sanierung hinter die Tätigkeit des Büros für Altstadt-sanierung und warf der «reaktionären Presse» vor, bloss im Interesse der Bauspekulation die Sanierungsprogramme der Stadt in Frage zu stellen.⁵³¹ Wie schon in den dreissiger Jahren war die Zeitung auch jetzt die emphatischste Fürsprecherin der Altstadt-sanierung; so hatte sie im Jahr zuvor und mit Blick auf die ersten Neubauten in der Altstadt gar ein noch rascheres Vorgehen gefordert: «Wenn auch nicht im gewünschten Tempo junger Stürmer, so macht die Altstadt doch eine vorzügliche Wandlung durch.»⁵³² Auf der Seite der Stadtverwaltung replizierte zuerst Steiner auf die Vorwürfe, indem er in der Weihnachtsgabe der NZZ und im Quartierblatt *Zürcher Altstadt* ausführliche Artikel veröffentlichte, mit denen er noch einmal das bekannte Vorgehen propagierte.⁵³³ Im Januar 1951 hielt Stadtrat Heinrich Oetiker einen Diavortrag vor dem Gemeinderat, mit dem er endlich den vom Stadtparlament 1945 verlangten und immer noch ausstehenden Bericht zur Altstadt-sanierung nachholte und der wohl kaum zufällig auf die massive Kritik an den Sanierungskampagnen folgte.⁵³⁴

Mit einem längeren Beitrag des Architekten Hans Marti erreichte die Auseinandersetzung über die Sanierungskampagnen im Sommer 1951 die Fachpresse. Marti, der in den darauffolgenden Jahrzehnten zu einem der wichtigsten Raumplaner der Schweiz werden sollte, hatte das Thema im Anschluss an Oetikers Vortrag im Gemeinderat aufgegriffen und zunächst in einem Vortrag vor der Zürcher SIA-Sektion besprochen. Diesen veröffentlichte er einige Monate später in der Form einer weiter zurückgreifenden Betrachtung zur Zürcher Städtebaugeschichte in der *Schweizerischen Bauzeitung*, die er damals als Redaktor betreute.⁵³⁵ In vorsichtig abwägenden Formulierungen hielt auch Marti zunächst fest, dass die Zürcher Altstadt nicht etwa wegen ihrer einzelnen Baudenkmäler erhaltenswert sei – «denn diese sind im Vergleich zu andern Schweizerstädten in Zürich dünn gesät» –, sondern als städtebauliches Ganzes: «Der herrliche Glanz des Echten edelt unsere Altstadt. Im selbstverständlich Gewachsenen liegt ihr grosser Wert. Ihr Masstab ist feingegliedert, man fühlt sich in den zum Teil recht engen Gassen wohl, denn das Verhältnis von Mensch

zu freiem Strassenraum, zu den Platzgebilden ist abgewogen und glücklich gewählt.»⁵³⁶ Während er mit den Verfechtern der Sanierungskampagnen somit ein grundsätzliches Interesse für die morphologischen Qualitäten der Stadt teilte, wandte er sich aber deutlich gegen das bisherige Vorgehen: die Strassen bei gleicher Linienführung zu verbreitern und «den Citybauten, die in die Altstadt eindringen, das Gewand mittelalterlicher Wohnhäuser»⁵³⁷ zu geben: «Wenn aber, wie bisher, mittelalterliche Formgebungen, als Theaterkulisse dienend, Fehlentwicklungen zu verbergen trachten, dann müssen wir mit aller Energie gegen diese Art von Städtebau Stellung beziehen. Wir müssen entweder den Entschluss fassen, den museumähnlichen Ausdruck, den viele in ihrem Innersten wünschen, tatsächlich und konsequent anzustreben, oder aber der Entwicklung freien Lauf lassen, damit eine spätere Zeit uns wenigstens nicht den Vorwurf der Unehrllichkeit machen kann [...].»⁵³⁸

Dass Marti darauf verzichtete, ausdrücklich auf die Verantwortung des Zürcher Stadtbaumeisters hinzuweisen, ist wohl mit diplomatischen Rücksichten zu erklären. Dessen Rolle kannte er jedenfalls gut, war er doch 1948 an der Vorbereitung der von Steiner organisierten Ausstellung «Deine Wohnung – Dein Nachbar – Deine Heimat» im Helmhaus beteiligt gewesen (vgl. Kap. 6.1).⁵³⁹ Rund ein Jahr später befasste sich Marti in zwei Folgen einer Artikelserie, die er unter dem Titel *Zürich wird Grossstadt* in der NZZ veröffentlichte, nochmals mit dem Thema. Hier kritisierte er die durch das Büro für Altstadtanierung betriebenen Gassenverbreiterungen nun ausdrücklich: «Die Arkadeneinbauten, die im rechten Stadtteil entstehen, sind nicht jedermanns Sache, und uns will es scheinen, dass der verbreiterte Strassenraum in Münstergasse und Niederdorfstrasse den Massstab empfindlich stört – zerstört.» Als Alternative zur Sanierung erschien ihm das, was man heute als Gentrifizierung der Altstadt bezeichnen würde und was in der Folge bekanntlich auch einsetzen sollte: «Gediegen sollten die Gassen werden, um dem gehetzten Grossstädter ein entspannendes Schlendern zu gewähren. Die Altstadt als gepflegtes Einkaufszentrum müsste auch auf Ausländer ihre Wirkung nicht verfehlen.»⁵⁴⁰ Einen Artikel zum selben Thema veröffentlichte Marti gleichzeitig in der Quartierzeitschrift *Zürcher Altstadt*, die im Übrigen weiterhin auf abgebrochene oder vom Abbruch bedrohte Altstadtthäuser hinwies.⁵⁴¹

Am pointiertesten aber griff ein weiteres Jahr später Max Frisch die von der Stadt betriebenen Sanierungskampagnen an. So leistete der Schriftsteller und Architekt in seinem 1953 im *Werk* veröffentlichten Artikel *Cum grano salis* nicht nur eine bissige Abrechnung mit dem Heimatstil in der damaligen Schweizer Architektur, die schnell bekannt wurde; ausdrücklich wandte er sich auch gegen die Entwicklungen in der Zürcher Altstadt: «Gibt es etwas Halbbatzigeres als die heutige Zürcher Altstadt? Ein Werk unsrer Generation. Ob unsere Enkel es danken werden? Die Idee, unsere Altstadt abzuschneiden vom Verkehr und als Reminiscenz zu pflegen, ist schön. Und daneben, im geziemenden Abstand, baue man die Stadt unsrer Zeit! Aber wir machen ja weder das eine noch das andere, sondern wir sanieren uns zwischen jeder radikalen Entscheidung hindurch; Architekten voll Talent und Heimatliebe sind dabei, heutige Geschäftshäuser unterzubringen in den ungefähren Massstab des 16. oder 17. oder 18. Jahrhunderts. Ein schwieriges Unterfangen! Zwar ist es möglich, Eisenbeton zu tarnen mit Quadern aus Haustein, mit Stichbogen und mit echten Erkerlein aus dem Mittelalter; doch ganz vereinen lassen sie sich nicht, scheint es, der Massstab und die Rendite, und kein Neger-Soldat auf Urlaub wird glauben, dass er im Niederdorf das alte Europa sehe. Glauben wir es? Die Stadt unsrer Vorfahren schlichterding

niederzureissen, um Platz zu haben für unsere eigene Stadt, wäre verrückt; es gäbe einen Sturm der Empörung. In der Tat machen wir das Verrücktere: wir verpfuschen die Stadt unsrer Vorfahren, ohne dafür eine neue zu bauen. Woher kommt das alles? Und woher kommt es, dass all das scheinbar nur wenige erschreckt?»⁵⁴²

Dieselbe Passage übernahm Frisch praktisch unverändert in seinen 1954 erschienenen Roman *Stiller*. Dort verband er sie zudem mit literarisch nur wenig verhüllten Spitzen gegen Albert Heinrich Steiner, indem er einen Zürcher Architekten von der «Verballhornung ihrer Altstadt» erzählen und einige Zeilen später über den «Oberbaumeister ihres Städtchens» spotten liess.⁵⁴³ Mit dieser gezielten Kritik an Steiner stand Frisch nicht allein. Sigfried Giedion, der berühmte Kunsthistoriker und Propagandist der modernen Architektur, hatte im deutschsprachigen Vorwort zu seinem Buch *A Decade of Modern Architecture* dem Zürcher Stadtbaumeister vorgeworfen, er lasse in seinen Siedlungsbauten die «Heimeligkeit» hochleben, während er gleichzeitig die Zerstörung des Talackerquartiers zulasse.⁵⁴⁴ Wenn sich Giedion auch nicht auf die Altstadt bezog, lag darin derselbe Vorwurf, dass Steiner in seinen Neubauten eine traditionalistische Architektur pflege, an echten Baudenkmälern aber keinerlei Interesse zeige.

In den Debatten der Lokalpolitik hatte sich ebenfalls seit 1950 Kritik an den Sanierungskampagnen geäussert, doch waren zunächst ausschliesslich wohnungspolitische Anliegen diskutiert worden. So überwies der Gemeinderat zwischen 1950 und 1953 insgesamt fünf «Anregungen», in denen man dem Stadtrat vorwarf, er unternehme im Rahmen der Altstadtsanierung zu wenig gegen steigende Wohnungsmieten und gegen die Verdrängung der bisherigen Wohnbevölkerung aus der Altstadt.⁵⁴⁵ Erst 1954 wurde mit einer «Motion zum Schutze der Zürcher Altstadt» auch die Kritik am baulichen Umgang mit der Altstadt als politisches Anliegen artikuliert. Von einem «Arbeitsausschuss Alt-Zürich» eingereicht, verlangte der Vorstoss unmissverständlich, die «Altstadt [...] in ihrer Gesamtheit unter Denkmalschutz zu stellen, um die Erhaltung nicht nur einzelner kunstgeschichtlich oder kulturhistorisch bemerkenswerter Bauten, sondern auch ganzer charakteristischer Plätze und Strassenzüge sicherzustellen».⁵⁴⁶ Die *Neuen Zürcher Nachrichten* etwa begrüsst die Forderungen, meinten aber auch, sie seien zu erwarten gewesen, nachdem sich «in den letzten Jahren besonders im Gebiet der Altstadt und des übrigen Kreises 1 eine zunehmende Missachtung und Ehrfurchtslosigkeit vor dem Alten und Ueberlieferten bemerkbar» gemacht hätte.⁵⁴⁷ Lediglich das *Volksrecht* forderte zu diesem Zeitpunkt unter dem Titel *Licht und Schatten in der Zürcher Altstadt* immer noch eine durchgreifende Sanierung der Altstadt.⁵⁴⁸ Im März 1955 veranstaltete die Neue Helvetische Gesellschaft einen Diskussionsabend über die «Erhaltung und Gestaltung der Altstadt», an dem die Forderungen nach einem stärker denkmalpflegerisch ausgerichteten Vorgehen bekräftigt wurden. Referenten waren der Kunsthistoriker Richard Zürcher, der über «Die Altstadt als Kraftquelle» sprach, sowie der Historiker Hugo Schneider, Präsident der Kommission für Denkmalpflege der Antiquarischen Gesellschaft, auf die im Folgenden zurückzukommen ist.⁵⁴⁹ Einen gewissen Impuls erhielten die politischen Forderungen möglicherweise durch ähnliche Auseinandersetzungen in Bern. Dort hatte sich lediglich einige Monate zuvor an den Plänen für den Abbruch mehrerer Altstadthäuser ein heftiger Protest entzündet, der im März 1954 sogar in eine weit herum wahrgenommene Kundgebung auf dem Münsterplatz mündete.⁵⁵⁰

7.2 Ein «Büro für Altstadtanierung und Denkmalpflege»

Auf institutioneller Ebene entsprach dem Wandel in der Haltung gegenüber der Altstadt der Ruf nach der Einrichtung einer staatlichen respektive kommunalen Denkmalpflege. Unter dem Eindruck der massiven Proteste gegen die von Stadtbaumeister Albert Heinrich Steiner propagierten Sanierungskampagnen und als Antwort auf die Forderungen nach einer sehr viel weitergehenden Erhaltung der Altstadt unternahm die Stadt in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre deshalb in mehreren Schritten Anstrengungen zur Institutionalisierung dieser Aufgabe. Die definitive Abkehr von der bisherigen Sanierungspraxis vollzog man aber erst nach dem Rücktritt von Stadtbaumeister Steiner, indem das Büro für Altstadtanierung und das «Baugeschichtliche Museum» im Helmhaus reorganisiert und zur städtischen Denkmalpflege umgestaltet wurden.

In der Forderung nach der Institutionalisierung denkmalpflegerischer Aufgaben kam auch der Umstand zum Ausdruck, dass in Zürich, wie generell in der Schweiz, auf kommunaler und kantonaler Ebene bis weit in die fünfziger Jahre hinein nur wenige rechtliche und institutionelle Grundlagen für die Denkmalpflege bestanden. Wie dargestellt, befasste sich in Bezug auf die vergleichsweise einfachen Häuser der Altstadt vor allem die Antiquarische Gesellschaft mit ihrer 1922 eingerichteten Kommission für Zürcherische Denkmalpflege ehrenamtlich und ohne eigentlichen politischen Auftrag mit entsprechenden Aufgaben (vgl. Kap.4.5). Seit 1946 hatten Hugo Schneider und Emil Vogt als Mitglieder dieser Kommission Forderungen nach der Einrichtung einer Denkmalpflege bei Stadt und Kanton formuliert. 1953 – und damit zu einem Zeitpunkt, in dem die Sanierungskampagnen in der Altstadt bereits kontrovers diskutiert wurden – unternahm der Stadtrat erste Anstrengungen im Hinblick auf die Einrichtung einer städtischen Denkmalpflege, indem er bei Hans Hoffmann, Ordinarius für Kunstgeschichte an der Universität, ein entsprechendes Gutachten bestellte. Ausdrücklich sollte eine solche Amtsstelle die Funktionen der bestehenden ehrenamtlichen Kommission übernehmen. Hatte der Stadtrat daran gedacht, die Aufgabe dem Baugeschichtlichen Museum im Helmhaus zu übertragen, beurteilte Hoffmann das 1943 am Ende von Hermann Herters Amtszeit als Stadtbaumeister eingerichtete Museum (vgl. Kap.4.5) allerdings äusserst kritisch, offenbar vor allem wegen dessen Leiter. Hoffmanns eigener Vorschlag, gemeinsam mit dem Kanton eine Denkmalpflegestelle am Landesmuseum zu schaffen, wo auch Schneider und Vogt tätig waren, wurde nicht weiterverfolgt.⁵⁵¹ Das Baugeschichtliche Museum hingegen blieb Teil der Diskussion um die Einrichtung einer städtischen Denkmalpflege.

Mit der 1954 eingereichten «Motion zum Schutze der Zürcher Altstadt» war der Stadtrat zum Handeln gezwungen; auch verband sich spätestens zu diesem Zeitpunkt auch die öffentliche Kritik an den Sanierungskampagnen ausdrücklich mit der Forderung nach der Einrichtung einer kommunalen Denkmalpflege. In ihrer Antwort an den Gemeinderat beantragte die Stadtregierung in der Folge zwar, die Motion grundsätzlich abzulehnen. Vor allem verwahrte man sich gegen die als zu radikal bezeichnete Forderung, die Altstadt insgesamt unter Denkmalschutz zu stellen, habe diese doch im «Gegensatz zu anderen Altstädten im In- und Ausland [...] auf weite Strecken ihr ursprüngliches Gepräge verloren». Auch bestand der Stadtrat gegenüber dem Gemeinderat immer noch auf seinem Standpunkt, es sei in vielen Fällen möglich, «ein Gebäude zu erneuern [...], ja völlig abzureissen und neu zu bauen, sofern nur die Eingliederung des Neubaus in das Platz-

oder Strassenbild gewährleistet ist». Im Gegenzug signalisierte die Stadtregierung die Bereitschaft zu einem gewissen Wandel im Umgang mit der Altstadt, indem die Vorlage verstärkte Anstrengungen zur Denkmalpflege ankündigte. So wurde nicht nur die Einrichtung einer Denkmalpflegekommission in Aussicht gestellt, sondern auch die Ausarbeitung einer Bauordnung, die «neben den Vorschriften über die allgemeine bauliche Gestaltung besonders dem Schutzzweck dienen soll».⁵⁵² Nachdem der Gemeinderat diesen Absichten grundsätzlich zugestimmt hatte, ernannte die Stadtregierung im Oktober 1955 die angekündigte «ständige Kommission zur Begutachtung von Fragen der Denkmalpflege in der Altstadt». Die Stadtverwaltung war in dem neuen Gremium durch Stadtbaumeister Steiner und dessen Adjunkt für Altstadtsanierung, Richard A. Wagner, sowie Stadtrat Sigmund Widmer und Stadtpräsident Emil Landolt vertreten; unter den neun weiteren Mitgliedern waren nebst anderen der bekannte Kunsthistoriker und Architekturkritiker Peter Meyer, der erwähnte Hugo Schneider, Präsident der Denkmalpflegekommission der Antiquarischen Gesellschaft, der Kunsthistoriker Paul Kläui und der Architekt Alfred Gradmann, der bereits an den Planungskampagnen des Büros für Altstadtsanierung in den vierziger Jahren teilgenommen hatte.⁵⁵³

Noch bevor weitere Schritte zur Einrichtung einer städtischen Denkmalpflege unternommen wurden, veränderte der Rücktritt von Stadtbaumeister Albert Heinrich Steiner die Ausgangslage. Steiner hatte entsprechende Absichten schon 1956 geäußert; damals hatte ihn der Stadtrat noch davon abbringen können. Nach Steiners Berufung an die ETH im Jahr 1957 nahm die Stadtregierung das Rücktrittsgesuch schliesslich an.⁵⁵⁴ Seine Entscheidung begründete Steiner gegenüber dem Stadtrat vor allem mit seiner Enttäuschung über die mangelnden städtebaulichen Erfolge in seiner Amtszeit – eine Einschätzung, die aus heutiger Sicht zumindest in einem gewissen Spannungsverhältnis zur Tatsache steht, dass Steiner im Gegenteil sehr grossen und nachhaltigen Einfluss auf die bauliche Entwicklung der Stadt Zürich nehmen konnte und damit aus heutiger Sicht sogar als der «erfolgreichste Stadtplaner in der Schweiz seiner Zeit» gelten kann.⁵⁵⁵ Über die Frage, ob Steiners Rücktritt auch von der Kritik an den Sanierungskampagnen in der Altstadt motiviert war, kann nur spekuliert werden; angesichts der heftigen Angriffe, die sich in einigen Fällen direkt gegen seine Person richteten, wäre dies durchaus vorstellbar. Zumindest dürfte der Rücktritt die weiteren Entwicklungen beschleunigt haben. So wurden denn die wichtigsten Entscheidungen zum künftigen Umgang mit der Altstadt erst nach Steiners Weggang gefällt.

Eine grundlegend neue Situation schuf ein Stadtratsbeschluss vom 21. März 1958, mit dem aus dem Büro für Altstadtsanierung und aus dem Baugeschichtlichen Museum im Helmhaus durch Reorganisation und Umbenennung die städtische Denkmalpflege hervorging.⁵⁵⁶ Die beiden bisherigen Institutionen wurden dabei zu einem «Amt für Denkmalpflege» umgestaltet, das sich entsprechend seinen Vorgängern in zwei separate, verschiedenen Ämtern der Stadtverwaltung unterstellte Sektionen teilte. Das vorherige Büro für Altstadtsanierung sollte nun, in «Büro für Altstadtsanierung und bauliche Denkmalpflege» umbenannt, die Sektion für «bauliche Denkmalpflege» bilden, die im Bauamt II verblieb. Aus dem Baugeschichtlichen Museum im Helmhaus hingegen ging zum einen das Baugeschichtliche Archiv hervor, das die Sektion für «wissenschaftliche Denkmalpflege» bilden sollte und wie bereits das Museum der Verwaltungsabteilung des Stadtpräsidenten unterstellt war; zum anderen wurde ein neues «Museum Helmhaus»

gegründet, das fortan nicht mehr auf die Baugeschichte der Stadt fokussieren sollte und nicht zur neugeschaffenen Denkmalpflege gehörte. Mit demselben Stadtratsbeschluss wurde zudem der Auftrag der 1955 eingerichteten Kommission über die Altstadt hinaus ausgedehnt und das neu als «Kommission für Denkmalpflege» bezeichnete Gremium um den Leiter des Baugeschichtlichen Archivs erweitert.⁵⁵⁷

Die Aufgaben der Sektion für «wissenschaftliche Denkmalpflege» umfassten die Dokumentation und Inventarisierung wie auch die Erarbeitung historischer Gutachten im Hinblick auf einzelne Bauvorhaben. Organisatorisch wurde dieses «Baugeschichtliche Archiv» dem Adjunkten des Stadtarchivars, Paul Guyer, unterstellt. Als wissenschaftlichen Mitarbeiter stellte man den Historiker und Universitätsprofessor Paul Kläui ein, der nun als «wissenschaftlicher Denkmalpfleger» zeichnete.⁵⁵⁸ Mit Inventarisierung, Dokumentation und bauarchäologischer Forschung übernahm die Amtsstelle unmittelbar Tätigkeiten, die zuvor von der Antiquarischen Gesellschaft und ihrer Kommission für Zürcherische Denkmalpflege ausgeübt worden waren. Nachdem im selben Jahr wie die Stadt auch der Kanton eine eigene Amtsstelle für Denkmalpflege geschaffen hatte, löste sich die Kommission der Antiquarischen Gesellschaft denn auch mit Verweis auf die beiden neuen Amtsstellen auf.⁵⁵⁹ In personeller Hinsicht bestand insofern eine Nähe zwischen der neuen städtischen Amtsstelle und der Antiquarischen Gesellschaft, als der «wissenschaftliche Denkmalpfleger» Paul Kläui deren Präsident, Paul Guyer Mitglied des Vorstandes war. Unter Kläuis Nachfolger Ulrich Ruoff sollte aus der Amtsstelle 1967 das «Büro für Archäologie», die Vorgängerin der heutigen Stadtarchäologie, hervorgehen.⁵⁶⁰

Die neuen Aufgaben des umbenannten Büros für Altstadtsanierung hingegen bestanden in der Erstattung von Gutachten über einzelne Häuser, in der Begleitung von «Innen- und Aussenrenovierungen von historisch wertvollen Gebäuden» sowie in der Bearbeitung von Beitragsgesuchen. Die Amtsstelle wurde bis 1965 von Richard A. Wagner geleitet, der 1951 zum Adjunkten für Altstadtsanierung ernannt worden war und nun den Titel «baulicher Denkmalpfleger» tragen sollte.⁵⁶¹ Das Büro für Altstadtsanierung und Denkmalpflege führte seinen Namen – unter Verzicht auf das zunächst vorgesehene Adjektiv «baulich» – in dieser Form bis 1973, als die beiden bis dahin getrennten Bereiche der städtischen Denkmalpflege im Bauamt II vereinigt wurden.⁵⁶²

1962 wurden mit einer Denkmalschutzverordnung und Bauvorschriften für die Altstadt die seit Mitte der fünfziger Jahre angekündigten verbindlichen Bestimmungen für den baulichen Umgang mit der Altstadt erlassen.⁵⁶³ Damit fanden die Forderungen nach besseren institutionellen und rechtlichen Grundlagen für die Denkmalpflege ihre – zumindest vorläufige – Bestätigung und der Wandel in der Haltung gegenüber der Altstadt seine letzte hier zu erwähnende Etappe. Mit den 1962 erlassenen Bestimmungen bestanden erstmals rechtlich verbindliche Grundlagen für einen weitergehenden Schutz der Altstadt; auch wurden die bisherigen Baulinien aufgehoben, die an einigen Strassenzügen der Altstadt seit dem frühen 20. Jahrhundert bestanden (vgl. Kap. 2.1), was den endgültigen Verzicht auf Strassenverbreiterungen bedeutete. Auch jetzt handelte es sich bei den Bestimmungen aber um Bauvorschriften, die grundsätzlich mit einer baulichen Erneuerungstätigkeit rechnet. Weiterhin war in gewissem, wenn auch deutlich geringerem Mass ein Ersatz der Altstadthäuser durch Neubauten möglich, doch galten für die Anpassung von Ersatzneubauten nun andere Massstäbe. Massgebend war für die Errichtung von Ersatzneubauten nun die bestehende Bauflucht, und die Breite der Parzellen sollte möglichst respektiert

werden.⁵⁶⁴ Dennoch wurden in den späten fünfziger und in den sechziger Jahren noch Ersatzneubauten projektiert und gebaut, wie sie das Büro für Altstadtsanierung in den Jahren zuvor propagiert hatte. Ein Beispiel sind die nach öffentlichem Protest aufgegebenen Pläne für den Neubau der «Helferei» an der Kirchgasse ab 1958;⁵⁶⁵ ein weiteres Beispiel wäre der Neubau des Hauses Grossmünsterplatz 6 von 1964.⁵⁶⁶ Im Grossen und Ganzen aber wurden die Sanierungskampagnen des Büros für Altstadtsanierung in der Folge durch eine Restaurierungspraxis abgelöst, die deutlich substanzschonender war, wenn man auch weiterhin weit davon entfernt war, die Häuser der Altstadt in ihrer Substanz integral als erhaltenswert zu betrachten.

8 Zusammenfassung

Die Zürcher Altstadt war seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert und noch bis in die 1950er Jahre hinein Gegenstand von Sanierungsprojekten, welche eine weitgehende Erneuerung der alten Stadtteile vorsahen. War seit dem 19. Jahrhundert immer wieder eine Neubebauung in jeweils zeitgenössischen Formen propagiert worden, ist in den späten 1930er Jahren ein tiefgreifender Wandel in der Haltung gegenüber der Altstadt festzustellen. Während die Begründung der Sanierungsprojekte mit Argumenten des Verkehrs und vor allem der Hygiene dieselbe blieb, verfolgten die Sanierungsprojekte nun das erklärte Ziel, «Stadt-bild», «Charakter» und «Massstab» der Altstadt zu wahren.

Die Geschichte der modernen Umgestaltung der Zürcher Altstadt setzt mit Planungen und baulichen Eingriffen ein, welche die Erneuerung der alten Stadtviertel seit dem mittleren 19. Jahrhundert allmählich zu einem festen Aufgabengebiet der städtischen Baupolitik machten. Waren mit dem Neubau von Kratz- und Zähringerquartier in den 1870er Jahren zwei vollständig neue Stadtviertel entstanden, definierten in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zunächst Vorschläge des Architekten Gustav Gull, dann Projekte aus dem Wettbewerb «Gross-Zürich» und zwei weiteren städtebaulichen Wettbewerben Themen und Vorhaben für die Debatte.

In den späten 1920er Jahren gewann vor dem Hintergrund lokalpolitischer Forderungen das Vorhaben einer hygienischen Sanierung an Aktualität; gleichzeitig wurden Verkehrsprobleme in der unmittelbaren Umgebung der Altstadt als dringlich wahrgenommen. In dieser Situation begann die Stadt zum einen, mit der «Auskernung» von Altstadtblöcken, das heisst mit dem gezielten Abbruch von Altstadthäusern, die bestehende Bebauung aufzulichten – ein Verfahren, das wohl zunächst von Stadtbaumeister Hermann Herter angeregt worden war und in der Folge vom städtischen Bebauungsplanbüro unter der Leitung von Konrad Hippenmeier weiterentwickelt wurde. Zum anderen arbeitete Hippenmeier in den darauffolgenden Jahren an verschiedenen Planungen, die einen weitgehenden Neubau von Teilen der rechtsufrigen Altstadt vorsahen und an denen neben anderen auch der bekannte Architekt Karl Moser als Mitglied des städtischen Baukollegiums beteiligt war.

Ein Wandel der städtebaulichen Leitvorstellungen zeigte sich in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre in verschiedenen Planungen und Projekten. Hatte schon ein vom Bebauungsplanbüro 1935 ausgearbeiteter Sanierungsplan nach Möglichkeiten gesucht, Erneuerung und Erhaltung der Stadt zu vereinbaren, waren die Auseinandersetzungen um einen Neubau am Münsterhof und der Bau des Hotels «Storchen» an der Limmat in den Jahren 1937–1939 entscheidende Etappen für die Durchsetzung einer nach ihrem Selbstverständnis «stadtbilderhaltenden» Sanierungspraxis. 1940 wurde eine Bauordnung verabschiedet, welche diese Vorstellungen bereits in einem gewissen Mass aufnahm, mit der die Stadt aber auch zum letzten Mal Anstrengungen unternahm, um den seit Jahrzehnten propagierten «Zähringerdurchbruch» durch einen Teil der Altstadt zu realisieren.

Während des Zweiten Weltkriegs erfuhren die Bemühungen um die Sanierung der Altstadt eine wesentliche Förderung durch Arbeitsbeschaffungsprogramme des Bundes, die

im politischen Kontext der «geistigen Landesverteidigung» zu sehen sind. So wurden den Städten massive Subventionen in Aussicht gestellt; gleichzeitig dienten die Programme der Durchsetzung einer «stadtbilderhaltenden» Sanierungspraxis. Nachdem der 1942 zum Zürcher Stadtbaumeister ernannte Architekt Albert Heinrich Steiner innerhalb der Stadtverwaltung die Zuständigkeit für das Thema an sich gezogen hatte, wurde die Erneuerung der Altstadt 1946 mit dem Büro für Altstadtsanierung in einer eigenen, direkt dem Stadtbaumeister unterstellten Amtsstelle institutionalisiert.

Das Büro für Altstadtsanierung erarbeitete nicht nur Sanierungsprojekte für die ganze Altstadt, sondern förderte in den späten 1940er und frühen 50er Jahren die Realisierung zahlreicher Umbauten und Ersatzneubauten in der Altstadt. Mit dem ausdrücklichen Ziel, «Stadtbild» und «Massstab» der Bebauung zu wahren, hatten gerade diese Projekte weitreichende Eingriffe in die Bausubstanz der Altstadt zur Folge. Die Sanierungskampagnen setzten damit nicht nur Ziele um, die in Zürich seit den späten dreissiger Jahren propagiert worden waren, sondern hielten sich an ein Vorgehen, das im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsprogramme des Bundes ausdrücklich propagiert wurde. Im Hintergrund eines solchen Vorgehens sind aber Sanierungskonzepte zu sehen, wie sie vor allem im nationalsozialistischen Deutschland bis weit in den Zweiten Weltkrieg hinein in zahlreichen Städten Umsetzung fanden.

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Wertschätzung der einfachen Altstadthäuser und angesichts zunehmender Proteste gegen die Sanierungskampagnen rückte die Stadt Mitte der fünfziger Jahre von der bisherigen Sanierungspraxis ab. Seinen Ausdruck fand dieser neuerliche Wandel im Umgang mit der Altstadt schliesslich in der Institutionalisierung einer kommunalen Denkmalpflege, die 1958 aus dem Büro für Altstadtsanierung hervorging.

Anmerkungen

- 1 WILD 2009.
- 2 Prot. Baukollegium, 14. Sitzung, 24. 10. 1930, S. 133.
- 3 Bericht 1949, S. 16.
- 4 Die Wiederentdeckung des Projekts ist das Verdienst von FRÖHLICH/STEINMANN 1972 und dies. 1975 (Zitat); zur Ausstellung im Stadthaus von 2010/11 vgl. *Verwegen – verworfen – verpasst* 2010; zu Karl Moser allgemein jetzt OECHSLIN/HILDEBRAND 2010, zu Mosers Beziehungen zur Architektur der Moderne darin insbesondere von MOOS 2010.
- 5 Zu Gustav Gull vgl. jetzt GUTBROD 2009.
- 6 Die Geschichte des Stadthaus- und vormaligen Kratzquartiers wurde 2001 in einer Ausstellung im Baugeschichtlichen Archiv dargestellt; vgl. dazu die Begleitpublikation von HAAS/MEYER/WILD 2001.
- 7 GUYER 1968; BAUR/STUTZ 1995/96; WEIDMANN 2000.
- 8 KURZ 2008.
- 9 INSA 10 1992; Kdm ZH N.A. I 1999; Kdm ZH N.A. II.II 2003; Kdm ZH N.A. III.II. 2007; Baukultur: Altstadt 2008.
- 10 Dies betrifft vor allem Kdm ZH N.A. III.II 2007; KURZ 2008; GUTBROD 2009; WILD 2009.
- 11 Vgl. zur Zürcher Städtebaugeschichte im untersuchten Zeitraum vor allem INSA 10 1992, S. 246–291; EISINGER 2004, S. 113–137; KURZ 2008; WEIDMANN 2000.
- 12 Zum Stadtbau des 19. Jahrhunderts generell vgl. die Beiträge bei FEHL/RODRÍGUEZ-LORES 1985, sowie bei dens. 1995; speziell zu den hygienischen Forderungen RODENSTEIN 1988; zu ästhetischen Prinzipien des Städtebaus LADD 1990, vor allem S. 112–116; allgemein auch KOSTOF 2004, vor allem S. 245–305.
- 13 Aus der umfangreichen Literatur zu den Debatten um die Altstädte in den Jahren um 1900 vgl. den Überblick in CHOAY 1997, S. 131–152; LENIAUD 2002, S. 259–285. Zu den Debatten im deutschsprachigen Raum um 1900 vgl. aus der Perspektive der Denkmaltheorie HUBEL 2007; HUSE 1984, S. 150–160; SPEITKAMP 1996, S. 54–81; mehr in städtebaugeschichtlichem Kontext die Beiträge bei FEHL/RODRÍGUEZ-LORES 1995 sowie ALBERS 1997, S. 119–170 passim; LADD 1990; zu den Leitbildern dieser Debatte jetzt vor allem die Beiträge bei BRANDT/MEIER 2008. In Bezug auf Italien vgl. ZUCCONI 1989; VASSALLO 1975. Der Begriff des «traditionalistischen» respektive «traditionalen Anpassungsneubaus» wurde von BEYME 1987 in Bezug auf den deutschen Wiederaufbau geprägt, Allgemeines zu diesem Konzept dort S. 178–182. Zu den Zusammenhängen zwischen den Debatten der Zwischenkriegszeit und dem Wiederaufbau allgemein DURTH/GUTSCHOW 1988, Bd. I, S. 237–284. Zur ästhetischen «Homogenisierung» des Stadtbilds in traditionalistischem Sinn vgl. jetzt vor allem VINKEN 2010, insbesondere S. 91–110. Der Verfasser arbeitet an einer Dissertation über Konzepte der Stadtsanierung und Stadterhaltung in der deutschsprachigen und italienischen Städtebaudiskussion um 1900.
- 14 Vgl. neben VINKEN 2010 (zu Basel und Köln) für die Schweiz vor allem die Untersuchung von SCHNELL 2005a zu Bern; zu den Sanierungskampagnen im nationalsozialistischen Deutschland PETZ 1987; SCHECK 1995, S. 114–132; zu Italien vgl. BOTTINI 2004. Siehe zu diesen Fragen auch unten Kap. 6.4.
- 15 Zur Entfestigung INSA 10 1992, S. 199f.
- 16 Einige Hinweise zur Baugeschichte des Limmatquais in INSA 10 1992, S. 364; zur Entwicklung des Limmatraums vor dem 19. Jahrhundert vgl. Kdm ZH N.A. I 1999, S. 5–13; vgl. auch GUYER 1960.
- 17 INSA 10 1992, S. 364f.
- 18 HAUSER 2000, S. 79f.; ders. 2004, S. 393–395; HAAS/MEYER/WILD 2001, vor allem S. 36f.
- 19 HAUSER 2000, S. 82f.
- 20 Zu Bürklis Tätigkeit allgemein vgl. HAUSER 2000, S. 64–73; INSA 10 1992, S. 254–256.
- 21 Zum Neubau des Kratzquartiers allgemein INSA 10 1992, S. 359f.; HAAS/MEYER/WILD 2001, hier S. 38f.; zum vorherigen Bestand Kdm ZH N.A. II.II 2003, S. 117–128.
- 22 HAAS/MEYER/WILD 2001, S. 44–51.

- 23 INSA 10 1992, S.412.
- 24 Zur Stadtumbaupraxis des 19. Jahrhunderts allgemein vgl. die Beiträge bei FEHL/RODRÍGUEZ-LORES 1995; für einen Überblick vgl. ebd. FEHL 1995 sowie ALBERS 1997, S.314–327; zur rechtlichen Situation vgl. das Kapitel *Enteignung* bei STÜBBEN 1907, S.362–374.
- 25 Vgl. HAAS/MEYER/WILD 2001. Im Unterschied zum unbestrittenen Ideal Paris sind die naheliegenden Bezüge auf deutsche Grossstädte bislang kaum je thematisiert worden.
- 26 Vgl. zu Luzern INSA 6 1991, S.379–382.
- 27 INSA 10 1992, S.412; GUTBROD 2009, S.183–196.
- 28 INSA 10 1992, S.412; *Zur Erhaltung des Kaufhauses in Zürich*, in: SBZ, Bd.18 (1891), S.149f.
- 29 Zur Praxis der Freilegung allgemein vgl. BORGER-KEWELOH 1986, S.172–182; LADD 1990, S.112–116.
- 30 Vgl. WILD 1999, S.161, mit Abbildung.
- 31 WENNER 1903, S.69.
- 32 Baukultur: Stadtzentrum 2008, S.139–142.
- 33 WENNER 1903, S.69.
- 34 Zur Baugeschichte Kdm ZH N.A. III.II 2008, S.461 f.; INSA 10 1992, S.433; WENNER 1903, S.69; STÜBBEN 1907, S.372.
- 35 FRÖHLICH/STEINMANN 1975, S.54 f., mit Abbildung.
- 36 INSA 10 1992, S.384; GUYER 1968, S.16.
- 37 INSA 10 1992, S.385, 427.
- 38 Bericht 1938, S.60; Überblick über die in der Altstadt bestehenden Baulinien mit Angabe ihrer Festsetzung im Sanierungsplan des Bebauungsplanbüros, ebd., S.5.
- 39 Zur Praxis der sukzessiven Strassenverbreiterung allgemein vgl. STÜBBEN 1890, S.300–302.
- 40 Bericht 1938, S.60.
- 41 WAGNER 1964, S.35–37; vgl. auch die Abbildung damals rechtskräftiger Baulinien in der Altstadt bei MARTI 1951, S.457
- 42 INSA 10 1992, S.248 f.; REBSAMEN 2002, S.160.
- 43 KELLER 1941, S.293; zitiert auch bei MARTI 1951, S.425. Das Gedicht genoss offenbar schon kurz vor 1900 eine gewisse Bekanntheit in der Denkmalflegedebatte; so wurde es in Wien beim Kampf um die Erhaltung eines Stadttors als Beleg aufgerufen (vgl. HELFERT 1897, S.178).
- 44 ROBIDA 1879, S.100 f.; von Zürich handelt das gesamte Kap. V des Buches. Für den Hinweis auf die Person Albert Robidas dankt der Verfasser Thomas Gnägi, Zürich.
- 45 Vgl. HAAS/MEYER/WILD 2001, S.7.
- 46 *Zur Erhaltung des Kaufhauses in Zürich*, in: SBZ, Bd.18 (1891), S.149 f., Zitat S.149; zum Restaurierungsprojekt HAAS/MEYER/WILD 2001, S.31.
- 47 Zum Projekt für das Oetenbachareal allgemein GUTBROD/HAUSER 2004; GUTBROD 2009, S.215–264; zu den weiterreichenden Planungen für die Altstadt ebd., S.264–281.
- 48 Zu Gustav Gull allgemein vgl. GUTBROD 2009; zusammenfassend dies.: AKL, Bd.LXV (2009), S.439; zu Gulls Rolle als zweiter Stadtbaumeister vgl. KURZ 2000, S.19 f.
- 49 GUTBROD 2009, S.230–234.
- 50 INSA 10 1992, S.226 und 257.
- 51 WENNER 1899, S.245; zur zentralen Bedeutung des Verkehrs im zeitgenössischen Städtebau ALBERS 1997, S.316 f; vgl. auch STÜBBEN 1890, S.299
- 52 WENNER 1899, S.245.
- 53 GUTBROD 2009, S.215–229.
- 54 GULL 1905, S.53.
- 55 Ebd.
- 56 GUTBROD 2009, S.216 f.
- 57 Ebd., S.218; vgl. SITTE 1889.
- 58 Für einen Überblick über die Sitte-Nachfolge vgl. die Beiträge in ZUCCONI 1992.
- 59 *Premier Congrès International de l'Art Public* 1898, S.10 (Teilnehmerverzeichnis); vgl. darin STÜBBEN 1898.
- 60 HENRICI 1904; Exemplar aus dem Nachlass von Gustav Gull in der ETH-Bibliothek, Zürich (Signatur ETH-HDB, A 22 345).

- 61 Vgl. NERDINGER 1990, S. 21–33 und 129–159.
- 62 Vgl. HAUSER 2000, S. 82 f. und oben Kap. 2.1.
- 63 WENNER 1899, S. 243 (Übersichtsplan).
- 64 MÜLLER 2001, S. 17–19 und 145 (Anm. 46); GUTBROD 2009, S. 273–282; vgl. zum Wettbewerb auch FRÖHLICH/STEINMANN 1975, S. 22 f.
- 65 Zur Baugeschichte GUTBROD/HAUSER 2004, S. 53; GUTBROD 2009, S. 246–264.
- 66 KURZ 2000, S. 19 f.; vgl. auch GUTBROD 2009, S. 314–332.
- 67 SBZ, Bd. 58 (1911), S. 229–231, Zitat S. 230; vgl. auch ebd., S. 244–247.
- 68 INSA 10 1992, S. 392.
- 69 Ebd., S. 365.
- 70 Ebd., S. 433.
- 71 Zum Wettbewerb allgemein vgl. jetzt KURZ 2008, S. 139–223, mit weiterführender Literatur.
- 72 Zusammenfassend zu den städtebaulichen Positionen ebd., S. 222 f.
- 73 KURZ 2008, S. 142 f.; zu Klöti vgl. HLS, Bd. 7 (2008), S. 293.
- 74 GUTBROD 2009, S. 25–27.
- 75 SBZ, Bd. 57 (1911), S. 56.
- 76 Zitiert nach GUTBROD 2009, S. 26.
- 77 KURZ 2008, S. 144 f.
- 78 Ebd., S. 155 f.; zu Bernoulli vgl. ebd., S. 142, zu Edmond Fatio vgl. AKL, Bd. XXXVII (2003), S. 190.
- 79 Zu den Teilnehmern vgl. KURZ 2008, S. 158–163.
- 80 *Schlussbericht* 1919, S. 4.
- 81 Ebd., S. 9 (Wettbewerbsprogramm).
- 82 Ebd., S. 12 (Wettbewerbsprogramm).
- 83 Ebd., S. 8.
- 84 Ebd., S. 29.
- 85 Zu den Projekten für die Altstadt im Wettbewerb «Gross-Zürich» allgemein KURZ 2008, S. 182–187.
- 86 *Schlussbericht* 1919, S. 29 und 33.
- 87 KURZ 2008, S. 184.
- 88 *Schlussbericht* 1919, S. 45.
- 89 Ebd., S. 29 und 45–47.
- 90 Vgl. KURZ 2008, S. 197.
- 91 Vgl. FISCHER 1903, vor allem S. 22. Bruno Tauts Buch *Die Stadtkrone*, das den Begriff äusserst populär machte – und das seinerseits zumindest einige Ideen wohl aus demselben Umfeld bezog –, erschien dagegen erst im selben Jahr wie der Schlussbericht des Wettbewerbs (vgl. TAUT 1919).
- 92 Vgl. NERDINGER 1990, S. 126.
- 93 Vgl. zum Wettbewerb SBZ, Bd. 65 (1915), S. 54; Bd. 67 (1916), S. 18–22.
- 94 SBZ, Bd. 67 (1916), S. 20.
- 95 Ebd., S. 21.
- 96 Zur Planungsgeschichte des Zähringerdurchbruchs allgemein Bericht 1938, S. 60–64, sowie Prot. SR, Nr. 2161, 28. 10. 1939; zum Wettbewerb SBZ, Bd. 72 (1918), S. 84; Bd. 74 (1919), S. 118–124, 131–134, 148–150.
- 97 SBZ, Bd. 72 (1918), S. 84.
- 98 SBZ, Bd. 74 (1919), S. 134.
- 99 Ebd., S. 124.
- 100 SBZ, Bd. 74 (1919), S. 186.
- 101 Ebd., S. 189.
- 102 Prot. SR, Nr. 2161, 28. 10. 1939.
- 103 Vgl. zu Hippenmeier KURZ 2008, S. 258 f., sowie die Nekrologe in: SBZ, Bd. 116 (1940), S. 76 f.; *Werk*, Bd. 27 (1940), *Werk-Chronik*, S. XII–XV.
- 104 Vgl. zu Herter KURZ 2008, S. 259 f., sowie allgemein MORRA-BARRELET 2000.
- 105 Zur Aufgabenteilung zwischen Hippenmeier und Herter allgemein KURZ 2008, S. 258–260.
- 106 KURZ/MORRA-BARRELET/WEIDMANN 2000, S. 118 f.
- 107 KURZ 2008, S. 260.

- 108 Ebd., S. 253–255; MORRA-BARRELET 2000, S. 49 f.
- 109 HIPPENMEIER 1935.
- 110 Für die Nekrologe vgl. Anm. 103.
- 111 Vgl. HIPPENMEIER 1939, erschienen im *Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft*.
- 112 Vgl. als neueren Überblick zur Farbenbewegung mit besonderer Berücksichtigung von Zürich HAUPT 2008, hier S. 268, zu Zürich vor allem S. 270–272; zu den Zürcher Kampagnen im Übrigen MAURER 1995; zur Farbenbewegung grundlegend RIEGER 1976.
- 113 HAUPT 2008, S. 271.
- 114 Ebd., S. 271 f. Die heute bestehende Farbfassung wurde in Teilen 1988/89 rekonstruiert (NIEVERGELT 1989/90, S. 35–37; Kdm ZH N.A. II.II 2003, S. 215).
- 115 Aus einem Bericht Hermann Herters an den Stadtrat, zitiert in: *Das farbige Zürich*, in: *Werk*, Bd. 14 (1927), S. 186.
- 116 HAUPT 2008, S. 271.
- 117 *Das farbige Zürich*, in: *Werk*, Bd. 14 (1927), S. 186 und 2 Tafeln.
- 118 Zitiert nach HAUPT 2008, S. 270.
- 119 Bericht 1938, S. 9.
- 120 GUYER 1968, S. 17 f.; WAGNER 1964, S. 31.
- 121 *Das Gässchen-Elend vor dem Kantonsrat*, in: *Volksrecht*, Nr. 74, 28.3. 1928.
- 122 KURZ 2008, S. 232–240.
- 123 Ebd., S. 293–295.
- 124 Zu Klöti allgemein HLS, Bd. 7 (2008), S. 293; KURZ 2008, vor allem S. 236 und 257; zu seinen eigenen Beiträgen vgl. KLÖTI 1935; ders. 1940; zum Kongress des IVWS *Das Wohnen*, Bd. 10 (1935), Nr. 9, S. 11 f.
- 125 *Das rote Zürich am Werk. Ein Rückblick auf anderthalb Jahre sozialdemokratischer Kommunalpolitik*, hrsg. v. der sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich, [1929], S. 11: StadtA, Zeitungsausschnitte, Mappe Altstadtsanierung.
- 126 Vgl. KLÖTI 1940, hier S. 16.
- 127 Bericht Gesundheitsinspektorat 1938, S. 36 f.; Bericht Gesundheitsinspektorat 1944, S. 20–24.
- 128 HERTER 1929, S. 16.
- 129 Vgl. KEMP 1990, S. 124–126, als Beispiel aus der Städtebauthorie SCHILLING 1921, Tafel V.
- 130 STEINER 1950a.
- 131 Verordnung über die Wohnungspflege und Wohnungsaufsicht, zitiert bei KLÖTI 1935, S. 201.
- 132 KLÖTI 1935, S. 200.
- 133 Ebd.; vgl. auch die dem Stadtrat vom Gesundheitsamt erstatteten Berichte zu den Wohnverhältnissen in der Altstadt: Bericht Gesundheitsinspektorat 1938, Bericht Gesundheitsinspektorat 1944.
- 134 Bericht Gesundheitsinspektorat 1938, S. 27–36.
- 135 Ebd., S. 55–57 sowie Bericht Gesundheitsinspektorat 1944, S. 51 f.
- 136 Zu Stadt und Hygiene allgemein RODENSTEIN 1988 sowie die Beiträge bei FEHL/RODRÍGUEZ-LORES 1985, für die Schweiz im Überblick WALTER 1994, vor allem S. 384–389.
- 137 Bericht Gesundheitsinspektorat 1938, S. 6–26 und 49 (Zitat).
- 138 SCHILLING 1921, S. 129. In einem Brief an den Bauvorstand I (Jakob Baumann) vom 31.5. 1929 empfiehlt Hermann Herter die Anschaffung des in der Stadtverwaltung offenbar bereits bekannten Buchs: StadtA, V.G. c.31., Schachtel 527; implizite Hinweise auf Schilling auch in Bericht 1938.
- 139 Zu den «Auskernungen» allgemein KLÖTI 1935 und ders. 1940, hier S. 20. Das in den dreissiger Jahren praktizierte Vorgehen der «Auskernung» ist nicht zu verwechseln mit den in späteren Jahrzehnten auf- gekommenen, beim Baugewerbe ebenso beliebten wie bei der Denkmalpflege verpönten «Aus-» oder «Entkernungen», bei denen lediglich die Fassaden eines Hauses erhalten bleiben, dessen Inneres aber vollständig ersetzt wird.
- 140 «Aufstellung der zu erwerbenden Liegenschaften. C. Für die Schaffung von öffentlichen Spielplatzanlagen und Innenhöfen in bestehenden Baublöcken», 29.12. 1927: StadtA, V.G. c.31., Schachtel 527.
- 141 Zitiert nach Brief Bauvorstand II an den Bauvorstand I, 15.11. 1934: StadtA, V.G. c.50., Schachtel 39, Fasz. «H II h. Altstadtsanierung».
- 142 Brief Hermann Herter an den Bauvorstand I, 31.5. 1929: StadtA, V.G. c.31., Schachtel 527.

- 143 Brief Bauvorstand II (Joachim Hefti) an den Bauvorstand I (Jakob Baumann), 15. 11. 1934: StadtA, V.G. c.50., Schachtel 39, Fasz. «H II h. Altstadtsanierung».
- 144 KLÖTI 1940, S. 16.
- 145 KLÖTI 1935, S. 199.
- 146 Ebd., S. 205.
- 147 Vgl. den Übersichtsplan mit Einzeichnung der zu diesem Zeitpunkt in städtischem Besitz befindlichen Häuser bei KLÖTI 1940, S. 17.
- 148 Ein guter Überblick über die Rechtssituation in Bezug auf Enteignungen bei STÜBBEN 1907, S. 362–374; die Situation in der Schweiz war um 1930 weitgehend unverändert.
- 149 Bericht 1938, S. 20 f.; KLÖTI 1935, S. 203; Bericht 1949, S. 13.
- 150 KLÖTI 1935, S. 203.
- 151 Überblick über die bis 1940 durchgeführten Eingriffe ebd., S. 20.
- 152 KLÖTI 1940, S. 19.
- 153 KLÖTI 1935, S. 204–206; Bericht Gesundheitsinspektorat 1938, S. 59.
- 154 KURZ 2008, S. 260.
- 155 Zum Zusammenhang der Planungen allgemein Bericht 1938, S. 67 f.; zum Wettbewerb SBZ, Bd. 94 (1929), S. 235–241.
- 156 Brief Karl Moser an Stadtrat Emil Klöti, 1. 2. 1927 und Antwortschreiben Klötis, 4. 3. 1927: StadtA, V.G. c.31., Schachtel 527. Mosers Studien aus diesen Jahren sind verschollen; zu den entsprechenden Studentenarbeiten vgl. GTA, 41, Dokumentation Semester- und Diplomarbeiten, Schachtel «1925/1926».
- 157 MEYER 1929, Zitate S. 172; SALVISBERG 1937, S. 18; Projekte: GTA, 41, Dokumentation Semester- und Diplomarbeiten, Schachtel «1927/1928/1929».
- 158 Prot. Baukollegium, Amtsdauer 1928–1931, 14. Sitzung, 24. 10. 1930, S. 126–140.
- 159 Ebd., S. 127.
- 160 Ebd., S. 133.
- 161 Prot. SR, Nr. 2161, 28. 10. 1939.
- 162 Prot. Baukollegium, Amtsdauer 1931–1934, 22. 5. 1931, S. 6–18; zu den Projekten Bericht 1938, S. 67 f.
- 163 Prot. SR, Nr. 500, 5. 3. 1932.
- 164 «Begutachtung von Plänen der Stadt Zürich über Verkehrsstrassen und Stadtbebauung», undat. [verf. nach der Besprechung vom 6.–9. 6. 1932], S. 7 (Hervorhebung im Original): StadtA, V.G. c.31., Schachtel 648.
- 165 Einer der Pläne datiert 26. 1. 1933: GTA, 33-1933-1-1, -2, -3, -4.
- 166 Brief Stadtrat Jakob Baumann an Karl Moser und Werner Pfister, 9. 1. 1933: StadtA, V.G. c.31., Schachtel 648.
- 167 Eine erweiterte Fassung der Abschnitte zu Karl Moser wurde bereits publiziert in FISCHLI 2010; vgl. auch FRÖHLICH/STEINMANN 1972, S. 30–33; dies. 1975, S. 74–76; zu Karl Moser allgemein OECHSLIN/HILDEBRAND 2010.
- 168 Karl Moser: «Bericht zu den Skizzen», zuhanden des Baukollegiums, Mai 1933: GTA, 33-1933-1.
- 169 Übersichtspläne der beiden Projektvarianten: GTA, 33-1933-01-10 (April 1933); -49 (Mai 1933).
- 170 Karl Moser: «Bericht zu den Skizzen», wie Anm. 168.
- 171 Prot. Baukollegium, Amtsdauer 1931–1934, 19. 5. 1933, S. 162–182.
- 172 Ebd., S. 165.
- 173 Ebd., S. 168 f.
- 174 Ebd., S. 172.
- 175 Ebd.; vgl. auch Prot. Baukollegium, Amtsdauer 1931–1934, 22. 5. 1931, S. 6–18.
- 176 Prot. Baukollegium, Amtsdauer 1931–1934, 19. 5. 1933, S. 182.
- 177 Vgl. die von Moser skizzierten und entsprechend beschrifteten Lösungen von Haefeli und Gull, datiert 14. 6. 1933 (GTA, 33-1933-01-72 und -101), sowie Korrespondenz mit Konrad Hippenmeier, Mai/Juni 1933 (GTA, 33-1933-1).
- 178 Übersichtsplan, datiert 6. 7. 1933: GTA, 33-1933-01-104.
- 179 Prot. SR, Nr. 2161, 28. 10. 1939.
- 180 Ebd.
- 181 Prot. Baukollegium, Amtsperiode 1934–1938, 14. 6. 1935, S. 45–66.
- 182 Zum Projekt Bericht 1938, S. 61.

- 183 Brief Karl Moser an Stadtrat Erwin Stirnemann, mit Bericht zuhanden des Baukollegiums, 6.6. 1935: StadtA, V.G. c.31., Schachtel 648.
- 184 Prot. Baukollegium, Amtsperiode 1934–1938, 14.6. 1935, S.55, 59.
- 185 Bericht 1938, S.5f. Zum Technischen Arbeitsdienst vgl. MÜLLER 2001, S.100–102; zu Hermann Fietz (jun., 1898–1977) vgl. AKL, Bd.39 (2003), S.412.
- 186 Zum Sanierungsplan allgemein Bericht 1938, S.5f., mit Abbildung; «Bericht des Bebauungs- und Quartierplanbureaus der Stadt Zürich zum Fragebogen der Expertenkommission für Altstadtsanierung über die Altstadtsanierung in Zürich», dat. 19.4. 1944, S.41: StadtA, V.B. c.59., Akten Stadtpräsident. Bauwesen, Mappe «8. Altstadtsanierung». Als «Auskernungsplan» erstmals erwähnt und abgebildet bei KLÖTI 1935, S.203 und Tafel-Bd., S.80, mit einigen geringfügigen Differenzen zur Version von 1938.
- 187 KLÖTI 1935, S.204.
- 188 Ebd., S.208.
- 189 HIPPENMEIER 1935, S.193.
- 190 Ebd., S.195.
- 191 BAUR 1935, S.107.
- 192 Vgl. *Das Bürgerhaus der Stadt Zürich* 1921; Kdm ZH IV 1939; Kdm ZH V 1949.
- 193 Vgl. MÜLLER 2001, S.100–102; Kdm ZH IV 1939, S.VII (Vorwort).
- 194 Dies betont etwa BAUR 1938, S.36. Zu den Berner Planungen vgl. SCHNELL 2005a, S.68–85, hier vor allem S.71–75; zu Basel VINKEN 2010, S.19–110; zu Biel Bericht Biel 1936; REINHARD 1945, S.134–144.
- 195 KLÖTI 1940, S.20; Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.398.
- 196 KLÖTI 1940, S.20.
- 197 Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.162.
- 198 NZZ, Nr.2311, 18.12. 1937.
- 199 Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.398; ein Gestaltungsvorschlag findet sich im Städtebau-Lehrbuch des ETH-Dozenten Friedrich Hess (HESS 1944, S.381).
- 200 Bericht 1938, S.95–98 (Allgemeines); sowie S.41 (Stüssihofstatt), 42 (Rindermarkt), 47f. (Münsterhof) und 52–58 («Storchen»).
- 201 Ebd., S.16.
- 202 Ebd., S.42–44.
- 203 Ebd., S.52–58.
- 204 Ebd., S.22–26.
- 205 Bericht 1938, S.63.
- 206 Ebd., S.60.
- 207 Ebd., S.26–32; zum Strassburger Beispiel vgl. FISCH 1995.
- 208 Der Bericht, der die hauptsächliche Quelle für die Planungen der mittleren dreissiger Jahre bildet, wurde im Dezember 1937 an ausgewählte Stadträte, im Juni 1938 mit einigen Ergänzungen an den gesamten Stadtrat abgegeben; die Ergänzungen sind dabei im Bericht selbst entsprechend hervorgehoben. Er wird hier wie auch im folgenden nach der zweiten Version zitiert (Bericht 1938, zu den beiden Versionen ebd., S.146).
- 209 Zu Einrichtung und Aufgaben der Heimatschutzkommission (seit 1917 Natur- und Heimatschutzkommission) vgl. MÜLLER 2001, S.54–60.
- 210 Vgl. *Verordnung betreffend den Natur- und Heimatschutz vom 9. Mai 1912*, abgedruckt ebd., S.56; zu den entsprechenden denkmalrechtlichen Entwicklungen allgemein SPEITKAMP 1996, S.291–302.
- 211 MÜLLER 2001, S.56 (Text der Verordnung).
- 212 Kdm ZH N.A. II.II 2003, S.162–165.
- 213 Prot. Baukollegium, Amtsdauer 1934–1938, 30.10. 1934, S.22–31, Zitate S.25, 24.
- 214 Bericht 1938, S.52–55 (Entwurf einer «Bauordnung für das Quartier an der Storchengasse»).
- 215 Zu Max Kopp (1891–1984) RUCKI/HUBER 1998, S.319f., sowie unten Kap.6.2; zu Hans Wilhelm Moser (1889–1973) vgl. INSA 10 1992, S.225.
- 216 SBZ, Bd.112 (1938), S.32.
- 217 Prot.SR, Nr.1469, 27.7. 1937.
- 218 *Hotel zum Storchen* 1939, S.11; Prot.SR, Nr.480, 5.3. 1938; zu Erhard Gull (1895–1970) vgl. AKL, Bd.LXV (2009), S.438.
- 219 Prot. Baukollegium, Amtsdauer 1934–1938, 9.3. 1938, S.286.

- 220 *Hotel zum Storchen* 1939, S. 20; SBZ, Bd. 112 (1938), S. 32 (mit Abb. des Vorprojekts von Moser & Kopp); zum Neubau allgemein Kdm ZH N.A. II.II 2003, S. 165 f.
- 221 Vgl. die Beschreibungen in *Hotel zum Storchen* 1939, S. 20.
- 222 TAT, 17. 12. 1937; NZZ, 19. 12. 1937; 3. 1. 1938; Prot. SR, Nr. 1009, 29. 5. 1937.
- 223 TAT, 17. 12. 1937 (Hervorhebung im Original).
- 224 NZZ, 19. 12. 1937.
- 225 SBZ, Bd. 111 (1938), S. 41–44, Zitat S. 41. Vgl. auch Prot. SR, Nr. 2438, 18. 12. 1937.
- 226 TAT, 17. 12. 1937.
- 227 NZZ, 19. 12. 1937 (Hervorhebung im Original). Zu Ernst Witschi (1881–1959) und seinem Sohn Bruno Witschi (1910–1972) vgl. RUCKI/HUBER 1998, S. 262; INSA Register 2004, S. 309.
- 228 NZZ, 19. 12. 1937.
- 229 Bericht Heimatschutzkommission 1938, S. 2 (Hervorhebung im Original).
- 230 SBZ, Bd. 111 (1938), S. 41.
- 231 *Heimatschutz*, 33. Jg. (1938), S. 14.
- 232 SBZ, Bd. 111 (1938), S. 44.
- 233 Ebd.
- 234 Bericht Heimatschutzkommission 1938, S. 4 f.
- 235 Abgebildet in SBZ, Bd. 111 (1938), S. 43. Zu Max Haefeli (sen., 1869–1941) vgl. RUCKI/HUBER 1998, S. 418 f.
- 236 Bericht Heimatschutzkommission 1938, S. 9.
- 237 Prot. SR, Nr. 64, 15. 1. 1938; Nr. 155, 29. 1. 1938; Nr. 407, 26. 2. 1938; Nr. 708, 9. 4. 1938.
- 238 Zum Neubau allgemein Kdm ZH V 1949, S. 189; Kdm ZH N.A. II.II 2003, S. 42; BÖCKLI 1943; ZDBer, 1991/92, S. 92 f.
- 239 Zum Bau allgemein Bericht 1938, S. 46 f.; *Festschrift der Genossenschaft Zunft Haus zur Schneidern* 1939; ZMChr, 8. Jg. (1939), Nr. 4, S. 75–79; Kdm ZH V 1949, S. 135–137; ZDBer, 1991/92, S. 116–118 (bei der ebd., S. 116 genannten Firma Fietz & Leuthold handelt es sich um die ausführende Bauunternehmung).
- 240 Prot. SR, Nr. 2251, 9. 11. 1939.
- 241 Bericht 1938, S. 146; zu den Personen vgl. das Verzeichnis bei KURZ/MORRA-BARRELET/WEIDMANN 2000, S. 118 f.
- 242 Ebd., S. 17 f.; Prot. SR, Nr. 1941, 12. 10. 1938.
- 243 Bericht 1938, S. 17 f.; zu Fiechter vgl. *Werk*, Bd. 25 (1938), S. 313 (redaktionelle Vorbemerkung zu Fiechters Antrittsvorlesung an der ETH, verfasst von Peter Meyer).
- 244 Schreiben Konrad Hippenmeier an Stadtrat Stirnemann, 26. 1. 1938, mit handschriftlichen Ergänzungen von Stirnemann: StadtA, V.G. c.31, Schachtel 751, Fasz. «Fasz. Altstadtsanierung. Allgemeines/Verschiedenes»; Teilnehmer in Bericht 1938, S. 17 f.; zu Zemp und Birchler vgl. MEYER 2010, S. 183–190; zu Meyer MEDICI-MALL 1998.
- 245 Schreiben Konrad Hippenmeier, wie Anm. 244; in Bericht 1938, S. 17 f., sind die Teilnehmer von Seiten der Stadtverwaltung nicht näher spezifiziert.
- 246 Bericht 1938, S. 17–20.
- 247 Prot. SR, Nr. 1941, 12. 10. 1938.
- 248 Ebd.; auch in Bericht 1938, S. 18–20.
- 249 Prot. SR, Nr. 1941, 12. 10. 1938.
- 250 Ebd.; vgl. Kdm ZH IV 1939.
- 251 Prot. SR, Nr. 1941, 12. 10. 1938.
- 252 Prot. Baukollegium, Amtsdauer 1938–1942, 24. 10. 1938, S. 65–98; zu den bei Salvisberg entstandenen Diplomarbeiten vgl. SALVISBERG 1937, S. 18.
- 253 Protokoll einer Besprechung zu «Altstadtsanierung usw.» mit Vertretern von BSA und ZIA, 28. 10. 1938: StadtA, V.G. c.31., Schachtel 751, Fasz. «Altstadtsanierung. Allgemeines/Verschiedenes».
- 254 Bericht 1938, S. 89–92; Prot. Baukollegium, Amtsdauer 1938–1942, 24. 10. 1938, S. 77 f.
- 255 Plan: StadtA, IX.G.233.
- 256 Plan: StadtA, IX.G.231.
- 257 Prot. Baukollegium, Amtsdauer 1938–1942, 24. 10. 1938, S. 80 f.
- 258 Beispiele zur Fassadengestaltung: StadtA, IX.G.231.b.

- 259 Prot. Baukollegium, Amtsdauer 1934–1938, 10.12. 1936, S.122–133.
- 260 Prot. Baukollegium, Amtsdauer 1938–1942, 24.10. 1938, S.101 f.
- 261 Prot.SR, Nr.1114, 12.6. 1937.
- 262 Prot. Baukollegium, Amtsdauer 1938–1942, 24.10. 1938, S.99–108, Zitat S.103.
- 263 Ebd., S.99 f.; zum Haus vgl. Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.371–381.
- 264 Prot.SR, Nrn.2161–2164, 28.10. 1939.
- 265 Prot.SR, Nr.2163, 28.10. 1939.
- 266 Prot.SR, Nr.2161, 28.10. 1939.
- 267 Prot.SR, Nr.2162, 28.10. 1939.
- 268 Prot.SR, Nr.2161, 28.10. 1939.
- 269 Ebd.
- 270 Bei den beiden Häusern handelt sich um das auf das Spätmittelalter zurückgehende Zunftthaus «zur Schmieden» an der Ecke Marktgasse/Rindermarkt (vgl. Kdm ZH IV 1939, S.432) und das 1828 von Hans Conrad Stadler errichtete Haus «zum Kronentor» an der Ecke Seilergraben/Neumarkt (vgl. Kdm ZH V 1949, S.121).
- 271 «Bauordnung für die Altstadt (rechts der Limmat, nördlicher Teil)»: StadtA, V.G. c.31., Schachtel 742.
- 272 Prot.SR, Nr.2163, 28.10. 1939.
- 273 Prot.SR, Nr.2164, 28.10. 1939.
- 274 Brief Hermann Herter an den Bauvorsteher II, 30.3. 1939, S.2: StadtA, V.G. c.31., Schachtel 742.
- 275 Prot.SR, Nr.278, 24.2. 1940.
- 276 Prot.SR, Nr.1539, 4.9. 1942; Nr.1784, 8.10. 1942.
- 277 Prot.SR, Nr.1784, 8.10. 1942.
- 278 Prot.SR, Nr.470, 30.3. 1940.
- 279 FISSLER 1945.
- 280 Prot.SR, Nr.1539, 4.9. 1942.
- 281 1940 wandten sich die Architekten J. Pfister-Picault und Bruno Witschi je mit einem Projekt für die Neubebauung des Blocks Zähringerstrasse–Spitalgasse–Niederdorfstrasse–Mühlegasse an die Stadt (Prot.SR, Nr.1807, 6.12. 1940; StadtA, Schachtel 751), 1941 die Architekten C. Lippert und A. von Waldkirch mit einem gemeinsamen Projekt für den Block Limmatquai–Mühlegasse–Niederdorfstrasse–Schmidgasse (Prot.SR, Nr.1449, 30.8. 1941).
- 282 Zur Institutionalisierung der schweizerischen Denkmalpflege allgemein vgl. etwa MEYER 2010, S.183 bis 190.
- 283 Zur Kommission allgemein WILD 2009, S.7 f.; vgl. auch die kurzen Hinweise bei ZIEGLER 1982, S.40 f.; die Tätigkeiten der Kommission sind dokumentiert in BAGZ, Nr.53 (1922/23)–68 (1956–1958).
- 284 Prot.SR, Nr.1941, 12.10. 1938.
- 285 Allgemeines zur bislang kaum untersuchten Rolle von Stadtbaumeister Hermann Herter für die Denkmalpflege in der Stadt Zürich bei BRINER 1943; HERTER/VOGT 1943; WEILENMANN 1945; MORRA-BARRELET 2000, S.72–74.
- 286 So PETER 1930, S.5, im Zusammenhang einer baurechtlichen Darstellung.
- 287 Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.78–91, zum Umbau S.85; SBZ, Bd.112 (1938), S.73–78.
- 288 BAUR 1939, S.35.
- 289 Zu den Häusern an der Schipfe vgl. Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.182–209.
- 290 WEILENMANN 1945, S.12–16; zur «Eintracht» (Zunftthaus zur Schuhmachern) vgl. Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.310–312; zum Haus «zum Napf» Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.349–353; SBZ, Bd.126 (1945), S.119–125.
- 291 HERTER/VOGT 1943; HOLDEREGGER 1943; Kdm ZH N.A. I 1999, S.242 f., 259 f.; zum «Baugeschichtlichen Museum» vgl. WILD 2009, S.13 f., Anm. 22.
- 292 HERTER/VOGT 1943, S.94. Es handelt sich um das Modell, das heute im Baugeschichtlichen Archiv im Haus «zum Rech» ausgestellt ist.
- 293 Bericht 1938, S.8.
- 294 BRINER 1943.
- 295 Kdm ZH N.A. II.II 2003, S.205–209; BAUR 1939, S.42–44.
- 296 Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.93–95.

- 297 Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.91; INSA 10 1992, S.365. Die in den späten dreissiger Jahren vorgenommene Umgestaltung muss nach 1937 ausgeführt worden sein, zumal sie in Bericht 1938, S.8, noch als Forderung genannt wird. Das heute bestehende Haus ist ein Neubau von 1982 bis 1984 und rekonstruiert wiederum den Ende der 1930er Jahre zerstörten Zustand.
- 298 SBZ, Bd.112 (1938), S.73–78, Zitat S.76.
- 299 Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.78–91; zum Umbau S.85. Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.85.
- 300 Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.78–91, S.349–353; SBZ, Bd.126 (1945), S.119–125; WEILENMANN 1945, S.12–16.
- 301 Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.310–312.
- 302 HLS, Bd.1 (2002), S.455, s.v. «Arbeitsbeschaffung».
- 303 Ebd.; SCHNELL 2005a, S.76–79; SCHNELL 2005b, S.134 f.
- 304 Aus einer von der Stadt Bern 1938 herausgegebenen Broschüre, zitiert bei SCHNELL 2005a, S.77.
- 305 DEGEN 1996.
- 306 MAURIZIO 1941, S.189 f.
- 307 SCHNELL 2005a, S.76–79.
- 308 BAUR 1939, S.36; zu Baur vgl. BUNDI 2004, S.28.
- 309 *Bund Schweizer Architekten BSA. Krisenmassnahmen*, in: *Werk*, Bd.27 (1940), *Werk-Chronik*, S.XXIV bis XXVI, Zitat S.XXIV.
- 310 SCHNELL 2005b, S.135.
- 311 HLS, Bd.1 (2002), S.455, s.v. «Arbeitsbeschaffung».
- 312 *Zwischenbericht* 1944, vor allem S.453–457 und 474–479, Zitat S.477 f.; vgl. auch SCHNELL 2005a, S.77–79.
- 313 SCHNELL 2005a, S.77–79; HLS (Onlineversion), s.v. «Ernst Reinhard», Version vom 17.8. 2010: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D5682.php> (Zugriff 15.2. 2011).
- 314 REINHARD 1945, S.7 f. Vgl. auch Prot.SR, Nr.764, 21.4. 1944.
- 315 REINHARD 1945; zur Entstehung des Buches vgl. S.7 f.
- 316 Ebd., S.7.
- 317 Ebd., S.3 f. (Geleitwort des Delegierten für Arbeitsbeschaffung).
- 318 Von den zahlreichen Publikationen zur Geschichte der Heimatschutzbewegung vgl. im Hinblick auf die publizistischen Strategien HAUS 1994; SAUERLÄNDER 2000; für die schweizerische Situation der 1940er Jahre reicht schon ein Blick in die entsprechenden Jahrgänge der Zeitschrift *Heimatschutz*.
- 319 SBZ, 65.Jg. (1947), S.56. Zu Peter Meyer allgemein vgl. MEDICI-MALL 1998, zum Mittel des Bildvergleichs kurz S.342.
- 320 Zur Beschreibung von Zustand und Sanierungsbedarf der Altstädte REINHARD 1945, S.9–93; Zitat S.187.
- 321 Ebd., S.82.
- 322 Ebd., S.94.
- 323 Zu den Forderungen an die Sanierungspraxis allgemein ebd., S.96 f.; vor allem aber die Ausführungen zu den Beispielen aus einzelnen Städten (Bern, Basel, Zürich, Biel, Genf) ebd., S.134–200.
- 324 Ebd., S.96.
- 325 Ebd., S.218.
- 326 Ebd., S.82.
- 327 *Werk*, 33.Jg. (1946), *Werk-Chronik*, S.35 f.
- 328 SOUTTER 1942; REINHARD 1945, S.103 und 215.
- 329 BERNOULLI 1946, S.117.
- 330 Nach der Korrespondenz zwischen Albert Heinrich Steiner und dem für die Kommission zuständigen Eidgenössischen Militärdepartement, später mit dem Volkswirtschaftsdepartement, 1945–1960: GTA, Nachlass Albert Heinrich Steiner, Schachtel «Eidg. Kommission für Altstadtsanierungen».
- 331 HLS, Bd.1 (2002), S.455, s.v. «Arbeitsbeschaffung».
- 332 Grundlegend MOOSER 1997; zu den verschiedenen Auffassungen *Geistige Landesverteidigung* 1998 (Zitat); IMHOF 1996; JOST 1983, vor allem S.128 f.
- 333 MOOSER 1997.
- 334 Ebd., S.690–700; vgl. *Botschaft* 1938.
- 335 Dies betont SCHNELL 2005a, S.77.

- 336 MOOSER 1997, S. 700–707; HLS, Bd. 1 (2002), S. 455, s. v. «Arbeitsbeschaffung».
- 337 Vgl. KURZ 2001, S. 66–68; BALDINI 2005; einige Hinweise auch bei HANAK 2005, S. 67.
- 338 *Botschaft* 1938, S. 1009.
- 339 SCHNELL 2003.
- 340 Zur Geschichte der Bauberatungsstelle vgl. HANAK 2005, S. 67.
- 341 Prot. SR, Nr. 1941, 12. 10. 1938.
- 342 Prot. SR, Nr. 1943, 15. 10. 1938; Nr. 241, 4. 2. 1939; «Eingabe des «Aktionskomitees für Altstadtsanierung»»: StadtA, V.G. c. 31., Schachtel 751.
- 343 BRINER 1939, S. 84; zur Veranstaltung vgl. *Das Wohnen*, Bd. 14 (1939), S. 81 f.
- 344 *Die Erneuerung der Zürcher Altstadt*, in: SBZ, Bd. 117 (1941), S. 249.
- 345 *Altstadtsanierung in Braunschweig*, in: SBZ, Bd. 117 (1941), S. 248 f., Zitat S. 248.
- 346 Prot. SR, Nr. 828, 13. 5. 1942.
- 347 AESCHLIMANN 1942.
- 348 Bericht SP 1943, unpag.
- 349 Ebd.
- 350 Prot. SR, Nr. 1435, 18. 8. 1944; Nr. 1998, 9. 10. 1945.
- 351 Prot. SR, Nr. 676, 6. 4. 1945.
- 352 SCOTONI 1944.
- 353 Zu Scotoni und zur Baugesellschaft Neu-Niederdorf vgl. *Neu-Niederdorf*, in: NZZ, Nr. 1485, 5. 9. 1927; NZZ, 6. 8. 1996, S. 47; für die Rezension vgl. *Werk*, 32. Jg. (1945), *Werk-Chronik*, S. 23.
- 354 *Volksrecht*, Nr. 72, 26. 3. 1945 (Hervorhebungen im Original).
- 355 Protokoll einer Besprechung zu «Altstadtsanierung usw.» mit Vertretern von BSA und ZIA, 28. 10. 1938: StadtA, V.G. c. 31., Schachtel 751.
- 356 Prot. SR, Nr. 1223, 11. 7. 1942.
- 357 Schreiben der Vorstände von ZIA und BSA, Ortsgruppe Zürich an den Stadtrat, 29. 1. 1945: StadtA, V.G. c. 31., Schachtel 837.
- 358 SBZ, Bd. 116 (1940), S. 116 f. (Nekrolog).
- 359 Einem breiteren Kreis bekannt wurden die Projekte wohl erst durch einen Artikel des Stadtplaners Hans Marti aus dem Jahr 1951; dieser hatte seinerseits wohl über einige der damaligen Bearbeiter persönlich Kenntnis von den Projekten (MARTI 1951).
- 360 Zu Aktivitäten Kuplis haben sich in den entsprechenden Unterlagen jedenfalls keine Dokumente erhalten: StadtA, V.G. c. 31., Schachtel 837, Fasz. «Architektengruppe für Altstadtsanierung». Zu Kupli vgl. WEIDMANN 2000, S. 83–86; KURZ 2008, 376–378.
- 361 Prot. SR, Nr. 1223, 11. 7. 1942.
- 362 Ebd.
- 363 Verträge zwischen dem Bebauungs- und Quartierplanbureau und den beteiligten Architekten: StadtA, V.G. c. 31., Schachtel 837.
- 364 Dokumentationen zu beiden Projekten im Nachlass Ernst F. Burckhardts (GTA, 46-036); vgl. auch MARTI 1951, S. 429–432.
- 365 Korrespondenz zu den Studienaufträgen: StadtA, V.G. c. 31., Schachtel 837.
- 366 MARTI 1951, S. 429–432 spricht nur von Max Kopp, während das Projekt in der Dokumentation im Nachlass Ernst F. Burckhardts (GTA, 46-036) in Übereinstimmung mit den Verträgen des Bebauungsplanbüros mit den Namen beider Architekten bezeichnet ist.
- 367 WEIDMANN 2000, S. 81–83.
- 368 Zu Steiners Amtszeit als Zürcher Stadtbaumeister WEIDMANN 2000; EISINGER 2001; ders. 2004, S. 113 bis 131; zu Steiner allgemein vgl. OECHSLIN 2001.
- 369 WEIDMANN 2000, Ebd., S. 82.
- 370 Vgl. WEIDMANN 2000, S. 82; zu Burckhardt vgl. RUCKI/HUBER 1998, S. 104.
- 371 Vgl. EISINGER 2001, S. 50–53.
- 372 Vgl. den Katalog der Bauten bei OECHSLIN 2001, S. 142–179.
- 373 WEIDMANN 2000, S. 88 f.; zum Verhältnis zwischen den Vertretern des «Neuen Bauens» und den traditionalistischen Strömungen um den Heimatschutz, allerdings mit stärkerem Fokus auf den frühen dreissiger Jahren, SCHNELL 2005b, S. 136–152.

- 374 WEIDMANN 2000, S. 81–83.
- 375 Ebd.
- 376 KURZ 2008, S. 378–380.
- 377 KURZ/MORRA-BARRELET/WEIDMANN 2000, 118 f. (Personenverzeichnis).
- 378 Prot. SR, Nr. 1059, 11. 6. 1943; zum Haus (Stüssihofstatt 15) vgl. *Moderne Altstadtsanierung. Umbau der Stüssihofstatt 15 in Zürich*, in: ZMChr, Bd. 13 (1944), Nr. 2, sowie unten Kap. 6.3.
- 379 Pläne von Albert Heinrich Steiner für das Geviert Mühlegasse–Seilergraben–Predigerplatz–Brunngasse–Niederdorfstrasse, dat. März und April 1944: A.Dp.Z., Pläne Altstadt, Block 1.
- 380 Prot. SR, Nr. 1278, 7. 7. 1944; Entwurf zu den Vorgaben in einem Schreiben von Stadtbaumeister Steiner an Stadtrat Oetiker, 27. 6. 1944: StadtA, V.G. c.50., Schachtel 361; Pläne: A.Dp.Z., Pläne Altstadt, Blöcke 3–5.
- 381 «Altstadtsanierung, Studienaufträge», Stellungnahme des Bebauungs- und Quartierplanbureaus an Stadtrat Erwin Stirnemann, gez. Hans Kupli, 27. 6. 1944: StadtA, V.G. c.31., Schachtel 837.
- 382 «Bericht des Bebauungs- und Quartierplanbureaus der Stadt Zürich zum Fragebogen der Expertenkommission für Altstadtsanierung über die Altstadtsanierung in Zürich», 19. 4. 1944: StadtA, V.G. c.31., Schachtel 837.
- 383 «Vernehmlassung zuhanden des Stadtrates», Albert Heinrich Steiner an Stadtrat Heinrich Oetiker, 27. 6. 1944: StadtA, V.G. c.50., Schachtel 361, S. 2.
- 384 *Bringt Luft und Licht in die Altstadt*, in: *Volksrecht*, 22. 6. 1944.
- 385 «Vernehmlassung zuhanden des Stadtrates», Albert Heinrich Steiner an Stadtrat Oetiker, 27. 6. 1944: StadtA, V.G. c.50., Schachtel 361.
- 386 Beteiligte Architekten (Pläne: A.Dp.Z., Pläne Altstadt, Blöcke 3–5): Walther Niehus, Viktor Nussbaumer (nach späterer Nummerierung Block 3); Conrad D. Furrer, Alfred Gradmann, Georges-Pierre Dubois, Jakob Eschenmoser (Block 4); Max Kopp, Otto Dürr, Max Aeschlimann, Armin Baumgartner (Block 5). Schreiben der Vorstände von ZIA und BSA, Ortsgruppe Zürich an den Stadtrat, 29. 1. 1945: StadtA, V.G. c.31., Schachtel 837.
- 387 Prot. SR, Nr. 1435, 18. 8. 1944.
- 388 Schreiben der Vorstände von ZIA und BSA, Ortsgruppe Zürich an den Stadtrat, 29. 1. 1945: StadtA, V.G. c.31., Schachtel 837.
- 389 Prot. SR, Nr. 725, 13. 4. 1945.
- 390 STEINER 1945; Prot. SR, Nr. 1196, 15. 6. 1945.
- 391 Prot. SR, Nr. 1998, 9. 10. 1945.
- 392 Prot. SR, Nr. 2397, 8. 11. 1945; Nr. 2544, 14. 12. 1945.
- 393 Bericht 1949, S. 10; Prot. SR, Nr. 701, 29. 3. 1946; Nr. 1266, 14. 6. 1946.
- 394 Prot. SR, Nr. 2544, 14. 12. 1945; Nr. 939, 3. 5. 1946.
- 395 Vgl. die Personenliste bei KURZ/MORRA-BARRELET/WEIDMANN 2000, S. 120.
- 396 Prot. SR, Nr. 2544, 14. 12. 1945.
- 397 Die wichtigsten Beiträge sind Aufsätze im Zusammenhang zweier Ausstellungen (STEINER 1945; ders. 1948), zwei Zeitungsartikel, mit denen Steiner die um 1950 bereits in die Kritik geratenen Sanierungskampagnen zu rechtfertigen versuchte (STEINER 1950a; ders. 1950b), sowie zwei interne Berichte, welche die Sanierungskampagnen zuhanden des Stadtrats und zuhanden der Eidgenössischen Kommission für Altstadtsanierung darstellten (Bericht Kommission 1948; Bericht 1949); darüber hinaus tauchen ähnliche Formulierungen in den Stadtratsprotokollen auf (etwa Prot. SR, Nr. 1905, 15. 9. 1950).
- 398 Bericht 1949, S. 2.
- 399 STEINER 1945, S. 16.
- 400 Bildtafel aus der Ausstellung «Deine Wohnung» von 1948 (Reproduktion): StadtA, V.G. c.62., 2. Serie, Schachtel 675; derselbe Bildvergleich bei STEINER 1950a.
- 401 Bericht 1949, S. 3
- 402 Ebd., S. 8.
- 403 Ebd., S. 2.
- 404 Ebd., S. 16.
- 405 *Bau- und Kunstdenkmäler der Schweiz* 1945, S. 4; *Eine Ausstellung über Denkmalpflege*, in: *Werk*, Bd. 31 (1944), *Werk-Chronik*, S. XXIf.

- 406 *Bau- und Kunstdenkmäler der Schweiz* 1945, darin STEINER 1945.
- 407 *Eine Heimatschutz-Ausstellung*, in: *Heimatschutz*, Bd.42 (1947), S. 126–132, zur Altstadtsanierung S. 129.
- 408 MARTI 1948; *Plan*, 5. Jg. (1948), S. 66.
- 409 Ausstellungsprogramm und Reproduktionen der Bildtafeln: StadtA, V.G. c.62., 2. Serie, Schachtel 675; vgl. auch den zur Ausstellung erschienenen Artikel in der Raumplanungszeitschrift *Plan*: STEINER 1948.
- 410 STEINER 1950a; ders. 1950b.
- 411 Prot. Baukollegium, Amtsperiode 1946–1950, 17.1. 1949, S.7; vgl. ebd., Amtsperioden 1942–1946, 1946–1950, 1950–1954 sowie 1954–1958.
- 412 Prot. SR, Nr. 676, 6.4. 1945; Prot. GR, 28. Sitzung, 17.1. 1951, Nr. 395.
- 413 Pläne: A. Dp. Z.
- 414 Prot. SR, Nr. 2068, 20.9. 1946.
- 415 Prot. SR, Nr. 2680, 5.12. 1947; Nr. 473, 5.3. 1948; Nr. 2651, 17.12. 1949; Nr. 2015, 29.9. 1950.
- 416 Prot. SR, Nr. 2680, 5.12. 1947.
- 417 Die Pläne für Block 1 (Gebiet zwischen Hirschenplatz, Predigerkirche und Seilergraben) sig. Albert Heinrich Steiner; jene für Block 16 (Grossmünster und limmatseitige Bebauung) wurden nach den Angaben auf den Plänen von E. Graf, einem Mitarbeiter des Büros für Altstadtsanierung, gezeichnet und sind zusätzlich von Albert Heinrich Steiner signiert, auf den wohl der Entwurf für die Neubebauung zurückgeht (Pläne: A. Dp. Z.).
- 418 Dies wird ex negativo durch die Tatsache unterstützt, dass die meisten beteiligten Architekten in der stark auf die Vertreter der Moderne fokussierten Architekturhistoriografie praktisch unbekannt sind. So sind bei RUCKI/HUBER 1998 von allen an den Sanierungsprojekten beteiligten Architekten nur gerade Dubois, Eschenmoser, Gradmann, Glaus, Hubacher und Kopp mit eigenen Einträgen aufgenommen, wobei Glaus und Hubacher nur wegen ihrer später entstandenen Hauptwerke behandelt werden, die in einer deutlich anderen, modernen Formensprache gehalten sind.
- 419 RUCKI/HUBER 1998, S. 228.
- 420 Zu Kopp allgemein RUCKI/HUBER 1998, S. 319f.; zu seiner Rolle beim Bau des «Landidörfli» *Die Schweiz im Spiegel der Landesausstellung* 1940/41, Bd. 2, S. 642–644; zu seiner Funktion in der Bauberatungsstelle des Schweizer Heimatschutzes HANAK 2005, S. 67; zu seinen Neubauten siehe unten.
- 421 Zu Hess vgl. SBZ, 80. Jg. (1962), S. 262; *Werk*, Bd. 49 (1962), *Werk-Chronik*, S. 81 f. (Nekrologe).
- 422 Zum Projekt Prot. SR, Nr. 1059, 11.6. 1943; *Moderne Altstadtsanierung. Umbau der Stüssihofstatt 15 in Zürich*, in: ZMChr, Bd. 13 (1944), Nr. 2; zu Beck RUCKI/HUBER 1998, S. 155, s. v. «Otto Dürr».
- 423 Zu Bridel vgl. ZDBer, 1991/92, S. 123.
- 424 Zu Bitterli vgl. AKL, Bd. XI (1995), S. 259, zu Glaus AKL, Bd. LVI (2007), S. 82, zu Hubacher RUCKI/HUBER 1998, S. 281; zu von Meyenburg Vollmer, Bd. III (1956), S. 381.
- 425 Übersichtsplan der rechtsufrigen Altstadt in Bericht 1949, S. 11; Plan der gesamten Altstadt, dat. Dez. 1952: A. Dp. Z.
- 426 Das Modell wurde in der Amtszeit des Denkmalpflegers Walter Burger entsorgt. Für die freundlichen Auskünfte zu den Projektbeständen des Büros für Altstadtsanierung dankt der Verfasser Dieter Nievergelt, Winterthur.
- 427 Bericht 1949, S. 11–13.
- 428 *Eine Heimatschutz-Ausstellung*, in: *Heimatschutz*, Bd. 42 (1947), S. 126–132; Bildtafeln aus der Ausstellung «Deine Wohnung – Dein Nachbar – Deine Heimat»: StadtA, V.G. c.62., 2. Serie, Schachtel 675.
- 429 Prot. SR, Nr. 2544, 14.12. 1945.
- 430 Bericht 1949, S. 7.
- 431 Die Grundrissaufnahmen für Block 2–7 sind im Massstab 1:100 gehalten; alle späteren im Massstab 1:200 (Pläne A. Dp. Z.).
- 432 Zu den 1900 erlassenen Baulinien Bericht 1938, S. 5 (Sanierungsplan), sowie oben Kap. 2.1.
- 433 Bildtafel aus der Ausstellung mit dem Projekt für Block 6: StadtA, V.G. c.62., 2. Serie, Schachtel 675.
- 434 So jeweils bei der Vergabe der Planungsaufträge für die Sanierungsprojekte (Prot. SR, Nr. 2068, 20.9. 1946; Nr. 2680, 5.12. 1947; Nr. 473, 5.3. 1948; Nr. 2651, 17.12. 1949; Nr. 2015, 29.9. 1950), aber auch in einem Bericht an die Kommission für Altstadtsanierungen des Bundes (Bericht Kommission 1948, S. 5 f.); in Bericht 1949, S. 12 f., sowie bei der Beantwortung einer Interpellation aus dem Gemeinderat (Prot. SR, Nr. 1905, 15.9. 1950; vgl. auch unten Kap. 7.2).

- 435 Bericht Kommission 1948, S.5 f.; Bericht 1949, S.12; Prot.SR, Nrn.102/110, 18.1. 1952; Nr.811, 18.4. 1952.
- 436 Bericht Kommission 1948, S.6 (Zitat); Bericht 1949, S.16.
- 437 Bericht 1949, S.18; vgl. auch Prot.SR, Nr.2544, 14.12. 1945.
- 438 Bericht 1949, S.14 f.; vgl. auch die zusammenfassenden Angaben zu dem bis dahin verfolgten Vorgehen in Prot.SR, Nr.1263, 3.6. 1955.
- 439 Bericht 1949, S.18.
- 440 Zum Neubau allgemein Bericht 1949, S.21.
- 441 Auf den Baueingabeplänen zeigt der Trakt gegen die Niederdorfstrasse noch spätgotische und barocke Gewände (Baueingabepläne, 11.4. 1947: Bauges.-A.Z., Baugesuchsakten Niederdorfstrasse 10).
- 442 Zu Karl Knell (1880–1954) vgl. Vollmer, Bd.3 (1956), S.69; KURZ 2008, S.287.
- 443 Baueingabepläne, bew. 11.4. 1947: Bauges.-A.Z., Baugesuchsakten Niederdorfstrasse 10; Prot.SR, Nr.980, 7.5. 1948 (Zitat).
- 444 A.Dp.Z., Pläne Block 5.
- 445 Baueingabepläne, dat. 13.5. 1947: Bauges.-A.Z., Baugesuchsakten Niederdorfstrasse 10.
- 446 Baueingabepläne, bew. 14.11. 1947 und 12.3. 1948, sowie Mitteilung Albert Heinrich Steiner an die Baupolizei, 4.7. 1947: Bauges.-A.Z., Baugesuchsakten Niederdorfstrasse 10.
- 447 Prot.SR, Nr.980, 7.5. 1948 (Zitat); Nr.1493, 2.7. 1948.
- 448 Prot.SR, Nr.2792, 17.12. 1948; Bauabnahmeprotokolle, 23.6. 1949 und 10.3. 1950: Bauges.-A.Z., Baugesuchsakten Niederdorfstrasse 10.
- 449 Die 1900 erlassenen Baulinien betrafen Münsterergasse und Marktgasse im Abschnitt von der Kirchgasse bis zur Stüssihofstatt (Bericht 1938, S.5 f.); vgl. auch die Darstellung der damals rechtsgültigen Baulinien im Bereich der Altstadt bei MARTI 1951, S.457. Die heutige, geschlossene Erdgeschossfront des «Wellenbergs» gegen die Niederdorfstrasse entstand erst durch einen späteren Umbau.
- 450 Prot.SR, Nr.1059, 11.6. 1943; *Moderne Altstadtanierung. Umbau der Stüssihofstatt 15 in Zürich*, in: ZMChr, Bd.13 (1944), Nr.2; vgl. auch REINHARD 1945, S.226.
- 451 Bericht 1949, S.20 f.; zum «Rosenhof» vgl. oben Kap.4.1 sowie Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.162.
- 452 Bericht 1949, S.19; zu Adolf und Heinrich Bräm vgl. RUCKI/HUBER, S.84 f.
- 453 Bericht 1949, S.25; Fotografien mit Baudaten BAZ; zu den Architekten RUCKI/HUBER 1998, S.155.
- 454 Baueingabepläne, bew. 23.2. 1951: Bauges.-A.Z., Baugesuchsakten Münsterergasse 22.
- 455 Baudaten: BAZ; Richtprojekt: A.Dp.Z., Block 6.
- 456 Bericht 1949, S.24; Prot.SR, Nrn.102, 18.1. 1952; 110, 18.1. 1952; 811, 18.4. 1952.
- 457 Bericht 1949, S.25; ZDBer, 1991/92, S.121–123.
- 458 Baueingabepläne, bew. 13.3. 1953: Bauges.-A.Z., Baugesuchsakten Rindermarkt 20; WAGNER 1964, S.40.
- 459 WAGNER 1964, S.41; MEYER 1958, Tafel 35.
- 460 Bericht 1949, S.26–29.
- 461 Ebd., S.18.
- 462 WEIDMANN 2000, S.88–93.
- 463 EISINGER 2001, vor allem S.60 f.; ders. 2004, S.121–124.
- 464 Zur Baugeschichte der abgebrochenen Häuser wie auch der Neubauten vgl. oben Anm. 440–460.
- 465 Zum «Manessturm» vgl. Kdm ZH N.A. III.II 2007, S.196 f.
- 466 Zu den Baulinien Bericht 1938, S.5 f.
- 467 Zu Sanierungskampagnen im nationalsozialistischen Deutschland allgemein SCHECK 1995, S.114–132; DURTH/GUTSCHOW 1988, Bd.1, insbesondere S.237–243, aber auch S.237–284 insgesamt zur Wiederaufnahme entsprechender Konzepte im Wiederaufbau nach 1945 sowie die entsprechenden Abschnitte zu den einzelnen Städten in Bd.2; VINKEN 2010, S.137–156 am Beispiel von Köln; SCHLUNGBAUM-STEHR 1994; PETZ 1987; zum Stadtumbau im faschistischen Italien im Überblick BOTTINI 2004.
- 468 *Eine Heimatschutz-Ausstellung*, in: *Heimatschutz*, Bd.42 (1947), S.126–132, hier S.129; STEINER 1950a; Bildtafel «Solche Verhältnisse trifft man heute» von der Ausstellung «Deine Wohnung – Dein Nachbar – Deine Heimat», 1948 (Reproduktion): StadtA, V.G. c.62., 2. Serie, Schachtel 675, jeweils mit denselben Fotografien wie bei HERTER 1929, S.16–23, und KLÖTI 1935, S.199; die Bilder sollten sogar noch bei WAGNER 1964 auftauchen.
- 469 *Werk*, 32.Jg. (1945), *Chronik*, S.127.

- 470 STEINER 1945, S. 15.
- 471 Bericht 1949, S. 7.
- 472 REINHARD 1945, so etwa S. 94 f.
- 473 DÖSCHER 1937, S. 13.
- 474 DERLAM 1940, S. 26.
- 475 Vgl. in derselben Nummer der Zeitschrift des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen und Städtebau (IVWS) KLÖTI 1940.
- 476 Zu den «rassenhygienischen» Zielen von deutschen Sanierungskampagnen vgl. VINKEN 2010, S. 147–149.
- 477 Bericht 1949, S. 3.
- 478 STEINER 1948, S. 102; ganz ähnlich etwa in Prot. SR, Nr. 1905, 15. 9. 1950.
- 479 Bericht 1938, S. 13.
- 480 REINHARD 1945, S. 82, 96.
- 481 *Altstadt heute und morgen* 1945, S. 6 (Hervorhebung im Original).
- 482 Das Thema wird von vielen Darstellungen zur Geschichte der Heimatschutzbewegung(en) gestreift, allerdings selten spezifisch analysiert. Vgl. im Hinblick auf die Altstädte vor allem VINKEN 2010, S. 81–86.
- 483 KOPP 1954, S. 361.
- 484 *Eine Heimatschutz-Ausstellung*, in: *Heimatschutz*, Bd. 42 (1947), S. 126–132, hier S. 129.
- 485 Zu den Basler Projekten vgl. VINKEN 2010, S. 81–109.
- 486 Zu den Bieler Sanierungsprojekten vgl. REINHARD 1945, S. 134–144; Bericht Biel 1936 (mit Dank an Herrn A. Rawyler, Bauamt Biel, für die freundliche Übersendung); zur Bieler Städtebaupolitik der Zwischenkriegszeit STEINER 2004.
- 487 Zur Ausstellung vgl. *Altstadt heute und morgen* 1945; mehrere Exemplare der Broschüre in den Archivalien der Stadtverwaltung (StadtA, V.G. c.31., Schachtel 837; V.B. c.59., Schachtel «8. Altstadtanierung») sowie im Nachlass Albert Heinrich Steiners (GTA, Nachlass Albert Heinrich Steiner, Schachtel «Eidg. Kommission für Altstadtanierungen»).
- 488 Prot. SR, Nr. 1278, 7. 7. 1944.
- 489 Zu Frankfurt am Main PETZ 1987, S. 95–115; zu Braunschweig und Kassel *Wasmuths Lexikon der Baukunst 1929–1937, Bd. 5: Nachtrag* (1937), S. 108 f. (s. v. «Braunschweig»), 307 f. (s. v. «Kassel»); SCHECK 1995, S. 125–130.
- 490 *Altstadtsanierung in Braunschweig*, in: SBZ, Bd. 117 (1941), S. 248 f.
- 491 Für einen Überblick über Giovannonis Theorie und ihre Umsetzungen vgl. PANE 2005.
- 492 GIOVANNONI 1943, S. 4.
- 493 Zum Projekt allgemein SCHNELL 2005a, S. 71–75 und 82–85; bei REINHARD 1945 vgl. S. 184–194.
- 494 Zu Köln VINKEN 2010, S. 137–156; SCHLUNGBAUM-STEHR 1994; zu Frankfurt am Main PETZ 1987, S. 95–115.
- 495 Vgl. SCHILLING 1921, S. 86–104; WERNER 1910.
- 496 Zum Heimatstil der Jahre nach 1900 vgl. für die Schweiz CRETZAZ-STÜRZEL 2005, für Deutschland HOFER 2005; zum Thema des Umgangs mit (zerstörten) Stadtbildern in jenen Jahren FRANK 1992; zu Theodor Fischer NERDINGER 1990.
- 497 Grundsätzliches zur Heimatschutzarchitektur im deutschen Wiederaufbau, mit zahlreichen Verweisen auf die Vorkriegssituation bei BEYME 1987, S. 178–182, sowie KIESER 1998. Übergreifende Darstellungen zur traditionalistischen Architektur in der Schweiz der 1930er bis 50er Jahre fehlen bislang weitgehend. Vgl. für einen Überblick über die entsprechenden Strömungen Peter Meyers Beitrag im offiziellen Katalog zur «Landi» von 1939 (MEYER 1940) oder als eigentliches Kompendium der traditionalistischen Architektur in der Schweiz der 1940er Jahre den Band *Neues Bauen und Wohnen* von 1947, der übrigens wie der hier besprochene Leitfaden zur Altstadtanierung von Ernst Reinhard zusammengestellt war (REINHARD 1947).
- 498 Vgl. *Die Schweiz im Spiegel der Landesausstellung 1940/41*, Bd. 2 (1940), S. 642–644; zu Max Kopp oben Kap. 6.2.
- 499 Vgl. OECHSLIN 2001, S. 146 f.
- 500 GROSS 2006, S. 66–84, und ders. 2008, S. 231–236, untersucht das Phänomen als Vorgeschichte der denkmalpflegerischen «Entdeckung» der Architektur des 19. Jahrhunderts seit den 1960er Jahren; zur Alten Börse vgl. insbesondere GROSS 2006, S. 70 f.
- 501 Bericht 1949, S. 16.

- 502 Ebd., S. 1.
- 503 Bildtafel: StadtA, V.G. c.62., 2. Serie, Schachtel 675.
- 504 STEINER 1948, S. 102.
- 505 REINHARD 1945, S. 222–226, Zitate S. 222.
- 506 Ebd., S. 96.
- 507 Ebd., S. 220.
- 508 Ebd., S. 224 f.
- 509 Ebd., S. 226.
- 510 Ebd., S. 83.
- 511 Zu den «Entschandelungs»-Kampagnen SCHECK 1995, S. 131 f. und 181–185; HILLER VON GAERTRINGEN 2007, S. 227–232; VINKEN 2010, S. 139–146.
- 512 LINDNER/BÖCKLER 1939; zur Ausstellung SCHECK 1995, S. 185.
- 513 Zu den erwähnten Beispielen vgl. LINDNER/BÖCKLER 1939, S. 254 und 258.
- 514 Zu Pinders Vortrag DURTH/GUTSCHOW 1988, Bd. I, S. 239 f.; SCHECK 1995, S. 114.
- 515 PINDER 1938, S. 200.
- 516 Ebd., S. 200.
- 517 Ebd., S. 195.
- 518 Ebd., S. 195 f.
- 519 REINHARD 1945, S. 267 f. (Literaturliste, zusammengestellt von Paul Hofer). Zu Paul Hofer allgemein HLS, Bd. 6 (2007), S. 411 f.; Hofers Tätigkeit im Rahmen der Berner Sanierungskampagnen dokumentiert Bericht Bern 1944, Annex B.
- 520 Zu Stadtbildpflege und Identitätspolitik vgl. die Untersuchung von LASANSKY 2004 zur Toskana im Faschismus und HAGEN 2006 über die Stadt Rothenburg ob der Tauber.
- 521 Vor 1950 finden sich in den vom Stadtarchiv zeitgenössisch gesammelten Zeitungsartikeln zum Thema praktisch keine kritischen Äusserungen zur Altstadtanierung: StadtA, Zeitungsausschnitte, Mappen «Altstadt allgemein», «Altstadt-Sanierung».
- 522 *Es geht um unsere Altstadt!*, in: NZN, Nr. 21, 25. 1. 1950.
- 523 *Zürcher Altstadt*, 1. Jg. (1950), Nr. 2, unpag. (Editorial).
- 524 REIMANN 1950.
- 525 *Zürcher Altstadt*, 1. Jg. (1950), Nr. 3, unpag. (redaktionelle Vorbemerkung).
- 526 PFENNINGER 1950a; zum Haus vgl. Kdm ZH N.A. III.II 2007, S. 187–189.
- 527 PFENNINGER 1950a.
- 528 Prot. SR, Nr. 1905, 15. 9. 1950.
- 529 PFENNINGER 1950b; zum erwähnten Aufsatz vgl. WÖLFFLIN 1933.
- 530 PFENNINGER 1950b.
- 531 «NZZ» und Altstadtanierung, in: *Volksrecht*, Nr. 269, 15. 11. 1950.
- 532 *Wandlungen in der Altstadt*, in: *Volksrecht*, Nr. 168, 20. 7. 1949.
- 533 STEINER 1950a; ders. 1950b.
- 534 Prot. SR, Nr. 1905, 15. 9. 1950; Prot. Gemeinderat, Nr. 395, 17. 1. 1951.
- 535 Zu Marti vgl. RUEDIN/HANAK 2008.
- 536 MARTI 1951, S. 426.
- 537 Ebd., S. 455.
- 538 Ebd., S. 457.
- 539 Vgl. MARTI 1948 und ders. 2008.
- 540 MARTI 1952a (Hervorhebung im Original).
- 541 MARTI 1952b; zur Kritik an den Abbrucharbeiten vgl. REIMANN 1951 mit Angaben zu den kurz zuvor abgebrochenen Häusern «zum grossen» und «kleinen Löwenstein», Münsterergasse 3/7; «zur blauen Fahne», Münsterergasse 4; «zum grossen Erker», Münsterergasse 22; «zum goldenen Schwert», Marktgasse 14/16; «zum Meerfräulein», Untere Zäune 9/11; «zum Sunnebliemli», Untere Zäune 13; «zum Einhörnli», Untere Zäune 21.
- 542 FRISCH 1953, S. 327.
- 543 FRISCH 2006 (Erstausgabe 1954), S. 245–247.
- 544 GIEDION 1951, Beilage, unpag. (deutschsprachiges Vorwort).

- 545 Prot.SR, Nr. 1934, 26. 8. 1955.
- 546 Prot.SR, Nr. 340, 11. 2. 1955.
- 547 *Eine Motion zum Schutze der Zürcher Altstadt*, in: NZN, Nr. 133, 10. 6. 1954.
- 548 *Licht und Schatten in der Zürcher Altstadt*, in: *Volksrecht*, Nr. 134, 11. 6. 1954.
- 549 BAUR/STUTZ 1995/96, S. 109; *Baulinien, Spekulanten und die Zürcher Altstadt. Ein Diskussionsabend der Neuen Helvetischen Gesellschaft*, in: TA, Nr. 56, 8. 3. 1955; zu Schneider vgl. WILD 2009, S. 8.
- 550 Vgl. FISCHER 1956; *Zum Kampf um die Berner Altstadt*, in: *Werk*, Bd. 41 (1954), *Werk-Chronik*, S. 59 (redaktionelle Vorbemerkung zu einem Artikel von Paul Hofer).
- 551 WILD 2009, S. 8 f.
- 552 Prot.SR, Nr. 1263, 3. 6. 1955.
- 553 Prot.SR, Nr. 2342, 14. 10. 1955; Nr. 2433, 28. 10. 1955.
- 554 WEIDMANN 2000, S. 107.
- 555 Ebd. (Zitat); EISINGER 2001, S. 50 f.; EISINGER 2004, S. 113.
- 556 Zur Einrichtung der städtischen Denkmalpflege allgemein WILD 2009, S. 8–11; vgl. auch BAUR/STUTZ 1995/96, S. 109 f.
- 557 Prot.SR, Nr. 770, 21. 3. 1958.
- 558 Ebd.
- 559 WILD 2009, S. 7; zur Einrichtung der kantonalen Denkmalpflege vgl. MÜLLER 2001, S. 142 f.
- 560 WILD 2009, S. 10 f.
- 561 Prot.SR, Nr. 770, 21. 3. 1958.
- 562 KURZ/MORRA-BARRELET/WEIDMANN 2000, S. 120.
- 563 Zu Denkmalschutzverordnung und Bauvorschriften vgl. BAUR/STUTZ 1995/96, S. 110; STREBEL 2005, S. 27 und 32–34; *Baukultur: Altstadt* 2008, S. 218–221. Der Verfasser dankt Rahel Strebel, Zürich, herzlich für die Überlassung der unveröffentlichten Arbeit.
- 564 WAGNER 1964, S. 35–37.
- 565 Vgl. GROSS 2008, S. 240 f.
- 566 Bauges.-A.Z., Baugesuchsakten Grossmünsterplatz 6.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1 Archivalische Quellen

A.Dp.Z. = Archiv der Denkmalpflege der Stadt Zürich, Pläne Altstadtsanierung

Bauges.-A.Z. = Amt für Baubewilligungen der Stadt Zürich, Baugesuchsarchiv

BAZ = Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich

Bericht 1938 = [HIPPENMEIER, Konrad]: «Die Sanierung der Altstadt in Zürich. Im Jahre 1937 ausgearbeitet durch das Bebauungs- und Quartierplanbüro der Stadt Zürich» [überarbeitete Version vom Juni 1938]: StadtA, Bibliothek, Db 769:1

Bericht 1949 = STEINER, Albert Heinrich: «Bericht über die Altstadtsanierung», dat. 17.10. 1949: StadtA, Bibliothek, Na 5318

Bericht Bern 1944 = «Altstadt-Sanierung Bern. II. Etappe», Bericht, verf. von der städtischen Baudirektion Bern, dat. 10.3. 1944: Universität Bern, Bibliothek Kunstgeschichte, Signatur OT BERN 54

Bericht Biel 1936 = «Stadt Biel. Die Sanierung der Altstadt. Eine Studie», Typoskript, hektographiert, 1936: Stadtverwaltung Biel, Bibliothek Abteilung Hochbau

Bericht Gesundheitsinspektorat 1938 = «Zürich. Wege zur Altstadtsanierung», erarbeitet vom Gesundheitsinspektorat, dat. 1938: StadtA, Bibliothek, Db 1842

Bericht Gesundheitsinspektorat 1944 = «Zürich – Altstadtsanierung. Bericht des Gesundheitsinspektorats der Stadt Zürich», dat. Juli/August 1944: StadtA, Bibliothek, Db 1843

Bericht Heimatschutzkommission 1938 = «Bericht der Natur- und Heimatschutzkommission des Standes Zürich an die Direktion der öffentlichen Bauten des Standes Zürich betr. die «Verbreiterung der Durchfahrt zwischen Münsterhof und Fraumünster-/Poststrasse»», dat. 10.1. 1938: StadtA, V.B. c.59., Mappe «Neubau am «Münsterhof»»

Bericht Kommission 1948 = «Bericht über den Stand der Altstadtsanierung in der Stadt Zürich», 29.10. 1948: GTA, Nachlass Albert Heinrich Steiner, Schachtel «Eidg. Kommission für Altstadtsanierungen»

Bericht SP 1943 = «Entwurf zu einem Bericht über die Sanierung der Zürcher Altstadt», Typoskript (Durchschlag), verfasst von einer Studienkommission der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich, dat. Dezember 1943: StadtA, Bibliothek, Na 1634

GTA = Archiv für Geschichte und Theorie der Architektur, Eidgenössische Technische Hochschule (ETH), Zürich

Benutzte Bestände:

33-1933-1: Nachlass Karl Moser.

46-036: Nachlass Elsa und Ernst F. Burckhardt.

Nachlass Albert Heinrich Steiner (ohne Sigel, da noch nicht erschlossen).

Prot. SR = Protokoll der allgemeinen und bürgerlichen Abteilung des Stadtrates der Stadt Zürich (Stadtratsprotokoll): StadtA, V.B. a.13.

Prot. GR = Protokoll des Gemeinderates der Stadt Zürich: StadtA, V.a. a.17.

Prot. Baukollegium = Protokoll des Baukollegiums der Stadt Zürich: StadtA, V.G. a.17.

StadtA = Stadtarchiv Zürich

Benutzte Bestände:

Bibliothek

V.G. c.31.: Bauwesen I/Bauamt I. Akten und Pläne 1892 bis 1945
 V.B. c.59.: Stadtpräsident. Bauwesen. 7. Städtebau und Natur- und Heimatschutz/8. Altstadt-sanierung
 V.G. c.50.: Akten und Pläne des Bauwesens II beziehungsweise Bauamtes II 1931–1948 (1910–1964)
 V.G. c.62., 2. Serie: Akten und Pläne des Hochbauamtes ca. 1940–1986

2 Zeitungen, Zeitschriften und weitere Periodika

BAGZ = *Bericht über die Verrichtungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich*, Zürich, 1844/45–1993/96.
Das Wohnen. Schweizerische Zeitschrift für Wohnungswesen. Offizielles Organ des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen und Wohnungsreform, Zürich, 1928 ff.
Heimatschutz, Zürich, 1906 ff.
 NZN = *Neue Zürcher Nachrichten*, Zürich, 1904–1991.
 NZZ = *Neue Zürcher Zeitung*, Zürich, 1821 ff.
 SBZ = *Schweizerische Bauzeitung*, Zürich, 1883–1978.
 TA = *Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich. Unparteiisches Organ für jedermann und Hauptanzeigblatt für die Nordostschweiz*, Zürich, 1893 ff.
 TAT = *Die Tat. Schweizerische unabhängige Tageszeitung*, Zürich, 1935–1978.
Volksrecht. Sozialdemokratisches Tagblatt, Zürich, 1898–1970.
(Das) Werk, Bern, dann Zürich 1914 ff.
 ZDBer = *Zürcher Denkmalpflege. Stadt Zürich. Bericht*, Zürich, 1969 ff.
 ZMChr = *Zürcher Monats-Chronik*, Winterthur, 1932–1946.
Zürcher Altstadt, Zürich, 1950–1993.

3 Gedruckte Quellen

AESCHLIMANN 1942 = AESCHLIMANN, Max: *Zähringerdurchstich und Altstadtsanierung. Eine Streitfrage zwischen Kanton und Stadt*, in: *Volksrecht*, Nr. 307, 31. 12. 1942.
Altstadt heute und morgen 1945 = Altstadt heute und morgen. Ausstellung der projektierten Massnahmen für die Sanierung der Altstadt von Basel, Broschüre zur Ausstellung: Kleines Klingenthal, Basel, 1945, Basel 1945.
Bau- und Kunstdenkmäler der Schweiz 1945 = Bau- und Kunstdenkmäler der Schweiz. Ihre Erfassung und Pflege, Broschüre zur Ausstellung: Kunstgewerbemuseum Zürich, 1945, Zürich: Kunstgewerbemuseum, 1945.
 BAUR 1935 = BAUR, Albert: *Der Heimatschutz in den Städten*, in: *Heimatschutz* 30 (1935), Nr. 7, S. 104–107.
 BAUR 1938 = BAUR, Albert: *Altstadtpflege*, in: *Heimatschutz*, 33. Jg. (1938), Nr. 3, S. 36–42.
 BAUR 1939 = BAUR, Albert: *Zürich im Sonntagsstaat*, in: *Heimatschutz*, 34. Jg. (1939), Nr. 3, S. 35–44.
 BERNOULLI 1946 = BERNOULLI, Hans: *Altstadtsanierung*, in: *Werk*, S. 33. Jg. (1946), S. 117–120.
 BÖCKLI 1943 = BÖCKLI, Giacomo: *Das Haus zum «Münstereck» in Zürich*, in: *ZMChr*, 12. Jg. (1943), Nr. 7/8, S. 203–205.
Botschaft 1938 = Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Organisation und die Aufgaben der schweizerischen Kulturwahrung und Kulturwerbung, in: *Bundesblatt*, 90. Jg. (1938), Bd. II, Nr. 50, S. 985–1035.

- BRINER 1939 = [BRINER, Eduard]: *Vom alten zum neuen Zürich – Städtebauliche Betrachtungen*, in: *Das Wohnen*, Bd. 14 (1939), S. 82–86.
- BRINER 1943 = BRINER, Eduard: *Zum Rücktritt des Zürcher Stadtbaumeisters Hermann Herter*, in: *ZMChr*, 12. Jg. (1943), Nr. 1, S. 14–16.
- Das Bürgerhaus der Stadt Zürich* 1921 = *Das Bürgerhaus der Stadt Zürich* (Das Bürgerhaus in der Schweiz, Bd. IX), Zürich: Orell Füssli, 1921.
- DERLAM 1940 = DERLAM: *Die Altstadtgesundung in Frankfurt am Main*, in: *Wohnungswesen und Städtebau*, 1940, Nr. I-II, S. 25–33.
- Die Schweiz im Spiegel der Landesausstellung 1940/41* = *Die Schweiz im Spiegel der Landesausstellung 1939*, 4 Bände, Zürich: Atlantis, 1940/41.
- DÖSCHER 1937 = DÖSCHER: Art. «Altstadtsanierung», in: *Wasmuths Lexikon der Baukunst 1929–1937*, Bd. 5: *Nachtrag* (1937), S. 13–17.
- Festschrift der Genossenschaft Zunft Haus zur Schneidern 1939* = *Festschrift der Genossenschaft Zunft Haus zur Schneidern zur Eröffnung des neu erbauten Zunft Hauses zur Schneidern «zum Königstuhl»*, Zürich 1939.
- FISCHER 1903 = FISCHER, Theodor: *Stadterweiterungsfragen mit besonderer Rücksicht auf Stuttgart*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1903.
- FISCHER 1956 = FISCHER, Hermann von: *Die Erhaltung der Berner Altstadt. Zur Kundgebung auf dem Münsterplatz in Bern am 6. März 1954*, in: *Deutsche Kunst und Denkmalpflege*, Bd. 14 (1956), S. 17–24.
- FISSLER 1945 = FISSLER, Friedrich Wilhelm: *Das traditionelle Altstadtbild Zürichs und seine Wahrung. Die künftige Gestaltung der Bahnhofbrücke und der Neubau des Warenhauses «Globus AG.»*, in: *Schweizer Baublatt*, Nr. 41/42, 25. Mai 1945 (Separatdruck, unpag.).
- FRISCH 1953 = FRISCH, Max: *Cum grano salis. Eine kleine Glosse zur schweizerischen Architektur*, in: *Werk*, Bd. 40 (1953), S. 325–329.
- FRISCH 2006 = FRISCH, Max: *Stiller. Roman*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 41. Auflage, 2006 (Erstausgabe 1954).
- GIEDION 1951 = GIEDION, Sigfried: *A Decade of Modern Architecture*, Zürich: Editions Girsberger, 1951.
- GIOVANNONI 1943 = GIOVANNONI, Gustavo: *Il diradamento edilizio ed i suoi problemi nuovi*, in: *Urbanistica*, 1943, Nr. 5/6, S. 3–8.
- GULL 1905 = GULL, Gustav: *Projekt für die Ueberbauung des Werdmühle- und Oetenbach-Areals und ein alle Verwaltungs-Abteilungen umfassendes Stadthaus in Zürich*, in: *SBZ*, Bd. 46 (1905), S. 52–60.
- HELFERT 1897 = HELFERT, Joseph Alexander Fhr. von: *Denkmalpflege. Öffentliche Obsorge für Gegenstände der Kunst und des Alterthums nach dem neuesten Stande der Gesetzgebung in den verschiedenen Culturstaaten*, Wien, Leipzig: Wilhelm Braumüller, 1897.
- HENRICI 1904 = HENRICI, Karl: *Beiträge zur praktischen Ästhetik im Städtebau. Eine Sammlung von Vorträgen und Aufsätzen*, München: Callwey, o. J. [1904].
- HERTER/VOGT 1943 = HERTER, Hermann; VOGT, Emil: *Wasserkirche und Helmhaus in Zürich*, Zürich: Orell Füssli, 1943.
- HERTER 1929 = HERTER, Hermann: *Für die Eingemeindung der Zürcher Vororte*. Hrsg. vom Aktionskomitee für die Eingemeindung, Zürich: Orell Füssli, 1929.
- HESS 1944 = HESS, Friedrich: *Städtebau. Ergänzungsband zur ersten Auflage von Konstruktion und Form im Bauen*, Stuttgart: Julius Hoffmann, 1944.
- HIPPENMEIER 1935 = HIPPENMEIER, Konrad: *Der Architekt im Spiegel der Stadtentwicklung*, in: *Werk*, 22. Jg. (1935), S. 193–196.
- HIPPENMEIER 1939 = HIPPENMEIER, Konrad: *Altstadtsanierung*, in: *Handbuch der schweizerischen*

- Volkswirtschaft. Hg.: Schweizerische Gesellschaft für Volkskunde, 2 Bände, Bern: Benteli, 1939, Bd. I, S. 35–38.
- HOLDEREGGER 1943 = HOLDEREGGER, H.: *Die Renovation der Wasserkirche und der Umbau des Helmhauses in Zürich*, in: ZMChr, 12. Jg. (1943), Nr. 1, S. 10–14.
- Hotel zum Storchen 1939 = *Hotel zum Storchen Zürich. Neubaut 1939. Gesamtdarstellung der baulichen Durchführung mit einem geschichtlichen Rückblick*, Zürich: A.G. für allgemeine Prospekt-Auslage, 1939.
- KELLER 1941 = KELLER, Gottfried: *Gedichte* (Gottfried Kellers Werke, Bd. 1), Zürich: Atlantis, 1941.
- KLÖTI 1935 = [KLÖTI, Emil]: *Zürich*, in: *Beseitigung von Elendsvierteln und Verfallswohnungen*. Hg.: Internationaler Verband für Wohnungswesen, 2 Bände, Stuttgart: Hoffmann, 1935, Bd. I, S. 199–208, Tafeln: Bd. II, S. 77–81.
- KLÖTI 1940 = KLÖTI, Emil: *Die Altstadtsanierung in Zürich*, in: *Wohnungswesen und Städtebau*, 1940, Nr. III/IV, S. 16–20.
- KOPP 1954 = KOPP, Max: *Über die Tätigkeit der Bauberatungsstelle des Schweizer Heimatschutzes*, in: *Werk*, 41. Jg. (1954), Nr. 9, S. 361–363.
- LINDNER/BÖCKLER 1939 = LINDNER, Werner; BÖCKLER, Erich: *Die Stadt. Ihre Pflege und Gestaltung* (Die landschaftlichen Grundlagen des deutschen Bauschaffens, II. Bd.), München: Callwey, 1939.
- MARTI 1948 = MARTI, Hans: *Deine Wohnung – Dein Nachbar – Deine Heimat. Ausstellung im Helmhaus Zürich*, in: *Plan*, 5. Jg. (1948), S. 67–78.
- MARTI 1951 = MARTI, Hans: *Die Entwicklung des Zürcher Stadtzentrums*, in: SBZ, 69. Jg. (1951), S. 425–432, 455–461.
- MARTI 1952a = MARTI, Hans: *Die Sanierung der Zürcher Altstadt*, in: NZZ, Nr. 1705, 7.8. 1952, Bl. 5; Nr. 1713, 8.8. 1952, Bl. 6.
- MARTI 1952b = MARTI, Hans: *Neue Bauten in der Altstadt*, in: *Zürcher Altstadt*, 3. Jg. (1952), Nr. 12, unpag.
- MARTI 2008 = MARTI, Hans: *Autobiografische Notizen*, in: RUEDIN/HANAK 2008, S. 9–29.
- MAURIZIO 1941 = MAURIZIO, Julius: *Die Erhaltung der Altstadt Basel und der «Arbeitsrappen»*, in: SBZ, Bd. 117 (1941), S. 189–192.
- MEYER 1929 = MEYER, Peter: *Architektur-Diplomarbeiten an der E.T.H.*, in: SBZ, Bd. 94 (1929), Nr. 14, S. 172–175.
- MEYER 1940 = MEYER, Peter: *Planen, Bauen und Wohnen*, in: *Die Schweiz im Spiegel der Landesausstellung 1940/41*, Bd. 2 (1940), S. 61–69.
- MEYER 1958 = MEYER, Peter: *Neubauten in der Altstadt*, in: SBZ, 76. Jg. (1958), S. 388–391.
- PETER 1930 = PETER, H.: *Die architektonische Regelung der Stadterweiterung in der Schweiz*, in: *Das Wohnen*, Bd. 5 (1930), Nr. 1, S. 4f.
- PFENNINGER 1950a = P[PFENNINGER], Paul: *Das Salomon-Gessner-Haus und die Altstadtsanierung*, in: NZZ, Nr. 1417, 5.7. 1950.
- PFENNINGER 1950b = PFENNINGER, Paul: *Die Zürcher Altstadtsanierung. Eine kritische Beleuchtung der heutigen Tendenzen*, in: NZZ, Nr. 2348, 4.11. 1950.
- PINDER 1938 = PINDER, Wilhelm: *Gesammelte Aufsätze aus den Jahren 1907–1935*, Hg. v. Bruhns, Leo, Leipzig: E. A. Seemann, 1938.
- Premier Congrès International de l'Art Public 1898 = *Premier Congrès International de l'Art Public tenu à Bruxelles du 24 au 29 septembre 1898 organisé par l'Œuvre Nationale Belge sous le haut Patronage de S.M. Léopold II Roi des Belges*, Liège: Aug. Bénard, o.J. [1898?].
- REIMANN 1950 = REIMANN, Hansheinrich: *Denkmalpflege*, in: *Zürcher Altstadt*, 1. Jg. (1950), Nr. 2, unpag.

- REIMANN 1951 = REIMANN, Hansheinrich: *Verschwundenes Alt-Zürich*, in: *Zürcher Altstadt*, 2. Jg. (1951), Heft 7, unpag.
- REINHARD 1945 = REINHARD, Ernst: *Die Sanierung der Altstädte* (Schriftenreihe zur Frage der Arbeitsbeschaffung. Bautechnische Reihe, Nr. 11), Zürich: Polygraphischer Verlag, 1945.
- REINHARD 1947 = REINHARD, Ernst: *Neues Bauen und Wohnen*, 2. Auflage, Basel, Olten: Ilion-verlag, 1947 (Erstausgabe 1946).
- ROBIDA 1879 = ROBIDA, Albert: *Les vieilles villes de Suisse. Notes et souvenirs*, Paris: Maurice Dreyfous, 1879.
- SALVISBERG 1937 = SALVISBERG, Otto Rudolf: *Entwicklung und Ziele der Architektenschule ETH*, in: *Die eidg. Technische Hochschule dem SIA zur Jahrhundert-Feier*, [Zürich: Eidgenössische Technische Hochschule, 1937], S. 11–21.
- SCHILLING 1921 = SCHILLING, Otto: *Innere Stadterweiterung*, Berlin: Zirkel, 1921.
- Schlussbericht 1919 = *Schlussbericht über den internationalen Wettbewerb für einen Bebauungsplan der Stadt Zürich und ihrer Vororte*, Zürich: Städtische Bauverwaltung, 1919.
- SCOTONI 1944 = SCOTONI, Anton Eric: *Die Sanierung der Zürcher Altstadt. Eine ökonomische Untersuchung*, Zürich: Fretz, 1944 (Diss. Universität Zürich).
- S.I.A. Offizielles Mitgliederverzeichnis 1946/47 = S.I.A. Offizielles Mitgliederverzeichnis. 1946/47, Zürich: Schweizerischer Ingenieur- und Architekten-Verein, 1946.
- S.I.A. Offizielles Mitgliederverzeichnis 1951 = S.I.A. Offizielles Mitgliederverzeichnis. 1951, Zürich: Schweizerischer Ingenieur- und Architekten-Verein, 1951.
- SITTE 1889 = SITTE, Camillo: *Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen. Ein Beitrag zur Lösung modernster Fragen der Architektur und monumentalen Plastik unter besonderer Beziehung auf Wien*, 2. Auflage, Wien: Carl Graeser, 1889.
- SOUTTER 1942 = SOUTTER, P.: *Die neue Regelung der Arbeitsbeschaffung in der Kriegskrisenzeit*, in: SBZ, 120 (1942), Nr. 9, S. 108 f.
- STEINER 1945 = STEINER, Albert Heinrich: *Altstadtsanierung*, in: *Bau- und Kunstdenkmäler der Schweiz* 1945, S. 15–20.
- STEINER 1948 = STEINER, Albert Heinrich: *Die Stadt Zürich*, in: *Plan*, 5. Jg. (1948), S. 94–106.
- STEINER 1950a = STEINER, Albert Heinrich: *Die Zürcher Altstadt und ihre Sanierung*, in: NZZ, Nr. 2839, 24. 12. 1950, Bl. 5.
- STEINER 1950b = STEINER, Albert Heinrich: *Altstadtsanierung*, in: *Zürcher Altstadt*, 1. Jg. (1950), Nr. 4.
- STÜBBEN 1890 = STÜBBEN, Josef: *Der Städtebau* (Handbuch der Architektur, 4. Teil, 9. Halbband), Darmstadt: Bergsträsser, 1890.
- STÜBBEN 1898 = STÜBBEN, Josef: *Rapport de M.F. [sic] STÜBBEN, architecte, conseiller intime royal, échevin à Cologne*, in: *Premier Congrès International de l'Art Public* 1898, S. 89–93.
- STÜBBEN 1907 = STÜBBEN, Josef: *Der Städtebau* (Handbuch der Architektur, 4. Teil, 9. Halbband), 2. Auflage, Stuttgart: Alfred Kröner, 1907.
- TAUT 1919 = TAUT, Bruno: *Die Stadtkrone*, Jena: Diederichs, 1919.
- WAGNER 1964 = WAGNER, Richard A.: *Zürcher Altstadtprobleme - Neue Bauvorschriften für die Altstadt*, in: *Heimatschutz*, 59. Jg. (1964), S. 29–43.
- Wasmuths Lexikon der Baukunst 1929–1937 = *Wasmuths Lexikon der Baukunst*, 5 Bände, Berlin: Wasmuth, 1929–1937.
- WEILENMANN 1945 = WEILENMANN, H.: *Denkmalpflege in der Stadt Zürich*, in: ZMChr, 14. Jg. (1945), Nr. 3, S. 5–16.
- WENNER 1899 = WENNER, Victor: *Der Bebauungsplan der Stadt Zürich*, in: SBZ, Bd. 34 (1899), S. 243–246.
- WENNER 1903 = WENNER, V.: *Die Stadterweiterung*, in: WEYL, Theodor (Hg.): *Die Assanierung*

von Zürich (Die Assanierung der Städte in Einzeldarstellungen, Bd. 1, H. 3), Leipzig: W. Engelmann, 1903, S. 67–71.

WERNER 1910 = WERNER, H.: *Der Umbau der Stuttgarter Altstadt*, in: *Süddeutsche Bauzeitung*, 20. Jg. (1910), S. 1–7.

WÖLFFLIN 1933 = WÖLFFLIN, Heinrich: *Die alte Stadt*, in: Zürich. *Geschichte, Kultur, Wirtschaft*, hg. unter Mitwirkung des Stadtrates, Zürich: Fretz, 1933, S. 19–48.

Zwischenbericht 1944 = *Zwischenbericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die vorbereitenden Massnahmen der Arbeitsbeschaffung (Vom 20. Mai 1944)*, in: *Bundesblatt*, 96. Jg. (1944), Bd. I, Nr. 12, S. 445–506.

4 Nachschlagewerke

AKL = *Allgemeines Künstlerlexikon. Die Bildenden Künstler aller Zeiten und Völker*, München: Saur, 1992 ff. (online: De Gruyter. Reference Global, <http://refworks.reference-global.com/>).

Baukultur: Stadtzentrum 2008 = *Stadtzentrum: Altstadt/City*, Hg.: Stadt Zürich, Amt für Städtebau (Baukultur in Zürich. Schutzwürdige Bauten, Stadtgeschichte und Projekte für die Zukunft), Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2008.

HLS = *Historisches Lexikon der Schweiz*, Hg.: Stiftung Historisches Lexikon der Schweiz, Basel: Schwabe, 2002 ff.

HLS (online-Version) = *Historisches Lexikon der Schweiz*: <http://www.hls-dhs-dss.ch/>.

INSA 6 1991 = *Locarno, Le Locle, Lugano, Luzern* (INSA. Inventar der neueren Schweizer Architektur 1850–1920, Bd. 6), Zürich: Orell Füssli, 1991.

INSA 10 1992 = *Winterthur, Zürich, Zug* (INSA. Inventar der neueren Schweizer Architektur 1850–1920, Bd. 10), Zürich: Orell Füssli, 1992.

INSA Register 2004 = *Register* (INSA. Inventar der neueren Schweizer Architektur 1850–1920, Bd. 11), Zürich: Orell Füssli, 2004.

Kdm ZH IV 1939 = ESCHER, Konrad: *Die Stadt Zürich. Erster Teil* (Die Kunstdenkmäler des Kantons Zürich, Bd. IV), Basel: Birkhäuser, 1939.

Kdm ZH V 1949 = ESCHER, Konrad; HOFFMANN, Hans; KLÄUI, Paul: *Die Stadt Zürich. Zweiter Teil* (Die Kunstdenkmäler des Kantons Zürich, Bd. V), Basel: Birkhäuser, 1949.

Kdm ZH N.A. I 1999 = BARRAUD WIENER, Christine; JEZLER, Peter: *Stadt vor der Mauer, mittelalterliche Befestigung und Limmatraum* (Die Kunstdenkmäler des Kantons Zürich. Neue Ausgabe, Bd. I), Basel: Wiese, 1999.

Kdm ZH N.A. II.II 2003 = ABEGG, Regine; BARRAUD WIENER, Christine: *Altstadt links der Limmat. Profanbauten* (Die Kunstdenkmäler des Kantons Zürich. Neue Ausgabe, Bd. II.II), Bern: Gesellschaft für schweizerische Kunstgeschichte, 2003.

Kdm ZH N.A. III.II 2007 = ABEGG, Regine; BARRAUD WIENER, Christine; GRUNDER, Karl; STÄHELI, Cornelia: *Die Stadt Zürich III.II. Altstadt rechts der Limmat, Profanbauten* (Die Kunstdenkmäler des Kantons Zürich. Neue Ausgabe, Bd. III.II; Die Kunstdenkmäler der Schweiz, Bd. 111), Bern: Gesellschaft für schweizerische Kunstgeschichte 2007.

Vollmer = VOLLMER, Hans (Hg.): *Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler des XX. Jahrhunderts*, 6 Bände, Leipzig: Seeman, 1953–1962.

5 Forschungsliteratur

- ALBERS 1997 = ALBERS, Gerd: *Zur Entwicklung der Stadtplanung in Europa. Begegnungen, Einflüsse, Verflechtungen*, Braunschweig (Bauwelt Fundamente, 117), Wiesbaden: Vieweg, 1997.
- BALDINI 2005 = BALDINI, Nadja: *Zurück zur Tradition. Verbandspolitik im Zeichen der «Geistigen Landesverteidigung»*, in: BUNDI 2005, S. 44–53.
- BAUR/STUTZ 1995–96 = BAUR, Urs; STUTZ, Werner: *50 Jahre Denkmalpflege*, in: ZDBer, 1995/96, S. 109–115.
- BEYME 1987 = BEYME, Klaus von: *Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten*, München, Zürich: Piper, 1987.
- BORGER-KEWELOH 1986 = BORGER-KEWELOH, Nicola: *Die mittelalterlichen Dome im 19. Jahrhundert*, München: C.H. Beck, 1986.
- BOTTINI 2004 = BOTTINI, Fabrizio: *Dalla periferia al centro: idee per la città e la city*, in: CIUCCI, Giorgio; MURATORE, Giorgio (Hg.): *Il primo novecento*, Milano: Electa, 2004, S. 346–371.
- BRANDT/MEIER 2008 = BRANDT, Sigrid; MEIER, Hans-Rudolf (Hg.): *Stadtbild und Denkmalpflege. Konstruktion und Rezeption von Bildern der Stadt*, Berlin: jovis, 2008.
- BUNDI 2004 = [BUNDI, Madlaina]: *100 Jahre Schweizer Heimatschutz. Chronik*, Zürich: Schweizer Heimatschutz, 2004.
- BUNDI 2005 = BUNDI, Madlaina (Hg.): *Erhalten und Gestalten. 100 Jahre Schweizer Heimatschutz*, Baden: Hier + Jetzt, 2005.
- CHOAY 1997 = CHOAY, Françoise: *Das architektonische Erbe, eine Allegorie. Geschichte und Theorie der Baudenkmale*, Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg, 1997 (französische Originalausgabe: *L'allégorie du patrimoine*, 1992).
- CRETIAZ-STÜRZEL 2005 = CRETIAZ-STÜRZEL, Elisabeth: *Heimatsstil. Reformarchitektur in der Schweiz, 1896–1914*, 2 Bände, Frauenfeld: Huber, 2005.
- DEGEN 1996 = DEGEN, Bernard: *Arbeitsbeschaffung, sozialer Frieden und Denkmalpflege. Der Basler Arbeitsrappen (1936–1984)*, in: *Traverse*, Bd. 2 (1996), S. 64–83.
- DURTH/GUTSCHOW 1988 = DURTH, Werner; GUTSCHOW, Niels: *Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950*, 2 Bände, Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg, 1988.
- EISINGER 2001 = EISINGER, Angelus: *«Wenn Sie wollen, eine unglückliche Liebe». A.H. Steiners Amtszeit als Zürcher Stadtbaumeister 1943–1957*, in: OECHSLIN 2001, S. 50–71.
- EISINGER 2004 = EISINGER, Angelus: *Städte bauen. Städtebau und Stadtentwicklung in der Schweiz 1940–1970*, Zürich: gta Verlag, 2004.
- FEHL 1995 = FEHL, Gerhard: *«Stadt-Umbau» muss sein!*, in: FEHL/RODRÍGUEZ-LORES 1995, S. 11–39.
- FEHL/RODRÍGUEZ-LORES 1985 = FEHL, Gerhard; RODRÍGUEZ-LORES, Juan: *Städtebaureform 1865–1900. Von Licht, Luft und Ordnung in der Stadt der Gründerzeit*, 2 Bände, Hamburg: Christians, 1985.
- FEHL/RODRÍGUEZ-LORES 1995 = FEHL, Gerhard; RODRÍGUEZ-LORES, Juan (Hg.): *Stadt-Umbau. Die planmässige Erneuerung europäischer Grossstädte zwischen Wiener Kongress und Weimarer Republik* (Stadt, Planung, Geschichte, Bd. 17), Basel, Berlin, Boston: Birkhäuser, 1995.
- FISCH 1995 = FISCH, Stefan: *Der «grosse Durchbruch» durch die Strassburger Altstadt: ein frühes Beispiel umfassender Stadterneuerung (1907–1957)*, in: FEHL/RODRÍGUEZ-LORES 1995, S. 57–74.
- FISCHLI 2010 = FISCHLI, Melchior: *Sanierung der Altstadt Zürich (Niederdorfstudie)*, in: OECHSLIN/HILDEBRAND 2010, Bd. 2, S. 328–332 (Kat. 110).
- FRANK 1992 = FRANK, Hartmut: *Heimatschutz und typologisches Entwerfen. Modernisierung und Tradition beim Wiederaufbau in Ostpreussen 1915–1927*, in: LAMPUGNANI, Vittorio Magnago;

- SCHNEIDER, Romana (Hg.): *Moderne Architektur in Deutschland 1900 bis 1950. Reform und Tradition*, Stuttgart: Hatje, 1992, S. 105–131.
- FRÖHLICH/STEINMANN 1972 = FRÖHLICH, Martin; STEINMANN, Martin: *Zürich, das nicht gebaut wurde*, in: *archithese*, 1972, Nr. 3, S. 25–33.
- FRÖHLICH/STEINMANN 1975 = FRÖHLICH, Martin; STEINMANN, Martin: *Imaginäres Zürich. Die Stadt, die nicht gebaut wurde*, Frauenfeld, Stuttgart: Huber, 1975.
- Geistige Landesverteidigung* 1998 = *Geistige Landesverteidigung: helvetischer Totalitarismus oder antitotalitärer Basiskompromiss? Hans-Ulrich Jost und Kurt Imhof (in einem Streitgespräch)*, in: SARASIN, Philipp et al. (Hg.): *Die Erfindung der Schweiz 1848–1998. Bildentwürfe einer Nation*, Zürich: Chronos, 1998, S. 364–379.
- GROSS 2006 = GROSS, Jean-Daniel: *Ächtung und Rehabilitation des Historismus in Zürich. Der Wandel in der Rezeption historischer Architektur von 1960 bis 1980 in der Stadt Zürich und seine Bedeutung aus Sicht der Denkmalpflege*, unpubl. Diss., ETH Zürich, 2006.
- GROSS 2008 = GROSS, Jean-Daniel: *Ächtung und Rehabilitation des Historismus in Zürich. Der Wandel in der Rezeption historischer Architektur in der Stadt Zürich von 1960 bis 1980 und seine Bedeutung aus Sicht der Denkmalpflege*, in: *Zeitschrift für schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte*, Bd. 65 (2008), Nr. 3, S. 231–261.
- GUTBROD 2009 = GUTBROD, Cristina: *Gustav Gull (1858–1942) – Architekt der Stadt Zürich 1890–1911 zwischen Vision und Baupolitik*, unpubl. Diss., ETH Zürich, 2009.
- GUTBROD/HAUSER 2004 = GUTBROD, Cristina; HAUSER, Andreas: *Eine Realutopie. Gustav Gulls Projekt für ein Zürcher Stadthaus im Oetenbach*, in: *Drei Umbaustrategien. Die Zürcher Verwaltungsbauten von Gustav Gull*. Hg.: Hochbaudepartement der Stadt Zürich, Zürich: gta Verlag 2004, S. 41–55.
- GUYER 1960 = GUYER, Paul: *Der Limmatraum im Wandel der Zeiten*, Broschüre zur Ausstellung im Helmhaus, 1960, Zürich 1960.
- GUYER 1968 = GUYER, Paul: *Wege der Erneuerung und Erhaltung der Zürcher Altstadt. Ein Kapitel aus der Baugeschichte unserer Stadt seit 1860*, Broschüre zur Ausstellung im Helmhaus, 1968, Zürich: Baugeschichtliches Archiv, o.J. [1968].
- HAAS/MEYER/WILD 2001 = HAAS, Beat; MEYER, Thomas; WILD, Dölf: *Fast wie in Paris. Die Umgestaltung des Kratzquartiers um 1880*, Ausstellungskatalog Haus zum Rech, Zürich, 2001, Zürich: Amt für Städtebau, 2001.
- HAGEN 2006 = HAGEN, Joshua: *Preservation, Tourism and Nationalism. The Jewel of the German Past*, Aldershot: Ashgate, 2006.
- HANAK 2005 = HANAK, Michael: *Nabelschau und Planungsglaube. Mitsprache in der Orts-, Regional- und Landesplanung*, in: BUNDI 2005, S. 58–71.
- HAUPT 2008 = HAUPT, Isabel: *«Farbe ist indes nicht ohne Gefahr für das Stadtbild». Farbige Altstadterneuerungen der Zwischenkriegszeit*, in: *Bericht über die 44. Tagung für Ausgrabungswissenschaft und Bauforschung vom 24. bis 28. Mai 2006 in Breslau*, Hg.: Koldewey-Gesellschaft, Bonn: Habelt, 2008, S. 267–272.
- HAUS 1994 = HAUS, Andreas: *Foto, Propaganda, Heimat*, in: *Fotogeschichte*, Bd. 14 (1994), Nr. 53, S. 3–13.
- HAUSER 2000 = HAUSER, Andreas: *Das städtische Bauamt 1798–1907* (Kleine Schriften zur Zürcher Denkmalpflege, Heft 6), Zürich: Hochbauamt des Kantons Zürich, 2000.
- HAUSER 2004 = HAUSER, Andreas: *Sempers städtebauliche Visionen. «Im Mittelpunkt der Stadt [...] ein von öffentlichen Gebäuden umgebenes, wahrhaft grossartiges Forum [...]»*, in: *Zeitschrift für Kunstgeschichte*, Bd. 67 (2004), Nr. 3, S. 381–400.
- HILLER VON GAERTRINGEN 2007 = HILLER VON GAERTRINGEN, Hans Georg: *Sturm auf das Stadtbild: on the treatment of Wilhelminian architectural decoration in the twentieth century*,

- in: BOLDRICK, Stacy; CLAY, Richard (Hg.): *Iconoclasm. Contested Objects, Contested Terms*, Aldershot: Ashgate, 2007.
- HOFFER 2005 = HOFFER, Sigrid: *Reformarchitektur 1900–1918. Deutsche Baukünstler auf der Suche nach dem nationalen Stil*, Stuttgart: Axel Menges, 2005.
- HUBEL 2007 = HUBEL, Achim: *Altstadt und Denkmalpflege*, in: *Altstädte unter Denkmalschutz. 50 Jahre Ensembleschutz in Deutschland und dem benachbarten Ausland* (Regierungspräsidium Stuttgart. Landesamt für Denkmalpflege, Arbeitsheft 19), Stuttgart: Konrad Theiss, 2007, S. 69–88.
- HUSE 1984 = HUSE, Norbert (Hg.): *Denkmalpflege. Deutsche Texte aus drei Jahrhunderten*, München: Beck, 1984.
- IMHOF 1996 = IMHOF, Kurt: *Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung. Von der «Volksgemeinschaft» vor dem Krieg zum Streit über die «Nachkriegsschweiz» im Krieg*, in: ders.; KLEGER, Heinz; GAETANO, Romano (Hg.): *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit*, Zürich: Seismo, 1996, S. 19–83.
- JOST 1983 = JOST, Hans-Ulrich: *Bedrohung und Enge (1914–1945)*, in: MESMER, Beatrix (Hg.): *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*, Bd. 3, Basel: Helbing & Lichtenhahn, 1983.
- KEMP 1990 = KEMP, Wolfgang: *Images of Decay: Photography in the Picturesque Tradition*, in: *October*, Nr. 54 (1990), S. 102–133.
- KIESER 1998 = KIESER, Marco: *Heimatschutzarchitektur im Wiederaufbau des Rheinlandes*, Köln: Verlag des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, 1998.
- KOSTOF 2004 = KOSTOF, Spiro: *The City Assembled. The Elements of Urban Form Through History*, London: Thames & Hudson, 2004.
- KURZ/MORRA-BARRELET/WEIDMANN 2000 = KURZ, Daniel; MORRA-BARRELET, Christine; WEIDMANN, Ruedi (Hg.): *Das städtische Bauamt 1907–1957* (Kleine Schriften zur Zürcher Denkmalpflege, Heft 7), Zürich: Baudirektion Kanton Zürich, 2000.
- KURZ 2000 = KURZ, Daniel: *Friedrich Fissler, Zürcher Stadtbaumeister 1907–1919*, in: KURZ/MORRA-BARRELET/WEIDMANN 2000, S. 17–43.
- KURZ 2001 = KURZ, Daniel: *Heimatschutz zwischen Moderne und Bewahrung*, in: ZSCHOKKE, Walter (Hg.): *Nachkriegsmoderne Schweiz. Architektur von Werner Frey, Franz Füg, Jacques Schader, Jakob Zweifel*, Basel: Birkhäuser, 2001, S. 66–79.
- KURZ 2008 = KURZ, Daniel: *Die Disziplinierung der Stadt. Moderner Städtebau in Zürich, 1900–1940*, Zürich: gta Verlag, 2008 (Diss. Universität Zürich, 2006/07).
- LADD 1990 = LADD, Brian: *Urban Planning and Civic Order in Germany, 1860–1914*, Cambridge, Mass., London: Harvard University Press, 1990.
- LASANSKY 2004 = LASANSKY, D. Medina: *The Renaissance Perfected. Architecture, Spectacle, and Tourism in Fascist Italy*, University Park, Pa.: The Pennsylvania State University Press, 2004.
- LENIAUD 2002 = LENIAUD, Jean-Michel: *Les archipels du passé. Le patrimoine et son histoire*, Paris: Fayard, 2002.
- MAURER 1995 = MAURER, Bruno: *Das farbige Zürich*, in: *archithese*, 25. Jg. (1995), Nr. 2, S. 38 f.
- MEDICI-MALL 1998 = MEDICI-MALL, Katharina: *Im Durcheinandertal der Stile. Architektur und Kunst im Urteil von Peter Meyer (1894–1984)*, Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser, 1998.
- MEYER 2010 = MEYER, André: *Denkmalpflege in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, in: *Patrimonium. Denkmalpflege und archäologische Bauforschung in der Schweiz – Conservation et archéologie des monuments en Suisse – Conservazione e archeologia dei monumenti in Svizzera. 1950–2000*, Zürich: gta Verlag, 2010, S. 183–246.
- VON MOOS 2010 = MOOS, Stanislaus von: *Kraft und Integration. Karl Moser und «die Moderne»*, in: OECHSLIN/HILDEBRAND 2010, Bd. 1, S. 256–293.

- MOOSER 1997 = MOOSER, Josef: *Die «Geistige Landesverteidigung» in den 1930er Jahren. Profile und Kontexte eines vielschichtigen Phänomens der schweizerischen politischen Kultur der Zwickenkriegszeit*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte*, Bd.47 (1997), S.685–708.
- MORRA-BARRELET 2000 = MORRA-BARRELET, Christine: *Hermann Herter, Zürcher Stadtbaumeister 1919–1942*, in: KURZ/MORRA-BARRELET/WEIDMANN 2000, S.45–79.
- MÜLLER 2001 = MÜLLER, Thomas: *Das kantonale Bauamt 1896–1958* (Kleine Schriften zur Zürcher Denkmalpflege, Heft 5), Zürich: Baudirektion Kanton Zürich, 2001.
- NERDINGER 1990 = NERDINGER, Winfried: *Theodor Fischer. Architetto e urbanista, 1862–1938*, Milano: Electa, 1990 (dt. OA 1988).
- NIEVERGELT 1989–90 = NIEVERGELT, Dieter: *Die Häuser der Schweizerischen Bankgesellschaft im Augustinerquartier*, in: ZDBer, 1989–90, S.28–46.
- OECHSLIN 2001 = OECHSLIN, Werner (Hg.): *Albert Heinrich Steiner. Architekt, Städtebauer, Lehrer*, Zürich: gta Verlag, 2001.
- OECHSLIN/HILDEBRAND 2010 = OECHSLIN, Werner; HILDEBRAND, Sonja (Hg.): *Karl Moser. Architektur für eine neue Zeit, 1880 bis 1936*, 2 Bände, Zürich: gta Verlag, 2010.
- PANE 2005 = PANE, Andrea: *Dal monumento all'ambiente urbano: la teoria del diradamento edilizio*, in: CASIELLO, Stella (Hg.): *La cultura del restauro. Teorie e fondatori*, Venezia: Marsilio, 2005, S.293–314.
- PETZ 1987 = PETZ, Ursula von: *Stadt-sanierung im Dritten Reich. Dargestellt an ausgewählten Beispielen*, Dortmund: IRPUD, 1987.
- REBSAMEN 2002 = REBSAMEN, Hanspeter: *Die Antiquarische Gesellschaft als Vorläuferin staatlicher und städtischer Denkmalpflege in Zürich*, in: *Geschichte schreiben in Zürich. Die Rolle der Antiquarischen Gesellschaft bei der Erforschung und Pflege der Vergangenheit* (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Bd.69; Neujahrsblatt der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Bd.166), Zürich: Chronos, 2002, S.157–178.
- RIEGER 1976 = RIEGER, Hans Jörg: *Die farbige Stadt. Beiträge zur Geschichte der farbigen Architektur in Deutschland und in der Schweiz 1910–1939*, Diss. Universität Zürich, 1976.
- RODENSTEIN 1988 = RODENSTEIN, Marianne: *«Mehr Licht, mehr Luft». Gesundheitskonzepte im Städtebau seit 1750*, Frankfurt am Main etc.: Campus, 1988.
- RUCKI/HUBER 1998 = RUCKI, Isabelle; HUBER, Dorothee: *Architektenlexikon der Schweiz 19./20. Jahrhundert*, Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser, 1998.
- RUEDIN/HANAK 2008 = RUEDIN, Claude; HANAK, Michael (Hg.): *Hans Marti – Pionier der Raumplanung*, Zürich: gta Verlag, 2008.
- SAUERLÄNDER 2000 = SAUERLÄNDER, Willibald: *Vom Heimatschutz zur Rassenhygiene. Über Paul Schultze-Naumburg*, in: SCHMÖLDERS, Claudia; GILMAN, Sander L. (Hg.): *Gesichter der Weimarer Republik. Eine physiognomische Kulturgeschichte*, Köln: DuMont, 2000, S.32–50.
- SCHECK 1995 = SCHECK, Thomas: *Denkmalpflege und Diktatur. Die Erhaltung von Bau- und Kunstdenkmälern in Schleswig-Holstein und im Deutschen Reich zur Zeit des Nationalsozialismus*, Berlin: Verlag für Bauwesen, 1995 (Diss. Universität Kiel, 1993).
- SCHLUNGBAUM-STEHR 1994 = SCHLUNGBAUM-STEHR, Regine: *Altstadtsanierung und Denkmalpflege in den 30er Jahren – Fallbeispiel Köln*, in: DURTH, Werner (Hg.): *Architektur und Städtebau der 30er/40er Jahre. Ergebnisse der Fachtagung in München, 26.–28. November 1993, des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz*, Bonn: Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz, 1994, S.84–89.
- SCHNELL 2003 = SCHNELL, Dieter: *Schellen-Ursli und die Denkmalpflege*, in: *Zeitschrift für schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte*, Bd.60 (2003), S.339–348.
- SCHNELL 2005a = SCHNELL, Dieter: *Rettet die Altstadt! Bern – vom Sanierungsfall zum Weltkulturerbe*, Bern: Berner Heimatschutz, 2005.

- SCHNELL 2005b = SCHNELL, Dieter: *Bleiben wir sachlich! Deutschschweizer Architekturdiskurs 1919–1939 im Spiegel der Fachzeitschriften*, Basel: Schwabe, 2005.
- SPEITKAMP 1996 = SPEITKAMP, Winfried: *Die Verwaltung der Geschichte. Denkmalpflege und Staat in Deutschland, 1871–1933*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1996.
- STEINER 2004 = STEINER, Julien: *Changer la ville pour changer la vie. Constructions et urbanisme de la Bienne rouge (1921–1939). Essai de géohistoire*, Lizentiatsarbeit Universität Lausanne, 2004.
- STREBEL 2005 = STREBEL, Rahel: *Bürgerhäuser aus dem Spätmittelalter und der Renaissance im Schnittpunkt denkmalpflegerelevanter Diskurse, dargestellt am Beispiel der Zürcher Altstadt*, unpubl. Masterarbeit Universität Bamberg, 2005.
- VASSALLO 1975 = VASSALLO, Eugenio: *Centri antichi 1861–1974, note sull'evoluzione del dibattito*, in: *Restauro* (Napoli), 1975, Nr. 19, S. 3–96.
- Verwegen – verworfen – verpasst 2010 = *Verwegen – verworfen – verpasst. Ideen und Projekte für Zürich 1850–2009*, Zürich: Hochparterre, 2010 (Beilage zu *Hochparterre*, Jg. 23 (2010), Nr. 12).
- VINKEN 2010 = VINKEN, Gerhard: *Zone Heimat. Altstadt im modernen Städtebau, München, Berlin: Deutscher Kunstverlag, 2010 (Habil. Universität Bern 2008)*.
- WALTER 1994 = WALTER, François: *La Suisse urbaine, 1750–1950*, Carouge-Genève: Editions Zoé, 1994.
- WEIDMANN 2000 = WEIDMANN, Ruedi: *Albert H. Steiner, Zürcher Stadtbaumeister 1943–1957*, in: KURZ/MORRA-BARRELET/WEIDMANN 2000, S. 81–113.
- WILD 1999 = WILD, Dölf: *Das Predigerkloster in Zürich. Ein Beitrag zur Architektur der Bettelorden im 13. Jahrhundert* (Monographien der Kantonsarchäologie Zürich, Bd. 32), Zürich: Hochbaudepartement der Stadt Zürich, 1999 (Diss. Universität Zürich, 1999).
- WILD 2009 = WILD, Dölf: *Vor 50 Jahren ein Politikum. Die Gründung der Stadtzürcher Archäologie und Denkmalpflege 1958*, Version: Januar 2009: http://www.stadt-zuerich.ch/content/dam/stzh/hbd/Deutsch/Archaeologie_Denkmalpflege/Weitere_Dokumente/Denkmalpflege/Denkmalpflegebericht/50Jahre_ebook_2009-01-31.pdf (Zugriff 2. 11. 2009).
- ZIEGLER 1982 = ZIEGLER, Peter: *Die antiquarische Gesellschaft in Zürich als Wegbereiterin kultureller Unternehmungen*, in: *Antiquarische Gesellschaft Zürich 1832–1982. Festgabe zum 150 jährigen Bestehen* (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Bd. 51), Zürich: Antiquarische Gesellschaft, 1982, S. 9–45.
- ZUCCONI 1992 = ZUCCONI, Guido (Hg.): *Camillo Sitte e i suoi interpreti*, Milano: FrancoAngeli, 1992.
- ZUCCONI 1989 = ZUCCONI, Guido: *La città contesa. Dagli ingegneri sanitari agli urbanisti (1885–1942)*, Milano: Jaca Book, 1989.

Abbildungsnachweis

Denkmalpflege der Stadt Zürich, Archiv

Pläne Altstadtsanierung: 73–89, 92, 128

Amt für Baubewilligungen der Stadt Zürich, Planarchiv

Baugesuchsakten Niederdorfstrasse 10: 91, 93

Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich

Fotografien: 2, 5, 7, 8, 11, 12, 14, 37, 38, 43, 44, 47–50, 53, 54–58, 90, 94–110

G 230: 33–35

G 231e: 51

gta Archiv, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Nachlass Gottfried Semper: 1

Nachlass Karl Moser: 32

Nachlass Elsa und Ernst F. Burckhardt: 63–65

Michael Wagner, Zürich

(Neuzeichnung 2011 auf der Grundlage des amtlichen Übersichtsplans 1:2500): 68

Stadtarchiv Zürich

V.G. c.31., Schachtel 742: 52

V.G. c.62., 2. Serie, Schachtel 675: 129

Bericht 1938: 36, 39, 40

Bericht Gesundheitsinspektorat 1938: 30

Bericht 1949: Umschlag, 69–72

Zentralbibliothek Zürich

Kartensammlung: 3

Abbildungen aus Publikationen

Altstadt heute und morgen 1945 (unpag.): 112, 113

DERLAM 1940, S. 27: 116

Heimatschutz, Bd. 42 (1947), S. 129: 67, 111

HERTER 1929, S. 18: 28

Kdm ZH IV 1939, S. 377: 4

Kdm ZH NA II.II 2003, S. 163: 41

LINDNER/BÖCKLER 1939, S. 252: 134, 135 – ebd., S. 258: 133 – ebd., S. 272: 117, 118

NZZ, Nr. 2839, 24. 12. 1950: 66

OECHSLIN 2001, S. 146 f.: 126, 127

REINHARD 1945, S. 83: 132 – ebd., S. 139: 114 – ebd., S. 140: 115 – ebd., S. 187: 60 – ebd., S. 193: 120 – ebd., S. 214: 59 – ebd., S. 220: 61 – ebd., S. 224 f.: 130 – ebd., S. 226: 131
 SBZ, Bd. 46 (1905), S. 51: 10 – ebd., S. 52: 9 – ebd., Bd. 55 (1910), Tafel 53: 124 – ebd., Bd. 67 (1916), S. 18: 21 – ebd., S. 20: 19 – ebd., S. 21: 20, 22 – ebd., Bd. 74 (1919), S. 120: 24 – ebd., S. 121: 23 – ebd., Bd. 94 (1929), S. 173: 31 – ebd., Bd. 111 (1938), S. 43: 45, 46 – ebd., S. 32: 42
 SCHILLING 1921, Tafel V: 29
Schlussbericht 1919, S. 33: 13 – ebd., S. 44: 18 – ebd., S. 47: 15, 17 – ebd., S. 57: 16
Die Schweiz im Spiegel der Landesausstellung 1940–41, Bd. 1 (1940), S. 629: 125
 STÜBBEN 1907, S. 372: 6
Süddeutsche Bauzeitung, Bd. 20 (1910), S. 3: 123
Urbanistica, 1943, Nr. 3, S. 6: 119
Volksrecht, 28. 3. 1928: 27 – ebd., 31. 12. 1942: 62
Werk, Bd. 14 (1927), S. 186: 25 – ebd., unpag. (Beilage zu Nr. 6): 26
Wohnungswesen und Städtebau, 1940, Nr. III–IV, S. 26 f.: 121, 122

Namenregister

- Aeschlimann & Baumgartner s. Aeschlimann, Max u. Baumgartner, Armin
Aeschlimann, Max: 108f., 116, 124f., 140, 142, 199
Angelini, Luigi: 163
Antiquarische Gesellschaft in Zürich, Kommission für Zürcherische Denkmalpflege: 8f., 14, 92, 180–183
Bachmann, Gottfried: 125, 132
Bärlocher, Felix: 125, 133
Baukollegium der Stadt Zürich: 28, 42, 47, 59–66, 76, 79, 87–90, 123
Baumann, Jakob: 57, 62, 64, 192
Baumgartner, Armin: 124f., 140, 142, 199
Baur, Albert: 34, 100
Beck, Hans Robert: 125f., 135, 143f., 147
Béguin, Jacques: 105
Bernoulli, Hans: 34, 40, 42, 45, 48, 104
Bestelmeyer, German: 114
Birchler, Linus: 85
Bischoff & Weideli (Architekten): 32, 33, 40f., 43
Bitterli, Oskar: 125f.
Bluntschli, Friedrich: 42, 94
Bodmer, Albert: 35f., 38f., 101, 105
Bodmer, Paul: 94
Boehm, Herbert: 61
Bonatz, Paul: 40
Bosshard, André: 125, 132
Bräm, Adolf: 35, 94, 96, 144 – s. auch Bräm, Gebr.
Bräm, Gebr. (Architekten): 33, 35, 36 – s. auch Bräm, Adolf u. Bräm, Heinrich
Bräm, Heinrich: 35, 94, 96, 144, 146 – s. auch Bräm, Gebr.
Breitinger, Johann Jakob: 18–20, 24, 30f.
Bridel, Philipp: 125f., 133, 144, 149, 154
Briner, Eduard: 109
Brix, Joseph: 34
Bund Schweizerischer Architekten (BSA): 87, 100, 110f., 117, 124
Burckhardt, Ernst F.: 111, 113–115, 123
Burger, Walter: 200
Bürkli, Arnold: 19, 21, 23, 40
Burri, Oskar: 125, 132
Congrès internationaux pour l'architecture moderne (CIAM): 11, 115
Le Corbusier: 11, 62
Dubois & Eschenmoser (Georges-Pierre Dubois u. Jakob Eschenmoser, Architekten): 124f., 129, 134, 199f.
Dürr, Otto: 125, 140, 142, 144, 147, 199
Eesteren, Cornelis van: 61
Egli, Ernst: 110
Eidenbenz, Eberhard: 125, 135
Eidgenössische Expertenkommission für Altstadtsanierung: 99–107, 109, 116f., 119, 155, 174
Ernst, Heinrich: 24
Eschenmoser, Jakob s. Dubois & Eschenmoser
Escher, Konrad: 70
Etter, Philipp: 106
Fatio, Edmond: 34
Fatio, Guillaume: 34
Fiechter, Ernst: 85
Fietz, Hermann (jun.): 68, 85
Fietz, Hermann (sen.): 33
Fischer, Theodor: 30, 39, 114, 164, 166
Fischli, Hans: 111, 113
Fissler, Friedrich Wilhelm: 34, 40, 42, 48, 91
Frey, Werner: 144, 147
Freytag, Johann Albert: 85
Frisch, Max: 179, 180
Furrer, Conrad D.: 111, 113, 116, 125, 129, 134, 199
Furrer, Walter s. Rittmeyer & Furrer
Geiser, Arnold: 21, 27, 94
Germann, Peter: 125, 131
Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte (GSK; zuvor Gesellschaft zur Erhaltung historischer Kunstdenkmäler): 25, 92, 123, 180
Giacometti, Augusto: 50f.
Giedion, Sigfried: 180

- Giovannoni, Gustavo: 161
 Glaus, Otto: 125, 126, 132, 200
 Gradmann, Alfred: 111, 113, 116f., 124f., 129, 182, 199f.
 Graf, E. (Architekt im Büro für Altstadtsanierung): 200
 Gschwend, Josef: 125
 Gull, Erhard: 77f.
 Gull, Gustav: 12, 17, 19, 21f., 25–34, 36, 40, 42, 60, 64f., 78, 186, 191, 193
 Guyer, Paul: 183
 Haefeli, Max (sen.): 34, 64f., 81, 83, 193 – s. auch Pflughard & Haefeli
 Haefeli, Moser, Steiger (Architekten): 101
 Hefti, Joachim: 85
 Hegi, Franz: 24
 Heimatschutz s. Heimatschutzbewegung, Schweizerische Vereinigung für Heimatschutz, Kantonale Natur- und Heimatschutzkommission
 Heimatschutzbewegung: 76, 102, 104, 106, 107, 155, 157, 166, 171f. – s. auch Schweizerische Vereinigung für Heimatschutz
 Henrici, Karl: 30
 Herter, Hermann: 10, 34f., 37, 39, 47–50, 53f., 57, 59, 64, 78, 85, 90f., 93, 114f., 155, 181, 186, 192
 Herter, René A.: 144, 148
 Hess, E. (Architekt): 40–43
 Hess, Friedrich: 114, 124–126, 131, 194
 Hiller, Fritz: 101, 105
 Hippenmeier, Konrad: 14, 34–36, 38f., 47–50, 57, 59–65, 67f., 70f., 73–75, 78, 85, 87f., 90f., 93, 100f., 110f., 115, 156, 158, 186
 Hofer, Paul: 174, 203
 Hoffmann, Hans: 181
 Hubacher, Hans: 125f., 136, 200
 Hügin, Karl: 50
 Indermühle, Karl: 40
 Internationaler Verband für Wohnungswesen und Städtebau (IVWS): 53, 114, 123, 192, 202
 Jansen, Hermann: 34
 Jaton, Ernst: 120
 Jauch, Othmar: 105
 Jegher, Carl: 34, 45
 Kantonale Natur- und Heimatschutzkommission: 14, 75–76, 79, 82f., 86, 88, 92
 Keller, Gottfried: 25
 Kläui, Paul: 9, 182f.
 Klöti, Emil: 14, 34f., 40, 47, 53f., 57, 66, 68, 70, 78, 85, 87f., 91, 108f., 114, 155f.
 Knell & Hässig (Architekten): 33 – s. auch Knell, Karl
 Knell, Karl: 139, 141f. – s. auch Knell & Hässig
 Knapfer, Eduard: 125, 135, 137
 Koch, Alexander: 24
 Kölla, Albert: 83
 Kopp, Max: 77f., 94, 105, 107, 111–113, 116, 124f., 140, 142, 144, 150f., 154, 157, 166, 198–200 – s. auch Moser & Kopp
 Kündig, Karl: 35
 Kupli, Hans: 111, 115f.
 Labhart, Peter: 125
 Landesring der Unabhängigen (LdU): 78, 114
 Landolt, Emil: 182
 Langen, Gustav: 34
 Lanter, Eric: 125
 Lasius, Georg: 18
 Laubi, Theodor E.: 125f., 136
 Lincke, Albert E.: 125, 177
 Lippert, C. (Architekt): 196
 Lozéron, Arthur: 61
 Lüthi, Max: 94, 97, 125, 130f., 133
 Maier (Baudirektor, Stuttgart): 61
 Manz, Edwin: 51
 Marti, Hans: 123, 178f., 198
 Martin, Camille: 48
 Marugg, René: 125
 von Meyenburg, Hans: 125f., 168
 Meyer, Conrad Ferdinand: 166f.
 Meyer, Peter: 60, 85, 102, 104, 182, 202
 Moser & Kopp (Architekten): 77–79, 94 – s. auch Moser, Hans Wilhelm u. Kopp, Max
 Moser, Hans Wilhelm: 78 – s. auch Moser & Kopp
 Moser, Karl: 8, 11f., 59–65, 67, 87f., 186
 Müller, Adolf H.: 125, 131
 Müller, Hansfranz: 120
 Neue Helvetische Gesellschaft: 180
 Niehus, Walther: 111–113, 116, 124f., 137, 199
 Nussbaumer, Viktor: 125, 129, 136
 Nüsseler, Alfred: 83, 84
 Oetiker, Heinrich: 35, 114–117, 139, 178
 Ostendorf, Friedrich: 45
 Peter, Heinrich: 85
 Pfenninger, Paul: 177f.

- Pfister-Picault, J. (Architekt): 196
 Pfister, Gebr. (Otto u. Werner Pfister, Architekten): 42 – s. auch Pfister, Werner
 Pfister, Werner: 62, 64f., 78, 83, 85, 87–90 – s. auch Pfister, Gebr.
 Pflegghard & Haefeli: 33, 42, 44f. – s. auch Haefeli, Max (sen.)
 Pinder, Wilhelm: 172, 174
 Rehorst, Karl: 34
 Reimann, Hans-Heinrich: 177
 Reinhard, Ernst: 101–107, 109, 116, 119, 155f., 161, 170–174, 202
 Rieder, A. (Architekt): 40f., 43
 Risch, Martin: 33
 Rittmeyer & Furrer (Walter Furrer u. Robert Rittmeyer, Architekten): 35–38 – s. auch Rittmeyer, Robert
 Rittmeyer, Robert: 83
 Robida, Albert: 25
 Rüegger, Ernst: 125, 131
 Ruoff, Ulrich: 9, 183
 Salvisberg, Otto Rudolf: 60, 63f., 87–89, 114
 Schilling, Otto: 55f., 192
 Schmitthenner, Paul: 175
 Schneider, Hugo: 9, 180–182
 Schultze-Naumburg, Paul: 102
 Schürch, H. (Architekt): 111
 Schweizerische Vereinigung für Heimatschutz / Schweizer Heimatschutz (SHS): 13f., 70, 82, 93, 100, 104, 107f., 114, 122–124, 128, 157 – s. auch Heimatschutzbewegung
 Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein (SIA), Sektion Zürich s. Zürcher Ingenieur- und Architektenverein (ZIA)
 Scotoni, Anton Eric: 110
 Semper, Gottfried: 18f.
 Sitte, Camillo: 30, 33, 45
 Sommerfeld, F. (Architekt): 111
 Sozialdemokratische Partei (SP): 14, 34, 47, 51, 53, 101, 106–110, 116f., 176
 Stadler, Ferdinand: 18
 Stadler, Hans Conrad: 196
 Stalder, Max: 125
 Steiger, Rudolf: 101, 105 – s. auch Haefeli, Moser, Steiger
 Steinbrüchel, Franz: 125
 Steiner, Albert Heinrich: 8, 11, 13f., 24, 54, 87, 93, 99, 104f., 111, 113–117, 119–126, 130, 135, 138–140, 142, 144, 152, 155f., 158, 166–168, 171, 176, 178–182, 187, 200
 Stirnemann, Erwin: 85, 87f., 117
 Stock, Oskar: 113
 Strasser, Emil E.: 101
 Stübben, Joseph: 30
 Stücker, Robert: 125, 137
 Tami, Rino: 105
 Taut, Bruno: 191
 von Tobel, Gustav jun.: 125
 Tschumi, Jean: 123
 Unger, Fred: 125
 Vögelin, Salomon: 24
 Vogt, Emil: 8, 181
 Wagner, Richard A.: 120, 182f.
 Waldkirch, A. von (Architekt): 196
 Walter, Emil: 109
 Wenner, Victor: 28
 Werner, Max: 123
 Widmer, Sigmund: 182
 Witschi, Bruno: 79–83, 196
 Witschi, Ernst: 79–83
 Wölfflin, Heinrich: 178
 Woog, Edgar: 115
 Zangger, Richard F.: 125, 130, 133
 Zemp, Josef: 85
 Zeugheer, Leonhard: 18
 Zietzschmann, Ernst: 125
 Zöllig, Karl: 38
 Zürcher Ingenieur- und Architektenverein (ZIA): 25, 34, 87, 110f., 117, 178
 Zürcher, Richard: 180